

Niedersächsisches
Ministerium für Inneres und Sport

Verfassungsschutz- bericht 2002

 Niedersachsen

VORWORT

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, ich freue mich, Ihnen den ersten Verfassungsschutzbericht in meiner Amtszeit als niedersächsischer Minister für Inneres und Sport vorstellen zu können. Mit diesem Bericht sollen Sie, die interessierten Bürgerinnen und Bürger, über extremistische Bestrebungen und sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten in Niedersachsen informiert werden.

Islamistischer Extremismus und Terrorismus sind seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 die zentralen Herausforderungen für Staat und Gesellschaft. Obwohl in Niedersachsen kein Schwerpunkt islamistischer Aktivitäten feststellbar ist, wurde der niedersächsische Verfassungsschutz unmittelbar nach den Anschlägen personell und materiell verstärkt. Mit dieser Verstärkung konnte im vergangenen Jahr die Beobachtung des islamistischen Extremismus und Terrorismus durch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz intensiviert und zu einem Schwerpunkt seiner Aufgaben gemacht werden. Darüber hinaus werden wir durch eine Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes dafür Sorge tragen, dass diese erfolgreiche Arbeit mit erweiterten Befugnissen fortgesetzt werden kann.

Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt des Verfassungsschutzes in Niedersachsen war die Beobachtung rechtsextremistischer Gruppierungen. Obwohl die Mitgliederzahlen der NPD und auch anderer rechtsextremistischer Parteien rückläufig sind, was nicht zuletzt auf das gesamtgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zurückzuführen



ist, sind Neonazis und Skinheads wegen ihrer fremdenfeindlichen Militanz nach wie vor eine ernste Bedrohung für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Sie müssen daher intensiv durch den Verfassungsschutz beobachtet werden.

Mit Sorge werden im Bereich des Linksextremismus neue terroristische Aktivitäten wie die der „militanten Gruppe“ (mg) in Berlin beobachtet. Diese Gruppierung hat im vergangenen Jahr offen ihre Bereitschaft erklärt, im politischen Kampf „alle Aktionsformen unterhalb von politischen Exekutionen“ praktizieren zu wollen. Im Hinblick auf eventuelle Ausstrahlungen auf andere militante Gruppierungen auch in Niedersachsen gehört die Beobachtung des gewaltorientierten Linksextremismus ebenfalls zu den Schwerpunkten der Arbeit des Verfassungsschutzes.

Uwe Dünemann

INHALTSÜBERSICHT

Überblick in Zahlen	4	Linksextremismus	65
Mitglieder-Potenzial	4	Einführung	65
Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund	6	Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	67
Bundesrepublik Deutschland	6	Autonome Organisationsdebatte	68
Niedersachsen	10	Medien der autonomen Szene	72
Rechtsextremismus	14	Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus	77
Einführung	14	Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus	83
Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus	16	Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Kernenergie	87
Neonazistische Bestrebungen	18	Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen den Castor-Transport	90
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten/ insbesondere Skinheads und Neonazis	18	Kommunistische Plattform der PDS (KPF)	91
Neonazistische Kameradschaften	26	Rote Hilfe e.V. (RH)	94
Hilfsorganisationen für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	29	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	97
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	30	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	100
Verbote neonazistischer Vereinigungen	32	Kommunistische Deutschlands (KPD)	101
Rechtsextremistische Parteien	33	Linksruck	102
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	33	Ausländerextremismus	106
Junge Nationaldemokraten (JN)	50	Einführung	106
Deutsche Volksunion (DVU)	53	Muslimbruderschaft (MB)	114
Die Republikaner (REP)	57	Hizb Allah (Partei Gottes)	119
Deutsche Liga für Volk und Heimat	62	Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK) / Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	122
Rechtsextremistische Neue Rechte	63		

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)	126	Zuwanderer als besondere Ziel- gruppe der Nachrichtendienste	164
Die Organisation „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)	132	Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas am Beispiel der Staaten Syrien, Irak und Türkei	165
Föderation der türkisch-demo- kratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)/ Deutsche Türk-Föderation (ATF)	134	Nachrichtendienste des fernen Ostens	166
Devrimci Sol (Dev Sol) / DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol	137	Aufklärung von nachrichten- dienstlicher Proliferation	167
Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)	140	Geheim- und Wirtschaftsschutz	169
Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)		Geheimschutz	169
bisher: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	143	Wirtschaftsschutz	170
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)	152	Der Verfassungsschutz in Niedersachsen	173
		Bedienstete	173
		Haushalt	173
Scientology - Organisation (SO)	155	Nachrichtendienstliches	
Einführung	155	Informationssystem (NADIS)	173
Grundlage für die Beobachtung der SO durch Verfassungsschutz- behörden	156	Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel	174
Verfassungsfeindliche		Auskunftersuchen von	
Bestrebungen	156	Bürgerinnen und Bürgern	177
Organisation	158	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	177
Der „Church“-Sektor in Deutschland	158	Vortrags- und Diskussions- veranstaltungen	177
Scientology in Niedersachsen	159	Pressearbeit	178
„Gemeinde“ Hannover	159	Wanderausstellung	178
Hinweistelefon	160	Internet	180
		Definition der Arbeitsbegriffe	181
Spionageabwehr	161		
Einführung	161	Stichwortverzeichnis	186
Telekommunikations- und elektro- nische Informationssysteme im Griff der russischen Geheimdienste		Ortsverzeichnis	196
FAPSI und FSB	162		

ÜBERBLICK IN ZAHLEN

Mitglieder-Potenzial

Rechtsextremismus-Potenzial¹ Bundesrepublik Deutschland	2001	2002
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten ²	10.400	10.700
Neonazis ³	2.800	2.600
Parteien:	33.000	28.100
NPD	6.500	6.100
DVU	15.000	13.000
REP ⁴	11.500	9.000
Sonstige Organisationen	4.300	4.400
Summe	50.500	45.800
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften⁵	49.700	45.000

Niedersachsen⁶	2001	2002
Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten	1.100	1.050
Neonazis	350	350
Parteien:	2.300	2.000
NPD	500	450
DVU	1.200	1.000
REP	600	550
Sonstige Organisationen	170	180
Summe	3.920	3.580
Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften	3.850	3.530

¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

² Die meisten subkulturell geprägten und sonstigen gewaltbereiten Rechtsextremisten (hauptsächlich Skinheads) sind nicht in Gruppen organisiert. In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Rechtsextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind.

³ Nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften innerhalb der Neonazi-Szene. Bei der Anzahl der Gruppen werden nur diejenigen neonazistischen Gruppierungen und diejenigen der rund 150 Kameradschaften erfasst, die ein gewisses Maß an Organisation aufweisen.

⁴ Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass alle Mitglieder der REP rechtsextremistische Ziele verfolgen oder unterstützen.

⁵ Die Mehrfachmitgliedschaften im Bereich der Parteien und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen wurden vom gesamten Personenpotenzial abgezogen.

⁶ Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen.

Linksextremismus-Potenzial⁷ Bundesrepublik Deutschland	2001	2002
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten ⁸	26.300	26.000
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten ⁹	7.000	5.500
Summe	33.300	31.500
Nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	32.900	31.100

Niedersachsen¹⁰	2001	2002
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten	465	460
Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten	670	680
Summe	1.135	1.140

Mitglieder-Potenzial extremistische Ausländerorganisationen¹¹ Bundesrepublik Deutschland	2001	2002
Islamistisch-extremistische Gruppen ¹²	31.950	30.600
Extrem-nationalistische Gruppen	8.900	8.900
Linksextremistische Gruppen	18.250	17.850
Summe	59.100	57.350

Niedersachsen	2001	2002
Islamistisch-extremistische Gruppen	3.020	3.040
Extrem-nationalistische Gruppen	600	600
Linksextremistische Gruppen	2.165	2.115
Summe	5.785	5.755

⁷ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

⁸ Einschließlich Kommunistischer Plattform (KPF) und weiterer linksextremistischer Gruppen in der PDS.

⁹ In die Statistik sind nicht nur tatsächlich als Täter/Tatverdächtige festgestellte Personen einbezogen, sondern auch solche Linksextremisten, bei denen lediglich Anhaltspunkte für Gewaltbereitschaft gegeben sind. Erfasst sind nur Gruppen, die feste Strukturen aufweisen und über einen längeren Zeitraum aktiv waren. Das Mobilisierungspotenzial der „Szene“ umfasst zusätzlich mehrere tausend Personen.

¹⁰ Die für den Bund eingefügten Fußnoten gelten entsprechend auch für Niedersachsen. Auf den Abzug von Mehrfachmitgliedschaften in Höhe von ca 2% wie beim Bund ist verzichtet worden.

¹¹ Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet. Eine dem deutschen Vereinsrecht entsprechende Organisation ist in diesem Bereich in der Regel nicht gegeben. Daher ist eine exakte Schätzung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so dass die Angabe zum Mitgliederpotenzial eine Schätzung der aktiven Anhänger einschließt.

¹² Nicht alle Mitglieder islamistisch-extremistischer Organisationen verfolgen oder unterstützen extremistische Zielsetzungen.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) mit extremistischem Hintergrund

Die Erfassung der Staatsschutzdelikte ist Aufgabe der Polizeibehörden. Die Verfassungsschutzbehörden selbst erfassen solche Taten nicht. Das geschieht aus-

schließlich durch die Polizei. Auf diese Zahlen stützt sich der Verfassungsschutz bei seinen Trendaussagen.

Straftaten mit extremistischem Hintergrund in der Bundesrepublik Deutschland¹³

	2001	2002
rechtsextremistisch/-terroristisch motivierte Straftaten	10.054	10.902
linksextremistisch/-terroristisch motivierte Straftaten	1.895	1.137
Straftaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	511	573
gesamt	12.460	12.612

Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund in der Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002
rechtsextremistisch/-terroristisch motivierte Gewalttaten	709	772
linksextremistisch/-terroristisch motivierte Gewalttaten	750	385
Gewalttaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	84	61
gesamt	1.543	1.218

¹³ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA).

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts¹⁴ in der Bundesrepublik Deutschland“

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	9	8
Körperverletzungen	626	646
Brandstiftungen	16	26
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	1
Landfriedensbruch	34	32
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	3	11
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	7	6
Erpressung	3	5
Widerstandsdelikte	10	36
gesamt	709	772
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	251	178
Nötigung/Bedrohung	190	115
Propagandadelikte	6.336	7.294
Störung der Totenruhe und andere Formen der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten	30	30
Andere Straftaten, insbesondere Volksverhetzung	2.538	2.513
gesamt	9.345	10.130
Straftaten insgesamt	10.054	10.902

¹⁴ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA). Die Übersicht enthält - mit Ausnahme der Tötungsdelikte - vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Ist zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich eine Körperverletzung begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“¹⁵ in der Bundesrepublik Deutschland

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte ¹⁶	1	0
Versuchte Tötungsdelikte	1	0
Körperverletzungen	194	152
Brandstiftungen	41	35
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	1	0
Landfriedensbruch	310	124
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	52	16
Freiheitsberaubung	0	1
Raub	5	6
Erpressung	0	0
Widerstandsdelikte	145	51
gesamt	750	385
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	671	410
Nötigung/Bedrohung	45	11
Andere Straftaten	429	331
gesamt	1.145	752
Straftaten insgesamt	1.895	1.137

¹⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA). Die Übersicht enthält – mit Ausnahme der Tötungsdelikte – vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Ist zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich eine Körperverletzung begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt.

¹⁶ Im Jahr 2001 wurde folgendes Tötungsdelikt als linksextremistisch erfasst: Ein 46jähriger deutscher Langzeitarbeitsloser erstach am 06.02.2001 in Verden/Niedersachsen den Direktor des dortigen Arbeitsamtes. Der Täter hatte seinen persönlichen Fall zuvor über einen längeren Zeitraum im „Hoppetosse-Netzwerk“, einem Aktionsnetzwerk des linken Spektrums, über Mailing-Listen verbreitet.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“¹⁷ in der Bundesrepublik Deutschland

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte	0	0
Versuchte Tötungsdelikte	0	4
Körperverletzungen	30	20
Brandstiftungen	2	2
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion	2	0
Landfriedensbruch	14	7
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	4	1
Freiheitsberaubung	1	8
Raub	2	2
Erpressung	20	16
Widerstandsdelikte	9	1
gesamt	84	61
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	40	22
Nötigung/Bedrohung	34	23
Andere Straftaten	353	467
gesamt	427	512
Straftaten insgesamt	511	573

¹⁷ Die Zahlen basieren auf Angaben des Bundeskriminalamtes (BKA). Die Übersicht enthält - mit Ausnahme der Tötungsdelikte - vollendete und versuchte Straftaten. Jede Tat wurde nur einmal gezählt. Ist zum Beispiel während eines Landfriedensbruchs zugleich eine Körperverletzung begangen worden, so erscheint nur die Körperverletzung als das Delikt mit der höheren Strafandrohung in der Statistik. Wurden mehrere Straftaten verübt, wurde ausschließlich das Delikt mit der höchsten Strafandrohung gezählt.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität“ in Niedersachsen¹⁸

Bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten ist ein Zuwachs von 1.070 auf 1.267 zu verzeichnen.

Gerade Propagandadelikte wie z.B. Hakenkreuzschmierereien gehen auf das Konto dieser Straftäter. Der Anstieg ist insbesondere auf Veränderungen zurückzuführen, die sich seit 2001 aus der Anwendung des neuen polizeilichen Erfassungssystems PMK ergeben haben. Damit ist diese Zunahme weni-

ger Ausdruck eines realen Anstiegs extremistisch motivierter Kriminalität als vielmehr Beleg für eine präzisere und intensivere Erfassung.

In Niedersachsen sind die linksextremistisch motivierten Straftaten von 323 auf 183 zurückgegangen. Beim Ausländerextremismus ist eine deutliche Zunahme von 14 im Jahr 2001 auf 47 im letzten Jahr festzustellen.

Straftaten	2001	2002
rechtsextremistisch-/terroristisch motivierte Straftaten	1.070	1.267
linksextremistisch-/terroristisch motivierte Straftaten	323	183
Straftaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	14	47
gesamt	1.407	1.497

Gewalttaten	2001	2002
rechtsextremistisch-/terroristisch motivierte Gewalttaten	86	102
davon: fremdenfeindliche Gewalttaten(67)	(53)	
linksextremistisch-/terroristisch motivierte Gewalttaten	133	48
Gewalttaten des politisch motivierten Ausländerextremismus	1	4
gesamt	220	154

¹⁸ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - rechts“¹⁹ in Niedersachsen

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte		1
davon: Versuchte Tötungsdelikte		(1) ²⁰
Körperverletzungen	83	88 ²¹
Brandstiftungen	2	2 ²²
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion		
Landfriedensbruch	2	
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr		3
Freiheitsberaubung		
Raub	1	1
Erpressung		1
Widerstandsdelikte		4
gesamt	86	102
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	43	17
Nötigung/Bedrohung	14	15
Propagandadelikte	585	820
Störung der Totenruhe und andere Formen der Schändung jüdischer Friedhöfe und Gedenkstätten	8	5
Volksverhetzung	279	254
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	3	2
Andere Straftaten	52	52
gesamt	984	1.165
Straftaten insgesamt	1.070	1.267

¹⁹ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen.

²⁰ In Apen, Landkreis Westerstede lauerten Skinheads einem optisch der Punkszene zuzuordnenden Besucher einer Diskothek auf und schlugen mit einem Holzpflöck in Richtung des Kopfes auf ihn ein. Er erlitt bei Abwehr der Attacke erhebliche Verletzungen.

²¹ Die überwiegende Anzahl (53) ist dem Themenbereich Fremdenfeindlichkeit zuzurechnen.

²² In Wolfenbüttel warfen Straftäter mit Brandbeschleuniger gefüllte Flaschen gegen die Außenwand einer Moschee, in Braunschweig wurde an der Außenseite einer Wohnungstür ein Tuch mit arabischen Schriftzeichen angezündet.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität - links“²³ in Niedersachsen

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte	2	
davon: Versuchte Tötungsdelikte	(1)	
Körperverletzungen	31	14 ²⁴
Brandstiftungen	3	
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion		
Landfriedensbruch	58	21
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr	23	4
Freiheitsberaubung		
Raub	2	
Erpressung		
Widerstandsdelikte	14	9
gesamt	133	48
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen	95	76
Nötigung/Bedrohung	19	3
Andere Straftaten	76	56
gesamt	190	135
Straftaten insgesamt	323	183

²³ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen.

²⁴ Die überwiegende Zahl (11) ist dem Themenbereich „Konfrontation gegen Angehörige der rechten Szene“ zuzurechnen.

Gewalttaten und sonstige Straftaten mit extremistischem Hintergrund aus dem Bereich „Politisch motivierte Ausländerkriminalität“²⁵ in Niedersachsen

Gewalttaten	2001	2002
Tötungsdelikte		1
davon: Versuchte Tötungsdelikte		(1) ²⁶
Körperverletzungen		1
Brandstiftungen		
Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion		
Landfriedensbruch		
Gefährliche Eingriffe in Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr		
Freiheitsberaubung		
Raub		
Erpressung	1	2
Widerstandsdelikte		
gesamt	1	4
Sonstige Straftaten		
Sachbeschädigungen		1
Nötigung/Bedrohung	4	1
Andere Straftaten	9	41
gesamt	13	43
Straftaten insgesamt	14	47

²⁵ Die Zahlen basieren auf Angaben des Landeskriminalamtes (LKA) Niedersachsen.

²⁶ Auf einer kurdischen Hochzeitsfeier in Delmenhorst schoss ein Straftäter, der nach Angaben des Opfers der PKK angehören soll, mehrmals wahllos auf das Opfer.

RECHTSEXTREMISMUS

Einführung

Der gemeinsame Nenner der sehr unterschiedlichen Richtungen des Rechtsextremismus ist der Glaube an die Ideologie von der Ungleichwertigkeit der Menschen. Auf diesem ideologischen Grundansatz basieren die Konzeptionen rechtsextremistischer Gesellschaftstheoretiker ebenso wie die tagespolitischen Forderungen entsprechender Parteien. Auch unreflektierte Übergriffe auf Angehörige sozialer Minderheiten erklären sich damit, dass die Opfer den rechtsextremistischen Tätern als minderwertig und damit als rechtlos erscheinen. Rechts-extremistisches Denken und Handeln stehen also in einem Grund-Widerspruch und in einem permanenten Spannungsverhältnis zum Gleichheitsgebot des Grundgesetzes und der durch die Aufklärung geprägten Menschenrechtserklärung. Es ist in der ideengeschichtlichen Tradition des Rechtsextremismus begründet, dass viele Rechtsextremisten auf die germanische Geschichte und Mythologie zurückgehen.

Dem von den Verfassungsschutzbehörden gebrauchten Arbeitsbegriff Rechtsextremismus können im Einzelnen folgende Ideologieelemente zugeordnet werden:

- Aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- Antisemitismus,
- Rassismus,
- Unterscheidung von „lebenswertem“ und „lebensunwertem“ Leben,
- Überhöhung der eigenen Vorstellung von Volk, Nation und Staat bei gleichzeitiger Abwertung anderer

Nationen und Völker (Nationalismus),

- Orientierung an einer rassistisch verstandenen homogenen Volksgemeinschaft (Volksgemeinschaftsdenken),
- Individualrechte verneinendes, dem Führerprinzip verpflichtetes Kollektivdenken (Antipluralismus),
- Behauptung natürlicher Hierarchien in der menschlichen Gesellschaft (Biologismus),
- Betonung des Rechts des Stärkeren (Sozialdarwinismus),
- Ablehnung demokratischer Regulationsformen von Konflikten,
- Übertragung militärischer Prinzipien und Verhaltensformen auf die zivile Gesellschaft (Militarismus).

Dem biologistisch argumentierenden Rassismus liegt die Annahme zugrunde, dass sich Menschen in genetisch bedingten Merkmalen von sozialem Wert unterscheiden. Bestimmte körperliche Merkmale oder Eigenschaften werden qualitativ bewertet, so wird z. B. Intelligenz als angeboren und damit genetisch determiniert unterstellt.

Beispielhaft für eine rassistische Ausrichtung sind die Positionen der 1951 gegründeten, von dem Hamburger Rechtsanwalt Jürgen RIEGER geführten Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung. Im „Sittengesetz unserer Art“ verpflichtet die Artgemeinschaft ihre Mitglieder zur Reinheit der Rasse: „Das Sittengesetz in uns gebietet gleichgeartete Gattenwahl, die Gewähr für gleichgeartete Kinder“.

Fremdenfeindlichkeit hingegen bildet einen Oberbegriff für die Ablehnung all dessen, was als fremd empfunden und damit ausgegrenzt wird, wobei sich die Feindbildgruppen unter-

scheiden lassen nach sozio-ökonomischen, religiösen und kulturellen Kriterien: Randgruppen und gesellschaftliche Minderheiten wie Juden, Ausländer, insbesondere Muslime, Obdachlose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte, Homosexuelle u. a..

Der Politikwissenschaftler Kurt Lenk hat die verschiedenen Ideologieelemente in einer Definition aufeinander zu beziehen versucht:

„Es ist nicht dieses oder jenes Einzelmerkmal, das rechtsextremes Denken ausmacht, sondern vielmehr die Kombination mehrerer solcher ideologischer Elemente. Gruppiert man diese unter einem dynamisierten sozialpsychologischen Aspekt, so tritt deren polare Verkoppelung durch zwei einander bedingende Wahnformen – den Verfolgungs- und den Größenwahn – hervor. Analog ergeben sich dann die beiden folgenden Merkmalsreihen:

1. Größenwahn: Nationalismus, Rassistismus, Heroen-Mythen, Elitismus, Ethnozentrismus, Ethnopluralismus, Führerprinzip sowie Volksgemeinschaft.
2. Verfolgungswahn: Feindbilder, Verschwörungshypothesen, Antisemitismus, Dekadenzdiagnosen, Anti-Intellektualismus, multikulturelle Unterwanderung, Bürgerkrieg, Chaos sowie Klassenkampf.“

(Aus Politik und Zeitgeschichte, 9-10/1998)

Die Entwicklung der rechtsextremistischen Parteien im Jahr 2002 war gekennzeichnet von einem deutlichen Mitgliederrückgang bei den Republikanern (REP) und bei der Deutschen Volkunion (DVU). Die Mitgliederentwicklung spiegelt die innerparteilichen Krisen und die insgesamt nachlassende Bedeutung der beiden Parteien für den

Rechtsextremismus wider. Der leichte Rückgang bei der NPD dürfte u.a. auf die Auswirkungen des NPD-Verbotsverfahrens zurückzuführen sein. Dennoch ist bei einem großen Teil der Mitglieder – im Gegensatz zu REP und DVU – die Bereitschaft erkennbar, sich offensiv für die Ziele der NPD einzusetzen, was sich in der nach wie vor erkennbaren Mobilisierungsfähigkeit für Demonstrationen manifestiert. Allerdings zeichnete sich im Vergleich zu den Vorjahren eine größere Eigenständigkeit der neonazistischen Freien Nationalisten gegenüber der NPD im Demonstrationsgeschehen ab. Ungeachtet des Verbotsverfahrens hielt die NPD an ihrer fremdenfeindlichen, antisemitischen und nationalistischen Ausrichtung fest, insbesondere der Prozessbevollmächtigte der NPD im Verbotsverfahren Horst MAHLER trat regelmäßig mit antisemitischer Hetze in Erscheinung.

Die Anzahl der neonazistischen Kameradschaften in Niedersachsen ist nach einer Zählung des NLFV mit 20 konstant geblieben. Bundesweit wird die Zahl der Kameradschaften auf 160 geschätzt. Diesem neonazistischen Potenzial gehören bundesweit 2.600, in Niedersachsen 350 Personen an. Das Durchschnittsalter in diesem Bereich liegt mit 20-25 Jahren etwa fünf Jahre über dem der Skinheadszenen. Auch ist bei den neonazistischen Kameradschaften der Frauenanteil größer als bei den Skinheads. Die Abgrenzung zwischen Kameradschafts- und Skinheadszenen fällt zunehmend schwerer. In Niedersachsen kann großenteils von einer „Mischszenen“ gesprochen werden.

Nach wie vor stellen die gewaltbereiten und sonstigen subkulturell geprägten Rechtsextremisten – hierzu zählen insbesondere rechtsextremistische Skin-

heads – die größte Herausforderung für Staat und Gesellschaft dar. Bundesweit stieg dieses Personenpotenzial von 10.400 auf 10.700 Personen an; in Niedersachsen reduzierte sich dieses Spektrum von 1.100 auf rund 1.050 Personen. Seit 1995 ist ein kontinuierlicher Anstieg des Personenpotenzials im gewaltbereiten Rechtsextremismus festzustellen, davon fast 50% in den neuen Bundesländern. Eine unverändert hohe Gewaltbereitschaft kennzeichnet militante Rechtsextremisten. Gewalt setzen sie oftmals „spontan“ und selten gezielt zur Durchsetzung politischer Vorstellungen ein.

Die Anzahl der Skinheadkonzerte hat bundesweit wie auch in Niedersachsen zugenommen. Dabei zeichneten sich neue, in der Zukunft zu beachtende Entwicklungen ab: Die Koppelung von Konzerten und Demonstrationen oder anderen politischen Veranstaltungen; die Anmeldung von Konzerten, um sie auf dem Rechtswege durchzusetzen; die Nutzung privater Veranstaltungsorten; das Ausweichen ins Ausland, wie Großbritannien, Schweiz, Österreich und Frankreich.

Rechtsextremistischer Geschichtsrevisionismus

Der Begriff Geschichtsrevisionismus bezeichnet kein rechtsextremistisches Ideologeelement, sondern eine von rechtsextremistischen Motiven geleitete Interpretation der nationalsozialistischen Herrschaftsperiode, die um eine Revision der Darstellungen dieser Phase der deutschen Vergangenheit durch die seriöse Geschichtswissenschaft bemüht ist. Mittelbar dient der Geschichtsrevisionismus somit dem Transport rechtsextremistischer

Ideologeelemente. Revisionistische Positionen lassen sich in unterschiedlich starker Ausprägung bei allen rechtsextremistischen Organisationen nachweisen. Die allerdings selten vertretene Extremposition stellt die strafrechtlich bewehrte Leugnung des Holocaust, der systematischen Vernichtung der Juden durch den Nationalsozialismus, dar. Auf pseudowissenschaftliche Weise wird die Tatsache der Judenvernichtung in zwei, in der Szene weit verbreiteten „Gutachten“ in Abrede gestellt: im Leuchter-Report und im Rudolf-Gutachten.

Sehr viel mehr Rechtsextremisten relativieren den Holocaust, indem sie Vergleiche mit an Deutschen oder durch die ehemaligen Kriegsgegner an anderen Völkern begangenen Kriegsverbrechen anstellen und dabei den für die „industriemäßige“ Vernichtung der Juden stehenden Begriff Holocaust einfach auf andere historische Tatbestände übertragen. Die deutsche Kriegsschuld und die nationalsozialistische Urheberchaft an diesem Verbrechen verschwindet auf diese Weise hinter dem Schleier allgemeiner geschichtlicher Betrachtungen.

Die mit geschichtsrevisionistischen Positionen verbundenen Motive sind unterschiedlich: sie reichen von der offenen Verherrlichung des Nationalsozialismus (wie bei Neonazis oder der NSDAP/AO) bis zum Versuch, bestimmte antidemokratische Denktraditionen, die in die Ideologie der Nationalsozialisten eingeflossen sind, wieder zu beleben. Für einen weiteren Bereich des Rechtsextremismus – hier sind insbesondere die Parteien DVU und REP anzuführen – steht der Versuch im Vordergrund, die deutsche Nation von Schuld freizusprechen, um sie aus der behaupteten geistigen Knechtschaft

durch die alliierten Siegermächte zu befreien.

Den Rechtsextremisten, die revisionistische Positionen politisch instrumentalisieren, steht inzwischen eine umfangreiche internationale revisionistische Literatur zur Verfügung. Die maßgeblichen Revisionisten leben nicht in Deutschland, wo der Strafverfolgungsdruck für neonazistische Propagandadelikte groß ist, sondern im Ausland. Dies zeigt, dass das nationalsozialistische Gedankengut über die deutsche rechtsextremistische Szene hinaus Faszination entfaltet. Zu einem wesentlichen Teil dürfte die Wirkmacht des Revisionismus durch den international verbreiteten Antisemitismus begünstigt werden.

Einer der bekanntesten Revisionisten ist Ernst ZÜNDEL. Der deutsche Staatsangehörige, der 1958 als 18-jähriger nach Kanada auswanderte, war von 1976 bis 2001 Inhaber des „Samisdat Publishers Ltd.-Verlages“ in Toronto. Weil ihm die kanadische Staatsbürgerschaft verweigert wurde, hat ZÜNDEL im Jahre 2001 seinen Wohnsitz in die USA nach Memphis verlegt. Im Mittelpunkt seiner Agitation stehen der von ihm verfasste Germania-Rundbrief, den er in unregelmäßigen Abständen, insbesondere an Empfänger in Deutschland vertreibt, und die von ihm seit 1995 unter der Bezeichnung ZundelSite betriebene Internetseite, die Bild- und Textangebote sowie Ton- und Videosequenzen enthält.

Der britische Schriftsteller und Rechtsextremist David IRVING ist eine Zentralfigur des internationalen Revisionismus. Anfangs noch als auch von der Fachwissenschaft beachteter Autor militärhistorischer Abhandlungen in Erscheinung getreten, verschrieb sich IRVING im Laufe der Zeit immer stärker

geschichtsrevisionistischen Positionen. Im Jahr 2000 verlor er vor dem Londoner High Court einen von ihm angestregten Prozess gegen die amerikanische Historikerin Deborah Lipstadt, die ihn als „einen der gefährlichsten Holocaust-Leugner“ bezeichnet hatte. Das Gericht kam zu der Auffassung, IRVING sei ein Rassist, Antisemit, Holocaust-Leugner und Fälscher historischer Fakten. Die in Millionenhöhe entstandenen Gerichtskosten haben ihn finanziell schwer belastet. Er verfügt allerdings weltweit über Geldgeber. Seit August 2002 versucht er sein Budget durch eine Vortragsveranstaltung in den USA aufzubessern.

Ein weiterer bekannter Revisionist mit Wirkung nach Deutschland ist der Österreicher Walter OCHENSBERGER, der im April erneut eine achtmonatige Haftstrafe antreten musste. OCHENSBERGER ist einer der aktivsten Produzenten von rechtsextremistischen Publikationen. Unter anderem verbreitet er das politische Magazin Phoenix.

Der zum Islam konvertierte Schweizer Revisionist Ahmed HUBER verbindet die antizionistischen Positionen der arabischen Welt und den latenten Antisemitismus der Geschichtsrevisionisten in seiner Person. In einer Rede anlässlich einer Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung am 12. Oktober in München stellte er „Im Namen Allahs des Barmherzigen und Gnadenreichen“ Gemeinsamkeiten zwischen dem nationalsozialistischen Herrschaftsregime und den Muslimen fest. Dazu zählten die Abneigungen gegen die USA, gegen alles Linke, gegen den Zionismus und gegen Israel.

Zum Kreis der führenden ausländischen Revisionisten zählen außerdem der Franzose Robert FAURISSON und der Schweizer Jürgen GRAF. FAURISSON,

ein früherer Universitätsprofessor, beteiligte sich an der 14. Revisionistischen Konferenz, die das 1979 von dem Rechtsextremisten Willis A. CARTO gegründete Institute for Historical Review (IHR) vom 21. bis 23. Juni in Los Angeles veranstaltete. Persönliche Auseinandersetzungen innerhalb dieser führenden Einrichtung des internationalen Revisionismus haben zu einer Beeinträchtigung der Aktivitäten des IHR geführt, so dass FAURISSON in einer Nachschau auf die Konferenz feststellte, der Revisionismus befinde sich gegenwärtig in einer Krise.

Auf internationaler Ebene von Bedeutung ist ferner der 1985 in Antwerpen gegründete, nach Deutschland hineinwirkende Verlag Vrij Historisch Onderzoek. In Deutschland selbst spielen die organisationsunabhängigen Verlage und Vertriebsdienste eine wichtige Rolle bei der Verbreitung revisionistischer Publikationen. Diese Unternehmen vertreiben neben den rechtsextremistischen Parteien und Organisationen Bücher, Zeitschriften, Tonträger und Videos. Zu den größeren Verlagen zählen der Arndt-Verlag in Kiel, der Grabert-Verlag in Tübingen und die Verlagsgesellschaft Berg m.b.H. in Inning am Ammersee. Für Niedersachsen sind die rechtsextremistischen Verlage Uwe Berg-Verlag in Toppenstedt und Jomsburg-Verlag erwähnenswert, der seinen Sitz inzwischen jedoch von Suderburg nach Berlin verlegt hat.

Immer bedeutsamer für die Verbreitung revisionistischen Gedankenguts ist das Internet. Da in den häufig in wissenschaftlicher Sprache abgefassten Texten, z. B. von IRVING, der extremistische Gehalt nicht immer auf den ersten Blick zu erkennen ist, sollten die Schulen bei Recherchen von Schülern auf diese Gefahren aufmerksam machen.

Neonazistische Bestrebungen

Subkulturell geprägte und sonstige gewaltbereite Rechtsextremisten / insbesondere Skinheads und Neonazis

Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ist im Jahr 2002 in Niedersachsen nicht weiter angestiegen, sondern hat sich rückläufig von 1.100 im Jahr 2001 auf nunmehr 1.050 Personen entwickelt. Bundesweit wird das Potenzial gewaltbereiter Rechtsextremisten auf 10.700 Personen geschätzt, 2001 waren es rund 10.400 Personen.

Geschichte der Skinhead-Bewegung²⁷

Ende der sechziger Jahre entstand in Großbritannien aus den Resten von drei Subkulturen – Modernists, Rude-Boys und Boot-Boys – die erste Skinheadbewegung. Das sich stark ähnelnde Aussehen der Anhänger der drei genannten Gruppierungen – eine „Uniform“ aus Stiefeln, Jeans und T-Shirt sowie kurze Haare – wurde von den Skinheads übernommen. Wie ihre Vorgänger leiteten auch sie aus ihrer Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse einen elitären Anspruch, einen subkulturellen Stolz ab. Bis Mitte der siebziger Jahre war diese erste Skinhead-Generation praktisch wieder verschwunden. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre formierte sich die zweite Generation der Skinhead-Bewegung aus den Reihen enttäuschter Punks, den so

²⁷ Die folgenden Ausführungen lehnen sich an die Darstellung von Christian Menhorn: Skinheads: Portrait einer Subkultur, Baden-Baden 2001, an. Das Buch Menhorns enthält eine umfassende Darstellung der Geschichte und der Struktur der Skinhead-Bewegung.

genannten Streetpunks, die Outfit und Selbstverständnis der Skinheads für sich wiederentdeckten, um ihre Abkehr von den gestylten Modepunks zum Ausdruck zu bringen. Bei dieser zweiten Skinhead-Generation handelte es sich also ebenfalls um keine neue, sondern um die Transformation einer bestehenden Subkultur.

Die Politisierung der Skinheads in Großbritannien erreichte Ende der siebziger Jahre ihren Höhepunkt. Wesentlich trug hierzu die Einflussnahme von Parteien und Organisationen aus dem rechts- und linksextremistischen Bereich bei. Große Erfolge bei der Einbindung der Skinheads hatte zunächst die 1967 gegründete National Front. Anfang der achtziger Jahre wurde die Vorherrschaft der National Front durch die Einflussnahme radikalerer Gruppierungen wie British Movement und später Blood & Honour (B & H) abgelöst.

Ende der siebziger Jahre entwickelten sich erste Skinhead-Szenen in der Bundesrepublik. Der Skinhead-Kult gelangte zum einen über Angehörige der hier stationierten britischen Streitkräfte nach Deutschland, zum anderen über Fanzines (Szenezeitschriften) der Skinhead-Szene, die deutsche Punks aus Großbritannien bezogen. Innerhalb der Punk-Bewegung begann ein Differenzierungsprozess. Ähnlich wie in Großbritannien sympathisierten Teile der Punk-Bewegung mit der neuen Subkultur. Anfang der achtziger Jahre vollzogen sie den Wechsel in die Skinhead-Szene, während sich im Gegenzug ein anderer Teil der Punk-Bewegung politisch immer stärker nach links entwickelte. Die sogenannten Chaos-Tage in Hannover markierten den Bruch zwischen den beiden Jugend-Subkulturen. Konnten die „Chaos-Tage“ des Jahres 1983 noch als eine

Gemeinschaftsveranstaltung von Punks und Skinheads gelten, brachte die Folgeveranstaltung des Jahres 1984, in deren Verlauf es zu Straßenschlachten aufgrund gegenseitiger Provokationen durch „Sieg Heil“- und „Nazi raus“-Rufe kam, die mittlerweile bestehenden unversöhnlichen Differenzen zwischen den beiden Subkulturen zum Ausdruck.

Als Ursache für die Politisierung der Skinheads sind mehrere Faktoren anzuführen. Ein Großteil der Skinheads war durch ihre Sozialisation bereits in diffuser Weise rechtsextremistisch vorgeprägt. Diese Einstellung verstärkte sich noch durch die gewollte Provokation der Punks und der Öffentlichkeit mit nationalsozialistischer Symbolik, deren Verwendung in der deutschen Gesellschaft einen großen Aufmerksamkeitsverursachenden Tabubruch darstellt und damit der für eine Subkultur wichtigen identitätsstiftenden Abgrenzung dient. Weiter zur Politisierung der deutschen Skinhead-Bewegung beigetragen haben dürften die Orientierung an der britischen Szene und die Einflussnahmeversuche rechtsextremistischer deutscher Organisationen wie der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivistinnen (ANS/NA) und der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP).

In der DDR entstand parallel zur Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland eine eigenständige Skinhead-Szene, die in Abgrenzung zum Staatssozialismus der SED einen noch ausgeprägteren rechtsextremistischen Charakter entwickelte als das westliche Pendant. Seit der Wiedervereinigung verzeichnete die Skinhead-Szene einen konstanten Anstieg von ca. 10 % jährlich, unterbrochen lediglich in den Jahren 1993/94 als Folge der exekutiven

Maßnahmen auf die Brandanschläge in Mölln (23.11.1992) und Solingen (29. 05. 1993). Abweichend vom Trend der letzten Jahre hat es im Jahr 2002 keinen erneuten Anstieg des Personenpotenzials der Szene gegeben.

Unterschiedliche Strömungen

Nicht alle Skinheads können dem Rechtsextremismus zugerechnet werden. Neben rechtsextremistischen gibt es auch unpolitische und sogar linke Skinheads. Bei der Beschäftigung mit dem Phänomen der Skinhead-Bewegung ist deshalb, nicht zuletzt mit Blick auf Präventionsmaßnahmen, eine Differenzierung geboten.

Zu den eindeutig rechtsextremistischen Skinheads gehört die Gruppierung Blood & Honour (B & H), die 1987 von Ian STUART DONALDSON, der am 24.09.1993 gestorben ist und Frontmann der englischen Skinhead-Band Skrewdriver war, gegründet wurde. Die Bezeichnung Blood & Honour wählte der bekennende Nationalsozialist, weil ein Film über die Hitler-Jugend mit dem Titel „Blut und Ehre“ einen tiefen Eindruck auf ihn hinterlassen hatte. Das Ziel der Organisation ist es, dem rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene eine organisatorische Basis zu verschaffen, ihren Zusammenhalt durch die Veranstaltung von Konzerten zu stärken und über die Musik ideologische Agitation zu betreiben. Eine wichtige Rolle bei der Ausbreitung von Blood & Honour spielte das gleichnamige Magazin, das im Gründungsjahr der Organisation erstmals erschien.

Aufgrund des Erfolges der Mutterorganisation in Großbritannien begannen Skinheads in anderen Ländern B & H-Ableger zu gründen. Die Bezeichnung Division gilt für landesweite

Organisationen; der Begriff Sektionen ist den jeweiligen regionalen Unterorganisationen vorbehalten. Die deutsche Division von Blood & Honour wurde 1994 in Berlin gegründet. In der Folgezeit entstanden in allen Bundesländern Sektionen. Zum Zeitpunkt des Verbots der deutschen Division, durch das Bundesministerium des Innern am 14.09.2000 verfügt, weil sich die Aktivitäten der Organisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richteten, gehörten Blood & Honour in Deutschland ca. 200 Personen an. In Niedersachsen bestanden drei Sektionen: die Sektion Niedersachsen mit Sitz in Hildesheim und die Sektionen Nordmark sowie Weser-Ems. Unbeschadet des Verbots der deutschen Division besteht Blood & Honour auf internationaler Ebene fort.

Eine weitere rechtsextremistische Skinhead-Gruppierung stellt die 1986 in den USA gegründete Hammerskin-Bewegung dar, die sich zum Ziel gesetzt hat, alle weißen Skinheads auf der ganzen Welt in einer „Hammerskin Nation“ zu vereinigen. Als Symbol der rassistischen Organisation mit elitärem Anspruch fungieren zwei gekreuzte Zimmermannshämmer. In Deutschland sind die Hammerskins erstmals 1991 in Brandenburg in Erscheinung getreten. Wie bei Blood & Honour bilden Sektionen die kleinsten Organisationseinheiten. Die meisten der niedersächsischen Hammerskins gehören der Sektion Nordmark an, die von einem Lüneburger Skinhead geleitet wird. In diese Sektion sind auch die Hammerskins aus Schleswig-Holstein eingebunden. Ein anderer Teil der niedersächsischen Hammerskins ist in der Sektion Bremen organisiert, die ihre Mitglieder auch im benachbarten Umland rekrutiert.

Neben den neonazistischen Gruppierungen Blood & Honour und Hammerheads, die über ein verfestigtes rechtsextremistisches Weltbild verfügen, gibt es Strömungen innerhalb der Skinhead-Bewegung, die nicht dem Rechtsextremismus zuzurechnen sind. Anzuführen ist in dieser Hinsicht insbesondere die in den siebziger Jahren in Großbritannien entstandene Oi!-Bewegung²⁸, der mindestens ein Drittel der deutschen Skinhead-Szene – mit Schwerpunkt in den alten Bundesländern – anhängen dürfte. Oi! steht für den spaß- und erlebnisorientierten Teil der Skinhead-Bewegung. Die Konzerte sind frei von politischen Botschaften. Dieser Teil der Skinhead-Bewegung unterliegt deshalb nicht dem Beobachtungsauftrag des Verfassungsschutzes. Gleiches gilt für die linksorientierten, in Deutschland allerdings nur schwach vertretenen Skinhead-Richtungen Skinheads Against Racial Prejudice (SHARP) und Redskins.

Die meisten Skinheads verfügen über kein politisch geschlossenes, sondern über ein diffus rechtsextremistisches Weltbild mit fest umrissenen Feindbildern: Ausländer, insbesondere Türken und Farbige, Juden, Homosexuelle, als linke „Zecken“ titulierte politisch Andersdenkende, Obdachlose und Sozialhilfeempfänger. Die Aggression gegen diese Minderheiten entlädt sich häufig in Gewalt- und anderen Straftaten.

Auch im Jahr 2002 kam es in Niedersachsen zu Übergriffen vonseiten rechtsextremistischer Skinheads. Zwei Rechtsextremisten griffen in der Silvesternacht in Grassel (Landkreis Gifhorn) ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus mit Knallkörpern und einer Signalpistole an und bedrohten die Bewohner mit fremdenfeindlichen Parolen. Zwei Anwohner, die die Täter zur Rede stellten, wurden von den Rechtsextremisten erheblich verletzt. In Hannover-Ahlem schändeten vier Personen in der Nacht zum 10. April das örtliche KZ-Denkmal, indem sie die Gedenktafeln mit antisemitischen Parolen beschmierten. Es handelte sich um eine gezielte Straftat, denn am 10. April sollte ein Gedenkgottesdienst zur Befreiung des KZs mit zwei Gästen aus Israel, die in dem KZ gefangen gewesen waren, stattfinden. Am 19. April wurde in Springe ein ausländischer Bürger von einem Skinhead zusammengetreten. Sieben Täter im Alter bis zu 21 Jahren verübten in der Nacht zum 23. November einen Brandanschlag auf eine Moschee in Wolfenbüttel. Sie bewarfen das Gebäude, in dem auch eine vierköpfige türkische Familie wohnt, mit 16 selbstgefertigten Brandsätzen. Die Bewohner blieben unverletzt. Zwei der geständigen Täter sind bereits in der Vergangenheit durch rechtsextremistische Gewalttaten aufgefallen. In der polizeilichen Vernehmung nannten sie ausländerfeindliche Motive. Gegen die Täter wurde Anklage wegen versuchten Mordes erhoben. Das Landgericht Braunschweig verurteilte die sieben Rechtsextremisten wegen versuchter schwerer Brandstiftung und Verstoß gegen das Waffengesetz zu Strafen zwischen zwei Jahren auf Bewährung und drei Jahren und neun Monaten Haft.

²⁸ Bei dem Begriff Oi! Handelt es sich um einen Slang-Ausdruck, der aus dem Londoner Eastend stammt und soviel wie „Hey!“ bedeutet. Das Oi! zum Oberbegriff dieser Bewegung geworden ist, ist vermutlich der Skinhead-Band Cockney Rejects zu verdanken, die ihre Songs bei Live-Konzerten nicht mit dem üblichen „one, two, three“ anzählte, sondern mit „oi, oi, oi“.

Skinhead-Musik und -Konzerte

Die Skinhead-Musik hat eine zentrale Funktion bei der Verbreitung von rechtsextremistischem, insbesondere neonazistischem Gedankengut. Viele Jugendliche kommen über die Musik erstmals mit der Szene in Berührung. Die Liedtexte transportieren fremdenfeindliche, rassistische, antisemitische und Gewalt zum Teil offen verherrlichende Botschaften Ideologien, die so über die gefühlsmäßige Ansprache aufgenommen werden.

Ein wichtiger Faktor bei der Entstehung und Verfestigung von Gruppen innerhalb der Skinhead-Szene ist das Gemeinschaftserlebnis bei Konzerten. Auf Konzerten werden Kontakte geknüpft, Informationen ausgetauscht, einschlägige CDs samt Skinhead-Utensilien zum Kauf angeboten. Fast an jedem Wochenende findet irgendwo in Deutschland oder im benachbarten Ausland ein für die Szene bedeutsames Konzert statt. Oft nehmen die Teilnehmer für das Konzerterlebnis lange Anreisen in Kauf. In der Regel zahlen sie einen Eintrittspreis von bis zu 15 Euro. Die Teilnehmerzahl reicht von 30 Personen am 5. Januar in Wolfsburg bis zu über 1.000 Skinheads, die am 16. März einem Konzert in Dortmund beiwohnten. Die durchschnittliche Besucherzahl ist für das Bundesgebiet auf 170 Personen gesunken. Größere Konzerte zu organisieren, fällt der Szene wegen zahlreicher Exekutivmaßnahmen zunehmend schwerer.

Ausländische Bands aus der „White Power“-Bewegung wie Celtic Warrior, Youngland, Max Resist, Brutal Attack, Intimidation One und Final War erfreuen sich in der deutschen Szene besonderer Beliebtheit und erweisen sich als Publikumsmagneten. Die internationa-

le Verflechtung der Skinhead-Musikszene ist daran abzulesen, dass US-Bands wie Intimidation One und Final War in Europa bei mehreren großen, auch von deutschen Skinheads besuchten Konzerten aufgetreten sind, z. B. am 10. August in der Schweiz (Hammerfest Europe), am 14. September in England (Ian Stuart Memorial), am 21. September in Elsaß-Lothringen und am 12. Oktober in Österreich.

Die Anzahl der aktiven rechtsextremistischen deutschen Skinhead-Bands ist weiterhin stabil. Von den ca. 100 Bands, die im Jahr 2002 bei Skinhead-Konzerten auftraten oder Tonträger veröffentlichten, sind ca. 30 Bands seit Jahren aktiv bzw. in der Szene wirklich populär. Sechs Skinhead-Bands sind in Niedersachsen ansässig: Leitwolf (Wischhafen), Saccara (Meppen), Endstufe (Lilienthal), Boots Brothers (Delmenhorst), Stahlgewitter (Meppen) und Nordfront (Hannover).

Während die beiden erstgenannten Bands im Jahr 2002 kaum aktiv waren, produzierten die anderen Bands neue CDs.

In Deutschland werden Konzerte immer häufiger auf Privatgelände oder in kleineren Orten durchgeführt. Die konspirative Vorbereitung stellt eine Reaktion auf das konsequente Einschreiten der Sicherheitsbehörden gegen strafbare Erscheinungen von Konzertveranstaltungen dar. Die Mobilisierung verläuft in den meisten Fällen über Telefonketten, per SMS über das Handy oder per E-Mail. Die Teilnehmer erfahren in der Regel nur einen Treffpunkt, von dem aus sie dann zum eigentlichen Veranstaltungsort weitergeleitet werden. Die Flexibilität der Szeneangehörigen macht es möglich, dass kurzfristig ein großer Personenkreis mobilisiert werden kann. In

Niedersachsen stand das angemietete Anwesen eines Rechtsextremisten in Kirchseele (Landkreis Oldenburg) mehrfach im Mittelpunkt von Konzertveranstaltungen. Am 19. Oktober wurde ein bei ihm geplantes Konzert, an dem die Band Endlöser (Bremen) sowie Legion of Thor und Spreegeschwader aus Berlin teilnehmen sollten, kurzfristig unter konspirativen Umständen in den Schwaneweder Ortsteil Neuenkirchen verlegt, nachdem das Amtsgericht Wildeshausen die zweckentfremdete Nutzung des Anwesens untersagt hatte. Die Polizei unterband das Ausweichkonzert, als die Parole „Sieg heil“ skandiert wurde, und sprach 96 Platzverweise aus. Neben dem Konzert in Schwanewede sind als größere Veranstaltungen erwähnenswert ein weiteres Konzert in Kirchseele mit der Band Endlöser (50 Teilnehmer), ein Konzert auf dem Gelände von Thorsten HEISE in Northeim mit der Band Hauptkampflinie vor 150 Zuhörern, ein Konzert der Band Kategorie C in Hude (ca. 170 Teilnehmer, zumeist Hooligans) und ein von der Freien Kameradschaft Schaumburg/Weserbergland organisierter „Balladenabend“ mit den Gruppen Sleipnir und Nemesis in Rinteln-Uchtorf, dem 170 Zuhörer beiwohnten.

Insgesamt fanden im Jahr 2002 nach der Bewertung des NLFV zehn Skinhead-Konzerte in Niedersachsen statt. Dies bedeutet eine deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr und spiegelt den bundesweiten Trend wider.

In der Musikszene ist eine fortschreitende Kommerzialisierung feststellbar. Um der Strafverfolgung auszuweichen, werden Tonträger immer häufiger im Ausland, u. a. in Tschechien und in Taiwan, produziert. Trotz günstiger Herstellungskosten ist auf diese Weise eine gute Studioqualität gewährleistet.

Dadurch erhöht sich der zu erwartende Verkaufserlös für die Händler, die die CDs bei Konzerten oder über rechtsextremistische Musikverlage vertreiben, erheblich. Gewinnspannen bis zu 500 Prozent sind keine Seltenheit.

CDs wie „Ran an den Feind“ der Gruppe Landser oder „Noten des Hasses“ von den White Aryan Rebels gehören zu den Bestsellern der Szene. Die Songs dieser Bands verdanken ihren Kultstatus der Aggressivität der Texte und der Radikalität der fremdenfeindlichen Botschaften.

„Mit der Lizenz zum Töten ziehen wir dann durch das Land/dann wird alles Kranke erschlagen und niedergebrannt“, singen die White Aryan Rebels in dem Lied „Noten des Hasses“. Ein weiterer Liedtext der im Januar bekannt gewordenen Band – „Die Kugel ist für dich“ – ist ein vertonter Aufruf zum Mord an Personen des öffentlichen Lebens wie Michel Friedmann, Rita Süsmuth, Stefan Heym, Lilo Wanders, Alfred Birolek u. a.. Ein Berliner Neonazi, der an der Erstellung und Verbreitung der CD „Noten des Hasses“ beteiligt war, wurde am 9. September zu einer 22-monatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Die Skin-Band Landser²⁹ gehört zu den Hammerskins. Auf ihrer CD „Ran an den Feind“ ruft die Band zum Mörder an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf:

„Stürmt den Reichstag,
räuchert sie aus,
macht der Rattenbande den Garau“.

²⁹ Die Band Landser wurde 1992 unter dem Namen Endlösung von Mitgliedern der rechtsextremistischen Organisation „Vandalen – Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ gegründet.

Am 9. September erhob der Generalbundesanwalt Anklage gegen die drei Bandmitglieder. Ihnen wird zur Last gelegt, als Mitglieder einer kriminellen Vereinigung durch die Verbreitung von Tonträgern in volksverhetzender Weise zu Hass und Gewalt gegen Teile der Bevölkerung aufgestachelt, dadurch die grundlegende Rechte anderer verletzt, zu rechtswidrigen Taten aufgefordert und die verfassungsmäßige Ordnung verächtlich gemacht zu haben. Einer weiteren Person wird neben gefährlicher Verletzung und Nötigung die Unterstützung der kriminellen Vereinigung Landser zur Last gelegt. Der Generalbundesanwalt trug mit der Anklageerhebung der Tatsache Rechnung, dass Skinhead-Musik als Wegbereiter für rechtsextremistisch motivierte Straftaten wirkt. Insbesondere die aggressive Musik der Band Landser, die als die führende deutsche Skinhead-Band gelten kann, hat, wie in vielen Strafverfahren deutlich wurde, motivierend auf potenzielle Gewalttäter gewirkt.

Ein weiteres Urteil erging gegen einen rechtsextremistischen Skinhead-Musikvertreiber aus Leer. Das Landgericht Aurich verurteilte ihn am 1. August zu einer Haftstrafe von einem Jahr und sechs Monaten. Die Haftstrafe wurde auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Gegen den ehemaligen Betreiber des seit 1998 aktiven, in Leer ansässigen Versandhandels „Moin Moin Records“ hatte die Polizei bereits im Jahr 2000 aufgrund eines Rechtshilfeersuchens der Staatsanwaltschaft Göteborg (Schweden) ermittelt.

Fanzines

Der aus dem Englischen stammende Begriff Fanzine setzt sich aus den

Worten Fan und Magazine zusammen und bezeichnet Hefte, die für viele Subkulturen als Kommunikationsmedien von zentraler Bedeutung sind.

In der Regel enthalten die Fanzines der Skinhead-Bewegung Informationen über Szenebands, neue Tonträger, Verlaufsberichte von Konzerten und Partys sowie Interviews mit Szeneangehörigen. Daneben transportieren sie in unterschiedlicher Ausprägung auch ideologische Botschaften.

Die Auflagenhöhe der Fanzines hat in Einzelfällen schon bis zu 15.000 Exemplare pro Ausgabe betragen; zumeist bewegt sie sich jedoch in einer Größenordnung von wenigen hundert Exemplaren pro Ausgabe. Ihr Rückgang könnte aus der zunehmenden Bedeutung des Internets auch für die Skinhead-Szene resultieren. Im Jahr wurden bundesweit 25 rechtsextremistische Fanzines (Vorjahr: 35) registriert. In Niedersachsen erscheinen Violence (Braunschweig), Outlaws (Raum Hannover) und Final Destination (Emden).

Internetnutzung

Die Skinhead-Musikszene nutzt verstärkt das Internet. Insbesondere durch die Sperrung deutschsprachiger Internetseiten bei amerikanischen Providern entwickelte sich die Anzahl deutschsprachiger Seiten zwischenzeitlich rückläufig (von 1.100 auf 900 Seiten³⁰). Mittlerweile ist jedoch wieder ein Anstieg zu registrieren. Die meisten der bekannten Skinbands betreiben eine eigene Homepage zur Selbstdarstel-

³⁰ Gesamtzahl rechtsextremistischer Seiten im Internet, also einschließlich der Homepages von Parteien, Kameradschaften und sonstigen rechtsextremistischen Organisationen.

lung. Auf vielen Seiten besteht die Möglichkeit, Liedtexte und Musikstücke herunterzuladen. Insbesondere ausländische Bands und Musiktauschbörsen bieten über das Internet Lieder (als MP3-Dateien) und Texte mit strafrechtlich relevanten Inhalten an. Nach dem Niedergang der ehemals bekanntesten Musiktauschbörse Napster haben sich inzwischen Nachfolger etabliert, die ebenfalls durch die Peer-to-Peer-Technik³¹ Internetnutzern einen direkten Online-Tauschhandel von Musikdateien ermöglichen. Zunehmende Akzeptanz erfahren in der rechtsextremistischen Szene die File-Sharing Services „eDonkey“ und „eMule“.

Die fortschreitende Verbreitung von PCs mit integriertem CD-Brenner hat zwar die Herstellung und Verbreitung selbstgebrannter CDs erleichtert, jedoch lehnt die Szene dieses Vorgehen größtenteils ab, wie ein Nutzer im Nationalen Forum der Freien Nationalisten Niedersachsen/Weser-Ems beispielhaft zum Ausdruck brachte:

„Ich sag mal so, wenn mein ‚Nachbar‘ die eine CD kauft und ich sie auch haben will, dann leg ich lieber zu-

sammen, kauf sie einmal oder kauf mir für das gesparte Geld noch eine, die mich interessiert. Aber was ich nicht gut heissen kann ist das brennen von CDs zum eigenen finanziellen Vorteil!!!! Das nenn ich dann wirklich Bereicherung durch die Bewegung“. (Fehler aus dem Original übernommen.)

Die Zurückhaltung der Skinhead-Szene beim Brennen von CDs schließt jedoch nicht die Gefahr aus, das Nicht-Szeneangehörige, die keinen Zugang zu den Original-CDs haben, auf diese Weise an rechtsextremistische Skinhead-Musik herangeführt werden. Allgemein ist festzustellen, dass der Bekanntheitsgrad einzelner Skin-Musik-CDs weit über die Skinhead-Szene hinausreicht.

Internetforen gewinnen für den Zusammenhalt der Skinhead-Szene einen immer größeren Stellenwert. Von herausragender Bedeutung ist der Wiking-Versand. Täglich werden im Wiking-Forum in der Rubrik „Allgemein“ bis zu 20 Themen mit ca. 500 Beiträgen behandelt. Darüber hinaus erfolgen reine Lesezugriffe, wobei aus den Zeitangaben der gemachten Einträge hervorgeht, dass die Klientel 24 Stunden aktiv ist. Neben Informationen zu Terminen und Kontaktadressen wird in allen größeren Foren die Skin-Musik umfangreich dargestellt. Auf diese Weise kann sich der rechtsextremistische Musik-Fan in den Foren einen umfassenden Überblick über das ihn interessierende Musikangebot machen. Virtuell begegnet er Gleichgesinnten, kann mit ihnen Meinungen austauschen und sich über bevorstehende Events informieren. Trotz der Verwendung von nicknames wie „hatebringer88“, „Death2ZOG“ oder „duffbeer“, die Anonymität bewahren, kennt man sich untereinander recht gut. Die Mit-

³¹ P2P (peer = gleichrangig/gleichgestellt) beruht auf dem Prinzip der Dezentralisierung von Informationen. Die Dateien werden nicht auf zentralen Servern (Rechnern) gespeichert, sondern liegen nur auf den Computern der Nutzer. Mittels eines einfach zu bedienenden Programms kann man sich mit einem Server verbinden. Diese untereinander verbundenen Server bilden dann ein Netzwerk, das sich ständig verändert. Die Server fungieren hierbei lediglich als Schnittstelle zwischen den Benutzern. Sie bieten keine Dateien an. Diese können mittels Stichwortsuche in den freigegebenen Dateien der an das Netzwerk angeschlossenen Nutzer durch eine direkte Verbindung heruntergeladen werden. Eine Stichwortsuche nach Musik-, Text- oder Videodateien kann demnach nur dann zum Erfolg führen, wenn zufällig zum Suchzeitpunkt ein Nutzer mit diesen Dateien online ist.

glieder des Wiking-Forums haben inzwischen zwei Treffen durchgeführt, zuletzt vom 15. bis 17. November in Kirchseele. Im Anschluss an die Veranstaltung tauschten die ca. 40 Teilnehmer im Internet-Forum Erlebnisberichte aus. Weitere Treffen sind geplant. Dies zeigt, welche Bedeutung die Foren für den Zusammenhalt der Szene spielen können. Neben den Diskussionsforen hat das IRC (Internet Relay Chat, wörtlich: Internet – Übertragung – Unterhaltung) Bedeutung erlangt. In diesem Medium kommunizieren die Nutzer mittels Texteingabe in verschiedenen Räumen oder channels in Echtzeit über diverse Themen miteinander. Auch die Nutzer des IRC verwenden Pseudonyme, die sie jederzeit wechseln können.

Die Qualität der Auftritte im Internet macht deutlich, dass, zumindest bei den Aktivisten der Bewegung von der Vorstellung des geistig unbeweglichen, kommunikationsunfähigen Skinheads Abstand genommen werden muss. Das Internet, insbesondere seine rechtsextremistischen Foren, leisten einen gefährlichen Beitrag zur Verfestigung der Szene. Auf diese Weise werden die Intentionen, die mit den repressiven exekutiven Maßnahmen bei Konzerten verbundenen sind, unterlaufen. Darüber hinaus wächst die Gefahr, dass Außenstehende durch die Internetpräsenz an die rechtsextremistische Szene herangeführt werden.

Neonazistische Kameradschaften

Die neonazistischen Vorläuferorganisationen der heutigen Kameradschaften knüpften in den achtziger Jahren ideologisch reflektierter an den histori-

schen Nationalsozialismus an als die meisten ihrer neonazistischen Nachfolger. Geleitet vom Parteiprogramm der NSDAP aus dem Jahre 1920 strebten sie die Errichtung eines totalitären Gesellschaftssystems auf der Basis des Führer- und Eliteprinzips an. Vorübergehend erlangte auch der von Gregor Strasser repräsentierte sozialrevolutionäre Flügel der NSDAP für das ideologische Selbstverständnis der Neonazis Bedeutung. Soweit sie sich tatsächlich intensiv mit ideologischen Fragen beschäftigen, sind auch die Angehörigen der heutigen neonazistischen Kameradschaften dem Elite- und Führerprinzip verpflichtet. Ihrem rassistischen und antisemitischen Weltbild gemäß wollen sie das „höherwertige deutsche Volk“ vor einer „Volksvermischung“ mit „minderwertigen Ausländern“ bewahren. Der tagesaktuelle Kampf gilt der von den Regierenden angeblich angestrebten multikulturellen Gesellschaft.

Das Organisationsmodell der Kameradschaften rückte in der ersten Hälfte der neunziger Jahre in den Mittelpunkt neonazistischer Strategieüberlegungen. Zum damaligen Zeitpunkt hatten die als Reaktion auf zahlreiche gewalttätige Übergriffe verfügten Verbote neonazistischer Vereinigungen zu erheblicher Verunsicherung innerhalb der neonazistischen Szene geführt. Die Neonazis orientierten sich taktisch neu und entwickelten unter Verzicht auf verbotsfähige Vereinsstrukturen Vernetzungskonzepte, um Exekutivmaßnahmen zu unterlaufen. Die Vernetzungskonzepte basierten auf örtlichen Gruppen (Kameradschaften), die aus etwa 5 bis 20 Personen bestehen und weder vereinsmäßige Strukturen noch formale Mitgliedschaften aufweisen. Nach einem Konzept des führenden

Hamburger Neonazis Thomas WULFF sollen Kameradschaften und einzelne Neonazis in jederzeit mobilisierbaren „nicht organisierten Einheiten“ zusammenwirken.

Die aktiven Kameradschaften aus Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt bezeichnen sich selbst als „Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland“. Ihre Aktivitäten koordinieren sie über das Aktionsbüro Norddeutschland. Dieses Bündnis ist nach wie vor der in Norddeutschland aktivste rechtsextremistische Personenzusammenschluss. Sein festes Mobilisierungspotenzial beträgt mindestens 150 Personen, neben Neonazis auch Skinheads und Mitglieder von NPD und JN. Bei Kundgebungen und Demonstrationen treten die Kameradschaftsangehörigen zumeist als geschlossener Block auf, um sich nach außen als „Freie Nationalisten“, also parteiungebundene Neonazis, erkennen zu geben.

Auf den Internetseiten der „Freien Nationalisten“ sind inzwischen mehrere Seiten der neonazistischen Szene miteinander verlinkt, neben dem Aktionsbüro Norddeutschland beispielsweise das Freie Infotelefon Norddeutschland (FIT) und der Arbeitskreis Mädelschar. Weitere Verknüpfungen führen zu anderen neonazistischen Organisationen und Projekten wie „Nazis in Hamburg“, „Bürgerbewegung für Ausländerstopp“ und zum Zentralversand, über den das „Zentralorgan“, das über Termine und Ereignisse berichtende „freie Politmagazin“ der neonazistischen Szene, bezogen werden kann.

Eine Rekrutierung von ortsansässigen Jugendlichen durch die neonazisti-

schen Kameradschaften erfolgt in zwei Phasen. Neben der Einführung in die Kameradschaft aufgrund persönlicher Bekanntschaft dienen nach wie vor Skinhead-Konzerte der ersten Kontaktaufnahme. Auf diese Weise interessierte Jugendliche werden dann auf regelmäßig durchgeführten Treffen, den so genannten Kameradschaftsabenden, mit der „politischen Arbeit“ vertraut gemacht. Diese Kameradschaftsabende sind insofern attraktiv gestaltet, dass sie den Jugendlichen ein Gemeinschaftserlebnis vermitteln, ohne dass sie sich in die festen Strukturen eines Vereins oder einer Partei einbinden lassen müssen. Das Einstiegsalter liegt bei etwa 16 Jahren; in Einzelfällen nehmen auch noch über 30-jährige Personen an den Treffen teil. Generell dürfte das Durchschnittsalter etwa fünf Jahre höher liegen als in der Skinhead-Szene (20-25 Jahre gegenüber 15-20 Jahre). Der überwiegende Teil der Kameradschaftsmitglieder ist männlich. Neben der Organisation von öffentlichkeitswirksamen Demonstrationen und Konzerten und der weltanschaulichen Schulung befassen sich Neonazis auf den Kameradschaftsabenden auch mit der Planung von Aktionen gegen politische Gegner, wobei die Diskussion über die Anwendung von Gewalt eine zunehmende Tendenz zeigt.

In Niedersachsen sind gegenwärtig ca. 20 (bundesweit rund 160) Kameradschaften aktiv. Damit sind in Niedersachsen die Zahl der Gruppierungen und die Zahl der Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr nicht angestiegen. Geographisch bilden die Räume Hannover, Lüneburg und Südniedersachsen die regionalen Schwerpunkte der Aktivitäten niedersächsischer Kameradschaften, von denen drei Viertel in den Regierungsbezirken Hannover und

Lüneburg ansässig sind. Zu einem großen Teil stellen die niedersächsischen Kameradschaften Mischszenen aus Neonazis und Skinheads dar. Bei einigen dieser Kameradschaften spielen ideologische Schulung und politisches Engagement eine nur untergeordnete Rolle gegenüber dem Interesse an einem „Gemeinschaftserlebnis“. Nur wenige Kameradschaften zeichnen sich durch ein auf Dauer angelegtes, ideologisch geleitetes Engagement aus. Auch ist die Fluktuation hoch. Neugründungsversuchen auf der einen Seite stehen Auflösungserscheinungen bzw. Inaktivität auf der anderen Seite gegenüber. Die Tatsache, dass sich unter diesen Umständen die Anzahl der niedersächsischen Kameradschaften auf ca. 20 eingependelt hat, ist als Ausdruck der Etablierung des Organisationsmodells Kameradschaften innerhalb der rechtsextremistischen Szene zu werten. Zu den berichtenswerten Kameradschaften in Niedersachsen gehören die Kameradschaft Weserbergland und die Kameradschaft Northeim, deren Kameradschaftsführer Thorsten HEISE im Oktober nach Fretterode in Thüringen umgezogen ist. Das Internet wird von niedersächsischen Kameradschaften immer stärker genutzt. Auf eigenen Seiten betreiben sie Werbung, berichten über durchgeführte Aktionen wie Demonstrationen und Konzerte. Ferner nutzen sie das Medium, um Bilder von so genannten „Antifaschisten“, also linken Gegenspielern, die bei Demonstrationen abgelichtet wurden, zu veröffentlichen. Einige Kameradschaften verfügen über eigene Mitteilungsblätter, die in der Aufmachung oftmals den Fanzines der Skinhead-Szene ähneln, jedoch meist auch historische und politische Informationen zum Inhalt haben. Im

Jahr 2002 erschienen zwei solcher Publikationen, die von der Kameradschaft Weserbergland herausgegebene Broschüre „Widerstand im Weserland“ und die Schrift „Nationaler Beobachter – Informationsblatt für die Region Süd-Niedersachsen“, die bislang keinem Verantwortlichem zugeordnet werden konnte.

“Mein Großvater war kein Mörder!”

“Anti-Wehrmachts-Ausstellung” stoppen!

Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht - Herr Reemtsma!

Eine Kampagne, getragen durch die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), viele freie Aktionsgruppen und Kameradschaften, sowie ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und Angehörigen der Bundeswehr im

Nationalen Widerstand

Demonstrationsschwerpunkte im Jahr 2002 waren für die Freien Nationalisten und andere Neonazis neben den traditionellen Veranstaltungen zum 1. Mai und zum Todestag von Rudolf Heß, der als angeblicher Friedensflieger nach wie vor Märtyrerstatus in der Szene genießt, erneut Kundgebungen gegen die so genannte Wehrmachtsausstellung, die nach abgeschlossener Überarbeitung und Neukonzeption seit Ende 2001 wieder in deutschen Großstädten gezeigt wird. An den Demonstrationen gegen die Wehrmachtsaus-

stellung in Bielefeld (2. März), Leipzig (8. Juni) und München (12. Oktober) nahmen bis zu 1.000 Rechtsextremisten, darunter auch niedersächsische Neonazis, teil.

In Niedersachsen führte die neonazistische Szene zwei Demonstrationen durch. Zu einer von der NPD am 27. April in Barsinghausen angemeldeten Demonstration fanden sich statt

der erwarteten 300 lediglich 60 jüngere Rechtsextremisten ein, zumeist Angehörige regionaler freier Kameradschaften und Skinheads. Die NPD reagierte damit auf den Protest eines örtlichen Bündnisses gegen einen Informationsstand der NPD am 9. März. Eine weitere neonazistische Demonstration mit 65 Teilnehmern fand am 1. Juni in Rinteln statt.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Sitz:	Frankfurt a.M.	
Vorsitzende:	Ursula MÜLLER, Mainz	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	550	600
Niedersachsen:	65	65
Publikation:	Nachrichten der HNG (monatl. 600 Exemplare)	

Die 1979 gegründete, seit 1991 von der in Mainz lebenden Ursula MÜLLER geleitete „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) konzentriert ihre Aktivitäten auf die Betreuung inhaftierter Rechtsextremisten.

Die Mitgliederzahlen der HNG sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Während 1994 rund 300 Mitglieder der Organisation angehörten, hat sich diese Zahl im Jahr 2002 auf 600 verdoppelt. Die Steigerung überrascht insofern nicht, als durch das konsequente Vorgehen der Sicherheitsbehörden mehr tatverdächtige Rechtsextremisten ermittelt und auch durch Gerichte verurteilt worden sind. In Niedersachsen ist die Zahl

der Mitglieder im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben.

Das Organ „Nachrichten der HNG“ ist auf die Betreuung und ideologische Festigung inhaftierter Rechtsextremisten ausgerichtet. Neben Dokumentationen und Berichten über Prozesse, Urteile etc. werden auch Leserbriefe publiziert, die oft Dankesbotschaften an die HNG enthalten. Der regelmäßig abgedruckten „Gefangenenliste“ ist ein Foto von Rudolf Heß vorangestellt, der für die HNG die Symbolfigur des „politischen“ Gefangenen darstellt. Die Verurteilung rechtsextremistischer Straftäter wird als staatlicher Willkürakt dargestellt. In sämtlichen „Nachrichten der HNG“ ist zu lesen:

„Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!“

Verhöhrend wird hier eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur freien Meinungsäußerung zitiert und Volksverhetzung damit mit freier Meinungsäußerung gleichgesetzt. Einsicht in die Strafbarkeit des eigenen Tuns ist nicht gefragt.

Im Mittelpunkt der jährlichen Mitgliederversammlungen stehen in der Regel organisatorische Fragen. Die Hauptversammlung des Jahres 2002 fand am 23. März in Hessisch Lichtenau statt. Es nahmen rund 300 Personen, größtenteils Skinheads, teil.

Die materielle und ideelle Unterstützung inhaftierter Rechtsextremisten

erfolgt weltweit, wobei der materiellen Unterstützung, beispielsweise durch die Übersendung von Briefmarken, eine nur untergeordnete Bedeutung zukommt. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt vielmehr in der psychischen und politischen Betreuung der Gefangenen. Sie sollen in dem Bewusstsein bestärkt werden, kein Unrecht begangen zu haben. Die HNG möchte auf diese Weise sicherstellen, dass der betreute Personenkreis während der Haft und auch nach der Haftentlassung der rechtsextremistischen Szene erhalten bleibt. Insofern konterkariert das Wirken der HNG die mit einer Freiheitsstrafe auch bezweckte Resozialisierung der rechtsextremistischen Straftäter während ihrer Inhaftierung. Aufgabe staatlicher Aussteigerprogramme muss es daher auch sein, den Einfluss der HNG auf rechtsextremistische Strafgefangene zurückzudrängen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Sitz:	Lincoln (Nebraska/USA)
Leitung:	Gary Rex LAUCK
Publikation:	NS-Kampfruf (zweimonatlich)

Die NSDAP/AO ist der größte ausländische Lieferant von Propagandamaterial für die deutsche Neonaziszene. Ideologisch orientiert sich die 1972 von Gary Rex LAUCK, einem US-Bürger, gegründete Funktionärsgruppe am Vorbild der NSDAP. Zu den von der

NSDAP/AO vertriebenen Propagandamaterialien gehören vor allem Faksimile- und Reprint-Drucke von NS-Literatur, Flugblätter und Plakate.

Der rassistische und antisemitische „NS-Kampfruf“, die zweimonatlich in verschiedenen Sprachen erscheinende

wichtigste Publikation der NSDAP/AO, verherrlicht den Nationalsozialismus in offener Form.

LAUCK wurde 1996 vom Landgericht Hamburg wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamitteln und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt, die er im vollen Umfang verbüßte. Am 19.03.1999 wurde er aus der Haft entlassen und anschließend in die USA abgeschoben. Unbeeindruckt von der Haftstrafe setzte er seine ideologischen und propagandistischen Aktivitäten unverändert fort, dabei hat das Internet für ihn seither immer stärker an Bedeutung gewonnen. Seine in 16 Sprachen erscheinende Internetseite bietet die Möglichkeit, Nazi-Computerspiele und Musikstücke (wie z. B. das „Horst-Wessel-Lied“) kostenfrei herunterzuladen.



Ebenfalls per Internet verbreitet LAUCK eine modifizierte Version des PC-Spiels „Moorhuhnjagd“ – die abzuschießenden Hühner sind durch einen Davidstern gekennzeichnet – und das Computerspiel „Der SA-Mann“. Ein SA-Mann soll so viele Hakenkreuz-Flugblätter verteilen wie möglich, wobei ihn flüchtende jüdische Ghetto-Bewohner behindern. Im Jahr 2002 ist das Computerspiel „Die Säuberung“ hinzugekommen. Ziel des Spiels ist es, mit einem

Ball und einem als Schläger zu benutzenden Balken (Rückschlagspiel) auf sechseckige Symbole („hakennasige Juden, Neger und Zigeuner“), die mit einem Davidstern gekennzeichnet sind, zu schlagen und dadurch Punkte zu erzielen. Den Symbolen ist ein Hitlerbild („Adolf Hitler ist der Sieg“) unterlegt. Die nächste Schwierigkeitsstufe startet, wenn alle Bilder ausgelöscht sind.

Diese volksverhetzenden Computerspiele, die nach deutschem Recht strafbar sind, unterliegen in den USA nicht der Strafverfolgung. Die Strafverfolgung gestaltet sich daher als schwierig, insbesondere, wenn die Internetseiten von einem ausländischen Server ins Netz gestellt werden. Im letzten Jahr hatte sich LAUCK bereits Internetadressen des Bundesministeriums des Innern und des Verfassungsschutzes mit den Domainendungen „net“ und „com“ gesichert. Diese Adressen konnten von der Bundesregierung zurückgewonnen werden. 2002 gelang ihm erneut der Zugriff auf Regierungsadressen, diesmal mit dem Länderkürzel „us“ für die USA³². Wer diese Adressen aufruft, gelangt automatisch zu einer Propagandaseite der NSDAP/AO, auf der Nazifahnen und Hakenkreuze sowie antisemitische Piktogramme auftauchen.

³² Wegen der amerikanischen Länderkennung „us“ ist es äußerst schwierig, eine Sperrung zu erreichen. Bei den sogenannten Top Level Domains wie „net“ oder „info“ entscheiden Schiedsstellen der Ican (oberste Internetverwaltung) über Streitfälle. Bei dem Länderanhang „us“ muss vor staatlichen Gerichten in den USA geklagt werden.

Verbote neonazistischer Vereinigungen

Verbotsverfüg.	Vereinigung	Verbotsbehörde
26.11.1992	Nationalistische Front (NF)	Bundesministerium des Innern
08.12.1992	Deutsche Alternative (DA)	Bundesministerium des Innern
18.12.1992	Deutscher Kameradschaftsbund (DKB)	Niedersächsisches Innenministerium
21.12.1992	Nationale Offensive (NO)	Bundesministerium des Innern
07.06.1993	Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern
08.07.1993	Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium des Landes Baden-Württemberg
25.08.1993	Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
10.11.1994	Wiking Jugend e.V. (WJ)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
24.02.1995	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesministerium des Innern (auf Initiative des Niedersächsischen Innenministeriums)
22.02.1995	Nationale Liste (NL)	Behörde für Inneres Hamburg
12.05.1995	Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenministerium des Landes Brandenburg
22.07.1996	Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern
14.08.1997	Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium des Landes Brandenburg
09.02.1998	Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V.	Niedersächsisches Innenministerium
10.08.2000	Hamburger Sturm	Behörde für Inneres Hamburg
12.09.2000	Blood & Honour -Division Deutschland mit Jugendorganisation White Youth	Bundesministerium des Innern
03.04.2001	Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) mit Skinheads Sächsische Schweiz – Aufbauorganisationen und Nationaler Widerstand Pirna	Sächsisches Staatsministerium des Innern
07.03.2003	Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck (www.fuer-luebeck.com)	Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein

Rechtsextremistische Parteien

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Sitz		
Bund:	Berlin	
Niedersachsen:	Lüneburg	
Vorsitzende		
Bund:	Udo VOIGT	
Niedersachsen:	Ulrich EIGENFELD	
Mitglieder		
	2001	2002
Bund:	6.500	6.100
Niedersachsen:	500	450
Publikationen		
Bund:	Deutsche Stimme (monatliche Auflage: 10.000)	
Niedersachsen:	Niedersachsen-Spiegel (nur eine Ausgabe im Jahr 2002)	

Die NPD wurde am 28. November 1964 durch den Zusammenschluss einer Reihe rechtsextremistischer Gruppierungen in Hannover gegründet. Ziel der Neugründung war die Einigung des zersplitterten rechtsextremistischen Lagers nach dem SRP-Verbot im Jahr 1952. Inhaltlich und personell wies die NPD Kontinuitäten sowohl zur SRP als auch zur NSDAP auf. Erster Vorsitzender der neugegründeten NPD war Fritz THIELEN aus Bremen, stellvertretender Vorsitzender wurde Adolf von THADDEN aus Niedersachsen. Die NPD erhielt bei der Bundestagswahl im September 1965 bereits 2,0 % der Stimmen. Zwischen 1966 und 1969 erzielte sie größere Wahlerfolge, mit Ergebnissen zwischen 5,8 % und 9,8 % zog sie in sieben von

damals elf Landesparlamenten ein (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) und verfehlte 1969 mit 4,3 % der Stimmen nur knapp den Einzug in den Bundestag.

Wahlergebnisse bei etwa einem Prozent der Stimmen sowie eine negative Mitgliederentwicklung von 28.000 im Jahr 1969 auf 8.500 im Jahr 1978 waren charakteristisch für die NPD in den siebziger Jahren. Bei der Bundestagswahl 1980 erzielte sie mit 0,2 % das schlechteste Ergebnis seit ihrer Gründung. Diese Wahlniederlage führte zu einer anhaltenden Krise der Partei, die einen Mitgliederstand im Jahr 1982 von lediglich 5.900 Personen bundesweit nach sich zog. Erst durch die

aggressive Thematisierung der Ausländerfeindlichkeit zu Lasten vergangenheitsbezogener Themenfelder seit Anfang der neunziger Jahre rückte die NPD wieder mehr in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Parteiinterne Auseinandersetzungen, insbesondere um den 1991 zum Bundesvorsitzenden gewählten Günter DECKERT, der von 1995 bis 2000 eine mehrjährige Freiheitsstrafe wegen rechtsextremistisch motivierter Straftaten verbüßte, brachten die NPD in eine existenzbedrohende Situation. So sank der Mitgliederstand nochmals bis auf einen Tiefpunkt von 2.800 im Jahr 1995. Mit der Wahl des früheren bayerischen NPD-Landesvorsitzenden Udo VOIGT zum Bundesvorsitzenden 1996 vollzog die Partei einen Wandel von einer traditionellen rechtsextremistischen Wahlpartei zu einer Partei, die sich als Spitze einer nationalistischen und sozialen Protestbewegung versteht. Ursächlich dafür war u. a. die Einbindung von Neonazis und Skinheads, die nach zahlreichen Verboten neonazistischer Organisationen in den Jahren 1992 bis 1996 teilweise eine neue politische Heimat in der NPD fanden. Die 1969 gegründete Jugendorganisation der NPD, die Jungen Nationaldemokraten (JN), übernehmen dabei die Rolle des ideologischen Vorreiters und Bindegliedes zur neonazistischen Szene.

Organisationsstruktur und politische Entwicklung der NPD

Die NPD verfügt bundesweit über 15 Landesverbände mit etwa 200 in Bezirks- oder Kreisverbände unterteilte Unterorganisationen. Der Mitgliederbestand der Partei ging im Jahr 2002 um 400 auf 6.100 zurück. Mit jeweils etwa 900 Mitgliedern blieben Sachsen und Bayern die mitgliederstärksten Landes-

verbände, gefolgt von Nordrhein-Westfalen mit rund 800 Mitgliedern.

Als Kritiker der Parteiführung hatte sich aus Unzufriedenheit mit Programmatik und Arbeitsweise des Parteivorstandes bereits im Mai 2000 die innerparteiliche Oppositionsgruppe „Revolutionäre Plattform 2000“ (RPF) gegründet, ein etwa 30 Aktivisten umfassender Zusammenschluss von jüngeren, sich selbst als „revolutionäre Nationalisten“ bezeichnende NPD- und JN-Funktionäre. Die RPF sollte nach längeren Konfrontationen und einem von der NPD-Parteiführung im Dezember 2000 ursprünglich getroffenen Unvereinbarkeitsbeschluss schließlich in Form einer Arbeitsgemeinschaft in die NPD integriert werden. Wegen andauernder Auseinandersetzungen zwischen der NPD und den RPF-Aktivisten um den aus Hannover stammenden Neonazi Steffen HUPKA war die angekündigte Arbeitsgemeinschaft jedoch nicht realisiert worden. Ideologisches Leitbild für die von der nationalistischen Weltanschauung geprägte RPF, die ähnlich wie die neonazistischen Freien Nationalisten an der NPD den fehlenden revolutionären Impetus kritisieren, ist ein nationaler Sozialismus. Die „Grundsätze der RPF“ lassen das grundlegende ideengeschichtliche Strukturmerkmal des Rechtsextremismus, den Glauben an eine angeborene Ungleichheit der Menschen und eine aus diesem Axiom abgeleitete Ideologie, deutlich hervortreten:

„Wir anerkennen die genetische und kulturelle - da naturbedingte - Vielfalt der Menschen und Völker und sehen daher in jedem Gleichheitsdenken ein unnatürliches Bestreben. Nicht ‚jedem das Gleiche‘, sondern ‚jedem das Seine‘ ist unser sozialistischer Grundsatz.“

HUPKA, der bis März 2000 Mitglied des NPD-Bundesvorstandes und Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt war, wurde Mitte Dezember 2001 vom NPD-Bundesvorstand wegen parteischädigenden Verhaltens im Zusammenhang mit seinen RPF-Aktivitäten aus der Partei ausgeschlossen. Als weitere Maßnahme zur Disziplinierung innerparteilicher Oppositionskräfte erneuerte der Parteivorstand auf seiner Sitzung vom 4. bis 6. Januar in Pößneck (Thüringen) den Unvereinbarkeitsbeschluss, nach dem eine NPD-Mitgliedschaft mit der Zugehörigkeit zur RPF unvereinbar ist. Daraufhin gab HUPKA mit Schreiben vom 13. Januar die Auflösung der RPF bekannt.

Die erfolgreiche Zurückdrängung der innerparteilichen Opposition manifestierte sich erneut auf dem Bundesparteitag am 16./17. März in Königslutter / Landkreis Helmstedt, auf dem Udo VOIGT mit 155 von 203 Stimmen der Delegierten im Amt des Parteivorsitzenden bestätigt wurde, während für seinen Gegenkandidaten, den früheren Parteivorsitzenden Günter DECKERT, lediglich 42 Delegierte votierten. Kritiker VOIGTs wurden nicht wieder in den Bundesvorstand gewählt, die innerparteilichen Oppositionskräfte um Steffen HUPKA konnten sich nicht durchsetzen. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Holger APFEL und Jürgen SCHÖN sowie der Bundesgeschäftsführer Frank SCHWERDT wurden in ihren Ämtern bestätigt. Für Hans-Günther EISEN-ECKER, den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden, rückte der niedersächsische Landesvorsitzende und Generalsekretär der NPD Ulrich EIGENFELD nach. Bei der Wahl der 15 Beisitzer im Bundesvorstand setzten sich aus Niedersachsen der Vorsitzende des NPD-Unterbezirks Lüneburger Heide/

Elbe, Manfred BÖRM, und der Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Helmstedt, Friedrich PREUß, durch.

Entwicklung in Niedersachsen

Die Mitgliederzahl der NPD in Niedersachsen ist im Vergleich zum Vorjahr (500 Mitglieder) um ca.10 % auf rund 450 Personen zurückgegangen und hat damit wieder den Mitgliederbestand aus dem Jahr 2000 erreicht. Gründe für den Mitgliederrückgang sind einerseits Mitgliederkartebereinigungen hinsichtlich bereits ausgeschiedener oder schon längere Zeit mit Beiträgen in Rückstand geratener Parteimitglieder, andererseits der nachlassende Solidarisierungseffekt im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsverfahren. Dieser hatte noch im Vorjahr insbesondere bei Neonazis aus Freien Kameradschaften zu Solidaritätsbekundungen und zu Eintritt in die NPD geführt.

Der NPD-Landesverband Niedersachsen beschäftigte sich im Berichtszeitraum vorrangig mit organisatorischen Fragen. Ziel der Ende 2001 aus organisatorischen Gründen erfolgten Umstrukturierung des Kreisverbandes Uelzen/Celle in den größeren Unterbezirk Zentralheide war die Belebung des NPD-Einflusses in der Lüneburger Heide durch neues, aus den Reihen der Freien Kameradschaften rekrutiertes Führungspersonal mit entsprechenden Kontakten in die Neonazi-Szene. Mangelnde Führungsqualitäten der neuen Funktionäre führten jedoch zum Stillstand der dortigen Parteiarbeit. Nach nur neun Monaten erfolgte eine erneute Umorganisation, bei der die Mitglieder aus dem Landkreis Soltau-Fallingb. dem Kreisverband Harburg-Land, der in KV Harburg-Land/Soltau

umbenannt wurde und die der Landkreise Uelzen und Celle dem Unterbezirk Heide/Elbe zugeschlagen wurden. Auch im Kreisverband Schaumburg stagnieren die Parteiaktivitäten, nachdem sich der Ende 2001 neugewählte, ebenfalls aus einer Freien Kameradschaft stammende Vorsitzende des Kreisverbandes Ende April einem drohenden Strafverfahren durch Flucht entzogen hatte und seither mit Haftbefehl gesucht wird.

Nach der Neuorganisation besteht der Landesverband Niedersachsen wieder – wie auch schon im Vorjahr – aus vier Unterbezirks- und zehn Kreisverbänden, deren rund 450 Mitglieder ein Durchschnittsalter von etwa 40 Jahren aufweisen.

Einen thematischen Schwerpunkt des Landesparteitages der NPD am 5. Mai in Mellendorf bildete die niedersächsische Landtagswahl am 2. Februar

2003. Der Landesvorsitzende Ulrich EIGENFELD, sein Stellvertreter Friedrich PREUß und der Beisitzer im Landesvorstand Manfred BÖRM wurden für die ersten drei Plätze der Landesliste nominiert.

Auf größere öffentliche Resonanz stießen die vom Kreisverband Stadthagen angemeldeten Demonstrationen am 9. März und 27. April in Barsinghausen mit jeweils rund 60 Teilnehmern und die von der Bundespartei zum 1. Mai durchgeführte Demonstration in Göttingen mit etwa 200 Teilnehmern.

Von den verschiedenen noch Anfang des Jahres aktiven Internetseiten der NPD existieren nur noch die des Landesverbandes, des Unterbezirks Göttingen/Südharz sowie des Kreisverbandes Hannover, die zumeist nur noch mit einer Verspätung von einigen Wochen aktualisiert werden. Gründe für diese rückläufige Entwicklung sind neben finanziellen Engpässen in den NPD-Unterverbänden vor allem in der Abwanderung der bisherigen Internetbeauftragten zu anderen Organisationen zu sehen.

Teilnahme an Wahlen

Die NPD war bei der Bundestagswahl am 22. September in allen Ländern mit Landeslisten und bis auf Bayern auch mit Direktkandidaten angetreten. Sie erhielt mit 214.872 Zweitstimmen einen Anteil von 0,4 %. Gegenüber der Bundestagswahl 1998 konnte sie damit 88.301 Stimmen hinzugewinnen (plus 0,1 %). Da die Partei trotz dieses Stimmenzuwachses unter der 0,5%-Marke für Bundestagswahlen blieb, erhielt sie keine Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern (minus 0,2 %) gewann die NPD in allen Ländern

Heraus zum 1. Mai!

Arbeit statt Globalisierung!

Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen!

Die NPD fordert auf die Wähler zum 1. Mai einen Tag der Arbeit. Nur mit einer Abkehr vom kapitalistischen Profitstreben können die sozialen Probleme der Weltwirtschaft gelöst werden. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden.

Leistet Widerstand jetzt! Demonstriert am 1. Mai!

Allein der „multinationalen Gesellschaft“ mit UN-Integration und Globalisierung werden durch die Systemkrisen in dieser Phase 1. Mai 2003 die Zeichen der Proteste gegen die weltweiten Zustände zu sehen. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden. Die steigende Arbeitslosigkeit kann nur durch einen Wandel der Wirtschaft zum Gemeinwohl gelöst werden.

Dresden Treffpunkt: 11:00 Uhr, Theaterplatz
 (Platz: 130, Vorg. (Parkplatz), Wilhelm-Pieck-Stadion (Landesverband), Lindenpark, Arns
 Kontakt: 0351 4610338 und 01723432012

Berlin Treffpunkt: 11:00 Uhr, Ostbahnhof
 (Platz: 130, Vorg. (Parkplatz), Wilhelm-Pieck-Stadion (Landesverband), Lindenpark, Arns
 Kontakt: 030 6901112 und 0177316399

Göttingen Treffpunkt: 11:00 Uhr, Parkplatz am Freibad (Landesverband
 (Platz: 130, Vorg. (Parkplatz), Peter-Maria (Parkplatz), Arns
 Kontakt: 0551 2222222

Nürnberg-Fürth Treffpunkt: 11:00 Uhr, U-Bahnhof Nürnberg-Messezentrum
 (Platz: 130, Vorg. (Parkplatz), Wilhelm-Pieck-Stadion (Landesverband), Lindenpark, Arns
 Kontakt: 0911 3433333, 0177849138 und 0172367813

Ludwigshafen Treffpunkt: 11:00 Uhr, Bahnhof
 (Platz: 130, Vorg. (Parkplatz), Wilhelm-Pieck-Stadion (Landesverband), Lindenpark, Arns
 Kontakt: 01 75321234 und 0177916043

Den Protest auf die Straße tragen! **NPD**
 Nähere Informationen über das neue NPD-Merkmal: 030 6901112
 NPD-Funkruf, Postfach 94 01 01 10011 Berlin, www.npd.de

hinzu. Ihre höchsten Ergebnisse erzielte sie in Brandenburg (1,5 %), Sachsen (1,4 %) und Sachsen-Anhalt (1,0 %). Ihre geringsten Stimmenanteile erhielt die NPD in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hamburg (jeweils 0,2 %) sowie in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein (jeweils 0,3 %). Der Parteivorsitzende Udo VOIGT erhielt in seinem Brandenburger Wahlkreis Frankfurt (Oder) / Oder-Spree 2,3 % der Stimmen.

In Niedersachsen war die NPD mit 13 Kandidaten auf ihrer Landesliste und landesweit mit fünf Direktkandidaten angetreten. Sie erhielt mit 6.531 Erststimmen 0,1 % und mit 12.900 Zweitstimmen 0,3 % aller abgegebenen Stimmen, was in beiden Fällen eine Veränderung zum Wahljahr 1998 um plus 0,1 Prozentpunkte bedeutet.

Bei der gleichzeitig durchgeführten Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erhielt die NPD 7.703 Stimmen (0,8 %). Sie büßte damit gegenüber der Landtagswahl 1998 3.828 Stimmen ein (minus 0,3 %) und erhält auch hier keine Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, weil sie weniger als 1% der Stimmen erhielt.

Anders als bei den REP verbinden sich mit den nur geringen Wahlergebnissen für die NPD keine existenziellen Probleme, misst sie doch dem Kampf um die Entscheidungsgremien (Parlamente) im Rahmen ihrer 3-Säulen-Strategie (Kampf um die Straße, die Köpfe, die Parlamente) allein schon aufgrund ihres geringen finanziellen Handlungsspielraumes eine nur nachgeordnete Bedeutung bei. Die NPD wird diese geringen Wahlergebnissen auch zukünftig bei Wahlen nicht wesentlich überschreiten können und dem „Kampf um die Straße“ auch weiterhin Priorität einräumen.

Programmatik

Die NPD strebt eine neue politische Ordnung an, vorrangiges politisches Ziel ist die „Neuvereinigung zu einem Deutschen Reich“, eine bereits in ihrem Parteiprogramm von 1967 enthaltene Forderung. Die NPD versteht sich als Fundamentalopposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Auf den „Trümmern des liberalkapitalistischen Systems“ strebt sie eine „nationale politische Ordnungsform“ an. Dieser grundlegend systemüberwindende Ansatz der NPD manifestiert sich in der Rede VOIGTs auf dem Bundesparteitag am 16./17. März, auf dem er die Wiedererlangung der Volkssouveränität propagierte:

„Die Bundesrepublik wurde auf den Bajonetten der Alliierten gegründet. Deutschland wird heute von Kollaborateuren regiert, die den systematischen Ausverkauf deutscher Interessen vornehmen. ... Unser Ziel ist das Reich – unser Weg die NPD! Der Kampf um Deutschland hat begonnen!“

(Deutsche Stimme, Nr. 4/2002)

Die grundlegende Gegnerschaft zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland wird ebenso deutlich in dem bereits im Februar 2001 veröffentlichten „Staatspolitischen Positionspapier“ „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema ‚Neue Ordnung‘“ des von Jürgen SCHWAB³³ geleiteten

³³ Jürgen SCHWAB (Jg. 1967) war der jüngste Kreisvorsitzende der Republikaner auf Bundesebene. Seinem drohenden Ausschluss kam er 1990 durch Austritt zuvor. Seit März 1999 wird er im Impressum der Deutschen Stimme geführt. Sein 1999 veröffentlichtes Buch „Deutsche Bausteine. Grundlagen nationaler Politik“ wurde in der Deutschen Stimme (Nr. 2/2000) wegen seines Konzeptes eines „Neuen Nationalismus“ auf der Grundlage des völkischen Prinzips gelobt.

Arbeitskreises Volk und Staat beim NPD-Parteivorstand. Das Positionspapier, das aus Sicht der NPD den vermeintlichen Nachweis führt, „dass die Bundesrepublik tatsächlich keine Demokratie ist“, enthält in ihren systemüberwindenden Staatsvorstellungen einen im Grundsatz revolutionären Ansatz:

An alle Haushalte mit Tagespost

Bundestagswahl
2002
Kurzprogramm

Zukunft 

+

Arbeit 

für ein besseres
Deutschland

NPD
Die Nationalen

„Eine neue politische Ordnung, die uns Nationaldemokraten vorschwebt, soll evolutorisch aus der gegenwärtigen politischen Ordnung heraus erreicht werden. Dies ist gemessen am dogmatischen Selbstverständnis der Herrschenden des Systems der BRD ein konsequenter revolutionärer Anspruch der NPD, da eine neue politische Ordnung der NPD, nämlich die Durchsetzung von Volksherrschaft und Volkswirtschaft, eine wirkliche ordnungspolitische Alternative zu den gegenwärtig herrschenden Zuständen darstellen würde.

Evolution und Revolution gehen also bei der NPD Hand in Hand.“

Charakteristisch für die programmatische Ausrichtung der NPD ist die kontinuierliche Herabwürdigung der als „fremdgesteuert“ diffamierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die durch „einseitige Parlamentszentrierung deformiert“ sei. Die „zur Oligarchie neigenden etablierten Parteien“ seien zur „charakterlosen politischen Klasse degeneriert, die sich im Hintergrund dienenden Machtgruppen andienen“. Diese fundamentale Gegnerschaft der NPD zu Pluralismus und Parlamentarismus verdeutlicht Jürgen SCHWAB mit seinen Thesen über Demokratie und Staatsvolk. Danach gingen „antisozialer Kapitalismus und demokratiefeindlicher Parlamentarismus“ – als „geistige Wurzel“ des Systems – von einem „vermeintlichen ‚Pluralismus‘“ aus, der „gemeinschaftszerstörend auf Volk und Staat wirke. Ein „Interessenpluralismus“ setze die Summe der gesellschaftlichen Sonderinteressen an die Stelle des „Allgemeinen Interesses („Gemeinwohl“) von Volk und Staat“. Als politischen Gegenentwurf propagiert SCHWAB für die NPD einen zu schaffenden „Volksstaat“:

„Diese Tendenzen fordern deshalb zwangsläufig zu einer fundamentalen Opposition heraus, die eine staats- aber auch wirtschaftspolitische Alternative zu entwickeln hat. Die Fundamentalopposition im politischen System der BRD hat nun die Aufgabe, die gemeinschaftszerstörenden Kräfte der Gemeinschaft unterzuordnen.“ (Jürgen SCHWAB, „Klarheit im Denken und Handeln beim Thema „Neue Ordnung“, in: „Profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe“, Nr. 11, Februar 2001)

In seinen Thesen über einen „Volksstaat“ offenbart SCHWAB die grundsätzliche Unvereinbarkeit mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, indem er die Grundrechte als „Kern der Schwäche des politischen Systems der BRD“ kennzeichnet. Diese sollten seinen Vorstellungen folgend nicht allein Menschen- und Bürgerrechte, sondern vielmehr „Gemeinschafts- und Volksrechte“ umfassen, womit Individualrechte quasi Kollektivrechten untergeordnet würden. In seinem neuen, 2002 im rechtsextremistischen Hohenrain Verlag erschienenen Buch „Volksstaat gegen Weltherrschaft“ skizziert SCHWAB den zu schaffenden „Volksstaat“ im Sinne des für die NPD charakteristischen Volksgemeinschaftsdenkens: „Der ‚Volksstaat‘ ist aber sicher der unmißverständlichere Begriff, weil mit ihm jedem klar sein dürfte, daß damit keine ‚melting-pot Nation‘ nach westlichem Geburtsortverständnis gemeint ist, sondern die Gemeinschaft der ethnisch gleichen Abstammung.“ (Jürgen SCHWAB in: Deutsche Stimme, Nr. 7/2002)

Eine eindeutig antiparlamentarische und antipluralistische Ausrichtung erfährt die NPD-Programmatik durch den Reichsgedanken und das Modell eines

quasi monarchischen Herrschers, eines vom Volk gewählten, aber in der Folge unumschränkt herrschenden und sich nicht der Wiederwahl stellenden Staatsoberhauptes:

„Für den Verfasser gibt es nämlich kein stichhaltiges Argument dafür, warum sich das direkt gewählte Staatsoberhaupt alle vier, sechs oder wieviel Jahre auch immer der Wiederwahl stellen muß, wenn möglicherweise das Volk zu diesem Zeitpunkt mit seiner Politik zufrieden ist. ... Unter diesen Voraussetzungen kann das Staatsoberhaupt ... im Stil eines Monarchen (Alleinherrschers) das Gemeinwohl von Volk und Staat in idealer Weise in einer Person repräsentieren.“

(Jürgen SCHWAB, Volksstaat gegen Weltherrschaft, Tübingen 2002, S. 374)

Exkurs: Deutsches Kolleg

In ähnlicher Weise kennzeichnet eine eindeutig antiparlamentarische Ausrichtung das von dem bisherigen NPD-Mitglied Horst MAHLER³⁴ zusammen

³⁴ Der 1936 in Schlesien geborene MAHLER hat sich zu einer Kristallisationsfigur für den deutschen Rechtsextremismus entwickelt, seit er sich – vom Linksterrorismus her kommend – für eine „deutsche Nationalbewegung“ einsetzte und rechtsextremistische Positionen vertrat. MAHLER war in seiner Jugend Mitglied der FDJ, nach Abschluss der Schulausbildung studierte er Jura an der FU Berlin. Wegen seiner Zugehörigkeit zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) wurde er aus der SPD ausgeschlossen. Anfang der 70er Jahre engagierte sich MAHLER für die terroristische RAF, von der er sich im Zuge seiner zehnjährigen Haftzeit distanzierte. Nach seiner Haftentlassung rief MAHLER wiederholt zu einer nationalen Sammlungsbewegung jenseits von links und rechts auf. 1999 begann MAHLER, sich der NPD anzunähern, der er im August 2000 beitrug. Direkt nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren trat MAHLER aus der NPD aus.

mit den Rechtsextremisten Reinhold OBERLERCHER und Uwe MEENEN initiierte Deutsche Kolleg. Auf ihrer Internetseite propagieren sie ein „Viertes Reich“. Der Verfassungsentwurf sieht ein nach Stämmen und Ständen gegliedertes Kaiserreich mit den „Hauptorten“ Berlin, Wien, Zürich und Rotterdam vor, in dem Parteien verboten sind. In einer Bittschrift an die Deutschen Fürstenhäuser mit Aufstandsplan („Der allgemeine deutsche Volksaufstand“) wird die Monarchie als Ordnungsprinzip gefordert:

„Wir bitten die deutschen Fürsten nachdrücklich darum, auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ... die Macht zu ergreifen, damit die Macht wieder von den deutschen Fürsten als den legitimen Eigentümern deutscher Souveränitätsrechte ausgeübt werde und nicht länger von ihren Usurpatoren zum Schaden des Deutschen Volkes zu mißbrauchen ist. Wir Unterzeichner bitten die deutschen Fürsten dringend, uns von der Schreckensherrschaft der von den Siegermächten nach 1918 und 1945 eingesetzten Demokraten und Parlamentarier zu befreien und das Deutsche Reich mit seiner monarchisch-aristokratischen Verfassung wiederherzustellen.“

Die dem Verfassungsentwurf beigefügten Gesetzesentwürfe enthalten neben der Ausrichtung an einer „Volksgemeinschaft“ eine Vielzahl von rassistischen und antisemitischen Bestimmungen wie das Strafergänzungsgesetz“, das die von den Nationalsozialisten verwendete Kategorie der „Blutschande“ wieder einführt:

„Schwere Blutschande ist Ekzest (Rassenschande) und wird mit vier Jahren Zuchthaus für beide Beteiligten geahndet. ... Der deutsche Beteiligte

... kann die Zuchthausstrafe für beide Beteiligten vermeiden, wenn er die Straftat zur Austrittserklärung aus der deutschen Abstammungs- und Volksgemeinschaft erhebt. Er verliert dann sämtliche Rechte eines Volks- und Reichsdeutschen. ...

Schwere Blutschande, die zu einem Nachkommen geführt hat, ist Rassermischung und gilt immer als Austritt aus der germanischen Abstammungsgemeinschaft und der deutschen Volksgemeinschaft. ...Juden und ihre Kulte sind im Deutschen Reich verboten. Dies gilt sowohl für Blutsjuden, die dem jüdischen Volke entstammen, als auch für Gesinnungsjuden, die den jüdischen Ideologien ... anhängen“³⁵.

Die radikale antisemitische Ausrichtung MAHLERs wird darüber hinaus deutlich in dem seit Oktober 2000 im Internet verbreiteten Text „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“, den er im Namen des Deutschen Kollegs gemeinsam mit den Rechtsextremisten Reinhold OBERLERCHER und Uwe MEENEN herausgegeben hat. Unter Berufung auf die dialektische Philosophie Hegels wird in dem Pamphlet ein Gegensatz zwischen einem judaistischen und antijudaistischen Prinzip als Triebfeder der geschichtlichen Entwicklung behauptet. Der Aufruf enthält eine Aneinanderreihung von antisemitischen Aussagen. Zu Beginn heißt es: „Das Deutsche Kolleg fordert das Verbot

³⁵ Als „jüdische Ideologien“ und damit „falsches Bewusstsein“ beschreibt OBERLERCHER in seinem „Kultusgesetz“ „monotheistische und humanistische Kulte“, „Judaismus“ und „Atheismus“. Die Stätten dieser „judaistischen Kulte“ seien zu entweihen, ihre Anhänger „des Reiches zu verweisen“. (OBERLERCHER, Der allgemeine deutsche Volksaufstand, Juni 2002)

aller vom jüdischen Volksgeist beeinflussten Vereinigungen und Einrichtungen, weil sie Völkermorde unterstützen.“ Unter der Überschrift „Der Judaismus ist eine tödliche Gefahr für die Völker“ schließt sich eine Vielzahl antisemitischer Stereotype an:

„Wir sehen nicht länger darüber hinweg, dass Jahwe ... seinem ausgewählten Volk die Ausmordung, Zersetzung und Zerstörung anderer Völker verheißt und gebietet, sondern wir organisieren den Widerstand der Völker gegen diesen Vernichtungsfeldzug des Judaismus.“ ...

„Wir haben erkannt, dass der Judaismus die Wiege und Gegenwart des Rassismus in seiner schrecklichsten Gestalt, der Ausrottungswut, ist.“ ...

„Wir erkennen in der massiven Überfremdung unseres Volkes und der anderen europäischen Völker die Strategie zur Auslöschung der Gojim-Völker. Die auf diesem Wege entstehende rassisch, völkisch und kulturell durchmischte Weltbevölkerung ist der jüdischen Weltherrschaft wehrunfähig preisgegeben.“

MAHLERs Konstruktion eines „jüdischen Volksgeistes“ und die Behauptung einer „jüdisch-amerikanischen Weltverschwörung gegen das deutsche Volk“ sind beispielhaft für die in der NPD-Programmatik enthaltene ideologische Verknüpfung von Antisemitismus und Antiamerikanismus.

Das 1994 gegründete Deutsche Kolleg, seinem Selbstverständnis nach ein „Denkorgan des deutschen Reiches“ wird als rechtsextremistische Funktionsgruppe maßgeblich dominiert von MAHLER, OBERLERCHER und MEENEN. Durch gezielte Schulungen, Programme und Theorien für die „nationale Intelligenz“ soll Einfluss geübt werden auf andere rechtsextremistische Orga-

nisationen und Personen. Ideologische Konstanten des Deutschen Kollegs sind die Agitation gegen das politische System der Bundesrepublik Deutschland, die Propagierung einer Reichsidee sowie indirekte Bekenntnisse zum Nationalsozialismus, indem Sympathie für die antisemitische Politik Hitlers geäußert wird. Die antisemitischen, rassistischen, antiparlamentarischen und nationalistischen Aussagen des Deutschen Kolleg muss sich die NPD zurechnen lassen, waren doch alle drei maßgeblichen Vertreter des Deutschen Kollegs im Berichtszeitraum maßgebliche Mitglieder bzw. Funktionäre der NPD. Darüber hinaus traten sie als Autoren in Parteiorganen sowie als Referenten bei Parteiveranstaltungen der NPD auf.

Volksgemeinschaftsideologie und Fremdenfeindlichkeit

Bestimmende Größe in der Ideologie der NPD ist ein völkisch-kollektivistischer Denkansatz, die Überbetonung des Kollektivs in ihrer antipluralistischen, Individualrechte negierenden Ideologie der „Volksgemeinschaft“. Das Volk wird als homogene Einheit, als eine Unterschiede negierende völkische Gemeinschaft gesehen, in der Einzelpersonen unter Aufgabe ihrer Individualrechte lediglich Funktionen wahrnehmen. Ideologische Übereinstimmungen der NPD-Programmatik auch mit dem Nationalsozialismus ergeben sich aus dieser Propagierung eines völkischen Kollektivismus. Charakteristisch für das ideologische Grundverständnis der NPD ist die Überhöhung der zentralen Begriffe wie „Gemeinschaft“, „Nation“, „Organismus“ und „Volk“. Das Volk als ethnisch definierte „Abstammungs- und Schick-

salsgemeinschaft“ wird in seiner Bedeutung, seinen kulturellen Eigenarten und ethnischen Besonderheiten übersteigert. Diese Übersteigerung ist kennzeichnend für politische Begriffe der NPD wie „Volksganzes“, „Volksgemeinschaft“, „Volkscharakter“ und „völkisches Denken“.

So stellte die NPD den Gemeinschaftsgedanken und den Kampf gegen die „Folgen der Zerstörung der Volksgemeinschaft“ in den Mittelpunkt des am 15./16. Juni vom Parteivorstand verabschiedeten Wahlprogramms. Der kollektivistische Ansatz wird mit fremdenfeindlicher Agitation verknüpft, indem die durch „gemeinsame Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur“ definierte „ethnisch homogene Volksgemeinschaft“ der „multikulturellen, multikriminellen Wirklichkeit“ entgegengestellt wird. Gegen den „bewusst herbeigeführten, fortgesetzten Ausländerstrom“ wartet die NPD mit einem „5-Punkte-Plan zur Rückführung der Ausländer“ auf, der neben strikter Anwendung eines „Ausländergesetzes zur Aufenthaltsbeschränkung“ die Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem enthält sowie ein Grunderwerbsverbot für Ausländer. Grund und Boden seien Eigentum des deutschen Volkes:

„Die große Anzahl der in Deutschland lebenden Ausländer bedroht die deutsche Volksgemeinschaft. ... Der multikulturelle Wahnsinn, der vom herrschenden Parteienkartell betrieben wird, ist somit als gezielter Angriff auf die Volksgemeinschaft zu bewerten. Seine zersetzende und entmenschlichende Wirkung richtet sich ebenso gegen die einheimischen Deutschen wie gegen die zugewanderten Ausländer.“

(Bundestagswahlprogramm 2002 der NPD „Zukunft und Arbeit für ein besseres Deutschland“)

In diesen Positionen offenbart die NPD ihre völkisch-kollektivistische Ideologie („Volksherrschaft setzt Volksgemeinschaft voraus“, Ziff. 3 des Parteiprogramms), der den Individuen nur im Rahmen der ethnisch homogenen Volksgemeinschaft Rechte zugesteht. Ausdruck dieses völkischen Ansatzes ist zudem die fremdenfeindliche Behauptung einer „Überfremdung Deutschlands“ durch die „Umwandlung in einen Vielvölkerstaat“. Diesem Verständnis folgend bezeichnete der niedersächsische NPD-Funktionär Waldemar MAIER in einem in der Deutschen Stimme veröffentlichten Beitrag das Zuwanderungsgesetz als „Selbstinszenierung gegen die deutschen Lebensinteressen“, als „katastrophale Entwicklung der Verausländerung Deutschlands“ und führe in dem von ihm gezeichneten Schreckensszenario die demographische Entwicklung des Geburtenrückganges der ethnisch Deutschen an:

„Deutschland soll Vielvölkerstaat werden! ... Und während die Etablierten in dieser Art schwadronieren, geht das deutsche Volk, oder das, was davon übriggeblieben ist, weiter auf den generativen Abgrund zu ... Die Deutschen werden ausgeborn, auch ohne weitere Zuwanderung. ... Eine andere Zuwanderung findet längst in den Entbindungsstationen der Kreißsäle statt. ... Mitten in Deutschland leben Millionen von raum- und kulturfremden Ausländern in blickdichten Parallelwelten nach eigenen Regeln von Recht und Ordnung ...“

(Waldemar MAIER, „Bundesratsposse um Zuwanderungsgesetz“, Deutsche Stimme, Nr. 5/2002)

Das von der NPD in ihrem Programm postulierte „lebensrichtige Menschenbild“, das eine Relativierung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte darstellt, soll durch die Negierung des grundgesetzlich garantierten Gleichheitsgrundsatzes die grundlegende Diskriminierung und Ungleichbehandlung von Ausländern und völkisch-kollektivistische Positionen legitimieren, die zur Ausgrenzung missliebiger Minderheiten führen:

„Wir sprechen von der natürlichen Ungleichheit der Menschen und von der Gleichheit ausschließlich in bezug auf das Recht. Unsere Forderung heißt daher nicht ‚Allen das Gleiche‘, sondern ‚Jedem das Seine‘. ... Die nationale Erkenntnistheorie beruht auf der Natur des Menschen und fordert demzufolge die Einbeziehung der Naturgesetze in das politische Handeln. ...

Wenn Kinder die Renten der Deutschen nicht mehr sichern können, müssen nach Ansicht der herrschenden Liberalen eben Ausländer den Mißstand des Nettobevölkerungswachstums unseres Volkes ausgleichen. Da ihrer Ansicht nach ‚alle Menschen gleich sind‘, ist es unwichtig, ob Schwarzafrikaner, Chinesen oder Türken nach Deutschland geholt werden.“

(Positionspapier des NPD-Parteivorstandes „Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD“, in:

„Profil – Nationaldemokratische Schriftenreihe“, Nr. 12, Februar 2002)

Deutlich wird die nationalistische Ausrichtung der NPD in der Agitation gegen die im November 2001 (wieder) eröffnete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“³⁶. Die NPD-Demonstrationen gegen die als „Hetz-

und Lügenausstellung“, als „deutschfeindlich und generationsverhetzend“ diffamierte Ausstellung in Bielefeld am 2. Februar unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher“ und in Leipzig am 8. Juni unter dem Motto „Ruhm und Ehre den deutschen Wehrmachtssoldaten“ markieren das revisionistische Geschichtsbild der NPD, das die nationalsozialistische deutsche Wehrmacht und die Waffen-SS von Kriegsverbrechen vollständig freizusprechen versucht:

„Es muß endlich Schluß sein mit der moralischen Kriegsführung gegen Deutschland! Die deutsche Wehrmacht und die Einheiten der Waffen-SS gehörten zu den besten und anständigsten Truppen, die es im Zweiten Weltkrieg gab! Keine andere kriegführende Nation kann dies von ihren Soldaten behaupten!“ (Flugblatt der NPD „Für geschichtliche Wahrheit“, 2002)

In einem in der Deutschen Stimme veröffentlichten Beitrag wertet der Verfasser die „Schandausstellung“ als

³⁶ Die vom Hamburger Institut für Sozialforschung unter Leitung von Jan Philipp Reemtsma unter dem Titel „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ konzipierte Wehrmachtsausstellung wurde am 5. März 1995 in Hamburg eröffnet. Öffentliche Kritik an Pauschalierungen und falscher Zuordnung von Bildern in der Ausstellung führte im November 1999 zur vorläufigen Schließung. Eine Expertenkommission bescheinigte den Organisatoren der Ausstellung im November 2000, dass ihre Grundaussage „der Sache nach richtig“ sei. Die Agitation der Rechtsextremisten gegen die Ausstellung ist geprägt von revisionistischen und militaristischen Positionen. Ein Hauptmotiv des rechtsextremistischen Protestes ist neben der generellen Leugnung der in der Ausstellung dargestellten Verbrechen die Aufrechnung mit den Verbrechen der Kriegsgegner und damit die Relativierung der völkerrechtswidrigen Aktionen von Teilen der Wehrmacht als „kriegsbedingte Gewaltakte“.

„Zwangsnegotisierung des deutschen Volkes“, als „psychologische Kriegsführung“. Ziel der Ausstellung sei es, die „Identitätslinie des deutschen Volkes vollends zu durchbrechen“:

„Zu der völligen Entwurzelung und geistigen Verwahrlosung gesellt sich ein neurotischer Selbsthaß, der sich in emotionalem, unsachlichem Gewäsch wie ‚Nach Auschwitz können wir unmöglich ...‘ oder ‚Wir Deutsche dürfen doch nicht ...‘ äußert und verhindert, daß die Deutschen ihre Interessen vertreten. So ist gewährleistet, daß der Ausrottung der Deutschen kein Widerstand entgegengesetzt wird. ...

Die Reemtsma-Show ist somit nicht nur als Verunglimpfung der Wehrmacht, sondern insbesondere als ... Bestandteil eines Vernichtungskrieges gegen das Deutsche Volk ... anzusehen.“

(Deutsche Stimme, Nr. 2/2002)

Einen weiteren agitatorischen Schwerpunkt der NPD bildet das Thema Globalisierung. Von einem völkisch-kollektivistischen Standpunkt aus interpretiert die NPD Globalisierungsprozesse mit antiamerikanischen und antikapitalistischen Argumentationsmustern, in die sich nicht selten auch antisemitische Positionen mischen. In ihrem Wahlprogramm 2002 agitiert die NPD gegen die „neue Weltordnung der Ostküste“ – ein antisemitisch zu verstehender Begriff, der auf die angebliche Macht jüdischer Bankiers in den USA hinweisen soll – und fordert in ethnopluralistischer Diktion „Vielfalt der Völker bewahren statt Universalismus“. Der als „menschenverachtend“ bezeichneten Globalisierung setzt die NPD ihr Konzept einer „am Volk und seinem Lebensraum orientierten nationalen Volkswirtschaft“ entgegen.

Indem „Überfremdung“ als „Instrument der Globalisierer zur Zerstörung unseres Volkes, der Vernichtung sozialer Errungenschaften“ beschrieben wird, liefert das Thema Globalisierung der NPD quasi eine Grundlage für ihre an der Volksgemeinschaftsideologie ausgerichtete fremdenfeindliche Agitation gegen Einwanderungspolitik.

Zusammenarbeit mit Neonazis

Die NPD versteht sich als „Speerspitze der nationalen Erneuerung“ im Bündnis mit den „aktiven Kräften des nationalen Widerstandes“. Zur Durchsetzung ihrer Zielsetzung der „nationalen Befreiung Deutschlands“ bedient sich die NPD einer der Vorstellungen des italienischen marxistischen Revolutionstheoretikers Antonio Gramsci, der 1921 Mitbegründer der italienischen KP war. Gramsci hatte die Erringung der kulturellen Hegemonie als Vorbedingung für einen revolutionären Umsturz betrachtet. Die NPD strebt eine ideologische Vorherrschaft im vopolitischen Raum an. „Befreite Zonen“ sollen die Keimzellen für die langfristige Machtübernahme im gesamten Land bilden. Die Schaffung einer nationalistischen Gegenkultur soll die Grundlage dafür bilden.

Ungeachtet des gegen sie laufenden Verbotsverfahrens, in dem gerade die Zusammenarbeit mit Neonazis ein belastendes Argument darstellt, hält die NPD an der Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppen und Skinheads fest und ist nach wie vor bestrebt, Rechtsextremisten aus den Reihen der Freien Nationalisten einzubinden. Ihren Ausdruck fand und findet diese Zusammenarbeit insbesondere in den gemeinsam durchgeführten Demonstrationen.

So unterstützten Neonazis eine vom NPD-Landesverband Nordrhein-Westfa-

len am 2. Februar in Bielefeld durchgeführte Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung³⁷ unter dem Motto „Unsere Väter waren keine Verbrecher“, an der sich etwa 1.700 Personen beteiligten. 1.100 Personen kamen zu einer ähnlichen Veranstaltung in Leipzig zusammen.

Bei den von der NPD organisierten Veranstaltungen zum 1. Mai in Berlin-Hohenschönhausen, Dresden, Fürth, Göttingen, Ludwigshafen und Mannheim nahmen insgesamt rund 3.000 Personen, etwa 300 weniger als im Vorjahr, teil. In einem zentralen Flugblatt „Heraus zum 1. Mai“ hatte die NPD mit den Parolen „Arbeit statt Globalisierung“, „Die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen“ und „Leistet Widerstand jetzt! Demonstriert am 1. Mai!“ dazu aufgerufen, den „Protest auf die Straße zu tragen“.

Kennzeichnend für den engen ideologischen Schulterschluss zwischen NPD, Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads war das zweite Pressefest des „Deutsche Stimme-Verlags“ der NPD in Königsutter am 3. August. Unter den etwa 1.500 teilnehmenden Rechtsextremisten überwogen Skinheads und junge Neonazis. Neben einer Podiumsdiskussion mit dem NPD-Anwalt Horst MAHLER, dem ehemaligen Rechtsterroristen Peter NAUMANN

und dem Neonazi-Funktionär Friedhelm BUSSE gehörten Auftritte der rechtsextremistischen Liedermacher Frank RENNICKE, Jörg HÄHNEL und Lars HELLMICH sowie der rechtsextremistischen Skinheadbands „Seipnir“ und „Spreegeschwader“ zum Programm. Das Konzept dieser NPD-Veranstaltung war in besonderer Weise auf die Interessen insbesondere jugendlicher Rechtsextremisten ausgerichtet, die in die NPD eingebunden werden sollten.

Der Deutsche Stimme Verlag lädt ein:

Großes Pressefest

3. August 2002

in Mitteldeutschland

Das Pressefest findet unter freiem Himmel statt. Eine Freilichtbühne wird für entsprechende Atmosphäre sorgen.

Musikalisches Programm:

- Frank Heilich
- Die Kackbande
- Die Kackbande

Rahmenprogramm:

- Größe: Freilicht
- Rechtsextremistische und nationalistische Gruppen
- Gründl. Verkaufsstellen der NS-Verlage
- Verkauf

und einige Überraschungen, die noch nicht verraten werden

Beginn: 13.00 Uhr – Ende: 24.00 Uhr

Für das leibliche Wohl ist mit verschiedenen Speise- und Getränkeständen gesorgt!

Eintrittskarten/Vorkauf: € 10,00, inkl. 10 Karten € 12,50
 Eintrittskarten/Tagekasse: € 12,50, -10€ inkl. 10 Karten € 15,00
 Kinder bis 12 Jahre: Freier Eintritt

Die im Programmgenannten sind verpflichtet, auf jeden Fall eine Bundeskarte mitzuführen! Die Karten werden nur gegen die Zahlung eines Barbetrags ausgestellt und können nicht umgetauscht werden! Bitte beachten Sie, dass die Karten nicht für andere Veranstaltungen der NS-Verlage gültig sind. Die Karten werden nur gegen die Zahlung eines Barbetrags ausgestellt und können nicht umgetauscht werden! Bitte beachten Sie, dass die Karten nicht für andere Veranstaltungen der NS-Verlage gültig sind.

Lernen Sie, in das zentrale Erlebnis des Deutschen Stimme-Pressesfestes (30.000) zu kommen! - Besuchen Sie auch Freunde und Bekannte mit, damit auch er einmal ein solches Veranstaltung der anderen Art miterleben können!

Deutsche Stimme Verlag - Postfach 100066 - 51071 Bonn, Tel. 02225-32920, Fax: 02225-32922, e-Mail: ds-verlag@t-online.de

³⁷ Der Start der Wehrmachtsausstellung am 1. März 1997 in München markierte zugleich den Beginn der Strategie der NPD des „Kampfes um die Straße“. Damals hatte die NPD im Verein mit den JN 4.300 Demonstranten, darunter Skinheads und Neonazis, für eine Demonstration unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher und wir sind stolz auf sie!“ mobilisieren können. In der Folgezeit war die Wehrmachtsausstellung an verschiedenen Ausstellungsorten von NPD-initiierten Demonstrationen, an denen sich immer wieder auch Neonazis beteiligten, begleitet.

Trotz vielfältiger Zusammenarbeit bei konkreten Aktionen ist das Verhältnis beider Lager angespannt. Im Jahr 2002 wurde es insbesondere durch die Aktivitäten der beiden führenden Neonazis aus dem norddeutschen Raum, des aus der NPD ausgeschlossenen Neonazis Steffen HUPKA und des Hamburger Neonazis Christian WORCH belastet.

HUPKA bezeichnete die NPD in einem im Juni per E-Mail versandten Brief als „feindliche Organisation“. WORCH meldete in Bielefeld und Leipzig, wo die NPD Demonstrationen gegen die Wehrmachtsausstellung durchführte, eigene Demonstrationen für die Neonaziszene an – in Leipzig sogar für den gleichen Tag (8. Juni). Die Aktivitäten HUPKAs und WORCHs markieren insoweit eine Trennlinie zwischen Teilen des neonazistischen Spektrums und der NPD.

Andere Angehörige der Freien Nationalisten halten demgegenüber eine punktuelle Zusammenarbeit der außerhalb der anderen rechtsextremistischen Parteien organisierten Neonazis mit der NPD unter bestimmten ideologischen Voraussetzungen auch weiterhin für sinnvoll. Allerdings betont das Aktionsbüro Norddeutschland in einer im Oktober auf seiner Internetseite veröffentlichten Stellungnahme die Bedeutung der „inneren Überzeugungskraft der Teilnehmer“ im Gegensatz zur „Aktionsquantität“ („Demokultur statt Demotourismus“).

Die sich im Berichtszeitraum im neonazistischen Spektrum abzeichnende Tendenz einer Demonstrationsmüdigkeit und Mobilisierungsschwäche wird vor diesem Hintergrund eher zunehmen und insbesondere auch die Demonstrationbereitschaft für die NPD und deren parteispezifische Anliegen beeinträchtigen. Künftige Demonstrationen gegen ein mögliches Verbot der NPD dürften allerdings aus Gründen der grundsätzlichen Bedeutung eines solchen Verbotes für die gesamte rechtsextremistische Szene davon unberührt bleiben.

NPD-Verbotsverfahren

Im Mittelpunkt der Verbotsanträge von Bundesregierung, Bundesrat und Bun-

destag stand der systemüberwindende Ansatz der NPD, ihre erklärte Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, ihre Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und vor allem ihre aktiv kämpferische, aggressive Vorgehensweise, deren Nachweis Bestandteil der Voraussetzung für ein mögliches Verbot ist. Der NPD wurde von den Antragstellern vorgeworfen, die Organisationsform einer politischen Partei zur Überwindung der parlamentarischen Demokratie zu nutzen. Die NPD werbe unter gewaltbereiten Jugendlichen Anhänger an und versuche, sozialen Protest in eine grundsätzliche Feindschaft gegenüber Demokratie und Rechtsstaat umzuprägen. Der NPD wird in den Anträgen nachgewiesen, dass sie Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer revolutionären Ziele propagiere. In der Antragschrift wird hierbei insbesondere auf das Zusammenwirken der NPD mit gewaltbereiten Neonazis und Skinheads verwiesen. In der Argumentation des Verbotsantrages spielen die Konzeption der „Befreiten Zonen“ sowie die Priorisierung des „Kampfes um die Straße“ eine wichtige Rolle. Die NPD propagiere demnach ihre verfassungsfeindlichen Ziele nicht mehr nur verbal, sondern setze ihre Ziele gemäß ihrer Strategie des „Kampfes um die Straße“ auch aktiv kämpferisch und aggressiv um. Ein wichtiges Kriterium in der Verbotsargumentation ist die dargelegte Wesensverwandtschaft der NPD mit dem Nationalsozialismus. In geistiger Nähe zum Nationalsozialismus verbreite die NPD rassistische und antisemitische Äußerungen sowie verfassungswidrige Vorstellungen von einer totalitären Staats- und Gesellschaftsordnung. Zentrales Moment in der Agitation sowie in der Sprache der

NPD sei eine fundamentale Fremdenfeindlichkeit und eine rassistische Programmatik. Ein grundlegender Antisemitismus wird als weiteres Kriterium angeführt. In den Antragsschriften wird hervorgehoben, dass eine Ähnlichkeit der Denk- und Redeweise sowie der politischen Konzepte und Praxis zwischen NPD und dem Nationalsozialismus unverkennbar sei. Belegt wird diese Wesensverwandtschaft in erster Linie mit der Betonung der Volksgemeinschaft sowie mit dem Rekurs der NPD auf Führungspersonen des nationalsozialistischen Herrschaftsystems. Der Bezug zum Nationalsozialismus werde darüber hinaus deutlich in dem Gebrauch der Formensprache, der Begriffe sowie der Kennzeichen der NSDAP. Die NPD diffamiere im übrigen Institutionen des Parlamentarismus in derselben Weise, wie die Nationalsozialisten die Weimarer Republik verunglimpft hätten.

Im Antrag des Bundesrates wird besonders die enge Einbindung der gewaltbereiten Neonazi- und Skinheadszenen in die NPD und die JN nachgewiesen: Diese Gruppen gehören zu den Anhängern der NPD. Die Öffnung der NPD für die neonazistisch orientierten Gruppierungen hat zu einem symbiotischen Verhältnis zwischen ihnen und der NPD geführt. Auf dieser Grundlage verfolgt die NPD ihre verfassungsfeindlichen Zielsetzungen gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung in besonders kämpferischer, aggressiver Weise. Das gesamte Vorgehen der NPD und ihres Anhänger-Umfeldes wird – wie der Bundesratsantrag aufzeigt – von dem Ziel beherrscht, unsere rechtsstaatliche, freiheitliche Demokratie einschließlich der Gewährleistung der Menschenrechte zu beeinträchtigen und langfristig zu zerstören. NPD/JN

bieten einen ideologischen Nährboden, auf dem rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten gedeihen und Fremdenhass, Antisemitismus sowie menschenverachtende Feindschaft gegenüber dem politischen Gegner geschürt werden.

Die zunächst für Februar angesetzten Termine zur mündlichen Verhandlung im NPD-Verbotsverfahren hob das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) mit Beschluss vom 22. Januar auf. Zur Begründung führte der 2. Senat des Gerichts dazu aus:

„Ein Abteilungsleiter des Bundesministeriums des Innern hat den Berichtersteller telefonisch darüber unterrichtet, dass eine der zur mündlichen Verhandlung geladenen Anhörungspersonen eine Aussagegenehmigung eines Landesamtes für Verfassungsschutz vorlegen werde. Dabei handelt es sich um ein langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes und des Vorstandes eines Landesverbandes der Antragsgegnerin. Äußerungen dieser Anhörungsperson sind von den Antragstellern mehrfach als Beleg für die Verfassungswidrigkeit der Antragsgegnerin angeführt worden.

Die Termine zur mündlichen Verhandlung sind aufzuheben, weil die Mitteilung des Bundesministeriums des Innern prozessuale und materielle Rechtsfragen – auch hinsichtlich des Beschlusses vom 1. Oktober 2001 – aufwirft, die bis zum Verhandlungstermin nicht geklärt werden können.“

Die drei Antragsteller im Verbotsverfahren erhielten Gelegenheit, dem BVerfG bis zum 31. Juli die Namen aller V-Leute im Bundesvorstand und in den Landesvorständen von NPD und JN zu nennen. Die Innenministerkonferenz

beschloss am 10. Juli jedoch, dem BVerfG keine Personendaten zu den Quellen der Verfassungsschutzbehörden mitzuteilen. Als Grund für diese Geheimhaltung wurde die für den Verfassungsschutz grundlegende Bedeutung des Schutzes von V-Leuten für die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden genannt. In einem gemeinsamen Schriftsatz vom 26. Juli nahmen die Antragsteller die Möglichkeit wahr, sich zu der Problematik von Vertrauenspersonen zu äußern. In einer am 30. August von Rechtsanwalt Horst MAHLER eingereichten, 398 Seiten umfassenden Stellungnahme der NPD, die im Internet auch auf der Internetseite des „Deutschen Kollegs“ veröffentlicht wurde, waren keine Fakten enthalten, die die von der NPD behaupteten „agent-provocateur“-Aktivitäten der Quellen des Verfassungsschutzes belegen konnten. Vielmehr wurden darin MAHLERs antisemitische Verschwörungstheorie und sein verfassungswidriges Gedankengut wiederholt, das sich die NPD spätestens durch diesen Schriftsatz zu Eigen machte. Gleichzeitig widerlegte er damit seine frühere Behauptung, seine früher über das „Deutsche Kolleg“ verbreiteten Aussagen seien der NPD nicht zuzurechnen.

Am 8. Oktober wurde die V-Leute-Thematik in einem vom Bundesverfassungsgericht anberaumten Erörterungstermin eingehend erörtert.

Mit Beschluss vom 18. März 2003 hat das Bundesverfassungsgericht das NPD-Verbotsverfahren ohne weitere Verhandlung eingestellt. Im Zweiten Senat fand sich nicht die nach § 15 Abs. 4 Bundesverfassungsgerichtsgesetz notwendige Zwei-Drittel-Mehrheit für die Fortsetzung des Verfahrens; drei von sieben Richtern vertraten die Auffas-

sung, dass die Beobachtung einer Partei durch V-Leute auf Vorstandsebene unmittelbar vor und während eines Verbotsverfahrens unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren sei. Ausnahmen könnten nur gemacht werden, wenn von der Partei außergewöhnliche Gefahren ausgingen.

Die unterlegene Mehrheit von vier Richtern, die für eine Fortführung stimmte, erklärte, das Bundesverfassungsgericht habe eine gerichtliche Aufklärungspflicht; der bloße Anschein oder die abstrakte Gefahr einer Ausforschung der NPD durch V-Leute verstoße nicht gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens und reiche insofern für eine Verfahrenseinstellung nicht aus. Auch der Belang des präventiven Verfassungsschutzes sei mit der Einstellung des Verfahrens nicht angemessen berücksichtigt worden.

„Eine staatliche Fremdsteuerung der Antragsgegnerin ... ist nicht ansatzweise erkennbar. Insbesondere ergeben sich aus der bekannten gewordenen Zusammenarbeit staatlicher Stellen mit Mitgliedern des Bundesvorstandes und der Landesvorstände der Antragsgegnerin keine Anhaltspunkte dafür, dass das politische Erscheinungsbild der Antragsgegnerin nicht mehr das Ergebnis eines offenen gesellschaftlichen Willensbildungsprozesses ist. ... Die(se) Gründe, die außerhalb eines Parteiverbotsverfahrens eine nachrichtendienstliche Beobachtung einer Partei durch V-Leute im Einzelfall rechtfertigen können, gelten grundsätzlich auch während eines anhängigen Parteiverbotsverfahrens. ... Um feststellen zu können, ob öffentliche Erklärungen und Handlungen der Partei und ein etwaiges nach außen

abgegebenes Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch dem wahren Bild der Partei entsprechen, kann es notwendig sein, Informationen aus dem Führungskreis der Partei zu erlangen. Müsste demgegenüber in jedem Fall bei Beginn des Verbotsverfahrens die nachrichtendienstliche Beobachtung eingestellt werden, könnte im maßgeblichen Zeitpunkt der Entscheidung eine sachgerechte Beurteilung nicht mehr möglich sein.“

Der Senat stellte weiter fest, der Einstellungsbeschluss sei eine Prozess- und keine Sachentscheidung. Den Rechtsansichten der Minderheit und der Mehrheit der Richter komme deshalb keine Bindungswirkung zu.

Die Mehrheit des Senats hat die Praxis und die Rechtsauffassung der Verfassungsschutzbehörden zur Zulässigkeit der Führung von V-Leuten während des Verfahrens und in Führungsfunktionen bestätigt. Die nachrichtendienstliche Beobachtung der Antragsgegnerin begründe weder im Hinblick auf den Grundsatz der Staatsfreiheit der Parteien noch wegen Fragen der Zurechnung der vorgelegten Erkenntnismittel noch aufgrund der Pflicht der Gewährung eines fairen Verfahrens ein Verfahrenshindernis.

Die von der Minderheit des Senats vertretene Rechtsauffassung, wonach es auf die tatsächliche Information der Antragsteller über die Prozessstrategie der Antragsgegnerin durch V-Leute nicht ankomme, sondern dass bereits die bloße Präsenz von V-Leuten in den Vorständen ausreiche, um die Stellung der Partei als Antragsgegnerin im Kern zu schwächen, ist bislang nicht in der Rechtsprechung zum Ausdruck gekommen.

Der Prozessbevollmächtigte der NPD, Horst MAHLER, trat unmittelbar nach Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts aus der NPD aus. Zur Begründung erklärte er, er sei im Jahr 2000 nur deshalb eingetreten, um seine Solidarität mit der NPD zu bekunden. Schließlich habe sich der Verbotsantrag „gegen alle Deutschen gerichtet, die noch Deutsche sein wollen“. Nach Abschluss des Verfahrens sei sein Austritt nunmehr zwingend; denn die NPD sei „eine am Parlamentarismus ausgerichtete Partei, deshalb unzeitgemäß und – wie das parlamentarische System selbst – zum Untergang verurteilt“.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Sitz		
Bund:	Riesa (Sachsen)	
Niedersachsen:	Langwedel/LK Verden	
Vorsitzende		
Bund:	Sascha ROßMÜLLER (bis 11/2002) Stefan ROCHOW (ab 11/2002)	
Niedersachsen:	z.Z. unbesetzt	
Mitglieder		
	2001	2002
Bund:	500	450
Niedersachsen:	70	50

Mit ihren 450 Mitgliedern bilden die 1969 gegründeten Jungen Nationaldemokraten (JN) als Jugendorganisation der NPD die größte und aktivste Organisation jüngerer Rechtsextremisten in Deutschland. Gemäß Satzung der NPD sind die JN „integraler Bestandteil“ der Mutterpartei, verfügen jedoch über einen eigenständigen Handlungsspielraum. Der 1999 als Nachfolger des in den NPD-Bundesvorstand gewechselten Holger APFEL zum JN-Bundesvorsitzenden gewählte Sascha ROßMÜLLER³⁸ sowie weitere JN-Funktionäre gehören dem NPD-Bundesvorstand an.

Im Zuge der auf dem Bundeskongress 1996 erfolgten Umwandlung der JN in eine Kaderorganisation, die sich aus

Mitgliedsanwärtern, Mitgliedern/Aktivistern, Kaderanwärtern und Kadern zusammensetzt – mittlere und höhere Führungsebenen werden nur noch mit Kaderanwärtern und Kadern besetzt –, erfuhren die JN eine deutliche neonazistische Ausrichtung. Insbesondere den von den Partei- und Organisationsverbänden der 90er Jahre betroffenen Neonazis boten sich die JN auch aufgrund ihrer Kaderstruktur als aktive Organisation an und stellten somit ein Auffangbecken für die Neonazi-Szene dar. So gehören zur JN-Anhängerschaft und Führungsschicht inzwischen eine größere Anzahl kooperationsbereiter Neonazis, die in das nicht organisierte neonazistische Lager wie die Freien Kameradschaften hineinwirken.

In der Amtszeit von ROßMÜLLER seit April 1999 ist ein bundesweiter Niedergang der JN hinsichtlich ihrer Bedeutung als Nahtstellenfunktion zwischen NPD und Neonaziszene festzustellen. Als Gründe für diese Entwicklung sind der Wechsel wichtiger JN-Funktionäre in Ämter der NPD zu nennen. Im Übr-

³⁸ Der 1972 im niederbayerischen Straubing geborene ROßMÜLLER, der 1991 Gründungsmitglied des neonazistischen Nationalen Blocks war, wurde 1996 in den JN- und NPD-Landesvorstand Bayern gewählt. Im April 1999 übernahm der seit 1997 bereits als Stellvertreter des auscheidenden Bundesvorsitzenden APFEL fungierende ROßMÜLLER die Führung der JN. Seit März 2000 ist er gewähltes Mitglied im NPD-Parteivorstand.

gen hat die Betonung des „Kampfs um die Straße“ durch die NPD ein Aktionsfeld gestärkt, so dass Neonazis und Skinheads durch den mit dieser Strategie verbundenen „Demotourismus“ eine Mitgliedschaft bei den JN überflüssig erscheint. Die JN selbst hielt sich insbesondere im letzten Jahr mit der Durchführung eigener Demonstrationen deutlich zurück, was letztlich den Trend jüngerer Rechtsextremisten zum Übergehen der NPD-Jugendorganisation bestärkte.

Der JN-Bundesverband gliedert sich in Landesverbände, Regionalverbände, Kreisverbände und Stützpunkte. Gegenwärtig existieren zehn unterschiedlich gut organisierte Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin/Brandenburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein (Nordmark) und Thüringen.

Auf dem JN-Bundeskongress am 16. November in Kirchheim bei Bad Hersfeld (Hessen) wurde der Landesvorsitzende der JN Hessen und vormalige stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), Stefan ROCHOW, als neuer JN-Bundesvorsitzender gewählt. Der bisherige Vorsitzende Sascha ROßMÜLLER hatte bereits im Vorfeld aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet. ROßMÜLLER führte in seiner Rede als Gründe für die negative Entwicklung der JN in den letzten beiden Jahren unter anderem seine eigene, aus mehreren politischen Funktionen resultierende Überlastung, Bereinigung der Organisation von säumigen Beitragszahlern sowie den „staatlichen Verfolgungsdruck“ an.

Im JN-Landesverband Niedersachsen spiegelt sich die negative Entwicklung der Bundesorganisation in besonders

drastischer Weise wieder. Durch Beschluss des NPD-Landesvorstandes wurde der JN-Landesvorsitzende Florian CORDES u. a. wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten im März aller Ämter enthoben. Etwa gleichzeitig stieg sein Stellvertreter Benjamin POLECK mit dem Projekt EXIT aus der rechtsextremistischen Szene aus. POLECK war als Leiter des „Amtes für Neue Medien“ zuvor über ein Jahr lang verantwortlich für die Präsentation der niedersächsischen JN / NPD im Internet. Nach dem Rücktritt dreier weiterer JN-Vorstandsmitglieder war nur noch die Schatzmeisterin aktiv. Nach der zwangsläufigen Aufgabe mehrerer JN-Stützpunkte und dem damit verbundenen Mitgliederverlust, steht die JN in Niedersachsen in der jetzigen Form einer Auflösung nahe. Lediglich rund 50 von ehemals ca. 100 Mitgliedern, von denen aber offensichtlich niemand zur Übernahme von Leitungsaufgaben bereit ist, sind der Jugendorganisation noch erhalten geblieben. Einige aus Freien Kameradschaften in die JN gewechselte Neonazis versuchen bisweilen als „Einzelkämpfer“ demonstrative Aktionen durchzuführen. Von einer aktiven „Organisation“ in Niedersachsen kann deshalb gegenwärtig kaum noch gesprochen werden. Mit dem Landesvorstand und den Stützpunkten Verden/Diepholz und Schaumburg/Hannover-Land existieren noch drei JN-Organisationseinheiten in Niedersachsen/Bremen.

Zusammen mit dem NPD-Kreisverband Schaumburg-Hannover/Land führten die JN in Niedersachsen mit Unterstützung aus der rechtsextremistischen Kameradschaft Weserbergland demonstrative Aktionen am 9. März und am 27. April durch. Darüber hinaus traten die JN lediglich bei zwei Infoständen im Rahmen des Bundestagswahlkampfes für die

NPD am 10. August in Sarstedt/LK Hildesheim und am 14. September in Gehrden/LK Hannover in Erscheinung.

Die noch im Vorjahr mit viel Optimismus vorgestellten JN-Publikationen „JN-Intern“ und „Der Rebell“, die nur sporadisch erschienen waren, wurden mittlerweile eingestellt. Von den ehemals vier Internetseiten der niedersächsischen JN ist jetzt lediglich die Seite des Landesverbandes im Internet vertreten, auf der jedoch nur noch Beiträge aus der Deutschen Stimme eingestellt werden.

Die JN vertreten wie die NPD einen systemüberwindenden, revolutionären Ansatz. Ausgehend von einem völkisch-kollektivistischen Volksgemeinschaftsdenken gelten Liberalismus und Parlamentarismus den JN als Feindbild. Die von den JN propagierte Neuerrichtung einer „auf den Werten der völkischen Gemeinschaft beruhenden staatlichen Ordnung“ spiegelt NPD-Ideologieelemente wieder, die im JN-Zusammenhang lebensweltbezogener und weniger theoretisch fundiert erscheinen. So bietet ein Beitrag in der JN-Publikation Schwarze Fahne im Zusammenhang mit der Drogenproblematik als Lösung die Geborgenheit und Sicherheit vermittelnde völkische Gemeinschaft an:

„Die politische Theorie des BRD-Systems ist der Liberalismus. ... Der Lösungsvorschlag der JN setzt bei der Neudefinition der politischen Ordnung in Deutschland an. Die Politik darf nicht länger auf dem gemeinschaftsfeindlichen Menschenbild des Liberalismus fußen, sondern muß ein lebensrichtiges Menschenbild, welches den Menschen in seiner völkischen Gemeinschaft ... ansieht, als Fundament haben.“

(Schwarze Fahne, Organ der Jungen Nationaldemokraten in NRW, Nr. 1/2002)

Zentrale Kategorie in der Programmatik der JN ist das Volk als „Erlebens- und Solidargemeinschaft“. Im Vordergrund dieses völkisch definierten Nationalismus steht – wie auch bei der NPD – die ethnisch homogene Volksgemeinschaft:

„Unser Volk ist eine Kette, deren Glieder die Vorfahren, die jetzt lebenden Deutschen sowie die zukünftigen Deutschen bilden. Wir haben es dementsprechend mit einer auf Dauer angelegten Schicksalsgemeinschaft von Generationen auf der Grundlage gemeinsamer Abstammung, Überlieferung, Sprache, Geschichte, Wesensart ... zu tun. ... Reißt diese Übertragung ab, so stirbt das Volk als Erlebens- und Solidargemeinschaft. Diese Gefahr wird durch die drohende biologische und kulturelle Umvolkung heute noch erheblich verstärkt.“

(„Leitlinien“, Internet-Veröffentlichung des JN-Bundesvorstandes, 2002)

Eine fremdenfeindliche Akzentuierung enthält das von den JN propagierte Volksgemeinschaftsdenken in einem im April verfassten Mitgliederrundschreiben des JN-Bundesvorsitzenden ROßMÜLLER, in dem er die Gefahren einer „fortschreitenden Überfremdung“ Deutschlands für die Volksgemeinschaft beschreibt:

„Überdies leistet sich unsere zunehmend entsolidarisierte Gesellschaft noch den Luxus einer identitätszerstörenden Überfremdung, die durch die Veränderung des Staatsbürgerschaftsrechtes kaschiert werden soll. Anstelle einer längst überfälligen Debatte über Zuzugsstopp und Rückführungsprogramme peitscht die Regierung im verfassungswidrigen Procedere ihr Zuwanderungsgesetz durch den Bundesrat“

Deutsche Volksunion (DVU)

Sitz		
Bund:	München	
Niedersachsen:	Saterland	
Vorsitzende		
Bund:	Dr. Gerhard FREY (München)	
Niedersachsen:	Richard CARLS (Saterland)	
Mitglieder		
	2001	2002
Bund:	15.500	13.000
Niedersachsen:	1.200	1.000
Publikation:		
	National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ) (wöchentliche Auflage 45.000 Exemplare)	

Die im März 1987 vom Münchener Verleger und Rechtsextremisten Dr. Gerhard FREY unter der Bezeichnung „Deutsche Volksunion – Liste D“ (DVU-Liste D) als Partei gegründete Organisation ist unverändert die zahlenmäßig stärkste rechtsextremistische Partei in Deutschland. Die Partei trat an die Stelle eines bereits seit 1971 bestehenden gleichnamigen Vereins, der von Dr. FREY als Auffangorganisation für ehemalige NPD-Mitglieder konzipiert war und dessen Aktivitäten sich gegen die Ostpolitik des damaligen Bundeskanzlers Brandt richteten. 1991 entfiel der Namenszusatz Liste D. Die Partei tritt seither unter der Bezeichnung Deutsche Volksunion in Erscheinung. Seit Gründung der Organisation ist der Geschäftsmann Dr. FREY der unangefochtene Parteivorsitzende.

Die DVU³⁹ hat seit 1987 mehrfach den Einzug in Landesparlamente geschafft (Bremen, Schleswig-Holstein,

Sachsen-Anhalt, Brandenburg). Vorausgegangen waren jeweils materialaufwändige Wahlkämpfe mit zielgruppenspezifischer Wahlwerbung. Noch ist die DVU im Landtag von Brandenburg und in der Bremer Bürgerschaft. 2002 verzichtete die Partei auf eine Teilnahme sowohl an der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, wo sie bei der vorangegangenen Landtagswahl mit 12,9 % der Stimmen ihren bislang größten Wahlerfolg verbuchen konnte, als auch an der Bundestagswahl. Dieser Verzicht ist Ausdruck einer tiefgehenden innerpar-

³⁹ Als überparteiliche nationale Bewegung besteht neben der Wahlpartei DVU der Verein „DVU e.V.“. Dieser hat lediglich in propagandistischer Hinsicht eine gewisse Bedeutung. Nennenswerte Aktivitäten entwickelt der Verein nicht. Des weiteren bestehen daneben die eher unbedeutenden Aktionsgemeinschaften „Aktion Oder-Neiße“ (AKON), „Ehrenbund Rudel“ (ER) und „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.f.A.).

teilichen Krise, die sich auch in den rückläufigen Mitgliederzahlen spiegelt.

Organisationsstruktur

Die DVU ist in 16 Landesverbände untergliedert. Auf regionaler Ebene bestehen Kreisverbände und sogenannte „politische Stammtische“, aus denen sich Kreisverbände bilden sollen. Funktionsträger auf Bundes- und Landesebene haben faktisch keinen autonomen Entscheidungsspielraum. Auf diese Weise wird das Wesensmerkmal der innerparteilichen Demokratie, die Mitbestimmung bei Personal- und Sachfragen, konterkariert. Ohne das finanzielle Engagement des Millionärs Dr. FREY wäre die Partei handlungsunfähig.

Mit seinem finanziellen Engagement für die DVU verbindet Dr. FREY aber durchaus auch eigene wirtschaftliche Interessen, bildet die weitgehend inaktive Parteimitgliedschaft doch einen festen Kundenstamm für die Produkte seiner Medienunternehmen DSZ - Druckschriften und Zeitungsverlag

GmbH (DSZ-Verlag) sowie FZ - Freiheitslicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag), dem der Deutsche Buchdienst als Vertrieb deutsch-nationaler und rechtsextremistischer Bücher und NS-Devotionalien angeschlossen ist.

Dr. FREY wurde am 12. Januar auf dem Bundesparteitag, der einzigen großen Parteiveranstaltung des Jahres 2002, mit 98,5 % der Stimmen in seinem Amt bestätigt. Die traditionelle Großkundgebung in Passau, die der Einschwörung der Mitglieder auf die DVU und ihren Vorsitzenden galt, wurde diesmal nicht durchgeführt.

Der niedersächsische DVU-Landesverband wurde 1988 gegründet. Als Untergliederung bestehen Kreisverbände. Der Landesverband befindet sich unverändert in einem schlechten organisatorischen Zustand. Die Mitgliederzahl geht seit Jahren kontinuierlich zurück und liegt derzeit bei ca. 1.000 Mitgliedern. Der im Jahre 2001 im Amt bestätigte DVU-Landesvorsitzende Richard CARLS konnte den Abwärtstrend nicht stoppen. In Niedersachsen fanden in



diesem Jahr keine herausragenden Veranstaltungen der DVU statt.

Im Regierungsbezirk Lüneburg hat der DVU-Kreisvorsitzende Rainer HELKE einen „Arbeitskreis für Menschenrechte und Politik Lüchow-Dannenberg“ ins Leben gerufen, der innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums der parteiübergreifenden ideologischen Verständigung dienen soll. Seit Anfang des Jahres 2002 führt der Arbeitskreis Schulungsveranstaltungen für Gleichgesinnte durch. Referenten waren u. a. Manfred RÖDER, Udo WALENDY, Günther DECKERT und Dr. Rolf KOSIEK.

Programmatik und Ideologie

Aufschluss über die Ideologie der DVU gibt die von Dr. FREY herausgegebene, in einer Auflagenhöhe von 45.000 Exemplaren erscheinende National-Zeitung (NZ), die zwar nicht das offizielle Parteiorgan ist, wegen Dr. FREYs dominanter Position aber als ideologisch-politisches Steuerungsinstrument gelten kann. Die NZ arbeitet mit dem Mittel der Insinuation, das heißt, die dargelegten rechtsextremistischen Positionen bewegen sich unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz, appellieren aber permanent an die Resentiments der Leser. Neben fremdenfeindlichen stehen antisemitische und revisionistische Positionen im Mittelpunkt der Berichterstattung der NZ, wobei die stereotype Wiederholung bestimmter Argumentationsmuster charakteristisch ist.

In Bezug auf die Einwanderungspolitik suggeriert die DVU, dass eine „Umvolkung“ des deutschen Volkes bevorstehe. In der Berichterstattung der NZ und in Äußerungen des Vorsitzenden Dr. FREY finden sich häufig apokalyptische Warnungen vor einer angeblichen

Masseneinwanderung, die unweigerlich zu erhöhter Kriminalität und zu sozialen Notsituationen führe. In einem gegen das Zentrum für Türkeistudien in Essen gerichteten Artikel der NZ (Nr. 16 v. 12.04.2002) zitiert der Autor unter der Überschrift „Deutschland gehört nicht den Deutschen – Türkische Provokationen gegen unser Volk“ die Äußerung einer als Orientalin apostrophierten Mitarbeiterin des Zentrums für Türkeistudien, „endlich Abschied zu nehmen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen“, um zu suggerieren, dass türkischstämmige Bürger in Deutschland ungehindert einem türkischen Nationalismus Geltung verschaffen wollen.

Einen weiteren Schwerpunkt in der Berichterstattung der NZ bildet die verschwörungstheoretische Argumentation, dass ein um die Machtzentren USA und Israel gruppiertes „Weltjudentum“ nach Weltherrschaft strebe und aufgrund ihres dominierenden Einflusses in den USA die Welt- und Deutschlandpolitik bestimme. Deutschland werde durch die Erinnerung an den Holocaust in einem Zustand dauerhafter Schuld und Sühne gehalten und gehindert, eine eigenständige Politik zu betreiben. In der Berichterstattung der NZ finden sich Verunglimpfungen von Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung in Politik, Wirtschaft und Medien, des Jüdischen Weltkongress sowie des Staates Israel. 2002 konzentrierte sich die Agitation auf den Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel, und dessen Stellvertreter, Michel Friedman. Stereotyp werden die deutschen Juden darüber hinaus aufgefordert, gegenüber der israelischen Palästina-Politik kritische Stellung zu beziehen, so als wäre dies die Voraussetzung, um

antisemitische Vorfälle in Deutschland kritisieren zu dürfen. Die ständige Identifikation von Paul Spiegel und Michel Friedman mit Israel bedeutet die gedankliche Ausbürgerung der beiden führenden Repräsentanten der deutschen Juden. Überhaupt verbirgt sich hinter der überdimensionierten Berichterstattung der NZ über den Israel-Palästina-Konflikt ein kaum kaschierter Antisemitismus. Angesichts von Millionen von den Nationalsozialisten vernichteter Juden stellen Überschriften wie „Wer stoppt Scharons Vernichtungspolitik? – Palästinensern droht das Schicksal der Indianer“ (NZ, Nr. 14 vom 29.03.2002), „Israels Vernichtungskrieg – Werden die Palästinenser ausgerottet?“ (NZ, Nr. 17 vom 19.04.2002) eine revisionistische Relativierung der Judenvernichtung durch den Nationalsozialismus dar.

Seit Beginn seines publizistischen Engagements ist es Dr. FREY's Anliegen, die deutsche Nation und die Wehrmacht von nationalsozialistischen Verbrechen frei zu sprechen, nicht etwa durch eine grundsätzliche Leugnung des Holocausts, sondern durch z.T. absurde Vergleiche und Schuldverlagerungen. Im Januar beispielsweise gab die NZ der gesamten christlichen Welt die Schuld am Holocaust:

„Tatsächlich treten immer mehr Autoren, jüdische, aber auch nicht-jüdische, mit der These hervor, der Holocaust sei „eigentlich“ ein Auswuchs des Christentums“ (NZ, Nr. 1-2 vom 04.01.2002)

Zusammenarbeit mit anderen Rechts-
extremisten / Bündnispolitik

Trotz programmatischer Nähe zeichnet sich weiterhin keine Zusammenarbeit zwischen DVU und REP ab. Ein Treffen

zwischen den Parteivorsitzenden Dr. FREY und Dr. SCHLIERER am 25. Juni, bei dem der REP-Vorsitzende anlässlich der bevorstehenden Bundestagswahl um Unterstützung bat, verlief ergebnislos. Die Zusammenarbeit mit Personen und Organisationen, die einen nationalrevolutionären Kurs verfolgen, sowie mit Neonazis und Skinheads lehnt die DVU kategorisch ab, wie der Bundesvorstand am 29. April in einer Entschließung einstimmig zum Ausdruck brachte. Folgerichtig reagierte die Parteiführung mit Amtsenthebungen und Ausschlussverfahren gegen Angehörige von acht DVU-Kreisverbänden des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, die sich an einer von der NPD organisierten Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung in Bielefeld am 2. Februar beteiligt hatten.

Auf internationaler Ebene unterhält die DVU enge Beziehungen zum französischen Front National⁴⁰ und ihrem Vorsitzenden Jean-Marie LE PEN. FREY selbst hielt eine Rede auf dem Kongress des FN vom 16.-17. Februar in Lyon. Er vereinbarte den Ausbau der freundschaftlichen Beziehungen. Enge Kontakte bestehen unter Beteiligung

⁴⁰ Der nationalistische Front National wurde von Jean-Marie LE PEN 1972 als Sammlungsbewegung verschiedener rechtsextremer Organisationen gegründet. In den achtziger Jahren begann eine Serie von Wahlerfolgen, wobei der FN seine Wähler insbesondere in den peripheren Gebieten der Städte in sozial unterprivilegierten Schichten fand. Der bislang bedeutsamste Erfolg des FN war der von der DVU bejubelte Einzug LE PENS in die Stichwahl um das Amt des französischen Staatspräsidenten im Mai.

des Herausgebers der NZ in Belgien, Hubert VERHELST, zum belgischen Vlaams Blok (VB)⁴¹, zum britischen Revisionisten und Holocaust-Leugner

David IRVING und zum russischen Nationalisten Wladimir SCHIRINOW-SKIJ, den Dr. FREY nach dessen Besuch in Bagdad im Oktober interviewte.

Die Republikaner (REP)

Sitz			
Bund:	Berlin		
Niedersachsen:	Hannover		
Vorsitzende			
Bund:	Dr. Rolf SCHLIERER		
Niedersachsen:	Peter LAUER		
Mitglieder			
	2001	2002	
Bund:	11.500	9.000	
Niedersachsen:	600	ca. 550	
Publikationen			
Bund:	Der Republikaner (monatliche oder zweimonatliche Auflage 10.000 Exemplare)		

Die Partei „Die Republikaner“ wurde am 27.11.1983 in München von zwei ehemaligen Bundestagsabgeordneten der CSU und dem ehemaligen stellvertretenden Chefredakteur des Bayerischen Rundfunks Franz SCHÖNHUBER

gegründet. Hatte die Partei zunächst einen eher nationalkonservativen Charakter, so öffnete sie sich unter der Führung von SCHÖNHUBER, der 1985 den Vorsitz übernahm, immer stärker gegenüber anderen rechtsextremistischen Kreisen. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre profitierten die REP in hohem Maße von der Asyl- und Ausländerthematik, die im Mittelpunkt des medialen Interesses stand. Die REP richteten ihre mit fremdenfeindlichen Parolen geführten Wahlkämpfe in monothematischer Weise auf die Asylproblematik aus und erreichten 1989

⁴¹ Der Vlaams Blok wurde 1978 von zwei ehemaligen Mitgliedern der Flämischen Volksunion gegründet. Ähnlich wie der FN instrumentalisiert der VB die Einwanderungsfrage für seine politischen Zwecke. Die fremdenfeindlichen Parolen wenden sich in erster Linie an sozial benachteiligte, bildungsferne Bevölkerungsschichten. Eine Hochburg des VB ist Antwerpen.

aufsehenerregende Wahlerfolge: 7,5 % bei der Berliner Abgeordnetenhauswahl und 7,1 % bei der Wahl zum Europäischen Parlament. Anfang der neunziger Jahre verzeichnete die Partei mit 25.000 Mitgliedern ihren höchsten Mitgliederstand. Seit 1993 hat die Zahl kontinuierlich auf jetzt nur noch 9.000 Mitglieder abgenommen.

Die von SCHÖNHUBER propagierte Öffnung gegenüber anderen rechtsextremistischen Organisationen war parteiintern umstritten. Ein auf Initiative von SCHÖNHUBERs Kritikern auf dem Parteitag in Ruhdorf im Jahre 1990 verabschiedeter, bis heute gültiger Beschluss bestimmt, dass niemand eine Funktion bei den Republikanern übernehmen darf, der in einer „extremistischen“ oder „verfassungsfeindlichen“ Organisation eine Rolle gespielt hat. Als SCHÖNHUBER sich in der Folgezeit wiederum für ein Zusammenwirken mit rechtsextremistischen Organisationen aussprach, führte dies 1994 zu seiner Ablösung an der Parteispitze durch den damaligen baden-württembergischen Landesvorsitzenden Dr. Rolf SCHLIERER. Der nach wie vor amtierende Bundesvorsitzende versucht seither, den REP ein akzeptableres Image zu verschaffen.

Der Bedeutungsverlust setzte sich im Jahr 2002 nicht nur bei den Mitgliederzahlen, sondern auch bei den Wahlergebnissen fort. Bei der Bundestagswahl erreichten die REP einen Stimmenanteil von lediglich 0,6 %, was jedoch ausreichte, um Wahlkampfkostenerstattung zu beanspruchen. Entfielen in der Hochburg Baden-Württemberg immerhin noch 1,1 % der Stimmen auf die REP, so waren es in Niedersachsen nur 0,3 %. Wesentlich zum Niedergang der Partei dürfte beigetragen haben, dass die Asylproblematik auf der politi-

schen Agenda in den Hintergrund gerückt ist.

Organisation und Aktivitäten

Die REP verfügen über Landesverbände in allen Bundesländern, wobei der Organisationsschwerpunkt in den südlichen Bundesländern liegt. Die östlichen und nördlichen Landesverbände sind mitglieder- und strukturschwach. Die desolate Situation der östlichen Landesverbände offenbarte sich im Vorfeld der Bundestagswahl, als es den Landesverbänden Sachsen-Anhalt und Brandenburg nicht gelang, genügend Unterstützerunterschriften für eine Wahlteilnahme zu sammeln. Auch der finanzielle Handlungsspielraum der Partei ist, nicht zuletzt wegen des permanenten Mitgliederverlustes eng begrenzt. Aus Kostengründen beispielsweise wurde die Bundesgeschäftsstelle in Berlin aufgelöst und auch der Bundestagswahlkampf konnte mit Rücksicht auf die Finanzen nur in reduzierter Form geführt werden. Anstelle von 372 Kandidaten bei der letzten Bundestagswahl verzeichneten die Landeslisten der REP diesmal insgesamt nur 150 Personen.

Auf dem Bundesparteitag der REP wurde Dr. SCHLIERER mit 187 gegen 61 Stimmen in seinem Amt als Bundesvorsitzender bestätigt. Als Stellvertreter fungieren Björn CLEMENS und Uschi WINKELSETT aus Nordrhein Westfalen sowie Haymo HOCH (Hessen) und Johann GÄRTNER (BAYERN).

Der von dem Lehrer Peter LAUER, einem Anhänger der politischen Linie SCHLIERERs, geführte, in vier Bezirksverbände und zahlreiche Kreisverbände untergliederte niedersächsische Landesverband ist von der Organisationskrise nicht ausgenommen. Die

Entwicklung des Jahres 2002 war von persönlichen Zerwürfnissen und Partei-austritten bei weiter angespannten finanziellen Verhältnissen geprägt. Mit den verbliebenen, zudem noch schwer motivierbaren 550 Mitgliedern lässt sich ein flächendeckender Wahlkampf nur schwer führen. Aus diesem Dilemma versuchten sich die niedersächsischen REP durch die Initiierung von Volksbegehren zu befreien. Im März machte der niedersächsische Landesverband mit der Gründung einer „Initiative Volksbegehren“ zur Verhinderung des geplanten Zuwanderungsgesetzes auf populistische Art und Weise auf sich aufmerksam. Das Volksbegehren scheiterte jedoch, weil die REP die erforderlichen 25.000 Unterstützer-

unterschriften im vorgeschriebenen Zeitraum von sechs Monaten nicht zu sammeln vermochten. Ein weiteres Volksbegehren, diesmal zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, beantragte LAUER zum Auftakt des Landtagswahlkampfes.

Programmatik

Die zentralen programmatischen Aussagen der REP beschäftigen sich weiterhin mit dem Thema Einwanderung und den daraus resultierenden, von den REP zumeist fremdenfeindlich verzerrt dargestellten Folgen. Mit dem Begriff „Schicksalsgemeinschaft“⁴² verbinden die REP den Ausschluss von Menschen, die der deutschen Nation im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft nicht angehören. In ihrem neuen Parteiprogramm legen die REP diesen Zusammenhang dar. Während demzufolge „zu den wichtigsten Aufgaben der Politik ... die Fürsorge für diejenigen Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit ihre Heimat verloren haben oder als Minderheit unterdrückt werden, (gehört)“, müssten andererseits „alle Möglichkeiten wahrgenommen werden, um die Zuwanderung

**Wir lassen uns
dieses schöne
Land nicht
kaputtmachen!**

Wählen Sie: **REP** 



Wahlkampfausgabe

REP

DER REPUBLIKANER

Offizielles Organ der Bundespartei Nummer 1-2/2003 Z11263E

⁴² Der von den REP immer wieder verwendete Begriff Schicksalsgemeinschaft ist durch die NS-Zeit historisch belastet. In einem Schulbuch aus dem Jahr 1943 z. B. wird ausgeführt: „Durch das in der Geschichte gemeinsam getragene Schicksal wurde die völkische Blutsgemeinschaft zur Schicksalsgemeinschaft, und die gemeinsame Rassensubstanz hat sich in der gemeinsamen Sprache das Mittel der Verständigung von Mensch zu Mensch geschaffen. Volksgemeinschaft ist demnach Blutsgemeinschaft, Schicksalsgemeinschaft und Sprachgemeinschaft.“ (Aus: Biologie der höheren Schule, Bd. 3, 1943, S. 123; zitiert nach: Claudia Schmitz-Berning: Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin und New York 2000; S. 124).

von Ausländern zu begrenzen und bestimmte Ausländergruppen in ihre Heimat zurückzuführen“, denn „man kann aus der Heimat vertrieben werden, ohne den Ort zu wechseln: Durch kulturelle Überfremdung und Masseneinwanderung von Ausländern“. Als „wichtigste Forderung“ propagieren die REP deshalb in ihrem Parteiprogramm:

„Bewahrung der deutschen Heimat, keine multikulturelle Gesellschaft, kein Vielvölkerstaat!“

Deutlicher in der Diktion sind die Wahlkampfaussagen der niedersächsischen REP zu diesem Thema. Sie stellen soziale Krisenerscheinungen in einen monokausalen Zusammenhang mit der Einwanderung von Ausländern und schüren auf diese Weise fremdenfeindliche Ressentiments, wie folgende Passage aus Presseerklärungen der niedersächsischen REP veranschaulicht:

„Hinzu kommt, daß in Deutschland das Qualitätsmerkmal deutsches Handwerk mehr und mehr zerstört wird. Die auf den Markt drängenden Ausländer unterliegen nämlich bei weitem nicht den strengen Qualitätsansprüchen, die an deutsche Firmen gestellt wird.“

(Presseerklärung „Die Zeitbombe tickt“, eingestellt ins Internet am 01.11.2002)

Auch die an alle Haushalte verteilte Wahlkampfzeitung stellte das Thema Einwanderung in einer auf fremdenfeindliche Ressentiments zielenden Diktion in den Mittelpunkt der Wahlpropaganda. Die REP empfahlen sich unter der Überschrift „Wir geben Ihnen 12 gute Gründe, diesmal die Republikaner zu wählen“ mit folgenden Argumenten als „Alternative zum Einerlei aus Altparteien und Altkommunisten im Bundestag“:

„ ... weil die Gauner, Abzocker und Radikalinskis aus aller Herren Länder sich hier so wohl fühlen wir nirgends sonst auf der Welt; ...

... weil die Schüler an vielen Schulen eher türkische Flüche, Gewalt und Drogen mitbekommen, anstatt lesen, schreiben und rechnen zu lernen“.

In ihrer Geballtheit und stereotypen Wiederholung zielen die dargelegten Ausführungen zum Thema Einwanderung auf die Stimulierung fremdenfeindlicher Ressentiments. Soziale Probleme werden in monokausaler Form auf die Anwesenheit von Ausländern in Deutschland zurückgeführt, die auf diese Weise in die Rolle von Sündenböcken geraten. Häufig fehlt in den Darstellungen eine Grenzziehung zwischen islamistischen Extremisten und Islam. Es werden Zusammenhänge suggeriert, die den Blick auf die tatsächlichen Problemlagen verstellen:

„Die hier praktizierte Toleranz gegenüber dem Islam muss dieser – als expansive Religion – ja quasi als Aufforderung zur Missionierung betrachten. Und so wird fleißig an der Missionierung und damit gleichzeitigen Zerstörung christlich abendländischer Werte und des deutschen Rechtsverständnisses gearbeitet. Möglich allerdings wird dieser Irrsinn nur durch Politiker und Religionsführer, denen nicht einmal mehr ihre eigene Identität heilig ist – frei nach dem Motto: Nur die dümmsten Kälber wählen sich ihre Schlachter selber!“

(Presseerklärung „Islam-Unterricht in Niedersachsen“, eingestellt ins Internet am 16.11.2002)

Einzelne Positionen der REP sind für sich betrachtet nicht extremistisch, in ihrer Gesamtschau lassen sie allerdings Anhaltspunkte für extremistische Ziel-

setzungen erkennen. Damit im Zusammenhang steht auch, dass Teile der REP nach wie vor bereit zur Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremistischen Organisationen sind. So initiierten ehemalige und amtierende Funktionsträger der REP-Landesverbände Baden-Württemberg und Bayern im Vorfeld des Bundesparteitages am 1. Mai in Augsburg ein überregionales Strategietreffen, an dem auch Vertreter der DVU, der NPD und der Deutschen Partei teilnahmen. Auf dem Programmparteitag am 11./12. Mai in Künzell konnten sich diese Oppositionskräfte mit ihren Forderungen allerdings nicht gegen den Vorsitzenden Dr. SCHLIERER durchsetzen. Ein weiteres Treffen führten die Oppositionskräfte am 6. Juli in Rodgau unter dem Motto „Aufstand der Anständigen aus allen patriotischen Kreisen“ durch. Die dort zum Ausdruck gekommene Forderung nach einem Bündnis aller „rechten“ Parteien wird auch vom Landesvorsitzenden der REP Rheinland-Pfalz geteilt, der im Internetforum des REP-Landesverbandes Sachsen folgende Auffassungen verbreitete:

„Die anstehende Europawahl im nächsten Jahr ist die Chance für die demokratische Rechte in Deutschland, aber nur, wenn Die Republikaner mit anderen demokratischen Rechtsparteien, unterstützt durch andere nationale Verlage, Vereine, Zeitschriften und parteilose Persönlichkeiten eine gemeinsame Kandidatenliste und Wahlplattform bilden. Dies sollte nicht unter der REP-Fahne geschehen. Ein Gegeneinander bei der Eurowahl, insbesondere von REP und DVU, würde von den Aktiven und von der überwältigenden Mehrheit der REP-Basis nicht mehr mitgetragen. Die Parteien von REP, DSU,

DP, FDVP und DVU haben europapolitisch viele Gemeinsamkeiten und würden zu einer enormen Mobilisierung aller Patrioten führen. Die Zeit ist reif!!!“

(Internetausdruck vom 20.01.2003)
Der Bundesvorsitzende Dr. SCHLIERER selbst lehnt eine Zusammenarbeit mit der NPD und mit Neonazis ab, strebt auf europäischer Ebene aber ein Zusammenwirken mit der ebenfalls fremdenfeindliche Ressentiments schürenden Partei Vlaams Blok aus Belgien an. Sollten Wahlerfolge weiter ausbleiben, wird der innerparteiliche Legitimationsdruck auf Dr. SCHLIERER zunehmen. Er hat auf dem Bundesparteitag bereits Konsequenzen aus dem für die Partei enttäuschenden Ergebnis bei der Bundestagswahl gezogen, indem er das Ziel, die Partei zu einer Programmpartei zu formen, als gescheitert bewertete, und ankündigte, die REP würden sich in Zukunft als Protestpartei verstehen, deren Profil in dieser Hinsicht noch geschärft werden müsse.

Deutsche Liga für Volk und Heimat

Sitz:	Villingen-Schwenningen	
Vorsitzende		
Bund:	Jürgen SCHÜTZINGER Ingo STAWITZ Marianne STOLPMANN	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	200	200
Niedersachsen:	30	30

Die, aus dem „Förderverein Vereinigte Rechte“ hervorgegangene, 1991 in Villingen-Schwenningen gegründete Partei gab ihren Parteienstatus auf ihrem Bundesparteitag 1996 in Pfofeld/Bayern bereits wieder auf, als sich abzeichnete, dass sie ihr Ziel, eine „Partei der Nationalen Sammlung“ für eine vereinigte Rechte zu werden, nicht würde realisieren können. Mit der Umwandlung der Partei in einen Verein sollte es den Mitgliedern ermöglicht werden, sich anderen rechtsextremistischen Parteien anzuschließen, um so die Einheit der „Rechten“ voranzutreiben. Auf der Bundesmitgliederversammlung im Oktober 2001 wurde in einer Satzungsänderung beschlossen, die Landesverbandsstrukturen aufzuheben. Bestehende Kreis- und Ortsverbände sind davon nicht betroffen.

Wichtigste Veranstaltung der fremdenfeindlichen und revisionistischen Organisation war im Jahr 2002 eine Vortragsveranstaltung am 12. Oktober in Frankfurt. Zu der Veranstaltung, die das Zusammenwirken rechtsextremistischer Parteien auf nationaler und europäischer Ebene thematisierte, hatten der DLVH-Vorsitzende Jürgen SCHÜT-

ZINGER, Dr. Rolf KOSIEK von der rechtsextremistischen Kulturvereinigung Gesellschaft für Freie Publizität (GFP) und Peter DEHOUST, Nation & Europa-Freunde e.V. eingeladen.

In Niedersachsen spielt die DLVH selbst keine Rolle. Allerdings agiert in Hannover ein Abzweig der DLVH, der als Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen oder auch als Arbeitsgemeinschaft „Der Preuße“ in Erscheinung tritt. Als Initiator der Arbeitsgemeinschaft „Der Preuße“ lädt Heinrich MOCK regelmäßig zu Vortragsveranstaltungen ein. Die von ihm geführte Organisation propagiert geschichts- und gebietsrevisionistische Vorstellungen. Sie beschäftigt sich mit Themen wie „Deutschland braucht moralische Erneuerung! – Verzicht ist Verrat“, „Deutsche Politik im Jahr 2002 – Von der Ideologie zur Idiotie“ oder „Die ethnische Säuberung an den Deutschen“. Bekannte Rechtsextremisten – wie im Januar Wolfgang JUCHEM – erhalten auf diese Weise eine Möglichkeit, ihr revisionistisches Gedankengut zu verbreiten. Allerdings erreichen sie in der Regel nur einen kleinen Teilnehmerkreis.

Rechtsextremistische Neue Rechte

Der Begriff Neue Rechte steht für eine ideologische Strömung im Rahmen rechtsextremistischer Publikationsforen, für eine akademisch-intellektuelle, „modernisierte“ Ausprägung antidemokratischen Denkens, der oft auch als „Intelktualisierung“ des Rechtsextremismus bezeichnet wird. Auf publizistischem Wege versuchen Vertreter der Neuen Rechten, rechtsextremistische Ideologieelemente in den demokratischen Diskurs hereinzutragen, um langfristig auf Diskurshegemonie, auf eine kulturelle Hegemonie hinzuwirken.

Leitbild der Neuen Rechten in Deutschland war die französische Nouvelle Droite um den Publizisten Alain de BENOIST⁴³.

Der von Vertretern der Neuen Rechten verfochtene Ansatz ist – in Gegnerschaft zu einem durch Aufklärung, Liberalismus und Marxismus hervorgebrachten „Egalitarismus“ – strikt anti-individualistisch und antiegalitär. Insofern orientiert sich die Neue Rechte an den europäischen Werten von vor 1789 und postuliert ein Zurück hinter die Errungenschaften der Französischen und Amerikanischen Revolution, hinter die Etablierung der Menschen- und Bürgerrechte. Nation, Volk und Ethnie sind übergeordnete, auf Dauer angelegte, naturhaft gewachsene Größen; der einzelne Mensch verliert sich als Nichts im immerwährenden Strom der

Geschichte. Mythen ersetzen naturrechtliche Begründungen menschlichen Zusammenlebens.

Die Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates wird getragen von den ideologischen Grundmustern Antiliberalismus (Forderung nach einem autoritär geführten Staat mit elitären Strukturen), Antiparlamentarismus, völkischer Nationalismus, völkischer Kollektivismus (an der Ideologie der Volksgemeinschaft ausgerichtete Kollektivorientierung), Ideologie der Ungleichheit, Homogenitätsstreben sowie Freund-Feind-Politikverständnis (Forderung von Homogenität im innen- sowie Kampfbereitschaft im außenpolitischen Bereich).

Deutlich wird der antiindividualistische Ansatz im Leitfaden des von Pierre KREBS nach dem Vorbild der französischen G.R.E.C.E. um BENOIST gegründeten rechtsextremistischen Thule-Seminars:

„Während das System im allgemeinen ... eifrig die Durchsetzung einer multirassischen, das heißt monoprimitiven Gesellschaft ethnosuizider Völker in Europa voranpeitscht, propagiert die Systempresse dieses Ziel mit Hilfe skrupelloser Verdrehung und verbrecherischer Verschleierung der eindeutigen ethnokulturellen Tatsachen. In dieser gefährlichen Zeit ist das ‚Thule-Seminar‘ die einzige Bewegung, die kompromißlos ... die sogenannte transatlantische Wertegemeinschaft angreift; eine heidnisch-metaphysische alternative zum Judäo-Christentum erarbeitet; sich zum europäischen biokulturellen Bewußtsein bekennt ...“.

Ausgangspunkt der von der Neuen Rechten vertretenen Positionen ist die Annahme der natürlichen Ungleichheit. Propagiert werden in dieser Be-

⁴³ Die von BENOIST 1968 gegründete Denkschule G.R.E.C.E. (Groupement de recherche et d'étude pour la civilisation européenne = Forschungs- und Studiengruppe für die europäische Zivilisation) erhält ein Forum für ihre Programmatik in den Zeitschriften „Nouvelle École“, „Éléments“ sowie „Krisis“.

trachtungsweise der Auslese-Kampf im sozialdarwinistischen Verständnis und die strikte Elitenbildung.

Ausgehend von der Ethnie als zentraler Kategorie ihres Denkens (Ethnopluralismus)⁴⁴, profilieren sich neurechte Theoretiker als rigorose Gegner einer liberalen Einwanderungspolitik. In der neurechten Konzeption steht demnach „kulturelle Überfremdung“ für einen „biologischen Schaden“ eines Volkes.

Die Orientierung am antidemokratischen Denken der Weimarer Republik korrespondiert mit deutlicher Kapitalismuskritik und einem rigorosen Anti-amerikanismus, symbolisieren die USA doch den gesellschaftlichen Gegenentwurf. Das amerikanische Gesellschaftsmodell betrachten die von einem Elitebewusstsein geleiteten neurechten Theoretiker als dekadent.

Der rechtsextremistischen Neuen Rechten bieten Zeitschriften ein Forum wie die seit 1951 in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erscheinende Coburger Monatsschrift *Nation & Europa*, die von Manfred ROUHS vierteljährlich herausgegebene Zeitschrift *Signal – Das patriotische Magazin* (früher: *Europa Vorn*), sowie die zweimonatlich vom rechtsextremistischen Verlag der Freunde (VdF) herausgegebene Zeitschrift *Sleipnir*.

⁴⁴ Ethnopluralismus bedeutet (wörtlich): Vielfalt von sprachlich-kulturell einheitlichen Volksgruppen und Völkern. Der rechtsextremistische Charakter der „ethnopluralistischen“ Konzeption der Neuen Rechten ergibt sich aus der Fixierung ihrer Weltanschauung auf „Ethnien“: Der Bürger existiert nicht als Individuum im Sinne des Grundgesetzes mit unveräußerlichen Menschenrechten, sondern nur als Bestandteil des Kollektivs, dem ethnisch definierten Volk als Subjekt der Geschichte.

LINKSEXTREMISMUS

Einführung

Verbindendes Element aller linksextremistischer Strömungen ist die radikale Übersteigerung des Gleichheitsprinzips. Kommunismus und Anarchismus als philosophische Grundlagen linksextremistischer Bestrebungen unterscheiden sich in der Bewertung der Freiheitsrechte. Während der weitgefaste Gleichheitsbegriff kommunistisch ausgerichteter Organisationen individuelle Freiheitsrechte überlagert, lehnen anarchistische Gruppierungen staatliche Organisation und damit Machtstrukturen schlechthin ab. Beide Richtungen orientieren sich am Ziel einer klassen- oder herrschaftsfreien Ordnung, d.h. der Vorstellung von der vollkommenen Befreiung des Menschen von allen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Zwängen. Anarchisten, die in ihrem konkreten politischen Handeln diesen utopischen Entwurf („Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen“) vorzuleben versuchen, lehnen auf Zwang beruhende Zwischenstadien zur Realisierung dieser klassenlosen Gesellschaft, wie insbesondere die von Kommunisten propagierte Diktatur des Proletariats ab. Die in der französischen Revolution proklamierten Werte Freiheit und Gleichheit in radikaler Zuspitzung aufgreifend erklären Linksextremisten, den Menschen aus seinen Abhängigkeiten befreien und jegliche Herrschaftsverhältnisse abschaffen zu wollen. Der Gleichheitsbegriff markiert den fundamentalen Unterschied zum Rechtsextremismus, der geistesgeschichtlich als eine Ideologie der Ungleichheit

bezeichnet werden kann und ideengeschichtlich hinter die Zeit der Aufklärung zurückfällt. Gemeinsam ist allen Linksextremisten die aus einer antikapitalistischen Ideologie abgeleitete Forderung nach Überwindung der als faschistisch, imperialistisch oder rassistisch abqualifizierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Gruppierungen des orthodoxen Kommunismus halten bis heute an der antikapitalistischen Ideologie eines notwendigen Sturzes des Systems und der Errichtung einer Diktatur des Proletariats fest. Basierend auf den Lehren des Marxismus-Leninismus wird Geschichte im Sinne der „Überwindung kapitalistischer Klassengesellschaften“ als „gesetzmäßiger“ Prozess begriffen, der über die Entwicklung des Bürgertums zu dem Endziel der „klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ führt. Organisationen wie DKP oder KPF halten an dem Konzept der Revolution der Arbeiterklasse fest. Während die Autonomen mit ihrem eher sprunghaften Aktionismus keine konkreten politischen Konzepte besitzen, bildete das Staats- und Gesellschaftssystem der ehemaligen DDR einen ideologischen Halt für DKP und KPF. Sie begreifen sich als Fortführung des Kommunismus über dessen historisches Ende hinaus. Das erklärt auch ihre relative Bedeutungslosigkeit im linksextremistischen Spektrum. Die DKP ist auf Bundes- und Landesebene überaltert, ihr Mitgliederstand stagniert auf niedrigem Niveau. Eine ideologische und programmatische Neuorientierung zeichnete sich auch auf dem Parteitag im Dezember nicht ab. Gleiches gilt für die in Niedersachsen ein sektiererisches Randdasein führenden marxistisch-leninistisch ausgerichteten Organisationen MLPD und KPF.

Eine weitere Richtung linksextremistischer Bestrebungen stellen trotzkistische Gruppen wie die Gruppierung Linksruck mit etwa 1.000 meist jüngeren Mitgliedern dar. Ziel trotzkistischer Gruppen ist die revolutionäre Überwindung des „Systems“ auf dem Wege der „permanenten Revolution“. Charakteristisch für trotzkistische Gruppen ist die Taktik des Entrismus, die konspirative Infiltration von Organisationen mit dem Ziel, diese von innen auszuhöhlen. In Niedersachsen verfügt Linksruck bislang über wenige Orts- und Hochschulgruppen, wobei Hannover den Aktionsschwerpunkt bildet.

Eine Organisation mit starker Präsenz in Niedersachsen stellt die Rote Hilfe dar. 550 ihrer 4.250 Mitglieder leben in Niedersachsen. In Göttingen befindet sich der Sitz der Bundesgeschäftsstelle und die Redaktion der Publikation Die Rote Hilfe. Die Bedeutung der Roten Hilfe für das linksextremistische Spektrum liegt weniger im ideologischen Bereich linksextremistischer Bestrebungen als in ihrer Klammerfunktion über Organisationsgrenzen hinweg bei der Vermittlung von Solidarität unter Linksextremisten und Linken.

Im Gegensatz zur anarchistischen Graswurzelbewegung verfügen Gruppierungen des autonomen Spektrums über keine differenzierte Gesellschaftskonzeption. Autonome Aktionen sind gekennzeichnet durch das Nebeneinander unterschiedlicher Themen- und Aktionsfelder, ausgehend von Antifaschismus und Antirassismus. Prägend für die Aktionen der Autonomen ist die Vorstellung von der dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus (triple-oppression-Ansatz). Bei diesem Ansatz handelt es sich nicht um eine eigenständige Theorie, sondern um

einen Versuch, militante Aktionen zu legitimieren. Im Berichtszeitraum hat die Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen in den Aktionsfeldern Atomenergie, Gentechnik, Umwelt- oder Tierschutz, Arbeitslosigkeit, Armut, soziale Desintegration abgenommen. Auch das zunehmend in das Blickfeld autonomen Interesses gerückte Themenfeld Anti-Globalisierung konnte die Mobilisierungsschwäche nicht kompensieren. Gleichwohl stellt die Anti-Globalisierung für Linksextremisten eine Perspektive bei der Suche nach zukünftigen Strategien dar.

Das immer deutlicher hervortretende Legitimationsdilemma der Autonomen gilt in besonderem Maße für antifaschistisch motivierte Aktionen, mit denen angebliche faschistische Staatsstrukturen entlarvt werden sollen. Die eindeutige Positionierung der Bundesrepublik Deutschland gegen den militanten Rechtsextremismus hat den „antifaschistischen Kampf“ der Autonomen geschwächt und sie vor erneute Argumentationsprobleme gestellt.

Autonome und sonstige gewaltbereite Linksextremisten

Anhänger	2001	2002
Bund:	7.000	5.500
	- darunter 6.000 Autonome -	- darunter weniger als 5.000 Autonome -
Niedersachsen:	670	680
Publikationen		
Bund:	INTERIM, Berlin	(vierzehntägig)
	Phase 2	(etwa vierteljährlich)
Niedersachsen:	vers beaux temps, Hannover	(etwa vierteljährlich)
	EinSatz!, Göttingen	(unregelmäßig)
	göttinger Drucksache	(regelmäßig)
	Alhambra, Oldenburg	(monatlich)
	Fight back!, Braunschweig	(unregelmäßig)

Die heterogene, überwiegend an anarchistischen und kommunistischen Theorien ausgerichtete Bewegung der Autonomen bildet mit unter 5.000 Personen den weitaus größten Anteil des gesamten gewaltbereiten linksextremistischen Potenzials, in Niedersachsen liegen die Schwerpunkte in Hannover, Göttingen, Oldenburg und Osnabrück.

Die Autonomen verfügen über keine gemeinsame Gesellschaftsutopie, kein einheitliches ideologisches oder strategisches Konzept. Anarchistische („herrschaftsfreie Gesellschaft“) und kommunistische (Ablehnung jeden Privateigentums - „Alles gehört allen“) Ideologiefragmente bilden das konzeptionelle Fundament ihrer eher aktionistischen Ausrichtung. Identitätsstiftend wirkt ein diffuses Grundgefühl von „Antistaatlichkeit“. Gemeinsamkeit besteht in dem demonstrativen „Ausscheren“ aus dem als „kapitalistischen

Verwertungsprozess“ empfundenen Gesellschaftssystem. Einigkeit besteht in der Gegnerschaft zum kapitalistischen System als Ursache aller gesellschaftlichen Missstände. Erst diese Gegnerschaft zum Staat und zum Kapitalismus wirkt integrierend auf die autonome Bewegung, erst der Widerstand gegen die herrschenden gesellschaftlichen Normen ermöglicht eine Identitätsstiftung. Ziel ist die „Überwindung des herrschenden Systems“, die Schaffung einer „menschlich solidarischen Gesellschaft“, einer „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“. Für die autonomen Aktions- und Themenfelder bestimmend sind die aus der fundamentalen Kapitalismus- und Imperialismuskritik abgeleiteten „Unterdrückungsmechanismen“ des Staates, denen die Menschen im „kapitalistischen System“ ausgeliefert seien. Grundlegend für das autonome

Selbstverständnis ist die Annahme der dreifachen Unterdrückung des Menschen durch Kapitalismus, patriarchale Strukturen und Rassismus (triple oppression).

Aktionismus und Militanz haben für die autonome Bewegung zentrale Bedeutung, nicht der theoretische Überbau und die Einbettung in ein geschlossenes Weltbild. Der politische Anspruch der Autonomen auf Systemveränderung wirkt eher unreflektiert. Eine Mobilisierung der Anhänger erfolgt durch lebensweltbezogene, milieubedingte Aktionen. Über die Aktionen und die Militanz entwickelt sich die Identifizierung und Integrierung der Anhänger. Zu den Formen autonomer Militanz gehören sowohl planvoll angelegte und konspirativ vorbereitete Einzelaktionen als auch Formen der spontanen Massenmilitanz im Rahmen von Demonstrationen.

Die Autonomen greifen Themenfelder auf, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden und knüpfen in ihren Aktionen an bereits bestehende Protestbewegungen an. Charakteristisch ist insoweit – und gleichzeitig ein Indiz für ein fehlendes einheitliches Weltbild – die Vielfalt und Austauschbarkeit der Themen- und Aktionsfelder. Das konkrete politische Handeln der Autonomen ist in erster Linie antifaschistisch motiviert. Antifaschismus dient als moralische Legitimation für gewaltsame Aktionen insbesondere gegen rechtsextremistische Organisationen und Personen. Hierin versuchen Autonome einen Brückenschlag zum demokratischen Engagement gegen rechtsextremistische Strukturen herzustellen. Neben diesen antifaschistisch motivierten Aktionen gegen Rechtsextremismus konzentriert sich autonomes Handeln darüber hin-

aus auf Themenfelder mit Symbolcharakter für das von ihnen abgelehnte politische System – Widerstand gegen Kernenergie, Globalisierung, Gentechnik, Asylrechtspolitik sowie die Auseinandersetzung mit dem als „Repressionsapparat“ bezeichneten Staat.

Kennzeichnend für die autonome Bewegung ist eine sich in den letzten Jahren abzeichnende Mobilisierungsschwäche. Die Ursache hierfür ist das Wegbrechen geeigneter Themenfelder. Deutlich wurde diese Mobilisierungs- und Identitätskrise bereits im Verlaufe der Aktivitäten gegen die EXPO 2000, die sich trotz mehrjähriger autonomer Diskussion zu keinem Kristallisationspunkt autonomer Aktivitäten entwickeln konnte. Auch das Themenfeld Widerstand gegen Castor-Transporte fand nicht mehr die erhoffte Resonanz. Beispielhaft für den desolaten Zustand der autonomen Szene sind die bereits seit mehreren Jahren lethargischen szeneeinternen Diskussionen über Perspektiven autonomer Politik sowie über szeneeinterne Randprobleme wie die Sexismusdebatte.

Insbesondere durch die Teilnahme an den Anti-Globalisierungsprotesten haben militante Linksextremisten versucht, sich an eine von einem breiten gewaltfreien Bündnis getragene Protestbewegung anzuschließen und diese öffentlichkeitswirksam für die Propagierung eigener Zielvorstellungen zu instrumentalisieren. Daraus ist gleichzeitig das Dilemma der Autonomen erkennbar, Themenfelder nicht eigenständig besetzen zu können.

Autonome Organisationsdebatte

Die Organisationsdebatte der autonomen Szene geht auf ein von der

Göttinger Autonomen Antifa (M)⁴⁵ (AA(M)) bereits 1991 publiziertes Diskussionspapier zurück, das die Grundlage für die im darauf folgenden Jahr von militant-autonomen Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet in Wuppertal gegründete „Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation“ (AA/BO) bildete. In dem Thesenpapier hatte die AA(M) bemängelt, dass die Unverbindlichkeit autonomer Strukturen eine kontinuierliche Theorie und Praxis verhindere und Autonome damit langfristig zu einem bedeutungslosen Nischen- und Ghettodasein verdammt seien. Obgleich hierarchische und bürokratische Strukturen grundsätzlich abgelehnt werden, folgte ein Teil des autonomen Spektrums der Auffassung der AA(M) dass effektive politische Arbeit auf Dauer nur in einer stärker organisierten Bewegung möglich sei.

Im Jahr 2000 entwickelte sich in der AA/BO eine inhaltliche und strukturelle Krise, die im Frühjahr 2001 in der Auflösung des bis dahin bundesweit bedeutsamsten Organisationsmodells der autonomen Szene gipfelte. Die Auflösung der AA/BO war nicht zuletzt eine Reaktion auf die allgemeine Mobilisierungsschwäche der Szene sowie auf das Wegbrechen geeigneter Themenfelder. So sah sich die autonome Szene vor allem durch die vielfältigen staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus – von Autonomen als „staatsantifaschistischer Teilbereichsdiebstahl“ diskreditiert – in der für die Szene in Anspruch genommenen Exklusivität des Antifaschismus-Kampfes beraubt. Autonome Antifa-Gruppen gerieten somit in das

politisch-ideologische Dilemma der notwendigen inhaltlichen Abgrenzung zu den staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Die Folge waren eine anhaltende inhaltliche Desorientierung und fortschreitende organisatorische Auflösungstendenzen. Mitverantwortlich für das Wegbrechen des einzig relevanten bundesweiten autonomen Organisationsmodells waren auch die Auswirkungen der so genannten Sexismusdebatte⁴⁶, die zu einem schwerwiegenden Akzeptanzproblem der AA/BO in der Szene geführt hatte.

Die AA/BO, deren Mitgliederzahl bei vorhandener Fluktuation über die Jahre relativ konstant geblieben war, verlor aufgrund dieser Debatte Mitgliedsgruppen. Zum Zeitpunkt ihrer Auflösung gehörten der AA/BO nur noch sieben Gruppen an, darunter die Göttinger AA(M) als letzte aus Niedersachsen verbliebene Gruppierung, sowie drei Gruppen mit Beobachterstatus⁴⁷.

Die Göttinger AA(M) gab ihre Zielvorstellungen über eine Neustrukturierung nicht auf und setzte sich für die von ihr als alternativlos angesehene Gründung einer Nachfolgeorgani-

⁴⁶ Im Mittelpunkt der „Sexismusdebatte“ stand das Verhalten der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB), die zum damaligen Zeitpunkt gemeinsam mit der Göttinger AA(M) eine Führungsrolle in der AA/BO einnahm. Der AAB wurde vorgeworfen, nicht entschieden genug gegen einen Vergewaltiger in den eigenen Reihen vorgegangen zu sein. Sexistisches Verhalten gilt im autonomen Verständnis als Ausprägung des Glaubens an die Höherwertigkeit des männlichen und die Minderwertigkeit des weiblichen Geschlechts. Die AAB hat sich Mitte Februar 2003 in zwei Lager gespalten.

⁴⁷ Mit dem Braunschweiger „Antifaschistischen Plenum“ hatte im Jahr 2000 die vorletzte niedersächsische Mitgliedsgruppe die AA/BO infolge der Sexismusdebatte verlassen.

⁴⁵ Das M steht für das Treffen der Gruppe am Mittwoch.

sation sowie die Herausgabe einer Zeitschrift ein, die diesen Prozess begleiten sollte.

Die Wahl des Zeitpunktes der Auflösung der AA/BO auf ihrem letzten Bundestreffen Anfang April 2001 in Nürnberg – im unmittelbaren Vorfeld des von Autonomen aus dem gesamten Bundesgebiet besuchten Göttinger Antifa-Kongresses 2001 – dürfte zum Teil auch taktischer Natur gewesen sein. Man versuchte den Ballast der eskalierenden Sexismusdebatte innerhalb der in die Kritik geratenen Organisation abzuschütteln und einen Neuanfang insbesondere um die an der Vorbereitung des Kongresses und der Planung der neuen Zeitschrift beteiligten Gruppen zu gestalten.

Die Erstausgabe dieser bundesweit vertriebenen Schrift erschien im Sommer 2001 unter dem Titel Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität. Die Redaktion des Blattes setzte sich aus Mitgliedern des autonomen Bündnisses gegen Rechts Leipzig (BgR) sowie den ehemaligen Mitgliedsgruppen der AA/BO, der Antifa Bonn/Rhein-Sieg, der Antifaschistischen Aktion Berlin (AAB) und der Göttinger AA(M) zusammen. Als Herausgeber der Phase 2 fungierte der schon als Veranstalter des Antifa-Kongresses 2001 in Erscheinung getretene Göttinger Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V., ein Tarnverein der AA(M).

Der für die Zeitschrift gewählte Name soll – wie in der Erstausgabe ausgeführt wird – verdeutlichen, dass die „Frage der nicht-parteilicheren, linksradikalen Organisation nicht abgeschlossen ist“. Abgeschlossen sei „lediglich eine erste Phase“. Aufgabe sei es, „die Diskussion über den Eintritt in Phase 2 zu organisieren“. Der gewählte Name der Zeitschrift steht

mithin für das Ziel, eine „neue linksradikale Organisation“ zu schaffen. Die Bedeutung des Untertitels „Zeitschrift gegen die Realität“ wird in der Erstausgabe wie folgt erläutert:

„Will die Restlinke nicht in den Strudel von Verbesserungen der bürgerlichen Realität und Anpassung an diese geraten, muss sie sich jenseits des Kapitalismus verorten; ein Ort, den es Hier und Jetzt nicht geben kann und der durch Revolution erst zu schaffen wäre. Durch diese Zielsetzung ist ein Abgleiten in den Reformismus und das Mitmachen in den gegebenen Verhältnissen ausgeschlossen.“



Die ideologische Ausrichtung der Zeitschrift wird in derselben Ausgabe deutlich. Der beste Schutz gegen die

Integrationskraft des Kapitalismus sei demnach die Radikalität:

„Nicht nur in der Form, der Militanz, sondern vor allem im Inhalt.

Es wäre falsch, wenn ein linksradikaler Ansatz ... seine eigentlichen Ziele verschweigt. Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus und die Errichtung einer herrschaftsfreien, ausbeutungsfreien und klassenlosen Gesellschaft, mit einem Wort - Kommunismus. Das Mittel ist die soziale Revolution. Es ist klar, dass eine revolutionäre Situation in weiter Ferne ist und dass linksradikale Positionen gesamtgesellschaftlich fast keine Rolle spielen. Revolutionäre Situationen erwachsen aus vorrevolutionären Situationen, vorrevolutionäre Situationen entstehen durch die Zuspitzung von Widersprüchen ... Gleichzeitig muss jeder reformistischen Illusion klar entgegengetreten werden. Die Aufgabe wird also sein, den Antagonismus zwischen dem kapitalistischen System und der Bewegung seiner Überwindung in seiner ganzen Totalität herauszuarbeiten ...

„Die Revolution aber ist der höchste Akt der Politik, und wer sie will, muss auch das Mittel wollen! (F. Engels, MEW 17/416“.

(Phase 2, Ausgabe 1/01, Sommer 2001)

Nicht zuletzt wegen der Herausgabe durch einen Verein ist die Phase 2 - anders als die Berliner Untergrundschrift INTERIM - um einen strafrechtlich unverfänglichen Inhalt bemüht. Die Auflagenhöhe von 3.500 Exemplaren weist auf eine hohe Akzeptanz innerhalb der autonomen Szene hin. Szeneinterne Kritiker attestieren der Zeitschrift Phase 2 jedoch ein Abgleiten in eine „zunehmend abgehobene theoretische Debatte“.



Komplizierte Erörterungen sorgten für zunehmende Abschottung. In der Ausgabe der Phase 2 vom Mai 2002 bilanziert ein Beitrag die Entwicklung der Publikation und kommt zu einem ernüchternden Resultat: Der organisierte autonome Antifaschismus habe jahrelang verbreitet, dass revolutionärer Antifaschismus eine Kritik der ganzen Gesellschaft bedeute. Die Phase 2 habe diese in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Die Zeitschrift wirke in ihrem Bemühen, Theoriedebatten zugänglich zu machen und Gesellschaftskritik zu verbreiten, planlos und um kompromissierischen Ausgleich bemüht. Das noch in der Ausgabe vom Februar 2002 selbst formulierte Ziel, „nicht nur das fremdwortfetischistische Publikum der universitären Linken“ zu befriedigen, sondern ebenso „in das Herz der Bewegung“ vorzudringen, sei nicht erreicht worden.

Während die ersten Ausgaben der Phase 2 im Jahr 2001 noch von der Diskussion um die Möglichkeiten der Schaffung einer neuen bundesweiten Organisation und deren inhaltlicher Neuorientierung geprägt waren, finden sich in den Ausgaben des Jahres 2002 praktisch keine Aussagen mehr hierzu. Die Gründung einer neuen bundesweiten Organisation, die der AA/BO nachfolgen könnte, ist nicht in Sicht.

Das Engagement der Göttinger AA(M) ging im Berichtszeitraum – ausweislich der Anzahl der aus ihren Reihen beigesteuerten Artikel – in dem Maße zurück, wie das Ziel, die Gründung einer Nachfolgeorganisation, in die Ferne rückte. Bereits in der im Herbst 2001 erschienenen Ausgabe hatte man sich seitens einer Göttinger „Organisierungs-AG“ resigniert gezeigt und das Scheitern der Bemühungen eingeräumt. Während eine Tendenz zugunsten lokaler und regionaler Aktionen und Vernetzungen weiter erkennbar bleibt, hat das Bundesweite Antifa Treffen (BAT), das letzte bundesweite Organisationsmodell der autonomen Szene, die zu ihm in Konkurrenz stehende AA/BO überdauert. Allerdings hatte das BAT ebenso mit Strukturproblemen zu kämpfen, die es ungewiss erscheinen lassen, ob es eine bundesweite Relevanz in der autonomen Szene zurückerlangen kann. Die im BAT zusammen geschlossenen autonomen Gruppen, die sich weniger verbindlich organisieren und ohne starre Konzepte auskommen wollen, hatten die nach autonomem Selbstverständnis relativ straff organisierten Strukturen der AA/BO immer abgelehnt.

Medien der autonomen Szene

Die regional und überregional erscheinenden Publikationen autonomer und anderer linksextremistischer Gruppierungen stellen ein wichtiges Kommunikationsmittel innerhalb der autonomen Bewegung dar. Sie dienen insbesondere der Selbstdarstellung sowie der Propagierung der politischen Ziele. Neben Demonstrationsaufrufen, Diskussionspapieren und Selbstbekennungen zu Anschlägen enthalten autonome Szenezeitschriften u. a. Anleitungen zu militanten Aktionen. Durch die Herstellung einer „Gegenöffentlichkeit“ soll den aus autonomer Sicht unzureichend berichtenden „bürgerlichen Medien“ entgegengetreten werden. Die in Niedersachsen erscheinenden Publikationen sind überwiegend von regionaler und lokaler Bedeutung und dienen in erster Linie als Diskussionsforum für aktuelle Themen wie z. B. die Proteste gegen Castor-Transporte oder Veranstaltungen von Rechtsextremisten.

Während in den letzten Jahrzehnten Publikationen als vorrangiges Kommunikationsmedium dienten, nutzen Autonome seit Jahren zunehmend die Möglichkeiten des Internets. Auf eigenen Homepages stellen sich autonome Gruppen wie z. B. die Autonome Antifa (M) aus Göttingen einem breiten Publikum vor. Kurzfristige Informationen über Anreisemodalitäten zu Demonstrationen, Vorbereitungstreffen autonomer Gruppen aber auch Kontakttelefonnummern und Trefforte werden im Internet veröffentlicht und ersetzen aufgrund ihrer Aktualität und kurzfristigen Abrufbarkeit herkömmliche Kommunikationswege.

Neben diesen Homepages nehmen auch sog. Internetportale an Bedeutung zu. So versteht sich das seit Früh-

jahr 2001 aktive, auch von Linksextremisten als Forum genutzte „unabhängige Medienzentrum“ Indymedia Deutschland als „Teil des weltweiten Widerstandes gegen die kapitalistische Globalisierung“. Ziel von Indymedia Deutschland ist einer Selbstdarstellung zufolge – in Abgrenzung zu „bürgerlichen Medien“ – eine unabhängige Berichterstattung zu unterschiedlichen politischen Themen und Kampagnen, die sich neben der Anti-Globalisierungskampagne u. a. auch auf Themenkomplexe wie Antifaschismus und Antirassismus erstreckt.

Insbesondere durch die zeitnahe und aktuelle Berichterstattung sowie die Möglichkeit des sich Einbringens der Nutzer durch eigene Beiträge hat sich Indymedia Deutschland innerhalb kurzer Zeit zu einer der führenden Internetplattformen für linksextremistische Veröffentlichungen entwickelt.

Unter den bundesweit erscheinenden autonomen Publikationen nimmt die seit 1988 in Berlin etwa 14-tägig erscheinende Szenezeitschrift INTERIM unverändert eine führende Stellung ein. Im vergangenen Jahr bildete die innerhalb der autonomen Szene kontrovers ausgetragene Debatte um den Israel-Palästina Konflikt einen thematischen Schwerpunkt. Die in der INTERIM veröffentlichten Solidaritätsbekundungen mit Israel verdeutlichen die innerhalb der autonomen Szene vorhandenen Divergenzen hinsichtlich der seit je her von Autonomen praktizierten Solidarisierung mit dem „palästinensischen Befreiungskampf“. Insofern stellen diese von den traditionellen autonomen Feindbildkategorien abweichenden pro-israelischen Positionen – begründet mit der „Schutzfunktion Israels“ für die vom Antisemitismus Betroffenen – einen autonomen Tabubruch dar. Der

palästinensischen Gesellschaft wird Antisemitismus attestiert, aus dem heraus die Angriffe der Palästinenser sich nicht gegen den Staat Israel, sondern gegen „JüdInnen als JüdInnen“ richten.

Einen weiteren Schwerpunkt der INTERIM stellt die bereits im Jahr 2001 von Angehörigen einer „militanten gruppe“ angestoßene Militanzdebatte über die Erweiterung militanter Aktionsformen dar, die Gewalt gegenüber Personen im Rahmen des politischen Kampfes einschließt. In einem Artikel in der INTERIM Nr. 550 vom 9. Mai bekräftigt die „militante gruppe“ ihre Bereitschaft, im politischen Kampf „alle Aktionsformen unterhalb von politischen Exekutionen“ anwenden zu wollen:

„(D)azu würden sachschadenorientierte militante Praxen (vom wilden Plakatieren bis zu Brand- und Sprengsätzen), personenschadenorientierte militante Praxen (direkte körperliche Konfrontation wie Verprügeln ...) und symbolische Politpraxen (Kommunikationsguerilla und, diskursive Dissidenz) gehören.“

„Exekutionen von EntscheidungsträgerInnen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft“ schließt die „militante gruppe“ ausdrücklich nicht aus, sondern bezeichnet sie als Teil eines „potentiellen bewaffneten Kampfes“, dem die Schaffung einer logistischen Basis vorausgehen müsse.

Die autonomen Kritiker werfen der „militanten gruppe“ vor, die notwendige Einbindung des bewaffneten Kampfes als Teil einer umfassenden Strategie der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse in eine radikale Bewegung unberücksichtigt zu lassen. Die Bedingungen dafür seien aber aufgrund der eklatanten Schwäche der radikalen

Linken derzeit nicht erfüllt. Auch die Autoren eines in der INTERIM Nr. 549 vom 1. Mai veröffentlichten Beitrages „Tote tragen keine Karos“ begrüßen zwar grundsätzlich die Aufnahme einer „praktischen militanten Debatte“, begründen jedoch die Notwendigkeit einer entsprechenden Anbindung militanter Aktionen an öffentliche Projekte. Beispielhaft führen sie dafür die „Verzahnung von Massenprotesten, Straßenwiderstand und gezielte oftmals koordinierte militante Angriffe im Zusammenhang mit den Castortransporten“ an. Die „Liquidierung“ von Entscheidungsträgern lehnen die Verfasser lediglich aus Zweckmäßigkeitserwägungen ab:

„Die Diskussion über Liquidierung – allein schon ein strategisches Nachdenken – halten wir in diesen Zeiten für völlig verfehlt. ... So wie die Verhältnisse zur Zeit sind, tragen Tote nichts aus, führen weder zu größeren Mobilisierungen, noch stärken sie die Linke. Sie bringen uns einer befreiten Gesellschaft nicht einen Zentimeter näher und deshalb denken wir auch nicht ansatzweise darüber nach, unsere Praxis so zu erweitern.“

Die von einigen militanten Gruppierungen aus der Region Berlin geführte Debatte hat bei Autonomen in Niedersachsen sowie bundesweit keine nennenswerte Resonanz gefunden.

Thematische Bezüge der INTERIM nach Niedersachsen ergeben sich insbesondere durch Veröffentlichung einer Vielzahl von Beiträgen, die sich mit dem Widerstand gegen Castortransporte auseinandersetzen. In Selbstbekennerschriften zu militanten Anti-Castor-Aktionen und Demonstrationsaufrufen zu Protesten im Wendland wird die grundlegende

Systemgegnerschaft der Autonomen deutlich:

„Wir wehren uns im Wendland nicht nur gegen die Castortransporte, sondern auch gegen Atomkraft im Allgemeinen und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, die sich in dieser Auseinandersetzung widerspiegeln. ... Wir sind zwar klein, aber fies und gemein. Wir sehen uns im Wendland!“

(INTERIM, Nr. 558, 10.10.2002)

An der Redaktion der seit Sommer 2001 in unregelmäßigen Abständen erscheinenden Zeitschrift Phase 2 beteiligten sich bisher autonome Gruppen aus verschiedenen Bundesländern. Ursprünglich konzipiert, um nach Auflösung des autonomen Organisationsmodells AA/BO im Frühjahr 2001 die Gründung einer bundesweiten Nachfolgeorganisation voranzutreiben, ist die Publikation nach dem Erscheinen ihrer fünften Ausgabe im Sommer 2002 zunehmend geprägt von einer abstrakten theoretischen Debatte, die einer breiten Beteiligung antifaschistischer Gruppen entgegensteht.

In Göttingen stellt die 14tägig erscheinende, im Jahr 2002 lediglich wenige Seiten umfassende göttinger Drucksache weiterhin das wichtigste Kommunikationsmedium der autonomen Szene dar. Einem Beitrag in der Ausgabe vom 25. Oktober zufolge sei die Zeitung vor elf Jahren anlässlich des Golf-Krieges als „Infoblatt gegen Krieg und Zensur“ gegründet worden, um ein Gegengewicht zur „bürgerlichen Presse“ darzustellen. Die Publikation werde von den „NutzerInnen“ selbst gestaltet. Es gebe keinen Chefredakteur, sondern Initiativen und Einzelpersonen, die Beiträge zu unterschiedlichen Themen gestalteten und darüber hinaus neben Hintergrund-

informationen zu „Atomtransporten, Naziaufmärschen, Aktionen gegen das Abschieberegime“ auch Artikel zu regionalen Diskussionen sowie Terminübersichten erstellten.

Inhaltliche Schwerpunkte der Zeitung bildeten im Berichtszeitraum unverändert Beiträge zu den Themenkomplexen Antifaschismus und Antirassismus. Neben Demonstrationsaufrufen wurden auch Selbstbekennerschriften zu militanten Aktionen veröffentlicht: So beinhaltet ein in der Ausgabe vom 12. September erschienenes Bekennerschriften zu Buttersäurereaktionen in Göttingen typische autonome Begründungsmuster, indem die Taten mit der „europaweit vorherrschenden rassistischen Abschiebe- und Einwanderungspolitik“ sowie mit der „weltweiten Ausbeutung“ gerechtfertigt werden.

Die Göttinger Zeitschrift *Einsatz!* – Zeitung für autonome Politik erschien 2002 mit nur einer Ausgabe im September. Bereits im Jahr 2000 war die Publikation, deren Herausgeber aufgrund der Diktion der Beiträge unverändert der Autonomen Antifa (M) zugerechnet werden, nur noch unregelmäßig erschienen. Die Beiträge der September-Ausgabe thematisieren neben dem desolaten Zustand der Göttinger autonomen Szene u. a. die Arbeitsmarktpolitik im „kapitalistischen Deutschland“ und die Notwendigkeit der internationalen Zusammenarbeit der „radikalen Linken“ zur „Befreiung vom kapitalistischen Gewalt- und Verwertungssystem“.

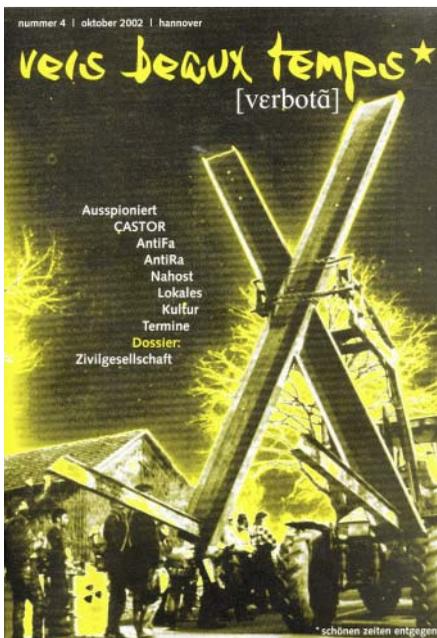
Die seit Februar 2001 als Nachfolgeprojekt des im August 2000 eingestellten autonomen Szeneblattes RAZZ erscheinende Zeitschrift *vers beaux temps* – Zeitung aus der autonomen Linken in Hannover⁴⁸ zielt nach Anga-

ben der Redaktion mit ihren Beiträgen zu den Themenkomplexen Antirassismus, Kapitalismus und Antifaschismus auf ein breites Publikum und will mit ihrer Berichterstattung über „Inhalte und Aktivitäten emanzipativer Bewegungen“ zur „Subversion des herrschenden Normalzustandes“ beitragen. Die Auflagenhöhe der in Abständen von zwei bis drei Monaten erscheinenden Zeitung lag im Berichtszeitraum zwischen 1.000 und 1.200 Exemplaren. Wie auch bisher die RAZZ ist *vers beaux temps* kostenlos erhältlich. Nach Angaben der Verantwortlichen finanziert sich die Zeitschrift neben Leserspenden über Werbeeinnahmen durch Anzeigen und regelmäßige Zuwendungen u. a. von Veranstaltungszentren, in denen die Zeitschrift ausliegt.

Im Gegensatz zur konspirativ erstellten RAZZ begreift sich das Redaktionskollektiv von *vers beaux temps* als feste Gruppe mit „emanzipatorischem Innenleben und Transparenz nach außen“, eine Mitarbeit Außenstehender ist ausdrücklich erwünscht. Nach Auffassung des Redaktionskollektivs

⁴⁸ Der Name dieses neuen Zeitungsprojektes ist nach Angaben der Redaktion der Autobiographie des französischen Anarchisten Augustin Souchy (1892-1984) entlehnt. Darin sei u. a. über Aufstellen von Schildern mit der Aufschrift „verboten“ während der Besetzung Frankreichs durch das nationalsozialistische Deutschland im Zweiten Weltkrieg berichtet worden. Kenner der deutschen Sprache hätten bereits damals sarkastisch auf den phonetischen Gleichklang des Wortes „verboten“ mit der französischen Redewendung „*vers beaux temps*“ („Schönen Zeiten entgegen“) hingewiesen. Schön seien die Zeiten, denen die Franzosen damals entgegen gingen, nicht gewesen, so die Redaktion, die sich mit der Namensgebung der Zeitung diesem Wortspiel anschließt und auch für die heutigen Verhältnisse ähnliche Aussichten erwartet, da jedes von der Norm abweichende Verhalten vom Staat bestraft bzw. verboten werde.

Verantwortlichen gebe es in der heutigen Zeit „ohne Revolution keine wirklichen Änderungen“ (vers beaux temps Nr. 1, Februar 2002). Aktionistisches Vorgehen in der Bekämpfung der Auswirkungen des Systems sei zwar wichtig, notwendig sei aber insbesondere die Entwicklung von Utopien, die Orientierungsmöglichkeiten für einen Prozess der radikalen Umwälzung bzw. Überwindung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse böten.



In Oldenburg ist die nach dem gleichnamigen Kommunikationszentrum benannte monatlich erscheinende Zeitschrift Alhambra einziges Kommunikationsmedium der autonomen Szene. Zu den Unterstützern der Zeitschrift gehören nach Angaben der Herausgeber u. a. linksextremistische Gruppierungen wie die Antifaschistische Aktion Oldenburg, DKP Oldenburg und die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ).

Die fast vollständige Übernahme von Beiträgen anderer linksextremistischer Szenepublikationen bestätigt den Vorjahrestrend einer mangelnden Unterstützung innerhalb der Szene. Beiträge zu Themen mit regionaler Relevanz enthalten selten klare Positionsbestimmungen, selbst die im Juni wieder aufgelegte Rubrik „Antifa Aktuell“ enthält lediglich eine Zusammenstellung antifaschistischer Aktivitäten.

In der Region Braunschweig erscheint die Publikation Fight Back! – Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig als einzige Szene-Zeitschrift des autonomen Spektrums. Die in unregelmäßigen Abständen herausgegebene Publikation erschien im vergangenen Jahr in lediglich drei Ausgaben. Neben einer Schwerpunktausgabe zum Irak-Konflikt enthielt die Zeitschrift wie auch in der Vergangenheit thematische Schwerpunkte zu den traditionellen Themenfeldern Antirassismus und Antifaschismus. In einem Beitrag zu einer antirassistischen Kampagne des autonomen Spektrums in Braunschweig werden autonome Argumentationsmuster deutlich:

„Die Kampagne ist also nicht bloß als Kritik an einer staatlichen rassistischen Politik zu verstehen, vielmehr ... eine Kritik an den kapitalistischen Verhältnissen, wo die Flüchtlingspolitik nur einer von vielen erzeugten Widersprüchen ist ...“.

(Fight Back!, Nr. 24, Mai/Juni 2002)

Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus

Ogbleich die autonome Szene durch das Engagement demokratischer Organisationen und staatlicher Stellen gegen den Rechtsextremismus die mit ihrem „antifaschistischen Kampf“ teilweise erreichte öffentliche Beachtung eingebüßt hat, stellt der militante Antifaschismus nach wie vor das zentrale Aktionsfeld autonomer Bestrebungen dar. Freiheitlicher Rechtsstaat und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland werden dargestellt, als ob sie in ungebrochener faschistischer Tradition mit dem NS-Staat stehen würden. Nicht nur alle rechtsextremistischen organisierten Bestrebungen, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland selbst werden als Feind bekämpft.

Autonome Zusammenschlüsse nutzen berechnete öffentliche Empörung über rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten für eigene politische Ziele. Sie versuchen nachzuweisen, dass der Rechtsextremismus ein notwendiges Merkmal der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik darstelle und sprechen dem als faschistisch und rassistisch charakterisierten politischen System der Bundesrepublik Deutschland die Fähigkeit ab, Rechtsextremismus erfolgreich bekämpfen zu können. Über die politische Instrumentalisierbarkeit hinaus erfüllt der autonome antifaschistische Kampf eine wichtige organisationsinterne Funktion: er ist für den Zusammenhalt des autonomen Spektrums von herausragender Bedeutung. Die von einem „revolutionären Antifaschismus“ geprägten Aktionen der Autonomen konzentrieren sich nicht nur auf rechtsextremistische Strukturen, sondern auch

auf das diese Strukturen angeblich fördernde kapitalistische System.

So formuliert die linksextremistische AA(M) als Zielsetzung in ihrer im Internet verbreiteten Selbstdarstellung, dass antifaschistische Politik, die sich ausschließlich auf einzelne Nazis oder faschistische Organisationen richte, nur begrenzt Erfolg haben könne. Vielmehr müsse sie die Wurzeln des Faschismus, die im kapitalistischen Verwertungssystem angelegt seien, beseitigen. Mit dem gleichen autonomen Verständnis von Antifaschismus argumentiert die AA(M) in einem Flugblatt, mit dem sie zu Aktionen gegen einen Aufmarsch der NPD am 1. Mai in Göttingen aufrief. Nach Ansicht der Verfasser existierten keine Grenzen zwischen den zu bekämpfenden rechtsextremistischen Gruppierungen und dem demokratischen Rechtsstaat:

„Im gemeinsamen Ursprung aus der kapitalistischen Vergesellschaftung besteht ... die Wesensverwandtschaft zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus. Für die radikale Linke heißt das, dass ihr Gegner - unabhängig vom Kampf gegen Nazis oder der Auseinandersetzung mit demokratischen Rassisten - immer dieses System als Ganzes ist. Ein Ende des bürgerlichen Wahn-Sinns, von dem auch der Rassismus nur Symptom ist, ist nur durch die Abschaffung der kapitalistischen Konkurrenz- und Ausbeutungssituation möglich.“

In einer Nachbetrachtung zu antifaschistischen Protesten gegen eine rechtsextremistische Kundgebung in Barsinghausen (Region Hannover) am 9. März sprach die linksextremistische Antifaschistische Aktion Hannover (AAH) dem demokratischen Rechtsstaat, der u. a. durch die Ausländer-

gesetze den rassistischen Angriffen Legitimität verschafft habe, ein authentisches Interesse an der Abwehr rechtsextremistischer Tendenzen ab. Der Staat toleriere bewusst rechtsextremistische Aktionen, um Kapazitäten der autonomen Szene für deren Abwehr zu binden:

„Wenn Faschismus als eine Form bürgerlicher und kapitalistischer Herrschaft begriffen wird, ist es zwangsläufig, dass der bürgerlich kapitalistische Staat sich mehr von AntifaschistInnen als denn vom Neofaschismus bedroht sieht. Genießen die Neofaschisten die Toleranz des kapitalistischen Staates ..., zwingen sie linken und emanzipatorischen Bewegungen einen Abwehrkampf auf, in dem Kräfte gebunden werden, die sich ansonsten gegen den kapitalistischen Staat

und all seine Auswüchse richten können. Auch in der Bindung dieser Kräfte verdeutlicht sich das große Interesse an der Nicht-Zerschlagung neofaschistischer Strukturen durch den Staat. Und somit auch an der Aufrechterhaltung alltäglicher Gewalt.“

An den zahlreichen von demokratischen Kräften getragenen Protestaktionen gegen rechtsextremistische Zusammenhänge im Berichtszeitraum beteiligten sich jeweils auch Linksextremisten. Autonome erhofften sich durch ihre aus taktischen Erwägungen erfolgte Anbindung an demokratische Bündnisse eine bessere Publizität für ihre eigenen Positionen. Dabei sah sich die autonome Szene dem Konflikt ausgesetzt, gemeinsam mit Repräsentanten und bürgerlichen Unterstützern des von ihr als faschistisch bezeichneten Staates agieren zu müssen. So resümiert die AA(M) in einem Beitrag der Szenepublikation EinSatz!, dass eine Zusammenarbeit mit demokratischen Gruppierungen nicht nur aus ideologischen Gründen wohl überlegt sein müsse. Der von der AA(M) als „bürgerlicher Antifaschismus“ diffamierte Protest gegen Rechtsextremismus erfolgt nach autonomem Verständnis lediglich aus der Motivation heraus, Beeinträchtigungen des Ansehens und damit der Wirtschaftskraft von der Bundesrepublik abzuwenden und lässt sich problemlos mit den faschistischen und rassistischen Weltanschauungen von Volksvertretern und „Normalbürgern“ vereinbaren:

„Autonome AntifaschistInnen müssen sich also sehr gut überlegen, mit welchem Belzebug sie heute welchen Teufel austreiben wollen. Als militante Speerspitze für das bessere Deutschland in der Zivilgesellschaft

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1. MAI!



aufzugehen, wäre jedenfalls der Abschied von radikaler Gesellschaftskritik.“

(EinSatz!, Nr. 51, Ausgabe September 2002)

Die AAH versuchte die Gratwanderung zwischen der Beteiligung an demokratischen Protesten und dem Herausstellen ihrer eigenen Positionen, indem sie sich in dem o. a. Papier zu der NPD-Gegenaktion am 9. März in Barsinghausen unmissverständlich von demokratischen Kräften des Demonstrationsbündnisses distanzierte. Die Forderung nach Gewaltlosigkeit vergesse nach Auffassung der AAH, die Ursachen der Gewalt zu benennen. Es sei die kapitalistische Gesellschaft selbst, in der Gewalt strukturell angelegt sei und drakonisch durchgesetzt werde.

Um sich aktionistisch deutlich von demokratischen Demonstrationsteilnehmern abzuheben, bedienten sich Linksextremisten u. a. der sog. Kleingruppentaktik, bei der sie aus dem Schutz der demokratischen Proteste heraus in Kleingruppen militant gegen den rechtsextremistischen Gegner vorgehen. Beispielhaft für diese Vorgehensweise waren die militanten Übergriffe Autonomer auf rechtsextremistische Kundgebungsteilnehmer anlässlich der Demonstration am 9. März in Barsinghausen, ferner der Versuch von etwa 200 Angehörigen des autonomen Spektrums im Rahmen einer fast ausschließlich von demokratischen Organisationen getragenen Demonstration am 1. Mai in Göttingen, in Kleingruppentaktik zum rechtsextremistischen Aufzug durchzubrechen, um diesen anzugreifen sowie die Übergriffe von Mitgliedern der örtlichen autonomen Szene am 23. März in Osnabrück auf einen NPD-Informationsstand.

Die Häufung rechtsextremistischer Aktivitäten führte in der Region Hannover zu einem Anstieg des linksextremistischen Unterstützerpotenzials. In einem in einer Hannoverschen Szenezeitschrift veröffentlichten Interview äußerte sich ein Vertreter der im Sommer 2001 neu gegründeten Antifa Wennigsen zu den politischen Zielen der Gruppierung:

„Wir wollen uns mit einem antifaschistischen Schwerpunkt engagieren. Wir wollen die Faschos bekämpfen und dafür sorgen, dass die Welt besser wird. Die meisten hier sehen eine antifaschistische Lösung nur in der radikalen Umstürzung der Verhältnisse. Es werden also überwiegend klare antikapitalistische Positionen vertreten.“

(vers beaux temps, Nr. 2, Ausgabe Mai 2002)

Die weniger an komplexen linksextremistischen Theorien, sondern vielmehr an konkreten lebensweltbezogenen Aktionen orientierten Antifa-Aktivitäten bieten Jugendlichen einen Einstieg in linksextremistische Zusammenhänge. Vor diesem Hintergrund ist auch das erstmalige Auftreten der Hannoverschen Jugendantifa Schwarze Strolche im Sommer 2002 zu sehen. Gemeinsam mit der ebenfalls erst im Frühjahr 2001 gegründeten AAH und vermutlich unter deren Anleitung, führte sie regelmäßige Antifa Info Abende mit Film- und Vortragsveranstaltungen zum Thema Antifaschismus im Unabhängigen Jugendzentrum Kornstraße in Hannover durch.

Eine ähnliche „Nachwuchsförderung“ ist aus Göttingen bekannt, wo die Antifaschistische Jugend Göttingen (AJG) von der AA(M) unterstützt wird. In der niedersächsischen Hochburg autonomer Bestrebungen ist insgesamt eher

ein Rückgang von Aktionen mit links-extremistischem Hintergrund zu verzeichnen. In einem im September in der EinSatz! veröffentlichten Beitrag beschreibt die AA(M) zutreffend den desolaten Zustand der radikalen Göttinger Linken. Dieser lasse sich nicht nur an der Mobilisierungsschwäche ablesen, auch konzeptionell lasse sich keine schlüssige Strategie erkennen. Als Strategie biete sich aus Sicht der AA(M) an, den Widerstand von dem unmittelbaren Geschehen zu lösen, und statt des oft erfolglosen Versuches, die Rechtsextremisten direkt anzugreifen, vielmehr die polizeilichen Maßnahmen zu behindern. Die Aktivist:innen wären zur klaren Auseinandersetzung mit dem Staat genötigt und das eigentliche gesellschaftliche Problem, die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse, öffentlich benannt.

Während sich AA(M) und AAH zusätzlich um die Vermittlung ihrer extremistischen Positionen in Publikationen und Flugblättern bemühten, waren die Bestrebungen anderer autonomer Gruppierungen z. B. in Oldenburg oder Osnabrück eher aktionistisch geprägt, wie z. B. die Aktionen, die sich gegen Wahlkampfveranstaltungen anlässlich der Bundestagswahlen am 22. September richteten. Unter dem Schlagwort „Kriegstreiberei“ wurde der Partei Bündnis 90/Die Grünen vorgeworfen, ihre ursprünglich pazifistische Grundhaltung zugunsten der Sicherung von Macht- und Einflussphären aufgegeben zu haben. In Lüneburg, Oldenburg, Hannover und Göttingen kam es zu Störaktionen insbesondere gegen Auftritte des Bundesaußenministers im Rahmen von Wahlkampfveranstaltungen. Bei den Aktionen in Hannover und Göttingen am 9. und 10. August wurde die generelle Systemgegner-

schaft der Autonomen deutlich, indem die Anerkennung des „politischen Systems“ durch die Regierungsbeteiligung der Grünen („Unterwerfung unter die westlich-kapitalistische Ordnung“) kritisiert wurde. So führte die AAH in einem Flugblatt aus:

„Es gibt keine Schubladen ‚Gut‘ und ‚Böse‘, es gibt nur einen Kapitalismus, der abgeschafft werden muss, um letztlich Kriege und Unterdrückungsformen jeglicher Art zu verhindern! Unsere Perspektive ist die Überwindung der kapitalistischen Verhältnisse. Als unbestimmte, aber einzige Perspektive, die ein Ende der Gewalt verspricht!“

Nach Auffassung der AA(M) sei es erforderlich, sich in Konfrontation mit den Grünen zu begeben und den Dialog zu verweigern, weil sich die Grünen bereits seit deren Eintritt in die Parlamente jenseits der radikalen Bewegung befänden:

„War Wählen schon immer nur ein Akt, in dem die Annahme des politischen Systems zum Ausdruck gebracht wurde und damit auch die ökonomische Grundlage, auf dem es basiert ... , scheinen bei dieser Wahl fast alle Unterschiede zwischen den Parteien gefallen zu sein.“ (Flugblatt der AA(M) „Wir haben gewählt: Antikapitalismus globalisieren!“)

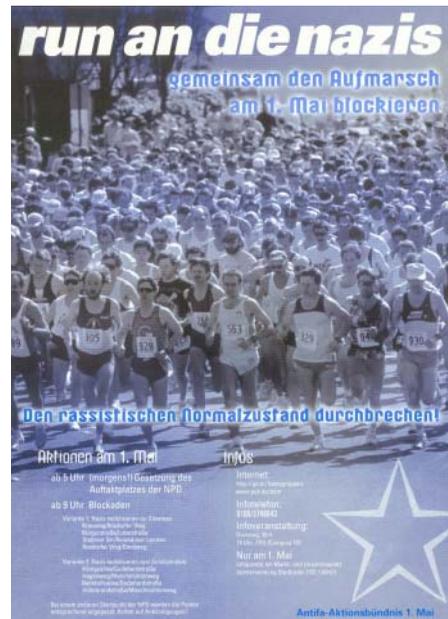
Die Aktionsfelder Antifaschismus und Antirassismus stehen im ideologischen Verständnis der Autonomen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Ursachen für Rassismus werden ebenfalls in der nach autonomem Verständnis von Klassegegensätzen, Ausbeutung und Unterdrückung geprägten kapitalistischen Gesellschaft gesehen. Dem demokratischen Rechtsstaat wird hierbei vorgeworfen, durch seine ver-

meintlich rassistische Grundausrichtung rechtsextremistische Strukturen zu fördern. Die staatliche Ausländer- und Asylpolitik wird als Ausgrenzungspolitik diffamiert, die wiederum den Nährboden für den bürgerlichen Rassismus bilde. Im Zentrum autonomer Kritik stand das von der Bundesregierung verabschiedete Zuwanderungsgesetz, das den Interessen der deutschen Wirtschaft geschuldet sei, die Einwanderungspolitik ausschließlich unter ökonomischen Verwertungskriterien regelt und gleichzeitig der Entrechtung und Abschreckung von Flüchtlingen und Migranten diene. Der ursprünglichen Aufgabe der Asylgewährung – Gewährung von Schutz für die in ihrem Heimatland politisch Verfolgten – komme der deutsche Staat nicht mehr nach.

Dieser Argumentation folgend bezeichnete die AAH in einem Flugblatt zur Teilnahme an einer Demonstration am 16. November in Algermissen⁴⁹ unter dem Motto: „Deutsche Realitäten angreifen! Rassismus bekämpfen!“ Rassismus als festen und gewollten Bestandteil der deutschen Gesellschaft:

„Im Zeichen marktstrategischer kapitalistischer Globalisierung, deren Auswirkung die Verreicherung der 1. Welt und die Verarmung der sogenannten 3. Welt ist, wird überhaupt Migration produziert. ... Wir wollen keinen Zirkus des sogenannten Aufstand der Anständigen veranstalten. Es geht uns vielmehr darum, Rassismus als eine Form der

Widerwärtigkeit der herrschenden Politik zu entlarven. Es wird noch hunderte Orte wie Algermissen geben, in denen ein rassistischer Mob zuschlagen kann und Erfüllungsgelhilfe des völkischen Mainstreams sein wird. Grundsätzlich bedeutet dies, den Kapitalismus im Ganzen, als eine mörderische Form der Unterdrückung zu entlarven.“



Die über den Anlass des Protestes gegen einen fremdenfeindlichen Übergriff hinausgehende Aktion weist einmal mehr auf den Symbolcharakter, der dem Ort Algermissen von Linksextremisten zugewiesen wurde. In einem Rundumschlag wird der Bevölkerung, dem Staat sowie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem Rassismus als Beweggrund und Strukturmerkmal zugeschrieben. Obwohl keine Perspektive für eine soziale Revolution existiere,

⁴⁹ In Algermissen kam es am 31. August / 1. September im Rahmen eines Schützenfestes zu fremdenfeindlich motivierten Übergriffen ortsansässiger Personen auf Bewohner einer Asylbewerberunterkunft.

müsse Solidarität mit den Flüchtlingen gezeigt werden, um sie vor dem „Mob von StammtischtäterInnen, Nazis und Stadt“ zu beschützen.

Im autonomen Verständnis bedeutet Rassismus nicht nur die Benachteiligung aufgrund biologischer Unterschiede, vielmehr wird damit von ihnen der Mechanismus der Ausgrenzung von Minderheiten generell bezeichnet. Bereits in einem Redebeitrag auf einer Demonstration in Algermissen am 14. September definierte die AAH Rassismus als aus der Mitte der bürgerlichen Gesellschaft kommend, als ein sich verselbständigendes „Ergebnis kapitalistischer Logik“:

„Der Kapitalismus schult die Jagd der ‚Gemäßigten‘ auf solche Menschen, die öffentlich durch Schwäche gekennzeichnet sind. Marktwirtschaftliches Denken ist die Übertragung der darwinistischen Auslese in der Natur als Ordnungsvorstellung auf die menschliche Gesellschaft. Im Marktdenken ist Wahrheit gleichgesetzt mit dem legitimen Sieg des Starken und dem genauso legitimen Ruin des Schwachen im dauernden Konkurrenzkampf. ... Das Losschlagen ist den Kindern des Kapitalismus vom Marktgesetz eingepflegt worden.“

Zu den propagandistischen und agitatorischen Schwerpunkten der Autonomen in ihrem „Kampf gegen staatlichen Rassismus“ gehört der Widerstand gegen die staatliche Asylrechtspraxis. Als besonderen Ausweis rassistischer Politik begreifen Autonome die Residenzpflicht, die Flüchtlingen und Asylbewerbern verbietet, ohne Genehmigung den ihnen von den Behörden als Aufenthaltsbereich zugewiesenen Landkreis zu verlassen. Nach autonomem Verständnis diene die Residenz-

pflicht nur der Kriminalisierung der Asylsuchenden mit dem Ziel der erleichterten Ausweisung.

Wie auch bei den anderen autonomen Aktionsfeldern versuchen autonome Gruppen, die weitgehend von demokratischen Initiativen getragenen Solidaritätskampagnen für Flüchtlinge und Asylbewerber für ihre weitergehenden systemüberwindenden Ziele zu nutzen. So wurden bei den Debatten über die Residenzpflicht auf dem antirassistischen Grenzcamp in Jena vom 12.-19. Juli, an dem sich neben Flüchtlingsinitiativen auch Linksextremisten beteiligten, die über den eigentlichen Anlass der Solidaritätskampagne hinausgehende generelle Systemgegnerschaft deutlich.

Den Schwerpunkt linksextremistischer Proteste bildeten agitatorische Auseinandersetzungen mit der als „rassistisches Sonderrecht“ bezeichneten Ausländergesetzgebung und die Kritik an dem vermeintlich dem kapitalistischen System immanenten Rassismus. Dieser Argumentation bedient sich die Jugend Antifa Aktion (JAA) aus Braunschweig in einem Flugblatt: Staat und Kapital beurteilten Flüchtlinge erbarungslos nach ihrem Nutzen für die Wirtschaft und enttarnten so den Kapitalismus als ein System, in dem ein Menschenleben nichts zähle. Es raube den Menschen ihre Lebensgrundlage und führe Kriege um eines reibungslosen Kapitalflusses willen. Es reiche deshalb nicht, nur gegen die rassistische Behandlung von Flüchtlingen vorzugehen:

„Auch das dahinter stehende System gilt es anzugreifen! Wer die Fluchtursachen bekämpfen will, muss das imperialistische System bekämpfen. Das bedeutet für uns, nicht auf die Spaltungsversuche der kapitalisti-

schen Propaganda reinzufallen, sondern solidarisch mit allen ausgebeuteten und unterdrückten Menschen in aller Welt für die klassenlose Gesellschaft zu kämpfen.“

(„Rassistische Flüchtlingspolitik als Konsequenz kapitalistischer Verwertungslogik“, April 2002)

Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Globalisierung und Neoliberalismus

Ein wichtiges Aktionsfeld von Linksextremisten ist der Kampf gegen Globalisierung und Neoliberalismus. Seit den militanten Ausschreitungen anlässlich der WTO-Tagung im November 1999 in Seattle bilden insbesondere Demonstrationen gegen die weltweite Globalisierung den Kristallisationspunkt einer sich weltweit formierenden heterogenen Protestbewegung, die sich im Minimalkonsens gegen die behauptete weltumspannende Ausbreitung einer sozial deregulierten Wirtschaftsordnung und die dadurch bedingte Verschärfung der Armut richtet.

Die Proteste der sog. Anti-Globalisierungsbewegung richten sich vornehmlich gegen Gipfelkonferenzen der Europäischen Union (EU), des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Welthandelsorganisation (WTO), des Nordatlantikpakts (NATO) sowie gegen die jährlichen Spitzentreffen der Staats- und Regierungschefs der acht wichtigsten Industrienationen (G8-Gipfel). Dabei gelten insbesondere die führenden Industriestaaten sowie supranationale Einrichtungen wie Weltbank und WTO als Sinnbild des weltweiten Kapitalismus. Tagungen dieser Organisationen werden seit Seattle weltweit von zum Teil gewalttätigen Protestaktionen begleitet.

Das Spektrum der Anti-Globalisierungsbewegung stellt sich international als sehr heterogen dar und reicht von autonomen Zusammenschlüssen und Anarchisten über orthodoxe linksextremistische Organisationen wie dem trotzkistischen Linksruck-Netzwerk bis hin zu demokratischen Organisationen. Im öffentlichen Erscheinungsbild dominieren dabei die zahlenmäßig in der Minderheit befindlichen militanten Globalisierungsgegner mit ihren gewalttätigen Aktionen.

Linksextremisten kritisieren im Rahmen ihres Engagements insbesondere die Dominanz eines wirtschaftlichen Rationalitätsprozesses, dem politische Entscheidungen untergeordnet seien (Neoliberalismus). Diese politische Bewertung, die bei der Mehrheit der Demonstranten nicht mit einer Ablehnung des demokratischen Systems verbunden ist, bietet linksextremistischen Kapitalismuskritikern einen ideologischen Ansatzpunkt zum Schlußschluss. Von der Mehrheit der Protestbewegung unterscheidet sie, dass sie das politische System als von der Verwertungslogik des Kapitals bestimmt betrachten. Aus ihrer Sicht ist eine ursächliche Bekämpfung des Neoliberalismus innerhalb dieses Systems – wie es der gemäßigte Teil der Anti-Globalisierungsbewegung mit seiner systemimmanenten Kritik versucht – nicht möglich.

Orthodoxe Linksextremisten, wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die trotzkistische Organisation Linksruck, vertreten als Nahziel Forderungen, die für sich betrachtet auch von Demokraten unterstützt werden können, nicht ohne jedoch ihr eigentliches Fernziel, den Aufbau einer für die grundlegende Umwälzung der herrschenden Verhältnisse erforderlichen

Massenbewegung, aus den Augen zu verlieren. In einer Erklärung zur Internationalen Konferenz der DKP vom 28.-30. Juni bekennen sich die Teilnehmer offen zu ihrer selbst definierten Rolle in der Anti-Globalisierungsbewegung:

„Im Interesse der Erhaltung und des Fortschritts der menschlichen Gesellschaft ist die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erforderlich. ... Die marxistische Linke ist Partner bzw. Teil in der Bewegung gegen kapitalistische Globalisierung. Diese vereint unterschiedliche politische und soziale Kräfte, ... deren Motivation ... aus den erlebbaren Folgen imperialistischer Globalisierung entstand. Aufgabe der Kommunistinnen und Kommunisten und ihrer Parteien ist es, als Bestandteil dieser Bewegung zu wirken ... Dies verlangt von kommunistischen und der marxistischen Linken auch eine neue Form der Zusammenarbeit ... Für eine Zukunft jenseits des Kapitalismus: Sozialismus ist nötig und möglich“.

(Unsere Zeit, 05.07.2002)

In einem weiteren Beitrag in der selben Ausgabe der Zeitung führt der Vorsitzende der DKP, Heinz STEHR, exemplarisch die Gründe für das Engagement und das Selbstverständnis orthodoxer Linksextremisten in der Anti-Globalisierungsbewegung auf. Der Stellenwert der kommunistischen Parteien in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ergebe sich aus den Möglichkeiten der Nutzung ihrer auf den Lehren von Marx, Engels und Lenin basierenden wissenschaftlichen Weltanschauung:

„Die Bourgeoisie kann, gefangen in ihren klassenegoistischen Interessen, die Globalisierung nicht im Sinne der

Menschheit konstruktiv lösen. Dies kann sich erst mit einer neuen Gesellschaftsordnung – dem Sozialismus – vollziehen.“

Autonome und Anarchisten propagieren im Rahmen ihrer Anti-Globalisierungsproteste stets eine auf Konfrontation ausgerichtete, offene demokratische- bzw. systemfeindliche Haltung, die meist auch das öffentliche Bekenntnis zur Gewaltanwendung einschließt. Bei ihrer Kritik an der Globalisierung betonen Autonome stets den systemübergreifenden Ansatz und grenzen sich von dem als „systemimmanent“ bzw. reformistisch bezeichneten Teil der Anti-Globalisierungsbewegung ab. Insbesondere durch die Teilnahme an den Anti-Globalisierungsprotesten verdeutlichen militante Linksextremisten ihre Strategie, sich an eine von einem breiten gewaltfreien Bündnis getragene Protestbewegung anzuschließen und diese öffentlichkeitswirksam für die Propagierung eigener Ziele zu instrumentalisieren. Hierin zeigt sich erneut das Dilemma insbesondere der linksextremistischen Autonomen, Themenfelder nicht eigenständig besetzen zu können. Der Themenkomplex Anti-Globalisierung stellt für deutsche Linksextremisten einen Ansatzpunkt bei der Suche nach neuen Perspektiven und zukünftigen Strategien dar.

Spektakuläre öffentlichkeitswirksame Aktionen sind seit den gewalttätigen Anti-Globalisierungsprotesten anlässlich des G8-Gipfels in Genua im Juli 2001 rückläufig. Insbesondere Autonome zeigten kein kontinuierliches Engagement in Form längerfristiger organisierter Kampagnen. Proteste gegen die EU-Gipfel im März in Barcelona und im Juni in Sevilla verliefen vergleichsweise unauffällig. Die abnehmende Bereitschaft deutscher Autono-

mer, an Anti-Globalisierungsprotesten im Ausland teilzunehmen, kann als kennzeichnend für die anhaltende Mobilisierungsschwäche des autonomen Spektrums gewertet werden.

Die im Vorfeld der Protestaktionen gegen die NATO-Sicherheitskonferenz im Februar in München veröffentlichten Aufrufe autonomer Gruppierungen spiegeln die Hoffnungen militanter Linksextremisten wieder. In einem Internetaufruf des autonomen Anti-Nato-Komitees München, der auch von linksextremistischen Gruppen aus Niedersachsen – der Gruppierung Schöner Leben Göttingen sowie der Antifaschistischen Aktion Lüneburg/Uelzen – unterstützt wurde, bezeichnen die Verfasser die Sicherheitskonferenz als „Allianz zwischen Kapital und Militär“, der es nur um die Planung gegenwärtiger und zukünftiger Kriege und die Entwicklung neuer milliardenschwerer Rüstungsprogramme gehe. Die Ereignisse der Anti-Globalisierungsproteste in Seattle, Prag und Genua zeigten Perspektiven für einen neuen weltweiten Widerstand auf. Ziel sei eine neue internationale Bewegung, die radikale Alternativen zu einer ökonomischen, politischen und sozialen Weltordnung darstelle, die auf Repression und Militärintervention setzt. Über den Globalisierungswiderstand hinausgehend manifestiert sich in diesem Aufruf der systemüberwindende Ansatz:

„Für uns ist klar: Der Kapitalismus lässt sich nicht ‚zivilisieren‘. Die weltweite Ausbeutung und ihre Absicherung durch Militär und Repression sind zwei Seiten ein und derselben Medaille – eines Systems, das sowohl in Friedens- wie in Kriegszeiten über Leichen geht. Die Antwort auf Kapitalismus und Krieg heißt soziale Revolution weltweit! ... Wir rufen

auf zu massivem Widerstand!
Antikapitalismus globalisieren!
Kapitalismus abschaffen!“

In einem Aufruf zur Teilnahme am „Internationalen Block“ auf der Demonstration in München betont die Göttinger Autonome Antifa (M) die Notwendigkeit, die Anti-Globalisierungsproteste inhaltlich auf Militärpolitik und deren Träger, die Nationalstaaten als Teil der „kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmechanismen“ auszudehnen. Es gelte, die Kritik daran so zu artikulieren, dass sie einen „linksradikalen“ Ausdruck habe und nicht mehr als systemimmanent vereinnahmt werden könne.

Ein anlässlich der „Global Action Days“ am 28./29. Juni in Osnabrück – einer parallel zum G8-Gipfel in Kanada durchgeführten Protestveranstaltung – verbreitetes Plakat mit dem Logo der Antifaschistischen Aktion und der Abbildung eines verummumten Demonstranten mit einer Steinschleuder in der Hand verdeutlicht das unmissverständliche Bekenntnis Autonomer zur Militanz gegenüber staatlichen Organen im Rahmen von Anti-Globalisierungsprotesten:

„STEINE SIND KEINE ARGUMENTE.
STEINE SIND ERST ZÖGERNDE
VERSUCHE UNS ZU ARTIKULIEREN,
IN DER EINZIGEN SPRACHE, DIE SIE
VERSTEHEN.“

In einem im Juli veröffentlichten Grundsatzpapier „Lotta continua! Der Kampf geht weiter!“ thematisiert die AA(M) die Krise des autonomen Teils der Anti-Globalisierungsbewegung. Nach einer längeren Zeit der Schwäche habe die „Linke durch eindrucksvolle Events“ in Genua zunächst ein neues Selbstbewusstsein gewonnen:

„Die Heterogenität innerhalb der Bewegung machte zu diesem Zeit-

punkt einen entscheidenden Teil ihrer Stärke aus. Das Zusammenwirken von medienprobten und konsensfähigen Gruppen, telegenen Aktionen der Tute Bianchi⁵⁰ und militanten Aktionen eines ‚black bloc‘ entwickelte eine große Zugkraft innerhalb der Linken und erreichte eine ungekannte mediale Aufmerksamkeit.“

Als einen Schwachpunkt bezeichnet die AA(M) die immer wiederkehrende Gewaltdiskussion innerhalb der Bewegung. Die insbesondere von den Medien vorangetriebene Spaltung der Protestbewegung in friedliche Proteste und Militante des „black bloc“ hätte innerhalb der Linken zur Spaltung geführt. Auch die Ausgrenzung der autonomen Kräfte durch die reformistische Linke habe eine gemeinsame Mobilisierung der unterschiedlichen Spektren verhindert.

Ungeachtet der gescheiterten Strategien befürworten die Verfasser weiterhin unmissverständlich die Ausübung von Gewalt im Rahmen ihrer Proteste:

„Die radikale Ablehnung des kapitalistischen Systems und jeglicher Partizipation an seinen jeweiligen Ausprägungen schließt dagegen ein militantes Vorgehen gegen seine VerwalterInnen mit ein. Militanz als nicht zu vereinnehmender Ausdruck des antikapitalistischen Widerstands

ist ein notwendiger Teil des Kampfes ums Ganze.“

In ähnlicher Weise führt der in der September-Ausgabe der Göttinger Szenezeitschrift EinSatz! veröffentlichter Beitrag „Die unheimlichen Fälle des ‚black bloc‘“ die derzeitige Krise der Anti-Globalisierungsbewegung auf die fehlende Vermittlung der militanten Aktionen in Genua zurück, die zu einer Zersplitterung der autonomen Kräfte geführt habe. Die öffentliche Wirkung der Anti-Globalisierungsproteste liege für Autonome gerade in ihrer Radikalität:

„Was für die Betätigung in der ‚Anti-globalisierungsbewegung‘ sprach war die teilweise Radikalität der Kämpfe, die öffentliche Wirksamkeit, deren internationaler Charakter und die Stoßrichtung, die sich ‚ohne Umwege‘ direkt gegen die Auswirkungen des kapitalistischen Verwertungssystems bzw. gegen den Kapitalismus selbst richtete.“

(EinSatz!, Ausgabe September 2002)

Obwohl die in Genua erlebte Massendemilanz ein spektakuläres Element in der öffentlichen Berichterstattung gewesen sei, vermittelten sich Inhalte militanter Aktionen nicht von selbst, sondern „mit der Auswahl des Ziels und deren verantwortlicher und zielgerichteter Umsetzung“. Lösungsansätze sehen die Verfasser, die sich ausdrücklich von dem reformistischen Teil der Protestbewegung distanzieren, nur in einer zukünftigen gemeinsamen Organisation der Autonomen in einer „Plattform links von ATTAC“.

Die Mobilisierungsschwäche der Autonomen zeigte sich erneut an den Protestdemonstrationen anlässlich des Gipfeltreffens der EU-Regierungschefs vom 13.-15. Dezember in Kopenhagen,

⁵⁰ Bei den „Tute bianche“ (dt. Übersetzung: weiße Overalls) handelt es sich um einen organisatorischen Zusammenhang aus Italien, dessen Aktivisten bei Demonstrationen in weißen Overalls auftreten und ihren Körper u. a. mit Schaumstoff oder Autoreifen als passive Bewaffnung gegen Polizeikräfte polstern. Zwischenzeitlich wird jedoch die Organisationsbezeichnung eher als Aktionsform und Ausdruck des Selbstverständnisses von zivilem Ungehorsam eingesetzt.

die ohne nennenswerte Beteiligung deutscher Autonomer insgesamt friedlich verliefen. In einem im November im Internet veröffentlichten Aufruf der AA(M) zur Teilnahme an den Protesten in Kopenhagen wird der systemüberwindende Ansatz der AA(M) deutlich, die sich mit ihren Zielvorstellungen von der Mehrheit der als „staatsfixierte Reformer“ bezeichneten Globalisierungskritiker distanziert:

„Die Zwänge der Verwertbarkeit werden sich weiter zuspitzen, ebenso wie die Repressionen gegen all diejenigen, die in kapitalistischer Logik überflüssig geworden sind. ... Eine Lösung dieser Probleme gibt es aber nicht ohne, mit oder mit einer besseren EU. Eine Lösung muss über den europäischen Kontinent und den Rahmen Kapitalismus hinausweisen. Die einzige Lösung bleibt der Kampf um die soziale Revolution weltweit. Für den Kommunismus!“
(www.puk.de/aam/2002/kopenhagen/index.htm)

Die im Berichtszeitraum in anderen Szenepublikationen erschienenen Beiträge zur Anti-Globalisierungskampagne enthalten demgegenüber kaum eigene und differenzierte Positionsbestimmungen niedersächsischer autonomer Gruppierungen. Entsprechende Beiträge beschränken sich auf Situationsbeschreibungen und „autonome Augenzeugenberichte“ zu Globalisierungsprotesten ohne jedoch – kennzeichnend für die anhaltende Schwäche der autonomen Szene – neue Perspektiven für einen zukünftigen Erfolg der Bewegung zu entwickeln.

Linksextremistische Einflussnahme auf die Proteste gegen Kernenergie

Bereits seit 1975 ist für das linksextremistische Spektrum der Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie ein zentrales politisches Aktionsfeld und einer der Kristallisationspunkte des militanten Widerstandes. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Widerstandsaktionen nahezu ausschließlich auf Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben, das eine zentrale symbolische Bedeutung für die Anti-Atom-Kraft-Bewegung erlangte. Gemessen am gesamten Themenspektrum linksextremistischer Aktionen verlor der Widerstand gegen Kernenergie jedoch zunehmend an Bedeutung, was sich nicht zuletzt in einer deutlichen Mobilisierungsschwäche ausdrückte. Nicht zuletzt durch den zwischen Bundesregierung und Energieversorgern hergestellten Konsens zum Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie geriet der linksextremistische Widerstand in ein erneutes Legitimationsdilemma, das den zunehmenden Bedeutungsverlust des Aktionsfeldes Widerstand gegen Kernenergie noch vertiefte.

An den Protesten gegen den November-Transport 2002 waren überwiegend nicht extremistische Gruppierungen beteiligt, nur vereinzelt waren linksextremistische bzw. linksextremistisch-beeinflusste Organisationen vertreten.

Die systemüberwindenden Zielvorstellungen der Linksextremisten im Zusammenhang mit dem Atomausstieg stellen jedoch weiterhin die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland in Frage. Ihrer Ideologie zufolge bestimmt das „Verwertungsinteresse des Kapitals“ das politische System der

Bundesrepublik Deutschland und wird nicht vom politischen Willen der Bevölkerungsmehrheit getragen. Linksextremisten wollen die Systemlogik durchbrechen und ein aus ihrer Sicht ausschließlich von Kapitalinteressen gesteuertes und „menschenverachtende Technologien“ hervorbringendes System – als eigentliche Ursache der herrschenden Ungerechtigkeiten – revolutionär überwinden:

„Der Atomausstieg wird auf parlamentarischem Wege bestimmt nicht realisiert ... Eine falsch verstandene Gewaltfreiheit ist häufig der Kristallisationspunkt, an dem sich zeigt, ob jemand sich offen im Widerspruch zu den Verhältnissen befindet oder die Anti-Atom-Bewegung wieder in den parlamentarisch-demokratisch geordneten Staat zurückführen will. ... Castor-Blockaden sind auch Ausdruck von Widerstand gegen staatliche Gewalt. Wir meckern nicht nur einmal über dies und das an der Atompolitik der Bundesregierung, sondern lehnen die kapitalistische Logik ... fundamental ab ...“

(Anti Atom Aktuell, Nr. 135, Nov. 2002, Artikel „Atomkraft läßt uns keine Wahl!“)

Die abnehmende Bedeutung des Themenfeldes Widerstand gegen Kernenergie und die überregionale Mobilisierungsschwäche zeigte sich erneut in der von der Anti-AKW-Bewegung für das Jahr 2002 ins Leben gerufenen „Trainstopping-Kampagne 2002“, die weder in der linksextremistischen Szene noch in der Bevölkerung auf die erhoffte Resonanz stieß. Bei den im Rahmen der Kampagne vereinzelt durchgeführten Blockaden der Castor-Transporte in die Wiederaufarbeitungsanlagen Sellafield und La Hague sowie bei der Kundgebung am 1. September

vor der ebenfalls als „Angriffspunkt“ bezeichneten Urananreicherungsanlage Gronau in Nordrhein-Westfalen beteiligten sich nur wenige Personen.

Dass der Anti-Atom-Kampf ungeachtet der geringen Teilnehmerzahlen und des parallel dazu rückläufigen Ausmaßes an Militanz für militante Autonomie weiterhin symbolhafte Bedeutung für ihren über den eigentlichen Anlass des Protestes gegen die Castor-Transporte hinausgehenden grundlegenden Systemwiderstand besitzt, verdeutlicht ein in der INTERIM veröffentlichter Beitrag des Anti-Atom-Plenums Berlin:

„Wir wehren uns im Wendland nicht nur gegen die Castor-Transporte, sondern auch gegen ... die bestehenden Herrschaftsverhältnisse, die sich in dieser Auseinandersetzung widerspiegeln.“

(INTERIM, Nr. 558 vom 10. Oktober, Anti-Atom-Plenum Berlin, Beitrag zur Einrichtung einer „Widerstandsbau-stelle/-werkstatt“ in Lüneburg)

Ein weiteres im Vorfeld des Castor-Transportes von Autonomen in Göttingen verteiltes Flugblatt stellt die Aktionen ebenfalls in den Kontext einer revolutionären Strategie. Der Kampf für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zeige sich auch beim Widerstand gegen Atomtransporte:

„Die Anti-Castor-Aktionen bieten nicht nur die Möglichkeit, zahlreiche unorganisierte Menschen für einen emanzipatorischen, antikapitalistischen Kampf zu begeistern, sie sind auch Orte des Zusammentreffens verschiedener politischer Strömungen und Initiativen, die einen antirassistischen und antisexistischen Grundkonsens haben. ... Banden bilden und subversive Pläne schmieden.“

(Flugblatt „Castor kommt!“, Oktober 2002)

Die von den Konzepten der linksextremistischen Graswurzelbewegung – wie dem zivilen Ungehorsam sowie der direkten gewaltfreien Aktion – geprägte „Initiative X-tausendmal quer“ beteiligte sich wie in den Vorjahren an der Mobilisierung zu Widerstandsaktionen. In dem von Linksextremisten betriebenen Internetprojekt Indymedia forderte die Initiative zu verschiedenen Aktionen auf:

„ ... von der Mahnwache bis zur Blockade, von der angemeldeten Kundgebung bis zur Sabotage.“
(Erklärung von X-tausendmal quer, „Castor nach Gorleben ab dem 11. 11.“, vom 26. September 2002)

Die von Beginn an in die Anti-Atom-Bewegung integrierte Graswurzelbewegung bezeichnet einen auf die Gründung der Zeitschrift Graswurzelrevolution im Jahr 1972 zurückreichenden hierarchieablehnenden anarchistischen Personenzusammenschluss, der für das politische Ziel der Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ eintritt. Die Ideologie der aus der Wiederbelebung der marxistischen Denktradition in der 68er-Studentenbewegung und der Neuentdeckung anarchistischer Traditionen entstandenen Graswurzelbewegung zielt darauf ab, durch „Macht von unten alle Formen von Herrschaft und Gewalt abzuschaffen“. Die von ihr angestrebte „tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung“ soll zur Überwindung von Hierarchien und des Kapitalismus in Richtung auf eine „basidemokratische Gesellschaft“ mit einer selbstorganisierten Wirtschaftsordnung im Sinne eines „libertären Sozialismus“ führen:

„(D)ie anarchistische Parlamentarismuskritik richtet sich jedoch gegen die Zumutung überhaupt regiert zu werden. Es geht dem Anarchismus

nicht um eine alternative Regierung, sondern um Alternativen zur Regierung. ... AnarchistInnen wollen eine andere, wirklich freie Gesellschaft.“
(Beilage zur Graswurzelrevolution, Nr. 271 „Keine Wahl!“, September 2002)

Das Verhältnis der anarchistischen Graswurzelbewegung zur Gewaltfrage ist ambivalent. „Gewalt gegen Menschen“ wird zwar strikt abgelehnt, in Anlehnung an die „action directe“ des „libertären Sozialismus“ werden jedoch Sachbeschädigungen und Sabotageaktionen, wie sie auch im Zusammenhang mit den Castor-Transporten praktiziert werden, unterstützt, solange sie als politisches Mittel nützlich und der Bevölkerung vermittelbar erscheinen:

„Direkte Aktion bedeutet permanente Rebellion der Individuen gegen alle Versuche der Entäußerung ihrer Selbstbestimmungsfähigkeiten. Nicht in der unpolitischen, fatalistischen Abkehr, sondern nur im Kampf gegen parlamentarische Herrschaft und ihre Entscheidungen entwickelt sich daher die anarchistische Alternative. ... Das massenhafte Erlernen von individuellen Selbstbestimmungsfähigkeiten durch direkte Aktion mündet unmittelbar in den revolutionären Prozess der Gesellschaftsveränderung.“

(Beilage zur Graswurzelrevolution, Nr. 271 „Keine Wahl!“, September 2002)

Der anarchistisch motivierte Widerstand der Graswurzelrevolution verneint auch weiterhin die Möglichkeit, durch Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung die zum Einsatz der Kernenergie führende „kapitalistische Logik“ überwinden zu können:

„Daß der Kapitalismus als System nicht besser wird, auch wenn es ein grüner Kapitalismus ist, wird dabei wohlweislich ausgeklammert. ... Die ökologische Modernisierung des Kapitalismus ist demnach nicht als Schritt in die richtige Richtung anzusehen, sondern als notwendiger Schritt zur Herrschaftssicherung, zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems.“

(Gewaltfreier Anarchismus: Herausforderungen und Perspektiven zur Jahrhundertwende, Heidelberg 1999)

Linksextremistische Einflussnahme auf den Protest gegen den Castor-Transport

Vom 11. bis 14. November wurde der Castor-Transport in das Zwischenlager Gorleben durchgeführt. Wie im Vorjahr unterstützten linksextremistische und linksextremistisch beeinflusste Gruppierungen wie die Deutsche Kommunistische Partei (DKP), die Initiative X-tausendmal quer, Linksruck und das Anti-Atom-Plenum Berlin im gesamten Bundesgebiet Aufrufe zur Teilnahme an der Auftaktkundgebung und den sich anschließenden Veranstaltungen im Wendland.

Zur erstmalig am Erkundungsbergwerk bei Gorleben durchgeführten Auftaktkundgebung der Anti-AKW-Bewegung kamen etwa 2.000 Teilnehmer. An den in den folgenden Tagen durchgeführten Kundgebungen und Aktionen beteiligten sich bis zu 1.500 Personen. Die für andere Städte in Niedersachsen, wie z. B. Göttingen und Hannover, geplanten Veranstaltungen unter dem Motto „Unsere Bullen bleiben zu Hause“ erreichten nicht die erwartete Resonanz.

Der Versuch, thematisch anders ausgerichtete Protestbewegungen – wie

die Globalisierungskritiker – in die Anti-AKW-Kampagne einzubinden, brachte nicht den erhofften Erfolg. Eine Verknüpfung der Themen Castor-Transport und Anti-Globalisierungskampf und eine koordinierte, bundesweite Zusammenarbeit gelang nicht.

Die Anzahl militanter Autonomer aus dem gesamten Bundesgebiet, die an den Protesten teilnahmen, blieb nach einer bereits schleppend verlaufenen Mobilisierungsphase ebenfalls hinter den Teilnehmerzahlen des vergangenen Jahres zurück. Nicht zuletzt aufgrund starker Polizeipräsenz, weitreichender Demonstrationsverbote sowie des geringen Rückhalts in nicht-extremistischen Gruppen kam es kaum zu strafbaren Aktionen des militanten autonomen Spektrums. Einbetonierungsaktionen – wie im März 2001 – konnten durch das rechtzeitige Entfernen eines von militanten Castor-Gegnern entsprechend vorbereiteten Betonblocks verhindert werden. Lediglich vereinzelt Ankettaktionen und Gleisblockaden bei Mannheim, Dörverden sowie auf der Strecke Lüneburg-Dannenberg bei Leitstade führten dazu, dass der Transport insgesamt mehrere Stunden verzögert wurde. Zu den registrierten Straftaten in Niedersachsen gehörten darüber hinaus das Blockieren und Unterhöhlen von Gleisanlagen und Straßen, das Errichten z. T. brennender Barrikaden sowie das Entfernen von Schwellenschrauben.

Parallel zur erkennbaren Mobilisierungsschwäche war auch die Zahl militanter Aktionen stark rückläufig. Ebenfalls wurden weniger Demonstrationsteilnehmer aufgrund von Straftaten festgenommen. Die Zahl der Ermittlungsverfahren gingen im Vergleich zum Vorjahr stark zurück.

Linksextremistischer Protest gegen Castor-Transporte wird auch in Zukunft abnehmen. Künftig werden sich die Proteste „vor Ort“ mit großer Wahrscheinlichkeit auf die regional eingebundenen Gruppierungen konzentrieren.

Kommunistische Plattform der PDS (KPF)

Die Kommunistische Plattform sieht sich in der Tradition der kommunistischen deutschen Arbeiterbewegung und beansprucht für sich, die sozialistische Identität der PDS zu wahren. Ihr Ziel ist es, Reformbestrebungen hin zu einer „Sozialdemokratisierung“ der Mutterpartei entschieden entgegen zu wirken. Die KPF, die mit ihren ideologischen Vorstellungen vor allem die überalterte, in DDR-Nostalgie verhaftete Parteibasis anspricht, verfügt bei bundesweit etwa 1.500 Mitgliedern über Strukturen in fast allen Bundesländern. Die Positionen der KPF sind nach wie vor Bestandteil der politischen und programmatischen Bandbreite der sich selbst als Strömungspartei verstehenden PDS.

In einer Selbstdarstellung der etwa 20 Personen umfassenden KPF Niedersachsen wird das Selbstverständnis eines kommunistischen Korrektivs der PDS deutlich. Dem als „Globalisierung“ getarnten Imperialismus gelte es, mit sozialistischer Politik konsequent entgegen zu treten:

„(Es ist) für uns unverzichtbar, sich als KommunistInnen innerhalb der PDS zu engagieren, in die Debatte einzubringen und konsequent ein marxistisch fundiertes Gesellschaftsbild zu vertreten. Auch in Niedersachsen bietet die KPF KommunistInnen ein solches Forum, um innerhalb der PDS

gemeinsam zu agieren und revolutionäre sozialistische Strategien zu erarbeiten.“

(Flugblatt: „Sozialismus oder Barbarei“, 2002)

Dem Bundeskoordinierungsrat als Leitungsgremium der KPF gehört mit der Hannoveranerin Monika WINDHORN ein Mitglied des Sprecherrates der KPF Niedersachsen an. In den vom Bundeskoordinierungsrat monatlich in einer Auflage von 1.450 Exemplaren herausgegebenen Mitteilungen der Kommunistischen Plattform publiziert auch die KPF Niedersachsen. So begründet der KPF-Aktivist und ehemalige Kreisvorsitzende der PDS Hannover, Frank JAESCHKE, in einem Beitrag über eine Ende Januar in Braunschweig durchgeführte Veranstaltung „Koalieren oder Opponieren“ seine ablehnende Haltung zur Frage der Regierungsbeteiligung der PDS mit klassenkämpferischen und systemüberwindenden Positionen:

„Mandate sind nicht Mittel zur Vergrößerung des politischen Einflusses, sondern einzig und allein Mittel zur Vorbereitung der gesellschaftlichen Umwälzung in fester Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Bewegungen. Die revolutionäre Hoffnung in der sozialistischen Bewegung liegt nicht in der Mandatsgewinnung, sondern vielmehr in der Mobilisationsfähigkeit der Massen.“
(Mitteilungen der KPF, Heft 3/2002)

Kernstück der gesellschaftlichen Auseinandersetzung bleibe der unversöhnliche Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Ein Klassenbewusstsein im Sinne von Marx' beschreibt JAESCHKE als unverzichtbar zur Überwindung kapitalistischer Strukturen:

„(Wir wissen) wer unten ... ist. Es ist immer noch das Proletariat ... Und,

gemäß unseres sozialistischen Standpunktes wissen wir auch, wer oben ist. Oben ist immer noch die Bourgeoisie und ihre HelferInnen. Und, Oben beutet Unten aus ... Seit Marx weiß das jede Sozialistin und jeder Sozialist und seit Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wissen wir auch, wozu wir parlamentarische Mandate nutzen müssen: Um den Schritt zur qualitativen Gesellschaftsveränderung zum Sozialismus vorzubereiten, indem wir dem antikapitalistischen Widerstand eine Stimme geben.“ (Mitteilungen der KPF, Heft 2/2002)



Die KPF ging aus dem PDS-Parteitag in Gera vom 12./13. Oktober gestärkt hervor. Eine weitere Anbindung an die PDS, ohne die der Plattform ein Nischendasein fernab jeder öffentlichen Aufmerksamkeit drohte, scheint gesichert. So begrüßte die KPF Hanno-

ver in einer Stellungnahme die Ausrichtung des neuen Parteivorstandes, der der PDS wieder ein unverwechselbares Profil als einer den außerparlamentarischen Kampf verstärkenden sozialistischen Partei geben könne.

Die bis Anfang November von der KPF Hannover zweimonatlich in einer Auflage von rund 600 Exemplaren herausgegebene „Zeitschrift für Sozialismus und Frieden, offen-siv“, hatte trotz offenkundiger Nähe zu den ideologischen Positionen der KPF in der Vergangenheit stets Wert darauf gelegt, hinsichtlich der inhaltlichen Gestaltung weder von der KPF noch von der als reformistisch bezeichneten Mutterpartei abhängig zu sein. Die allein aus den ehemaligen KPF-Funktionären Frank FLEGEL und Anna C. HEINRICH bestehende Redaktion setzt diese Linie fort. Im November kündigte die KPF Hannover die Herausbergerschaft wegen inhaltlicher Differenzen fristlos. Die Zeitschrift erschien daraufhin als „Notausgabe“ in der Herausbergerschaft FLEGELS.

Offen-siv bietet auch stalinistischen Positionen ein Forum. Eine Autorin benennt in einem Beitrag als Ursache für den „Anti-Stalinismus“ vor allem die auf „Geschichtslügen“ beruhende überhöhte Zahl an Todesopfern der „Säuberungen“ während der Ära Stalins. Die Autorin rechtfertigt dabei auch die Ermordung politischer Gegner:

„Tatsächlich war und ist die Bekämpfung der Konterrevolution die zentrale Klassenfrage, die Machtfrage der proletarischen Revolution, die Frage von Sein oder Nichtsein einer sozialistischen Gesellschaft. Sie ist mithin keine moralische Frage, zumal eine Revolution der denkbar ungünstigste Zeitpunkt ist, metaphysische

Überlegungen über den Wert eines Menschenlebens anzustellen. Das mag zynisch klingen, ist darum aber weder weniger wahr noch wirklich: Der Imperialismus tötet täglich in der Dimension von Millionen; kein Mittel darf daher gescheut werden, diese Mordmaschinerie WIRKSAM außer Kraft zu setzen – damit die Menschheit endlich ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen kann und alsbald KEINE Opfer mehr zu zählen sind.“ (offen-siv, Heft 7/2002)

Ziel der sich selbst als „klar antirevisionistisch“⁵¹ bezeichnenden Publikation ist es, einem der PDS unterstellten Reformkurs und einer damit einhergehenden revisionistischen Abkehr vom „wissenschaftlichen Sozialismus“ sowie einer Anpassung an das System entgegen zu wirken.

Langfristig strebt FLEGEL die Gründung einer einheitlichen antirevisionistischen Kommunistischen Partei an. Unterstützung findet er bei der Berli-

ner Monatsschrift RotFuchs⁵². Ihr Chefredakteur Klaus STEINIGER bezeichnete in der Ausgabe März 2002 die Gründung einer solchen kommunistischen Partei als „historischen Imperativ“. In einem Leserbrief an die offen-siv fordert er sich selbst als „junger Revolutionär auf den Spuren von Lenin, Che und Mao“ bezeichnender Hannoveraner zur notwendigen Einheit aller antirevisionistischen Kräfte auf:

„Mit KPD und MLPD, mit RotFuchs und offen-siv ... hat die revolutionäre fortschrittliche Menschheit starke Kräfte in der BRD! Mögen sie getrennt marschieren und trotz alledem gemeinsam zu kämpfen anfangen für unser Ziel, die revolutionäre Diktatur des Proletariats in Deutschland, Europa, in der Ganzen Welt! ... Deshalb: Ja zum aktiven organisierten Kampf für Sozialismus und Frieden, für die wahre Demokratie die kein Volksbetrug ist!“ (offen-siv, Heft 4/2002)

⁵¹ In historischer Perspektive knüpfen die Antirevisionisten an den Revisionsstreit innerhalb der deutschen Sozialdemokratie zur Zeit des wilhelminischen Kaiserreiches an. Der sozialdemokratische Theoretiker Eduard Bernstein, der als Begründer des Revisionismus gilt, verwarf die bis dahin für die Sozialdemokratie kennzeichnende Überzeugung der Notwendigkeit einer politischen und sozialen Revolution zugunsten eines reformorientierten, auf Gewaltverzicht basierenden Ansatzes: Mittels Reformarbeit, Demokratisierung und parlamentarischer Gesetzestätigkeit sollten gesellschaftliche Veränderungen herbeigeführt werden. Für deutsche Kommunisten symbolisiert Bernstein, der persönliche Kontakte zu Marx und Engels unterhielt, die Abkehr der Sozialdemokratie vom wissenschaftlichen Sozialismus und damit die Anpassung an das System. Die DDR-Geschichtsschreibung verurteilte Bernstein als „extremen Opportunisten, der nach Engels Tod den Marxismus zu revidieren versuchte“.

⁵² Die 1998 als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin-Nordost gegründete Publikation RotFuchs spricht mit ihrer DDR-Apologik ehemalige SED-Kader an. So wird in der Liste des „Autorenkreises“ noch immer der im vergangenen Jahr verstorbene Moderator der vom DDR-Fernsehen ausgestrahlten hetzerischen Propagandasendung „Der schwarze Kanal“ Karl-Eduard von SCHNITZLER aufgeführt. Die Zeitung erreicht nach eigenen Angaben „Tausende Mitglieder der DKP, der KPD und der PDS“ und stehe „gegen alles, was die Einheit von Kommunisten und Sozialisten“ behindere.

Rote Hilfe e. V. (RH)

Bundesgeschäftsstelle:	Göttingen	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	4.100	4.250
Niedersachsen:	550	550
Publikation:	Die Rote Hilfe (vierteljährlich, Auflage 5.000)	

Der Ursprung der RH geht auf die in der Weimarer Republik gegründete und von der KPD dominierte Rote Hilfe Deutschland (RHD) mit bis zu 1 Mio. Mitgliedern zurück. Nach der Zerschlagung der Organisation durch die Nationalsozialisten wurde die RHD von der linksextremistischen KPD/ML 1975 wieder begründet und entwickelte sich bis zum Ende der 80er Jahre von einem kommunistisch geleiteten Verband zu einer nach eigenen Angaben „parteiunabhängigen, strömungsübergreifenden Schutz- und Solidaritätsorganisation“.

Die seit 1986 als eingetragener Verein fungierende Organisation ist in einen Bundesvorstand, 35 selbstständige Ortsgruppen sowie 17 Kontaktstellen gegliedert. Niedersächsische Ortsgruppen existieren in Braunschweig, Hannover und Buchholz, Kontaktadressen bestehen in Hameln und Osnabrück. Die mitgliederstärkste Ortsgruppe in Göttingen ist gleichzeitig die drittgrößte im Bundesgebiet nach Berlin und Hamburg. In Göttingen sind die Bundesgeschäftsstelle, die Redaktion des Vereinsorgans Die Rote Hilfe und das Rote Hilfe e. V. Archiv ansässig. Darüber hinaus verfügt die RH in Kiel über einen eigenen Literaturvertrieb,

der politische Schriften und Rechtshilfebroschüren für Demonstranten anbietet.

Der überparteiliche linksextremistische Charakter der RH dokumentiert sich in ihrer Mitgliederstruktur. Neben Angehörigen der DKP gehören ihr auch militante Autonome und Anarchisten an. Die Anzahl der Mitglieder ist im Jahr 2002 landesweit konstant geblieben. Die Bedeutung der Roten Hilfe für das linksextremistische Spektrum liegt weniger im ideologischen Bereich als in ihrer Klammerfunktion über Organisationsgrenzen hinweg bei der Vermittlung linker Solidarität. Dabei stellt der Bezug auf die kommunistische Tradition und das bereits durch die Namensgebung signalisierte Anknüpfen an die Frühphase der kommunistischen Bewegung einen Minimalkonsens dar.

Ihre Hauptaufgabe sieht die RH im Kampf gegen „staatliche Repression“, sie gewährt indem sie präventiv Rechtshilfe für geplante politische Aktionen, vermittelt Szeneangehörigen Anwälte, leistet Beihilfe zu Prozesskosten und Geldstrafen und betreut im Falle der Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von ihr so genannte politische Gefangenen. Damit erhält sie auch den

Zusammenhalt der Häftlinge mit der linksextremistischen Szene. Nach ihrem Selbstverständnis stellt jede einzelne Unterstützung einen „Beitrag zur Stärkung der linken Bewegung“ dar, da Strafanrohungen im Vertrauen auf eine leistungsfähige Solidaritätsorganisation ihren abschreckenden Charakter verlieren.

Die RH finanziert sich über Mitgliedsbeiträge und zahlreiche Spendenkonten, deren Zweckbestimmungen das weite Spektrum des Engagements widerspiegeln. Nach wie vor verwaltet die RH Ortsgruppe Göttingen ein Konto „CASTOR“, aus dem die so genannten Repressionskosten von Anti-Atom-Aktivist:innen bestritten werden. Weitere Spendenkonten werden u. a. für Globalisierungsgegner („Prag 2000“, „Genua 2001“), „RAF-Gefangene“ oder für „Antifaschisten“ unterhalten.

Politische Öffentlichkeitsarbeit leistet die RH mit ihrer drei bis vier mal jährlich erscheinenden Mitgliederzeitschrift Die Rote Hilfe. Die jeweiligen Schwerpunktthemen der als „Antirepressions-Magazin“ bezeichneten Zeitschrift spiegeln gleichzeitig auch autonome Themenfelder wider. So wird in dem Beitrag „Auf dem Weg zur Überpolizei“ der Ausgabe 1/2002 der BGS als Repressionsorgan diffamiert. Seit seiner Gründung 1951 als „Schutztruppe für die Ostgrenze“ („Bürgerkriegsarmee des Kalten Krieges“) sei der BGS als „Bundespolizei ... gegen soziale Protestbewegungen und radikale Opposition“ eingesetzt worden. Aktuell stelle der BGS eine grenzenlos agierende „omnipotente Superpolizei“ mit geheimdienstlichen Befugnissen dar, die einen großen Teil ihrer Ressourcen auf die „Jagd auf Flüchtlinge“ richte. In dem Beitrag „Schotten Dicht“ in derselben Ausgabe wird der BGS als aus-

führendes Organ staatlicher Menschenrechtsverletzungen beschrieben:

„Abschotten und Ausgrenzen lautet die Devise. Seit der faktischen Abschaffung des Asylrechts ... sind Flüchtlinge in der BRD rechtlose Menschen. ... Deutsche Flüchtlingspolitik ist Politik, die Tote in Kauf nimmt, um ‚illegale Einwanderungen‘ zu verhindern. ... Ausführendes Organ dieser Politik ist der BGS.“
(Die Rote Hilfe, Nr. 1/2002)

Die Kennzeichnung von Institutionen der Bundesrepublik Deutschland als Repressionsapparat bildet eine Konstante in der Berichterstattung der Roten Hilfe, so auch in dem in der Ausgabe 2-3/2002 mit dem Schwerpunktthema „Arbeit-Repression-Profit“ erschienenen Beitrag „Den Kopf hinhalten“:

„Es geht hier nicht darum, sich über einen repressiven Staat und dessen Behörden zu beklagen, denn Unterdrückung liegt in der Eigenschaft dieser Institution.“
(Die Rote Hilfe, Nr. 2-3/2002)

Der mittlerweile zum siebten Mal gemeinsam mit der linksextremistischen, antiimperialistisch ausgerichteten Initiative Libertad! initiierte Aktionstag der Solidarität mit den politischen Gefangenen und von staatlicher Repression Betroffenen am 18. März⁵³ war geprägt von der Auseinandersetzung mit den infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 ver-

⁵³ Die kommunistische Arbeiterbewegung beging den 18. März während der Weimarer Republik zunächst als Gedenktag an die Pariser Kommune, bevor die RHD den 18. März bereits damals in den Rang eines internationalen Aktionstages für politische Gefangene erhob. Das Anknüpfen belegt, dass sich die Rote Hilfe in der Tradition der frühen kommunistischen Bewegung sieht.

abschiedeten Antiterrorgesetzen. Durch die damit einhergehende Einschränkung demokratischer Bürgerrechte und der Stärkung des Staates und seiner Vollzugsorgane habe sich die Situation von verfolgten Menschen weltweit verschärft. In einer Presseerklärung des Bundesvorstands der RH anlässlich des Tages der politischen Gefangenen wird die neue restriktivere Sicherheitspolitik kritisiert, die in erster Linie dazu diene, jeglichen regimekritischen Protest zu unterdrücken:

„Die bürgerlich kapitalistischen Repräsentativdemokratien der so genannten ‚zivilisierten westlichen Welt‘ sind mit Hilfe von ... Bedrohungsszenarien ... dazu übergegangen, den auf die geostrategische Tagesordnung gesetzten ‚Krieg gegen den Terrorismus‘ in ein ‚weltinnenpolitisches‘ Unterdrückungsinstrumentarium zu transformieren. Damit lässt sich in Zukunft jede gesellschaftliche Auseinandersetzung, jedes Eintreten für emanzipatorische Ziele, jede Form sozialen und politischen Widerstands als ‚terroristischer Akt‘ darstellen, dem mit allen staatsrepressiven Mitteln entgegengetreten werden muss.“
(Presseerklärung des Bundesvorstandes der Roten Hilfe vom 14.03.2002)

In Niedersachsen fand der Aufruf zur Beteiligung an diesem Aktionstag nur in Osterholz-Scharmbeck Resonanz, wo in der Nacht zum 18. März ein Transparent mit den Worten „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ vor dem Eingang des Amtsgerichts aufgespannt wurde.

Der gemeinsam von der RH und der in die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) eingebundenen Föderation kurdischer Vereine YEK-KOM gegründete Rechtshilfefonds

AZADI widmete sich in erster Linie der Unterstützung von zahlreichen Personen zumeist kurdischer Abstammung, die wegen Mitgliedschaft in der PKK angeklagt waren. Im Juli gaben AZADI und die Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen eine Solidaritätserklärung für einen von einer Hausdurchsuchung betroffenen Aktivistin der Kurdistan Solidarität Uelzen heraus.

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

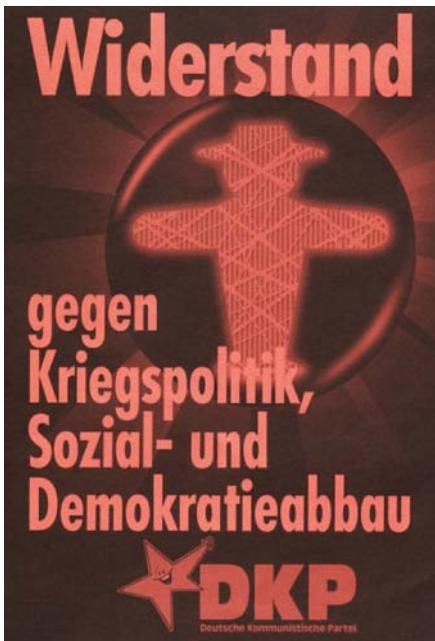
Sitz		
Bund:	Essen	
Niedersachsen:	Hannover	
Vorsitzende		
Bund:	Heinz STEHR	
Niedersachsen:	Detlef FRICKE	
Mitglieder		
	2001	2002
Bund:	4.500	4.700
Niedersachsen:	< 400	< 400
Publikationen		
Bund:	Unsere Zeit (wöchentlich, Auflage etwa 7.500) Marxistische Blätter (zweimonatlich, Auflage etwa 2.500)	
Niedersachsen:	Hannoversches Volksblatt, Die Rote Spindel, Pulverturm Betriebszeitungen: Roter Käfer (VW, Braunschweig) KarlOS (Karmann, Osnabrück)	

Die von früheren Funktionären der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) im Jahr 1968 gegründete Deutsche Kommunistische Partei (DKP) hält unverändert an ihrer dogmatischen Auslegung des Marxismus-Leninismus fest. Das revolutionäre Subjekt, die von der kommunistischen Partei geführte und angeleitete Arbeiterklasse, ist nach Auffassung der DKP mit historischer Notwendigkeit dazu bestimmt, das politische und gesellschaftliche System zu überwinden. Die DKP strebt eine revolutionäre

Umgestaltung der Gesellschaft zum Sozialismus als Vorstufe des Kommunismus an. Die Partei wurde bis 1989 vor allem in ideologischer und finanzieller Hinsicht maßgeblich von der damaligen SED der DDR beeinflusst und angeleitet. Seit der Wiedervereinigung hat die DKP neben dieser finanziellen Unterstützung auch rund 80% ihrer Mitglieder verloren. Die seit einigen Jahren auf geringem Niveau stagnierende bzw. 2002 geringfügig ansteigende Zahl der Parteimitglieder hat zu erheblichen Problemen bei der Finanzierung der Partei-

arbeit und der Herausgabe der Zeitung geführt.

In der Ausgabe der UZ vom 23. August richtete die Finanzkommission der DKP einen dringenden Aufruf an alle Gliederungen der Partei, den drohenden wirtschaftlichen Kollaps des „wichtigsten Wertpapiers“ der Partei abzuwenden. Durch die große Spendenbereitschaft der Mitgliedschaft gelang es der Partei, die UZ im Jahr 2002 vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren.



Die internationalistische Ausrichtung der DKP spiegelt sich in der trotz anhaltender finanzieller Krise fortgesetzten Unterstützung von Solidaritätsprojekten mit dem sozialistischen Kuba wider. Ausdruck fand diese internationalistische Ausrichtung in der von der DKP unter dem Titel „Kapitalistische Globalisierung – Alternativen – Gegenbewegungen – Rolle der Kommunistin-

nen und Kommunisten“ organisierten internationalen Kongress Ende Juni in Berlin, bei dem Vertreter kommunistischer Parteien und Bewegungen aus 30 Ländern – darunter ein Vertreter aus Kuba – zusammenkamen.

Der 16. Parteitag, der vom 30. November bis 1. Dezember in Düsseldorf stattfand und Heinz STEHR als Parteivorsitzender bestätigte, brachte keine programmatische Neuorientierung. Insbesondere die Diskussion um ein neues Parteiprogramm wurde weitgehend vermieden. Ein tragfähiger Kompromiss zwischen der Mehrheit der Partei um STEHR, die wieder zu einer interventionsfähigen politischen Kraft werden will, und der vorwiegend von ehemaligen SED-Kadern dominierten Minderheit, die auch um den Preis der gesellschaftlichen Isolation die alte ideologische Identität der DKP zu wahren versucht, ist derzeit nicht in Sicht. Insbesondere die stalinistische Berliner Parteigliederung „Nord-Ost“, zu deren prominenten Mitgliedern auch der verstorbene Karl-Eduard von SCHNITZLER zählte, verfügt mit der von ihr gegründeten Zeitschrift RotFuchs über ein weit verbreitetes Sprachrohr für ihre dogmatischen Positionen. So wird in der September-Ausgabe die DDR als „größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse“ beschrieben. Aus der DKP-Bezirksorganisation Niedersachsen sind weiterhin Detlef FRICKE, Wolfgang TEUBER (beide Hannover) sowie Uwe FRITSCH (Braunschweig) im Vorstand vertreten.

Der ideologische und programmatische Richtungsstreit wird deutlich in einem in der linksextremistischen Monatsschrift Sozialistische Zeitung (SoZ) veröffentlichten Interview mit Heinz STEHR, in dem Abweichungen

von der „reinen Lehre“ des Marxismus/Leninismus erkennbar werden. So fordert STEHR Oppositionsmöglichkeiten im Sozialismus ein und spricht der Partei einen Alleinvertretungsanspruch ab. Die Partei sei kein Mittel zur Pflege von Traditionen, sie müsse Mittel zum praktischen Zweck sein. Die orthodoxe Minderheit in der Partei sieht jedoch in jedem Veränderungsprozess eine nicht akzeptable Abweichung vom Marxismus-Leninismus.

Ein Aufbrechen der programmatischen Erstarrung könnte nach Auffassung der Mehrheit die Attraktivität der Partei insbesondere bei Jüngeren erhöhen. Derzeit sind nur etwa 200 Mitglieder jünger als 30 Jahre. Rekrutierungsmöglichkeiten sieht die DKP in der Assoziation Marxistischer StudentInnen⁵⁴ (AMS) und in der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), die sie trotz formaler Unabhängigkeit als Jugendorganisationen der Partei betrachten.

Vertreter sowohl der SDAJ als auch der AMS sind im Parteivorstand vertreten und nahmen am Parteitag der DKP teil.

Einen thematischen Schwerpunkt der SDAJ im Jahr 2002 bildete das Aktionsfeld Anti-Militarismus. In einer Anfang des Jahres herausgegebenen Broschüre

konkretisiert sie ihre Forderungen nach der Auflösung von Bundeswehr und NATO. Militarismus und Krieg seien als Repressionsinstrument zur Aufrechterhaltung der bestehenden kapitalistischen Eigentumsverhältnisse und der Herrschaft der besitzenden Klasse Wesensmerkmale des Imperialismus und könnten nicht beseitigt werden, ohne das System insgesamt in Frage stellen. Die SDAJ propagiert insofern als Systemalternative den Sozialismus:

„Denn wenn wir gegen den Militarismus kämpfen, kämpfen wir gegen das wichtigste Machtinstrument der Herrschenden zur Durchsetzung ihrer Interessen nach innen und außen. Da der Krieg ein Ergebnis der grundlegenden Eigenschaften des Kapitalismus selbst ist, kann er nur in einer anderen Gesellschaftsordnung überwunden werden. Der Kampf gegen den Imperialismus ... muss daher der Kampf für den Sozialismus sein ...“.
(„Kriege der Zukunft – Zukunft ohne Kriege: Die Position der SDAJ gegen den Deutschen Militarismus“)

⁵⁴ Ziel der 1997 im Rahmen der studentischen Streikbewegung gegründeten Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) ist es, die „revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems“ mit dem „Kampf um konkrete Tagesforderungen“ zu verbinden. Sie sieht sich „in der Tradition der sozialistisch und marxistisch orientierten Studentenorganisationen der siebziger und achtziger Jahre“, u. a. des MSB Spartakus. Der AMS ist es bundesweit bisher erst an wenigen Hochschulstandorten gelungen, Strukturen zu etablieren. Der Wirkungsgrad der niedersächsischen Gruppen in Hannover und Göttingen ist gering.

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die bundesweit rund 2.000 Mitglieder starke MLPD mit Sitz in Gelsenkirchen verfügt in Niedersachsen nur über wenige Anhänger. Neben der Berufung auf Theorien von Marx, Engels und Lenin stützt sich die 1982 aus dem Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands hervorgegangene, sich als „echte Arbeiterpartei“ verstehende Organisation auf die Lehren von Stalin und Mao Tsetung. Die stalinistische Grundausrichtung der MLPD kommt darin zum Ausdruck, dass sie den 20. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956, auf dem Chruschtschow mit den Verbrechen Stalins abrechnete, als Verrat am Sozialismus und der DDR brandmarkte. Der Sozialismus in China wurde ihr zufolge nach dem Tod von Mao Tsetung zerstört.



Das unverändert schablonenhafte revolutionäre Fortschrittsdenken der vom Anspruch her elitären und damit sektiererischen MLPD verdeutlicht eine Resolution des Programmparteitags vom Dezember 1999, auf dem das bis heute gültige Parteiprogramm verabschiedet wurde:

„Auf dem Weg zum Sozialismus müssen viele neue qualitative Stufen im Klassenkampf erreicht werden: Der Übergang zur akut revolutionären Situation, der Übergang zur Partei der Massen und von der Partei der Massen zur revolutionären Massenpartei, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus, vom Sturz der Diktatur der Monopole zur Errichtung der Diktatur des Proletariats.“

Auf dem Weg zur Massenpartei strebt der Vorsitzende der MLPD, Stefan ENGEL, bis zum VII. Parteitag im Jahr 2003 einen erheblichen Mitgliederzuwachs an. Zwar bestehe durch die damit erweiterten Aufgaben die Gefahr einer Überforderung der Parteikader, gleichwohl sei eine intensive Schulung der Mitglieder auf der Basis der proletarischen Denkweise weiter erforderlich. In der Jugendarbeit⁵⁵ müsse man sich insbesondere gegen den Antiautoritarismus als Teil der kleinbürgerlichen Denkweise richten, der die Disziplin und Kampfkraft der Jugend lähme und Egoismus, Individualismus, zum Teil auch Vandalismus und Selbstzerstörung erzeuge. Ohne solche Erscheinungen zu bekämpfen,

⁵⁵ Der Jugendverband der Partei, REBELL, wurde 1992 aus den Vorläuferorganisationen „Arbeiterjugendverband / Marxisten-Leninisten“ und „Marxistisch-Leninistischer Schüler- und Studentenverband“ gegründet. REBELL unterhält die Kinderorganisation ROTFÜCHSE.

sei Jugendarbeit als Massentaktik des Parteaufbaus nicht möglich.

Ihre Orientierung auf die Arbeiterklasse und die „Volksmassen“ verdeutlichte die Partei in einem Aufruf zum Boykott der Wahlen zum Deutschen Bundestag. Darin verlieh sie auch ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Parlamentarismus Ausdruck:

„Es ist eine Lüge, dass die Massen mit dem Stimmzettel Einfluss darauf hätten, welche Politik gemacht wird. Mit solchen kleinbürgerlichen-parlamentarischen Illusionen soll das erwachende Klassenbewusstsein zersetzt werden. Aber: Wenn etwas die Welt verändern kann, dann nicht Wahlen, sondern nur der Kampf der Arbeiter und Volksmassen.“

(Rote Fahne, Wochenzeitung der MLPD, vom 26. 07.2002)

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kommunistische Kleinorganisationen beanspruchen seit jeher für ihre jeweilige Organisation, als legitime Avantgarde der Arbeiterklasse zu firmieren. In Niedersachsen ist als solche kommunistische Kleinorganisation lediglich die nach ihrem historischen Vorbild wieder gegründete Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit Sitz in Berlin aktiv. Bei der 1990 in Berlin gegründeten KPD handelt es sich erklärtermaßen nicht um eine direkte Nachfolgeorganisation der nach Ende des 2. Weltkrieges gegründeten und 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD. Vielmehr sieht sie sich in der Tradition der ursprünglich 1918 von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg begründeten, im Frühjahr 1933 von den Nationalsozialisten fak-

tisch aufgelösten und in die Illegalität gezwungenen KPD.

Die stalinistisch geprägte Partei, die bundesweit über wenige hundert Mitglieder – vorwiegend in den ostdeutschen Bundesländern – verfügt, sieht sich als einzige dazu berufen, die Reinheit der Lehre des Marxismus-Leninismus zu bewahren. Die KPD propagiert – wie ihr historisches Vorbild – die revolutionäre Überwindung des kapitalistischen Systems. Das elitäre und avantgardistische Selbstverständnis der Partei spiegelt sich in deren Programm wider:

„Im Kampf gegen die Konterrevolution, gegen Abweichungen vom Marxismus-Leninismus, gegen Parteischädlinge innerhalb der KPD, hat die Partei einen solchen politisch-ideologischen Reifegrad erreicht, der sie befähigt, als einzige Partei in Deutschland ein marxistisch-leninistisches Programm für einen längeren Kampfabschnitt der Arbeiterklasse ... gegen kapitalistische Ausbeutung und für den Sozialismus zu besitzen.“

Einem Beschluss ihres Parteitages vom Dezember 2001 folgend, betrieb die KPD im Jahr 2002 die Wiedergründung des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD). An der Seite der KPD wolle der sich an die gleichnamige Jugendorganisation der historischen KPD der 20er und 30er Jahre anlehrende Verband die „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten auf revolutionär-demokratischer Grundlage“ erstreiten. Publizistisch begleitet die Partei ihren Jugendverband mit der Herausgabe der Monatszeitung Der Jungkommunist. Deren Chefredakteur Achim CHURS – zugleich Mitglied des Zentralkomitees der Partei in der Funktion eines „Sekretärs für Agitation, Propaganda und Bildung“ – steht dem

mitgliederschwachen niedersächsischen Landesverband der KPD vor.

Die verfassungsfeindlichen Ziele der Partei offenbart CHURS in einer bereits 2001 verbreiteten Flugschrift, in der er formelhaft den einzigen Weg zum Kommunismus über den Sozialismus propagiert. Man habe erkannt, dass dieses Ziel, „für das Millionen starben und sterben, in dem Millionen bereits lebten und leben“, niemals über Parlamente, sondern nur durch die „revolutionäre Zerschlagung des herrschenden Monopol- und Finanzkapitals“ erreicht werden könne:

„Wir sind uns aber auch bewußt, ohne daß die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse hinter diesem Ziel steht und dafür kämpft, der Sozialismus und der Kommunismus, diese bessere Gesellschaft, eben nur ein Ziel bleibt. Nun, da diese Frage klar ist, gilt es, das Bewußtsein der Arbeiterklasse in ein revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln. Das ist unsere wichtigste Aufgabe im ein- und zwanzigsten Jahrhundert.“

Linksruck

Die Gruppierung Linksruck, eine der trotzkistischen Gruppen in der Bundesrepublik, strebt den Aufbau einer revolutionär-kommunistischen Partei unter Führung von Arbeiterräten an. Trotzismus ist eine nach dem russischen Kommunisten Leo Davidowitsch Bronstein, genannt Trotzki (1879-1940), benannte marxistische Strömung. Trotzki, nach Lenin einer der bedeutendsten bolschewistischen Funktionäre während der russischen Oktoberrevolution 1917, rang nach Lenins Tod um dessen Nachfolge, unterlag am Ende jedoch Stalin. Endziel der trotzkistischen Lehre

ist die Errichtung einer kommunistischen Gesellschaftsordnung. Die „Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates“, die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ sind demnach unabdingbare Voraussetzungen des Aufbaus des Sozialismus.

Der Trotzismus weicht vom orthodoxen Marxismus-Leninismus vor allem hinsichtlich der Revolutionstheorie und der Parteilehre ab. Charakteristisch ist auch die von trotzkistischen Gruppen zeitweise angewendete Taktik des „Entrismus“, der konspirativen Infiltration anderer Organisationen und Parteien durch trotzkistische Kader zum Zwecke der Desorganisation oder der Erlangung der Kontrolle. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des Trotzismus ist die Theorie der „Permanenten Revolution“, d.h. die sozialistische Revolution als permanenter Prozess unter Führung von Arbeiter- und Fabrikräten. Mit etwa 500 meist jüngeren Mitgliedern ist Linksruck weiterhin eine vergleichsweise mobilisierungsfähige Organisation im linksextremistischen Spektrum. Ihren Zuwachs an Mitgliedern seit Mitte der 90er Jahre verdankt Linksruck der erfolgreichen Werbung unter Jugendlichen. Die hierarchische Struktur der Organisation wird aufgrund ihres jugendlichen und vorgeblich basisdemokratischen Erscheinungsbildes kaum wahrgenommen. Tatsächlich schart sich eine große Zahl meist jüngerer Mitglieder um einen Kern länger dienender und professioneller Kader, die jüngere Mitglieder in ihrer politischen Arbeit anleiten. Von seinen Mitgliedern verlangt Linksruck eine vollständige Unterordnung unter die zentralistische Führung durch die Berliner Bundesleitung.

Langfristig ist es Linksruck jedoch bisher nicht gelungen, die Vielzahl der Interessenten an sich zu binden. Im Jahr

2002 hat die Organisation daher eine erhebliche Zahl an Mitgliedern verloren.

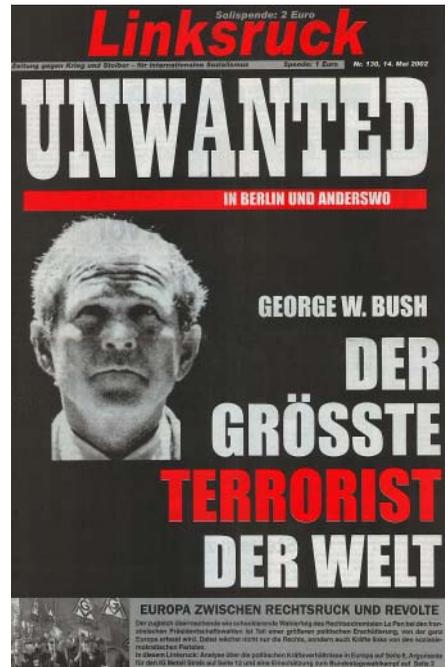
Linksruck wird als deutsche Sektion vom trotzkistischen Dachverband „International Socialist Tendency“ (IS)⁵⁶ mit Sitz in London gesteuert. In Niedersachsen ist Linksruck mit nur zwei Gruppen vertreten, Hannover bildet hierbei den Aktionsschwerpunkt der Gruppierung.

Allen Marxisten-Leninisten gemein ist das Streben nach einer Systemüberwindung mittels einer von der Arbeiterklasse getragenen Revolution. Ein Auszug aus den „Politischen Grundsätzen“, die Linksruck in jeder Ausgabe ihrer zweiwöchentlich erscheinenden Zeitung Linksruck veröffentlicht, verdeutlicht diese Bestrebungen:

„Der wirkliche Sozialismus wird nicht das Ergebnis von Parlamentsabstimmungen sein, sondern kann nur durch die selbstbewußte Aktion der Arbeiterklasse erreicht werden.“

Mit der Ablehnung der parlamentarischen Demokratie richtet sich Linksruck gegen maßgebliche Grundzüge der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.

⁵⁶ Die von Trotzki 1938 als Gegenbündnis zur stalinistischen (III.) „Kommunistischen Internationale“ gegründete „IV. Internationale“ sollte alle trotzkistisch ausgerichteten Marxisten vereinen. Sie konnte allerdings keine große politische Bedeutung gewinnen und zerfiel in viele rivalisierende Richtungen und Gruppen. Der hieraus als internationaler Zusammenschluss hervorgegangene Dachverband IS beansprucht – ebenso wie alle anderen Abspaltungen – der einzig legitime Sachwalter der Ideen Trotzki zu sein. Weltweit existieren weiterhin zahlreiche, oft verfeindete trotzkistische Dachverbände, von denen in der Bundesrepublik rund ein Dutzend mit eigenen nationalen Sektionen vertreten sind.



Von Stalins Modell der Errichtung des „Sozialismus in einem Land“, hebt sich Trotzki's Theorie von der „Permanente Revolution“ durch ihren ausgeprägten internationalistischen Charakter ab. Eine einmal begonnene Revolution müsse beständig auf nationalem und internationalem Gebiet bis zum weltweiten Sieg der Arbeiterklasse fortgesetzt werden. Auch diese Strategie kommt in den „Politischen Grundsätzen“ deutlich zum Ausdruck:

„Das Scheitern der russischen Revolution mit der Machtübernahme Stalins hat ebenfalls bewiesen, dass eine sozialistische Revolution nicht isoliert in einem Land erfolgreich sein kann. Der Kapitalismus ist ein internationales System, das nur international besiegt werden kann. Der Kampf findet darum nicht zwischen Ländergrenzen, sondern

zwischen Klassengrenzen statt. Darum unterstützen wir als Internationalisten Arbeiterkämpfe in aller Welt ebenso wie Bewegungen zur nationalen Befreiung unterdrückter Völker.“

Als Vertreter einer klassisch anti-imperialistischen Argumentationslinie bekennt sich Linksruck vorbehaltlos zum palästinensischen Befreiungskampf und kommentiert dementsprechend die aktuelle Entwicklung des Nahost-Konfliktes unter Ausblendung abweichender Stimmen aus den eigenen Reihen. In einer für die trotzkistische Organisation typischen vereinfachten Betrachtungsweise legitimiert sie in ihrer zentralen Zeitung Linksruck vom 25. Juni 2002 die palästinensischen Selbstmordattentate gegen Israel: Junge Palästinenser würden zu Selbstmordattentätern, weil sie ihr ganzes Leben gedemütigt und beraubt würden. Sie kämpften gegen die Besetzung ihres Landes, ihr Widerstand sei somit berechtigt. Viele Palästinenser zögen es vor, „mit Panzergranaten und Boden-Luft-Raketen die israelischen Mordinstrumente zu zerstören. Solange das nicht möglich ist, werden sie sich nur mit Terroranschlägen wehren können“. Mit dem Hinweis, dass es sich bei den Opfern der Anschläge zumeist um illegale Siedler und um Soldaten handele, relativiert Linksruck die Terrorakte in ihrer Unmenschlichkeit.

Linksruck verfügt über zwei Publikationen, das Magazin „Sozialismus von unten“ und die zweiwöchentlich erscheinende Zeitung „Linksruck“, der die Organisation eine besondere Bedeutung zumisst. Sie sei ein wesentliches Merkmal von Organisationen, die „Widerstand von unten“ aufbauen wollten. Die Ausweitung des Netzwerkes an Lesern und Verkäufern der Zeitung diene dazu, den Widerstand effektiver zu gestalten.

Protestanlässe spiegeln das gesamte Spektrum linksextremistischer Agitation wieder. Dabei greift Linksruck aktuelle, in der Gesellschaft diskutierte politische Themen auf. Die zentrale Leitung in Berlin stellt für die Propaganda und Agitation einheitlich argumentierendes – zumeist populistisch gehaltenes – Material zur Verfügung. Im Jahr 2002 gelang es Linksruck, die Agitation gegen kriegerische Auseinandersetzungen und Militäreinsätze in Krisenregionen – meist über einen längeren Zeitraum – kampagnenförmig zu inszenieren. So boten insbesondere die amerikanische Militärintervention in Afghanistan sowie der sich im Verlaufe des Jahres 2002 abzeichnende Intervention gegen den Irak geeignete Kampagnenfelder für die Organisation, die es ihr ermöglichten, in für Linksruck typischen anti-imperialistischen Interpretationsmustern den „US-Imperialismus“ zu brandmarken.

Mit dieser kampagnenförmigen Agitation versucht Linksruck Mitglieder zu werben und sich – im Gegensatz zu anderen trotzkistischen sektiererischen Zirkeln – zu einer Massenbewegung zu entwickeln. In einem im August 2002 veröffentlichten Thesenpapier („Thesen zur antikapitalistischen Bewegung“) gibt Linksruck im Zusammenhang mit der Propagierung einer Massenbewegung ein deutliches Bekenntnis zu militantem Widerstand ab:

„Vor Revolutionären liegen große Aufgaben. Wir wollen einen Angriff von Bush auf den Irak verhindern. ... Eine Massenbewegung gegen den Krieg kann Zehntausende zu einer radikalen antikapitalistischen Haltung führen und unsere Bewegung stärken. Klassenkämpfe unter den politischen Bedingungen einer politischen Krise können Sektionen der Arbeiterklasse an unsere Bewegung heranführen und so die Entwicklung eines militanten, antikapitalistischen Pols ... befördern.“

AUSLÄNDER- EXTREMISMUS

Einführung

Die mit dem Stichtag 31.12.2002 in Niedersachsen lebenden 479.312 Ausländer machen knapp 6,1 % der Gesamtbevölkerung aus. Damit liegt der durchschnittliche Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung in Niedersachsen unter dem der Bundesrepublik Deutschland mit 9 %. Mit der seit der Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erleichterten Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft bekundet eine zunehmende Anzahl von Ausländern den Willen, ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland anzusiedeln. Ein Wechsel der Staatsangehörigkeit beinhaltet allerdings häufig noch nicht den Abschluss der Integration. Hohe Arbeitslosigkeit und niedrige Ausbildungsquoten bei einzelnen Personengruppen ausländischer Herkunft bleiben ein Problem der gesellschaftlichen Eingliederung. Besonders extremistische Organisationen türkischer Herkunft wie die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) oder die Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine (ADÜTDF) versuchen mit ihren Aktivitäten sozial ungefestigte Jugendliche türkischer Herkunft zu erfassen. Diese Gruppierungen, die ihre jeweils spezielle Synthese islamistischer bzw. türkisch-nationalistischer Vorstellungen verbreiten, bieten Jugendlichen eine weltanschauliche Heimat, die von klarer Abgrenzung gegenüber denjenigen geprägt ist, die nicht zu ihrer Gemeinschaft gehören. Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wird eine Identifikation mit

traditionellen nationalistischen bzw. islamistischen Werten gegenübergestellt und somit die Integration einer beträchtlichen Bevölkerungsgruppe erschwert.

Ungeachtet der aus der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland herrührenden und eine Integration hemmenden Faktoren spiegeln sich im Bereich des Ausländerextremismus bisher noch hauptsächlich gesellschaftliche und politische Entwicklungen wider, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ihren Ursprung und Bezugspunkt finden. So reagieren die in der Bundesrepublik lebenden Türken oftmals unmittelbar auf politische Geschehnisse in der Türkei. Mit zahlreichen Protestkundgebungen wurde auch im Jahr 2002 auf die noch andauernden Hungerstreiks linksextremer Häftlinge geantwortet. Der Wahlsieg der islamistischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) wird die Entwicklung des in Deutschland hauptsächlich türkisch geprägten Islamismus beeinflussen. Dies betrifft ebenso den Bereich der extremen türkischen Nationalisten wie den des kurdischen KADEK/PKK. Die Regierungsbeteiligung der nicht mehr im Parlament vertretenen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) war bestimmend für das in den letzten Jahren moderate Auftreten der früher auch als „Graue Wölfe“ bezeichneten Nationalisten. Der KADEK/PKK sieht sich in seinen Erwartungen, zumindest indirekt im türkischen Parlament mitreden zu können, nach dem enttäuschenden Abschneiden des von ihm favorisierten Wahlbündnisses getäuscht. Weiterhin ist das Schicksal des inhaftierten Vorsitzenden Abdullah ÖCALAN ein Thema, mit dem der KADEK große Teile der in Deutschland lebenden Kurden zu emo-

tionalisieren vermag. Die Aktivitäten des KADEK/PKK in der Bundesrepublik Deutschland wären im übrigen ohne das ungelöste Kurdenproblem in der Türkei nicht denkbar.

Die Aktivitäten der einzelnen Gruppen werden vor allem von taktischen Erwägungen bestimmt. So finanzieren die Liberation Tigers of Tamil Eelam / Befreiungstiger (LTTE) ihren Kampf in Sri Lanka hauptsächlich durch Zuwendungen der in Europa, Australien und Nordamerika lebenden tamilischen Diaspora. Dass diese logistische Basis nicht durch ein militantes Auftreten gefährdet wird, darf nicht über die auf Sri Lanka demonstrierte Menschenverachtung der „Befreiungstiger“ bei ihren Aktivitäten hinwegtäuschen.

Neben der LTTE betrachten auch andere Organisationen Deutschland in erster Linie als logistisches Hinterland und treten hier aus taktischen Gründen nicht gewalttätig in Erscheinung, während sie sich in ihren Heimatländern militanter und terroristischer Methoden bedienen. Diese Aktivitäten erfüllen allerdings schon ausreichend die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden. Hierzu zählen in erster Linie die islamistische Hizb Allah, die die bestimmende Kraft im Süden des Libanon darstellt, und die vom Irak aus operierenden iranischen Volksmodjahedin (MEK). Versprechen sich einzelne Organisationen, wie in der Vergangenheit etwa durch die PKK demonstriert, eine politische Unterstützung seitens gesellschaftlicher oder politischer Gruppen, so führt dies in aller Regel ebenfalls zu einem minderen Maß an Militanz im Auftreten in Deutschland.

Im Gefolge der Anschläge von New York und Washington wurde die inter-

nationale Zusammenarbeit gegen den grenzüberschreitenden Terrorismus intensiviert. Die mehrfach überarbeitete EU-Liste terroristischer Organisationen und Personen trägt diesem Umstand Rechnung. Dabei finden auf ihr nicht nur islamistische Gruppierungen Erwähnung. Im Laufe des Jahres wurden unter anderem die linksextreme Devrimci Halk Kurtulus Partisi – Cephesi (DHKP-C), die PKK und die iranische Modjahedin-e Khalq (MEK) aufgenommen. Tatsächlich wäre es eine Verengung der sicherheitspolitischen Dimension, würde die Diskussion ausschließlich mit Blick auf den Islamismus geführt. So verüben nicht nur islamistische Attentäter Selbstmordanschläge, vielmehr wurde dies bei Aktionen der marxistisch-nationalistischen und aus einem hinduistischen Milieu stammenden LTTE in beträchtlichem Umfang praktiziert. Selbst die linksextreme DHKP-C griff in der Türkei vereinzelt zu diesem Mittel. Auch eine der Öffentlichkeit kaum bekannte betont anti-islamistische Gruppierung kann den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland beträchtlichen Schaden zufügen. So führt die in Deutschland auf etwa 300 Aktivisten geschätzte Arbeiterkommunistische Partei Iran (API) regelmäßig Protestaktionen gegen die Islamische Republik Iran durch, so im Berichtsjahr am 24. und 25. Oktober gegen Vertreter des iranischen Kulturministeriums in der niedersächsischen Evangelischen Akademie Loccum. Anfang April 2000 stürten ca. 120 API-Anhänger eine von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin durchgeführte Diskussion mit iranischen Reformpolitikern und Intellektuellen. Aufnahmen dieser tumultartigen und mit dem islamischen Sittlichkeitsempfinden nicht zu vereinbarenden Vorkomm-

nisse wurden daraufhin von den reformfeindlichen Gruppen innerhalb des iranischen Sicherheitsapparates in ihrer Auseinandersetzung gegen liberal gesinnte Kräfte im Iran instrumentalisiert.

Das Jahr 2002 stand im Schatten der bislang schwersten islamistischen Terrorkampagne, der Anschläge auf New York und Washington vom 11. September 2001. Vielfach traten islamistische Organisationen nach diesen Ereignissen im Vergleich zu früheren Jahren deutlich zurückhaltender auf. Die Maßnahmen der Anti-Terrorkoalition gegen das islamistische Talibanregime in Afghanistan und die sich weiter zuspitzenden Krisen um den Irak bzw. das Palästinensische Autonomiegebiet boten zugleich verschiedenen extremistischen Gruppierungen Gelegenheit, sich durch einen radikalen Antiamerikanismus und Antizionismus zu profilieren und nach bislang undenkbareren Bündnispartnern Ausschau zu halten. So nahm eine erstaunte Öffentlichkeit von Kontakten zwischen der einen weltweiten Kalifatsstaat anstrebenden Islamischen Befreiungspartei und der rechtsextremistischen NPD Kenntnis. Auch die linksextreme türkische DHKP-C artikuliert ihre Forderung nach einem globalen Bündnis gegen das „amerikanische Imperium“ unter Einschluss islamistischer Fraktionen.

Trotz leicht rückläufiger Mitgliederzahlen⁵⁷ extremistischer Ausländeror-

ganisationen ist insgesamt eine Konsolidierung festzustellen. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Zahl der Mitglieder und Anhänger in Gruppierungen des Ausländerextremismus auf rd 0,8 % der in Deutschland ansässigen ausländischen Wohnbevölkerung von den Verfassungsschutzbehörden geschätzt wird.

Islamistisch-extremistische Bestrebungen

Spätestens seit den Anschlägen vom 11. September 2001 gilt der Islamismus als die gravierendste sicherheitspolitische Herausforderung der westlichen Welt. Im Zuge der Maßnahmen der internationalen Anti-Terrorkoalition konnten verschiedene Erfolge erzielt werden, so die Beendigung des den internationalen Terrorismus unterstützenden afghanischen Talibanregimes. Dennoch wurden auch 2002 wieder schwere Anschläge gegen Zivilisten verübt. Bei einer Explosion vor einer Synagoge auf der tunesischen Ferieninsel Djerba am 11. April starben 21 Personen, darunter 14 deutsche Touristen. Durch einen Anschlag auf der indonesischen Insel Bali wurden am 13. Oktober fast 200 Menschen, überwiegend australische Urlauber, aber auch sechs Deutsche, getötet. Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Hotel in Mombasa (Kenia) am 28. November wurden 16 Personen getötet, darunter drei Touristen aus Israel. Kurz zuvor hatten zwei Raketen ein israelisches Passagierflugzeug verfehlt, das auf dem Flughafen von Mombasa startete.

Obwohl in den letzten Jahren eine deutliche Sensibilisierung der Gesellschaft zu verzeichnen ist, wird in der öffentlichen Diskussion nicht immer eindeutig zwischen dem Islam als

⁵⁷ Die Zahlenangaben im Abschnitt Ausländerextremismus sind zum Teil geschätzt und gerundet. Eine dem deutschen Vereinsrecht entsprechende Organisation ist in diesem Bereich in der Regel nicht gegeben. Daher ist eine exakte Schätzung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden, so dass die Angabe zum Mitgliederpotenzial eine Schätzung der aktiven Anhänger einschließt.

Religion, dem Islamismus als politischer Ideologie insbesondere in islamischen Gesellschaften und den von den Verfassungsschutzbehörden in der Bundesrepublik Deutschland beobachteten Bestrebungen des islamistischen Extremismus und Terrorismus unterschieden. Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung“ auf islamische Werte und Inhalte (Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld sind vielmehr die islamistischen Organisationen, die islamistische Inhalte zu einer politischen Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland auch politisch bestimmte Aktivitäten entfalten. Diese Form des Islamismus unterfällt dem Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, wenn und soweit von ihr politisch bestimmte Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Gedanken der Völkerverständigung und/oder das friedliche Zusammenleben der Völker ausgehen oder wenn von ihnen Bestrebungen ausgehen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Die Träger dieser Bestrebungen werden zur Abgrenzung als islamistische Extremisten bezeichnet.

Der Islam verkündet in Grundzügen die gleiche Botschaft von dem einen Gott wie Christentum und Judentum. Zwei geistige Quellen sind für den Muslim von höchster Bedeutung. Der Koran als das offenbarte Wort Gottes und die Sunna des Propheten, das heißt das Vorbild Muhammads in seinen Taten und Aussagen. Gerade

das Vorbild des Propheten Muhammad zeigt aber im Vergleich zu den in Westeuropa praktizierten Formen des christlichen Protestantismus und Katholizismus den „politischeren“ Gehalt des Islam. Muhammad stiftete als letzter Prophet nicht nur eine neue Weltreligion, sondern er war auch ein politischer Mensch, der einen Staat aufbaute und sogar in den Krieg zog. Das von allen Muslimen akzeptierte Vorbild des Propheten aufgreifend, versuchen Islamisten seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts den Islam zu einer politischen Ideologie oder Weltanschauung zu instrumentalisieren.

Galt die Zeit zwischen dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg vielerorts als „liberale Ära“, so verbreiteten sich in den fünfziger und sechziger Jahren Formen eines „arabischen“ Sozialismus und Nationalismus. Das Jahr 1967 stellt in dieser Entwicklung eine traumatische Wendemarke dar, als es Israel innerhalb weniger Tage gelang, die hochgerüsteten arabischen Armeen vernichtend zu schlagen. Nun fiel es Islamisten leicht, alle Versuche, eine Form gesellschaftlicher Modernität nach europäischem Vorbild in der islamisch-arabischen Welt umzusetzen, als letztendlich nutzlos und endgültig gescheitert zu denunzieren. Dabei war die ideologische Vorarbeit bereits geleistet. Verschiedene islamistische Vordenker, allen voran der Ägypter Sayyid Qutb, radikalisierten bereits vorhandene Vorstellungen über den Islam als politische Ideologie. Dem am 29. August 1966 in Kairo hingerichteten Qutb, der aufgrund eines längeren USA-Aufenthaltes über eine genaue Kenntnis der westlichen Welt verfügte, gelang es einer einfachen Schwarz-Weiß-Argumentation (Recht-Unrecht, Glaube-Unglaube, Islam-Tyrannie)

seine Ideologie auch der Bevölkerung zu vermitteln. Im Koran vorkommende Begriffe wie etwa Jahiliyya, die Bezeichnung für die „Zeit der Unwissenheit“ vor Verkündigung des Islam, wurden nun ideologisch aufgeladen. Die Jahiliyya ist nach Qutb:

„...keine geschichtliche Epoche, sondern ein Zustand, der existiert, sobald seine gestaltgebenden Faktoren innerhalb einer Ordnung oder eines Systems existieren. Der Kernpunkt dieser Faktoren liegt in der Übertragung der Herrschaft und der Gesetzgebung auf die Willkür der Menschen, anstatt auf Gott und seine Gesetze (Scharia). Dabei ist es gleichgültig, ob diese Willkür die Willkür eines einzelnen, die Willkür einer Klasse, die Willkür einer gesellschaftlichen Gemeinschaft oder eines ganzen Volkes ist. All diese Formen von Willkür bleiben Willkür, solange ihre Urheber nicht zur Scharia Gottes zurückkehren.“

(Kogelmann, Franz: Die Islamisten Ägyptens in der Regierungszeit von Anwar as-Sadat)

Nicht allein der als dekadent karikierte Westen muss demnach als ungläubig betrachtet werden, vielmehr verharren auch islamische Gesellschaften und Staaten nach Qutb im Zustand der Jahiliyya, da in ihnen weiterhin Herrschaft und Gesetzgebung auf der Willkür des Menschen gründet, statt zur Scharia Gottes als Basis der Gerechtigkeit zurückkehren. Der Islam wird somit politisch gewendet und als „Befreiungstheologie“ verstanden, die den einzigen möglichen Ausweg aus dem Zustand der Korruption und Unterdrückung biete.

Die zentrale Bedeutung von Begriffen wie Gerechtigkeit und Willkür im Werk Qutbs ist vor allem durch die zeit-

bedingte Auseinandersetzung mit sozialistischen und kommunistischen Strömungen bedingt. „Klassische“ Themen wie die Kalifatsfrage⁵⁸ traten dagegen zurück. Erst in den letzten Jahren ist dieses Motiv wieder Gegenstand islamistischer Diskussionszirkel geworden. Dies ist weniger unbedeutenden Randgruppen wie dem in Deutschland seit 2001 verbotenen Kalifatsstaat geschuldet, als vielmehr der verstärkten Aktivität eines abgeschotteten, heimlich agierenden internationalen Netzwerkes, der Islamischen Befreiungspartei (Hizb ut-Tahrir al-Islami, HuT). Diese Anfang der fünfziger Jahre im damaligen jordanischen Ost-Jerusalem von Scheich Taqi ad-Din an-Nabhani (1904-1978) gegründete Gruppierung betrachtet die Machtergreifung mittels Staatsstreich als Alternative zu der in ihren Augen gescheiterten Strategie der Muslimbrüder, sich primär in der Gesellschaft eine Basis zu schaffen. Ihre Gefährlichkeit unterstrich sie bereits in den siebziger und achtziger Jahren durch verschiedene Militärputsche in der arabischen Welt, die allerdings erfolglos verliefen.

An-Nabhani war bis zur Gründung des Staates Israel an einem Scharia-Gerichtshof in Haifa tätig und sympathisierte als Vertreter des traditionellen islamischen Gelehrtenstandes ursprünglich dem Gedankengut der Muslimbruderschaft. Sein „System des Islam“ nimmt formale Anleihen bei modernen staatsrechtlichen Ideen des Westens (Staatsbürgerschaft, Verfassung etc.), füllt diese aber mit einem rigide verstan-

⁵⁸ Der türkische Staatsgründer Kemal Atatürk schaffte 1924 das osmanische Kalifat ab, wodurch die Muslime diejenige Institution verloren, welche die Einheit der Gläubigen am deutlichsten symbolisierte.

denen islamischen Inhalt, der sich zum Teil wortwörtlich an mittelalterliche Kalifatstheorien anlehnt, wie sie etwa im 11. Jahrhundert der Bagdader Gelehrte al-Mawardi in seinen „Bestimmungen der Machtausübung“ formuliert hat. So legte die Befreiungspartei einen Verfassungsentwurf vor, dem etwa im Bereich der Außenpolitik die klassische Einteilung der Welt in ein „Haus des Islam“ und ein „Haus des Unglaubens/Krieges“ zugrunde liegt. Im Artikel 178 heißt es:

„Im Blick auf jene Staaten, die nach der Scharia faktische Feindstaaten darstellen, wie zum Beispiel Israel, muss der Kriegszustand die Grundlage für jegliches politisches Handeln bilden. Der Verkehr mit diesen Staaten erfolgt auf der Grundlage, dass sie mit uns aktuell im Krieg stehen, einerlei, ob mit ihnen ein Waffenstillstandsabkommen besteht. Allen Bürgern dieser Staaten ist die Einreise in das islamische Land verboten. Soweit sie Nicht-Muslime sind, gelten sie als vogelfrei.“

Dieser Entwurf soll nach Vorstellungen an-Nabhanis einmal der Verfassung eines wiedererrichteten Kalifats als Grundlage dienen. Bundesweit in die Schlagzeilen kam diese Organisation aufgrund einer Veranstaltung am 27. Oktober an der Technischen Universität Berlin. Aus den Reihen des Publikums meldete sich der NPD-Vorsitzende Udo VOIGT – anwesend war auch Rechtsanwalt Horst MAHLER – zu Wort und bekundete seine Zustimmung zu den Thesen des HuT-Funktionärs Shaker ASSEM über den Irakkonflikt.

Mit Verfügung vom 10. Januar 2003 hat das Bundesinnenministerium die Betätigung der Islamischen Befreiungspartei in der Bundesrepublik Deutschland verboten. Vom Verbot umfasst

sind auch Produktion und Verbreitung der der Befreiungspartei zuzurechnenden deutschsprachigen Zeitschrift „Explizit“ einschließlich der entsprechenden Internetseite.

Arabische Mudjahedin

Zentrales Ereignis jenseits aller theoretischen Diskurse zu sozialen oder staatsrechtlichen Fragen stellte für die islamistische Bewegung die sowjetische Besetzung Afghanistans im Jahre 1979 dar. Hier erst entwickelte sich aus der politischen, mitunter durchaus gewaltvollen Strömung des Islamismus ein qualitativ neues Phänomen, das den Dschihad, den heiligen Krieg gegen Ungläubige zur zwingenden Glaubenspflicht erklärte. Der jordanische Muslimbruder, Professor für Islamisches Recht und Mentor Usama BIN LADINs, Abdallah AZZAM, sollte die Schlüsselfigur für dieses neue Dschihadverständnis der ins Land strömenden „arabischen Afghanen“ werden. AZZAM, der sich selbst nach Pakistan begab, stellte in seiner bekanntesten Schrift „Die Verteidigung des Landes der Muslime ist die wichtigste der individuellen Pflichten“ den Dschihad in Afghanistan als Verteidigungskrieg dar, der zur „individuellen Pflicht“ eines jeden Muslim werde. Damit wandte er sich gegen all jene, die diesen Kampf nur als „kollektive Pflicht“ betrachteten und die Verantwortung auf die Herrschenden abzuwälzen gedachten. Alle Gläubigen müssten den Kampf in Afghanistan sowohl finanziell wie mit dem Einsatz ihres eigenen Lebens unterstützen, wollten sie sich nicht einer schweren Sünde schuldig machen. Dabei blickte AZZAM nicht bloß auf Afghanistan: „Diese Pflicht erlischt nicht mit dem Sieg in Afghanistan, und der

Dschihad bleibt eine individuelle Verpflichtung, bis jedes andere Land, das muslimisch war, an uns zurückfällt, damit dort wieder der Islam regiert: Vor uns liegen Palästina, Buchara, der Libanon, der Tschad, Eritrea, Somalia, die Philippinen, Birma, der Südjemen und andere, Taschkent, Andalusien ... Unsere jetzige Präsenz in Afghanistan, mit dem wir ein Gebot des Dschihad erfüllen und unserer Pflicht zum Kampf nachkommen, bedeutet nicht, dass wir Palästina vergessen haben. Palästina ist unser schlagendes Herz, es kommt in unserem Geist, unserem Herzen, unseren Gefühlen, unserem Glauben vor Afghanistan.“

(Kepel, Gilles: Das Schwarzbuch des Dschihad, München, S. 184)

Mit finanzieller Unterstützung Usama BIN LADINs errichtete der 1989 durch ein Attentat umgekommene AZZAM 1984 eine Art Dienstleistungsbüro in der pakistanischen Stadt Peshawar für die nach Afghanistan ziehenden Glaubenskämpfer. In den Ausbildungslagern dürften in den 80er und 90er Jahren mindestens 35.000 Mudjahedin⁵⁹ eine militärische Ausbildung erfahren haben. Durch eine erhebliche Fluktuation zwischen den afghanischen Lagern und den jeweiligen Heimatländern der Angehörigen dieser „islamistischen Internationale“ entstand ein informelles Netzwerk, das seine Funktionsfähigkeit bei der erfolgreichen Flucht des größten Teils der al-Qaida-

Führer um BIN LADIN aus Afghanistan unter Beweis stellen konnte. Al-Qaida selbst bildet nur einen Teil dieses Netzwerkes, dem sowohl Einzelpersonen wie auch Organisationen wie die algerische GSPC (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf), die Libysche Kämpfende Islamische Gruppe oder der ägyptische Dschihad Islami angehören. Dies sind Gruppierungen, von denen sich allenfalls Einzelmitglieder in Deutschland aufhalten. Ebenso liegen keine Erkenntnisse über al-Qaida-Strukturen in Niedersachsen oder hier ansässige Mitglieder dieser Organisation vor. Auch über das Bestehen autonomer Kleingruppen ehemaliger islamistischer Afghanistan-Kämpfer (so genannte non-aligned Mudjahedin) in der Bundesrepublik Deutschland liegen den Verfassungsschutzbehörden bisher keine Erkenntnisse vor.

Der Islam und der Westen

Aufgrund der Einwanderungsentwicklung der Bundesrepublik zeigt der Islam in Deutschland ein hauptsächlich türkisches Gesicht. Dementsprechend finden die Entwicklungen des türkischen Islamismus in den letzten Jahrzehnten ihren Widerhall in der türkischstämmigen Bevölkerung Deutschlands. Der besonders militant auftretende Kalifatsstaat war sogar hauptsächlich ein Phänomen der Bundesrepublik und einiger Nachbarländer. Die Bedeutungszunahme des Islamismus in der Türkei spiegelte sich u. a. in der Entwicklung der Islamischen Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG); die nationalistisch-islamische Ausrichtung der ehemaligen Regierungspartei MHP (Partei der Nationalistischen Bewe-

⁵⁹ Singular: Mudjahid, im wörtlichen Sinn derjenige, der den Dschihad betreibt. Hierbei ist zu beachten, dass Dschihad auch „Anstrengung“, „Bemühung“ in Hinsicht auf ein moralisches Verhalten bedeuten kann. Diese Interpretation herrscht bei der überwiegenden Zahl der Muslime vor.

gung) fand in Deutschland ihre Entsprechung in der „Föderation der Demokratischen Idealistischen Türkischen Vereine in Europa“ (ADÜTDF).

In den letzten Jahren war insgesamt ein Differenzierungsprozess zu beobachten. Die MHP vertrat ihre eigenständige nationalistische Variante der so genannten Türkisch-Islamischen Synthese, während die immer wieder verbotenen „Partei-Projekte“ des Islamisten Professor Necmettin ERBAKAN (wie Fazilet Partisi und Refah Partisi) deutlichen Bezug auf den staatstragenden Islam nahmen, wie er während des Osmanischen Reiches vorherrschte. Die traditionell in der türkisch-osmanischen Gesellschaft verankerten islamischen Orden mit ihrer zum Teil mystischen Ausrichtung konnten trotz der bis in die jüngste Zeit anhaltenden staatlichen Repression überleben und erfahren sowohl in Deutschland als auch in der Türkei einen verstärkten Zulauf. Mit dem Erfolg der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) in den türkischen Parlamentswahlen vom 3. November 2002 hat ein bedeutender Umbruch innerhalb des politischen Koordinatensystems der Türkischen Republik einen vorläufigen Höhepunkt gefunden, der die türkische Gemeinschaft in Deutschland kaum unberührt lassen dürfte. Dies wird vor allem die IGMG betreffen, die bisher die von Necmettin ERBAKAN maßgeblich beeinflusste Glückseligkeitspartei (SP) nachdrücklich unterstützte. Die SP erlitt eine deutliche Wahlniederlage.

Die Begegnung von Islam und westlich orientierter Moderne ist ein dynamischer Prozess, der nicht nur autoritäre Muster hervorbringt. Das Gespräch über Themen wie Menschenrechte, Stellung der Frau und Demokratie gewinnt zusehends an Bedeutung. In

der Islamischen Republik Iran melden sich Kritiker der bestehenden Verhältnisse unüberhörbar zu Wort und fordern eine liberale Interpretation der Schriften. Aber auch in der sunnitischen Welt werden die Stimmen, die sich der islamistischen Koranauslegung widersetzen, lauter. So will der Großmufti der Region Marseille, Soheib Bensheikh, den Islam zu seiner alten philosophischen Größe zurückfinden lassen. Dazu müsse die Offenheit bestehen, den Koran in jeder Epoche neu zu interpretieren. Diese Ansicht vertritt ebenso Yasar Nuri Öztürk, der Dekan der theologischen Fakultät der Universität Istanbul. Über die Türkei hinaus ist sein Wirken auch innerhalb der türkischen Gemeinde Deutschlands festzustellen. Der in den Niederlanden lehrende ägyptische Literaturwissenschaftler Nasr Hamid Abu Zaid veröffentlichte zahlreiche wissenschaftliche Werke, die sich mit einer zeitgenössischen Interpretation des Koran unter Anwendung linguistischer Methoden beschäftigen. In seinem 1992 erschienenen Buch „Islam und Politik – Kritik des religiösen Diskurses“ setzt er sich mit der dominierenden Theologie der sunnitisch-islamischen Welt auseinander und fordert eine kritische Neubestimmung muslimischer Positionen. Diese und andere Denker zeigen, dass sich der Islam nicht zwangsläufig in Richtung einer totalitären Ideologie entwickeln muss, sondern dass das reiche Erbe einer weit mehr als tausendjährigen Kultur genug Potenzial bietet, um einen demokratischen Gegenentwurf zum Islamismus gestalten zu können.

Als Gesprächsangebot kann auch – mit grundsätzlichen Einschränkungen – die vom Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) am 20. Februar veröffentlichte Grundsatzklärung unter

dem Titel „Islamische Charta“ gewertet werden. Trotz des „Bekennnisses“ des ZMD zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung fand das Papier insgesamt aber eine eher skeptische Aufnahme in der deutschen Öffentlichkeit. Das könnte daran liegen, dass die Charta zur Verpflichtung der Muslime auf das islamische Recht oder zum islamischen Menschenrechtsverständnis, aber auch zum Verhältnis der Integra-

tion und „islamischer Identität“ mehr Fragen aufwirft als akzeptable Standpunkte im Sinne der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorgelegt hat. Auch die Mitgliedsstruktur des ZMD, der etwas über 20.000 Mitglieder vertritt und verschiedene der Muslimbruderschaft zuzurechnende Vereine, wie die Islamischen Zentren Aachen und München, unter seinem Dach beherbergt, wirft Fragen auf.

Muslimbruderschaft (MB)

Sitz in Deutschland:	München / Aachen	
Mitglieder ⁶⁰	2001	2002
Bund:	1.800	1.850
Niedersachsen:	115	115
Publikationen:	Al Ra'id (Der Kundschafter) Sawt Almanya (Stimme Deutschlands)	

Die nach eigenen Angaben in über 70 Ländern vertretene „Gemeinschaft der Muslimbrüder“ (Jama'at al-Ikwan al-Muslimin) wird je nach politischem Standpunkt als „Mutter des muslimischen Fundamentalismus“ oder als „Wegbereiter der islamischen Demokratie“ bezeichnet. Tatsächlich ist der politische Islam als politische Ideologie im 20. und beginnenden 21. Jahrhundert ohne die organisatorische und theoretische Vorarbeit der Muslimbrüder nicht erklärbar. Gleichzeitig spiegelt die Bruderschaft in ihrer Entste-

hung und Geschichte das bis auf den heutigen Tag angespannte Verhältnis zwischen westlichen und islamischen Gesellschaften wider.

Die kolonialistische Dominanz Europas gegenüber der islamischen Welt erreichte mit dem Ende des ersten Weltkrieges ihren Höhepunkt. Die Muslime sahen sich um die von Briten und Franzosen als Gegenleistung für ihre Waffendienste versprochene Errichtung eines arabischen Reiches betrogen. Stattdessen sicherten sich die Kolonialmächte die arabischen Gebiete des untergegangenen Osmanischen Reiches als Einflussphären. Auch das Kalifat als Symbol der Zusammengehörigkeit aller Muslime wurde 1924 von

⁶⁰ Mitgliederzahlen der MB einschließlich IGD und Islamische Avantgardisten.

dem westlich-laizistischen Vorstellungen folgenden türkischen Staatsgründer Kemal Atatürk abgeschafft.

In dieser als Demütigung empfundenen Krise der islamischen Welt gründete der ägyptische Grundschullehrer Hasan al-Banna (1906-1949) im Jahre 1928 die „Gemeinschaft der Muslimbrüder“ als eine Organisation, die religiöse Erneuerung als Voraussetzung für ein Anknüpfen an vergangene muslimische Größe propagierte. Kern dieser religiösen Erneuerung sollte die Orientierung am Islam der „frommen Altvorderen“ (as-salaf as-salih), d.h. am Vorbild des Propheten Muhammad und seiner Gefährten, sein. Erst mit dieser „salafistischen“ Ausrichtung auf das Ideal des „reinen Islams“ könne als Voraussetzung für die Überwindung der kolonialistischen Erniedrigung ein „islamisches System“ (nizam islami) errichtet werden.

Al-Banna propagierte eine integristische, d. h. alle gesellschaftlichen Bereiche erfassende Ausrichtung. Durch die Orientierung auf das Vorbild des Propheten Muhammad sei die Bruderschaft gleichzeitig eine „politische Organisation“, eine „der körperlichen Ertüchtigung dienende Gruppe“, ein „kultureller und wissenschaftlicher Verband“, eine „soziale Idee“ und sogar ein „Wirtschaftsunternehmen“. Dementsprechend lautete der Wahlspruch der Muslimbrüder:

„Gott ist unser Ziel, der Prophet unser Führer, der Koran unsere Verfassung und der Kampf unser Weg. Der Tod um Gottes willen ist unsere höchste Gnade. Gott ist groß.“

Mit dieser universalen Ausrichtung war die Muslimbruderschaft vorbildhaft für den sunnitischen Islamismus des 20. Jahrhunderts. Dennoch erwies sich das „Vorbild der Altvorderen“

als alleiniges geistiges Fundament des politischen Kampfes nicht als ausreichend. Al-Banna hielt die Bruderschaft kraft seiner charismatischen Persönlichkeit zusammen. Nach seiner Ermordung 1949 verlor die Bruderschaft auch wegen ihres fehlenden theoretischen Gerüsts gegen die nationalistischen und sozialistischen „Freien Offiziere“ unter General Nasser den innerägyptischen Machtkampf. Obwohl im Gefolge der nun einsetzenden nasseristischen Unterdrückung mit Sayyid Qutb einer der bedeutendsten islamistischen Theoretiker aus den Reihen der Muslimbruderschaft hervortrat, verweist er bereits auf eine über die Muslimbruderschaft hinausreichende Entwicklungsstufe des Islamismus.

Bis heute dominiert die „alte Garde“ aus dem Umfeld al-Bannas die Bruderschaft. Dies wurde im November 2002 erneut deutlich, als nach dem Tode Mustafa Mashhurs dessen bisheriger 81-jähriger Stellvertreter Mamun al-Hudaibi zum „Allgemeinen Führer“ (Murshid Amm)⁶¹ der MB ernannt wurde.

Von Anbeginn an hatten die Muslimbrüder ein durchaus ambivalentes Verhältnis zur ägyptischen Staatsmacht. Während sich im Zuge der nasseristischen Verfolgungen ein Teil zunehmend radikalisierte und offen den Weg der Gewalt beschritt, fand der modera-

⁶¹ Der der Tradition mystischer Orden entstammende Titel bezeichnet einen spirituellen Meister. Der auf Lebenszeit gewählte „Allgemeine Führer“ verkörpert die oberste politische und spirituelle Leitung in einer Person, der sich die Mitglieder im Gehorsamsschwur unterworfen haben. So ähnelt die Stellung des „Allgemeinen Führers“ innerhalb der Gemeinschaft dem traditionellen Status des Kalifen in der muslimischen Umma, der Gemeinde Muhammads.

te Flügel einen modus vivendi mit dem ägyptischen Staat.

Der zur Gewalt nicht bereite Mehrheitsflügel der Muslimbruderschaft wurde vom ägyptischen Staat zur Niederhaltung linker politischer Strömungen, aber auch zur Kontrolle islamistisch-gewalttätigen Eiferertums instrumentalisiert. Im Gegenzug durfte die Muslimbruderschaft im Verband mit der konservativen al-Azhar-Hochschule innerhalb der ägyptischen Gesellschaft islamische Auffassungen propagieren. Das angestrebte Endziel ist die friedliche Umgestaltung Ägyptens in ein politisches System, in dem islamisches Recht angewandt wird. Dies soll erreicht werden durch die Ausrichtung des Erziehungssystems an islamischen Inhalten, durch die Kontrolle von Berufsverbänden, über taktische Bündnisse mit anderen politischen Organisationen, aber auch durch die Bekämpfung „unsittlicher“ Inhalte in den Medien.

Auch innerhalb der palästinensischen Gesellschaft verfolgten die Muslimbrüder jahrzehntelang das Ziel einer Islamisierung durch erzieherische, soziale und kulturelle Maßnahmen. Besonderen Stellenwert für das muslimische Bewusstsein gewinnt Palästina durch Jerusalem, den Ort, von dem aus der Prophet Muhammad seine geheimnisvolle Himmelsreise angetreten haben soll. In Richtung Jerusalem verneigten sich die frühen Muslime, bevor die Gebetsrichtung endgültig gen Mekka festgelegt wurde.

Trotz dieses besonderen religiösen Aspekts war der gewaltbereite palästinensische Widerstand gegen Israel bis 1987 überwiegend nationalistisch und säkular ausgerichtet. Erst mit Beginn der (ersten) Intifada im Jahr 1987 meldete sich eine Islamische Widerstands-

bewegung (Harakat al-Muqawama al-Islamiya, HAMAS)⁶² zu Wort. HAMAS sieht die eigenen Wurzeln zugleich in der Muslimbruderschaft als auch bei einer islamischen Widerstandsgruppe der dreißiger Jahre⁶³. Mit der einsetzenden ideologischen Verschiebung von der nationalistisch-säkularen hin zur islamistischen Motivation des bewaffneten Kampfes geht eine veränderte Wahrnehmung des Gegners einher. So unterschieden die unter dem Dach der PLO vertretenen palästinensischen Nationalisten unterschiedlicher Couleur durchaus zwischen der politischen Bewegung des Zionismus und der Religion des Judentums. Dagegen geht die HAMAS in einer 1988 veröffentlichten Charta von einer mit Koranzitaten vermeintlich belegten grundsätzlichen Feindschaft der Juden gegenüber dem Islam aus. In der gleichen Charta wird als weiterer „Beweis“ für die Mächenschaften des Judentums die nachgewiesenermaßen gefälschten antisemitischen „Protokolle der Weisen von Zion“ herangezogen. In Artikel 35 der Charta wird der Dschihad für die Befreiung Palästinas zur Pflicht eines jeden Muslims erklärt⁶⁴:

⁶² Das Wort HAMAS steht im Arabischen für „Eifer“, „Begeisterung“.

⁶³ Der aus Syrien stammende Scheich Izz ad-Din al-Qassam betrieb den Kampf gegen britische Besatzungsmacht und jüdische Siedlungsbewegung als religiös verpflichtenden Dschihad. Bevor al-Qassam einen geplanten Aufstand ausrufen konnte, wurde er von den Briten 1935 erschossen, seine Bewegung zerschlagen. Der militärische Zweig der HAMAS bezeichnet sich heute als Qassam-Brigaden.

⁶⁴ Die Betonung der individuellen Pflicht zum Dschihad knüpft an die Auffassungen des Jordaniers palästinensischer Abstammung Abdallah Azzam an, dem es gelang, den Afghanistan-Krieg mit der Palästinafrage ideologisch zu verknüpfen und den Konflikt mit Israel zu islamisieren.

„An dem Tag, an dem die Feinde ein Territorium der Muslime erbeuten, wird der Dschihad individuelle Pflicht für jeden Muslim. Angesichts des Raubes Palästinas durch die Juden ist es unausweichlich, das Banner des Dschihad zu entfalten. Dazu ist es notwendig, das islamische Bewusstsein unter den Massen des Volkes auf regionaler, arabischer und islamischer Ebene zu verbreiten, den Geist des Dschihad in der Umma⁶⁵ zu stärken und sich den Reihen der Glaubenskämpfer anzuschließen, um die Feinde zu bekämpfen.“

Entsprechend dieser Überzeugung führt HAMAS den Kampf gegen israelische Militärs und Zivilisten mit hoher Brutalität. Dutzende von Israelis kamen allein 2002 durch Attentate der HAMAS ums Leben. Ziel des bewaffneten Kampfes ist nicht ein aus den besetzten Gebieten hervorgehender palästinensischer Staat, sondern die Errichtung eines islamistischen Staatswesens auf dem gesamten Territorium des historischen Palästina und damit notwendigerweise verbunden die Vernichtung Israels. Die Akzeptanz von HAMAS bei der palästinensischen Bevölkerung stützt sich auf ihre weiter verschlechternde ökonomische Situation und das soziale Engagement der Islamisten.

Der Einfluss der Muslimbruderschaft auf den algerischen Islamismus geht auf die sechziger Jahre zurück, als im Rahmen einer Arabisierungskampagne ägyptische Lehrer ins Land geholt wurden. Zu diesen gehörten zahlreiche Muslimbrüder, die auf diese Weise der nasseristischen Verfolgung zu entgehen versuchten. Die islamistische

Bewegung konnte sich in Algerien erstmals 1989 in Form einer politischen Partei, der Islamischen Heilsfront (Front Islamique du Salut, FIS) etablieren. Als sich im Januar 1992 nach ersten Ergebnissen ein Sieg der FIS abzeichnete, wurden die Parlamentswahlen für ungültig erklärt und der Ausnahmezustand ausgerufen. Als Abspaltung der FIS und gleichzeitig Sammelbecken dschihadistisch geprägter Splittergruppen agiert die extrem gewalttätige Bewaffnete Islamische Gruppe (Groupe Islamique Armée, GIA). Während die FIS sich inzwischen um Verständigung mit der Militärregierung bemüht, setzten die GIA und die von ihr abgespaltene GSPC (Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat, Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) ihre terroristischen Aktivitäten fort. Mittlerweile hat die GSPC der GIA den Rang abgelaufen, insbesondere aufgrund der hemmungslosen Massaker der GIA an der Zivilbevölkerung. Ihre militärische Schlagkraft unterstrich die GSPC am 4. Januar 2003, als bei einem Überfall auf Mitglieder einer Fallschirmjägerereinheit 43 Menschen, davon 39 Soldaten, ums Leben kamen. Durch die Tötung des jemenitischen al-Qaida-Funktionärs Abdelwahid Ahmad Alwan am 12. September 2002 im Zusammenhang mit militärischen Operationen gegen die GSPC konkretisierten sich erstmals Vermutungen über einen al-Qaida-Zusammenhang dieser Gruppe.

Im Nachbarland Tunesien geht die der MB zuzurechnende Gruppierung an-Nahda (Wiedererstehung) dagegen auf Distanz zu den algerischen Exzessen. Ihr Oberhaupt Ghannoushi spielte sogar 1999 bei den Verhandlungen zur Wiederherstellung der „nationalen Eintracht“ Algeriens als Vermittler zwi-

⁶⁵ Die Gemeinde Muhammads, d.h. die Gesamtheit aller muslimischen Gläubigen.

schen Regierung und führenden Islamisten eine wichtige Rolle. Dennoch beziehen sich die Forderungen an-Nahda nach einer „islamischen Demokratie“ letztendlich auf ein Staatswesen islamistischer Ausrichtung. Die in Tunesien verbotene Organisation wird seit 1991 aus dem britischen Exil und von Frankreich aus geleitet. An-Nahda steht nach allen bisherigen Erkenntnissen in keinem Zusammenhang mit dem schweren Bombenanschlag von Djerba auf eine deutsche Touristengruppe im April.

In der Bundesrepublik Deutschland übt die MB, die über einzelne Sektionen dem Zentralrat der Muslime (ZMD) angehört, Einfluss auf verschiedene sunnitisch-extremistische Organisationen aus. Vorrangiges Ziel ist es, die hier lebenden Muslime ideologisch zu beeinflussen, um auf diese Weise Anhänger zu rekrutieren. Die Anhänger der Muslimbruderschaft operieren konspirativ und treten öffentlich nur durch Publikationen in Erscheinung. Die von der Organisation betriebenen Islamischen Zentren dienen zum einen als Veranstaltungsorte für politische Agitation, zum anderen haben sie als Begegnungsstätten die Funktion einer Klammer für islamistische Organisationen. Gewaltaktivitäten auf deutschem Boden wurden bisher nicht bekannt. Die folgenden, personell vielfach miteinander verflochtenen Organisationen gelten als regionale Vertretungen der MB:

Mit bundesweit etwa 600 Anhängern gehört die 1960 gegründete Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) zu den größeren Gruppen der MB. Sie hat ihren Sitz im Islamischen Zentrum München (IZM). Darüber hinaus verfügt die IGD über etliche Zweigstellen in der Bundesrepublik Deutschland.

Dem syrischen Zweig der MB zuzurechnen sind die Anfang der achtziger Jahre vom Leiter des Islamischen Zentrums Aachen (IZA), Dr. Issam EL-ATTAR, gegründeten Islamischen Avantgarden. IGD und Islamische Avantgarden finanzieren sich in Deutschland im wesentlichen über Mitgliedsbeiträge, Spendensammlungen in Moscheen oder sonstige private Spenden. Untergruppierungen der 600 Mitglieder starken Islamischen Avantgarden sind die Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) und die Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM).

Der im Mai 1981 im IZ München gegründete Islamische Bund Palästina (IBP) vertritt seit Beginn der ersten Intifada im Dezember 1987 die Interessen der bislang ausschließlich in Israel und den teilautonomen palästinensischen Gebieten terroristisch aktiven HAMAS. In Deutschland waren neben Anhängern der Hizb Allah auch solche der HAMAS an der Organisation von Protestkundgebungen gegen die israelische Palästinapolitik beteiligt. Bisher waren HAMAS und IBP im Bundesgebiet lediglich propagandistisch tätig. Auf europäischer Ebene knüpft die HAMAS Verbindungen zu anderen islamistischen Organisationen, z. B. durch die Teilnahme an Konferenzen unter Beteiligung der GIA, der libanesischen Hizb Allah und dem Palästinensischen Islamischen Jihad (PIJ). Von den ca. 200 Anhängern des IBP im Bundesgebiet sind nur einzelne Mitglieder in Niedersachsen ansässig.

In Niedersachsen sind lediglich einzelne Mitglieder algerischer islamistischer Gruppierungen festgestellt worden. Von der tunesischen Organisation an-Nahda sind in der Bundesrepublik

bislang keine organisatorischen Strukturen bekannt geworden. Einzelne Mitglieder traten bei Veranstaltungen der Islamischen Zentren in Aachen und München in Erscheinung.

In den in Deutschland erscheinenden MB-nahen Publikationen, die sich früher vorwiegend mit den politischen Verhältnissen in Ländern des Nahen Ostens befassten, stellen heute die Situation der Muslime in Deutschland sowie die Themen Dialog und Integration Schwerpunkte dar. Die nach wie vor bestehenden Vorbehalte gegenüber den westlichen Demokratien – auch gegenüber der Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland – werden dagegen nur selten zum Ausdruck gebracht. Inhaltlich werden oft ähnliche Standpunkte vertreten, wie sie auch bei der türkischen IGMG zu

finden sind. Ebenso wie die IGMG versuchen die Anhänger der MB, sich in der Öffentlichkeit als eine gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung loyale muslimische Interessenvertretung zu präsentieren.

Das Jahr 2002 hatte nicht nur durch Einsetzung eines neuen „Murshids“ Bedeutung für die Bruderschaft. Nun stehen auch die Basis der sozialen und karitativen Tätigkeit der MB, die Zuwendungen der konservativen Ölstaaten der Arabischen Halbinsel, auf dem Spiel. Kein geringerer als der saudische Innenminister erkannte in der Muslimbruderschaft die „Urheber all unserer Probleme“. Mit der Formierung neuer Allianzen durch den Anti-Terrorkrieg wird selbst von ehemaligen Verbündeten die Rolle der Bruderschaft zunehmend kritisch gesehen.

Hizb Allah (Partei Gottes)

Mitglieder	2001	2002
Bund:	800	800
Niedersachsen:	110	130
Publikationen:	Al-Ahd (Die Verpflichtung)	

Ebenso wie die sunnitische Muslimbruderschaft verdankt auch die schiitische Organisation Hizb Allah (Partei Gottes) einen Großteil ihres politischen Einflusses der sozialen und karitativen Betreuung ihrer Anhängerschaft. Diese „Partei“⁶⁶ wurde 1982 unter maßgeblicher Steuerung durch die Islamische Republik Iran im Zuge der Bemühungen, die „Islamische Revolution“ auf andere Länder auszudehnen, als Vertre-

tung des extremistischen Teils der libanesischen Schiitengemeinde gegründet.

⁶⁶ Obwohl hizb im modernen Hocharabisch mit „Partei“ wiedergegeben wird, stammt der Ausdruck hizb allah ursprünglich aus dem Koran, Sure 5, Vers 56 beziehungsweise Sure 58, Vers 22. Dieser Ausdruck kann klassisch auch mit „die auf Gottes Seite stehen“ übersetzt werden. Die sowohl politisch als auch religiös mögliche Interpretation spiegelt den ambivalenten Charakter der Organisation wieder.

Dennoch kann die Hizb Allah nicht als reiner „Import“ von außen angesehen werden. Obgleich die Schiiten die größte Glaubensgemeinschaft im konfessionell gespaltenen Libanon sind, mussten sie sich mit Ausnahme weniger vermöglicher Klans Jahrhunderte lang mit einem im Vergleich zu den anderen Religionsgemeinschaften/ Glaubensrichtungen niederen sozialen Status abfinden. Mit der zunehmenden Attraktivität politisch linker Vorstellungen nach dem Ende des 2. Weltkrieges verbreitete sich auch in der sozial deklassierten schiitischen Gemeinde des Libanon marxistisches und säkulares Gedankengut. In dieser Situation gründete der betont antikommunistische Geistliche Sayyid Musa as-Sadr 1974 die „Bewegung der Benachteiligten“ (Harakat al-Mahrumin), um auf die säkulare Bedrohung eine zeitgemäße Antwort zu geben. Innerhalb dieser Bewegung, auch bekannt unter dem Namen ihrer Miliz „Amal“ (Hoffnung), wurden die spezifisch schiitischen Formen der Religionsausübung neu, und zwar politisch, interpretiert. Das Schicksal des Prophetenenkels Hussein, der 680 im Kampf gegen eine vielfache Übermacht den Märtyrertod fand, sollte nicht mehr nur klagend zelebriert werden, sondern als Vorbild für den Kampf der Entrechteten um Gleichberechtigung dienen.

Im August 1978 verschwand Musa as-Sadr unter mysteriösen Umständen während eines Aufenthaltes in Libyen. Während ein Teil seiner Gefolgschaft dies gemäß schiitischer Vorstellung als „Entrückung“ interpretierte⁶⁷, gelang es den kurzzeitig ins Hintertreffen geratenen traditionellen Führern der schiitischen Gemeinde, den Großgrundbesitzern und Notabeln, sich der Führung der Amal-Miliz zu bemächtigen.

Vor dem Hintergrund des seit 1975 herrschenden libanesischen Bürgerkrieges und der sich 1979 im Iran vollziehenden islamisch-schiitischen Revolution konnte dieser Erfolg nicht von Dauer sein. Als 1982 Israel den Libanon südlich Beiruts besetzte, ließen die militärisch unterlegenen Syrer die an theologischen Seminaren des Iran ausgebildeten radikalsten Vertreter des schiitischen Lagers ins Land. Nun erst konnte unter Anleitung der Islamischen Republik Iran die Gründung der Hizb Allah vollzogen werden, einer Organisation, die sehr bald der Amal-Miliz den Rang ablief. Dieser Erfolg basierte jedoch nicht ausschließlich auf der radikaleren politischen Ausrichtung. Vielmehr gelang es der Hizb Allah mithilfe finanzieller Unterstützung iranischer Stellen, ein umfassendes Betreuungssystem aufzubauen. Den aus dem Süden des Libanon in die Slums von Beirut geflohenen und von der Regierung vergessenen Schiiten wurde somit eine soziale, religiöse und politische Heimat innerhalb der Organisation gegeben.

Die Ausrichtung auf das islamistische System des Iran bildet bis heute die politische Grundkonstante der Hizb Allah. Dennoch lockerten sich seit dem Tode Khomeinis zunehmend die früheren engen Bande. So erhält die Hizb Allah heute deutlich weniger als die jährlich etwa 100 Millionen Dollar, die der Iran noch zu Zeiten Khomeinis zur Verfügung stellte.

⁶⁷ Nach Vorstellung der größten schiitischen Gruppierung, der im Iran und im Libanon dominierenden so genannten „Zwölfer-Schia“, herrscht seit dem späten 9. Jahrhundert der zwölfte und letzte Imam aus dem Zustande der Entrücktheit heraus als „Herr der Zeit“ und wird sich dereinst als Verwirklicher göttlicher Gerechtigkeit der Menschheit offenbaren.

Im Emblem der Hizb Allah kommt deren politische Ausrichtung zum Ausdruck, es zeigt in arabischer Schrift den Namen der Organisation „Hizb Allah“. Eine aus diesem Schriftzug erwachsende Faust hält die Kalaschnikow, über der das Koranzitat „Die auf Gottes Seite stehen werden Sieger sein“ steht, was aber auch politisch als „Die Hizb Allah wird Sieger sein“ gelesen werden kann. Die Unterzeile unter diesem Signet weist auf die politische Zielrichtung: „Islamische Revolution im Libanon!“



Trotz der gelockerten Bande zum Iran, bleibt die Hizb Allah eine islamistische Organisation, die die Vernichtung Israels auf ihre Fahnen geschrieben hat. Mit menschenverachtender Brutalität wurden Anschläge gegen israelische Einrichtungen nicht nur im Südlibanon, sondern auch im Ausland – u. a. in Istanbul, Ankara und Buenos Aires durchgeführt. Dass die Organisation sich mittlerweile als Speerspitze des arabischen und islamistischen Widerstandes gegen Israel versteht, machte ihr Generalsekretär NASRALLAH deutlich, als er im April 2002 betonte, dass man weiterhin dem internationalem Druck zu widerstehen gedenke, um die palästinensische Sache auf allen Ebenen zu unterstützen.

Die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Hizb Allah-Anhänger agieren unter der Bezeichnung „Islamischer Widerstand“. Sie sind weiterhin um die Verfestigung ihrer Strukturen bemüht, um ihren politischen Aktivitäten einen organisatorischen Rahmen zu geben. Wie auch in der Vergangenheit instruierten Funktionäre aus dem Libanon die Anhänger in den hiesigen Zweigorganisationen entsprechend politischer Vorgaben der libanesischen Zentrale. Deutschland dient für die Hizb Allah genauso wie für die Muslimbruderschaft als logistisches Hinterland für die Aktionen in den jeweiligen Heimatländern.

Zum zweiten Jahrestag der palästinensischen Intifada am 28. September 2002 fanden europaweit zahlreiche Veranstaltungen statt, auf denen außer der Situation in Palästina auch ein möglicher Militäreinsatz der USA im Irak thematisiert wurde. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern stießen entsprechende Kundgebungen in Deutschland auf geringes Interesse. Aus Kreisen der „Hizb Allah“ verlautete, Gründe hierfür seien neben der „chaotischen Organisation“ auch die Sorge vor möglichen Problemen mit deutschen Sicherheitsbehörden gewesen. Darüber hinaus habe auch die Diskussion über ein mögliches Verbot der Organisation dazu geführt, öffentlich nicht in Erscheinung zu treten.

In Niedersachsen haben sich Anhänger der Hizb Allah in mehreren konspirativ gehaltenen Ortsgruppen beziehungsweise Stützpunkten organisiert, unter anderem in Hannover, Hildesheim, Oldenburg und Osnabrück. Die Finanzierung der Ortsgruppen erfolgt über Spendensammlungen. Zur weiteren Verwendung dieser Gelder in Deutschland oder im Ausland liegen keine Erkenntnisse vor.

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)/ Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)

Sitz	Bagdad
Vorsitzender	Massoud RADJAVI, militärischer Arm der MEK: National Liberation Army (NLA)
Oberbefehlshaber:	Massoud RADJAVI

Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)

Sitz		
International:	Bagdad	
National:	Köln	
Leitung:	Deutschlandsprecherin Dr. Masoumeh BOLOURCHI	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	900	900
Niedersachsen:	80	80
Publikation:	Mojahed (Glaubenskämpfer)	

So wie es Musa as-Sadr im Libanon gelang, gesellschaftliche Unterschichten durch Herausstellung des angeblich sozialrevolutionären Handelns des Prophetenankels Hussein an den traditionellen schiitischen Islam im Libanon zu binden, so beeinflussten im gleichfalls schiitischen Iran teilweise marxistische Vorstellungen die islamische Vorstellungswelt. Geprägt von einem Aufenthalt in Frankreich in den frühen sechziger Jahren entwickelte der iranische Schriftsteller Ali Schariati die Vorstellung einer Synthese aus revolutionärem Sozialismus und schiitischem Islam. Begriffe aus dem Koran wurden von ihm marxistisch interpretiert. Die

Formel, mit der jeder fromme Muslim seine Rede beginnt⁶⁸ sollte durch ein „Im Namen des Gottes der Entrechteten“ ersetzt werden, eine Formel, die für fromme traditionelle Muslime einer Gotteslästerung gleichkommt. Während bis dahin linke Gruppierungen in der islamischen Welt vor der Schwierigkeit standen, ihre Denkkategorien der Bevölkerung verständlich zu machen, gelang nun teilweise eine Übertragung aus dem Kommunismus herrührender Erwartungen auf einen revolutionär umgedeuteten schiitischen Islam.

⁶⁸ „Im Namen des gütigen, barmherzigen Gottes“

Mit den Volksmodjahedin Iran (Modjahedin-e Khalq, MEK) konnte diese im muslimischen Raum einmalige Synthese westlich-marxistischer und islamischer Vorstellungen zeitweise zum ernsthaften Konkurrenten Khomeinis um die Macht im Iran heranreifen. Wie weit diese Symbiose vorangeschritten war, führten 1981 zwei Funktionäre der MEK aus:

„Unser ursprüngliches Ziel war die Synthese der religiösen Werte des Islam mit dem wissenschaftlichen Denken des Marxismus ... Wir waren davon überzeugt, dass der wahre Islam mit den Theorien der sozialen Revolution, des historischen Determinismus und des Klassenkampfes übereinstimmt.“

(Ervand, Abrahamian: *The Iranian Mojahedin*. New Haven, 1989, S. 92)
Eine Publikation der Organisation betonte unmittelbar vor der Islamischen Revolution von 1979:

„Wir sagen ‚Nein‘ zu der marxistischen Philosophie, besonders zu dem Atheismus. Aber wir sagen ‚Ja‘ zum sozialen Denken des Marxismus, besonders zu seiner Analyse des Feudalismus, Kapitalismus und des Imperialismus.“

Die Volksmodjahedin nahmen 1971 den militärischen Kampf gegen das Schahregime auf. Nach einigen spektakulären Attentaten und Banküberfällen wurden zahlreiche Führungskader inhaftiert und prominente Parteifunktionäre hingerichtet. Erst mit dem Beginn revolutionärer Unruhen im Jahr 1978 und der Öffnung der Gefängnisse für Gefangene politischer Organisationen gelang es der Organisation, erneut Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Sie akzeptierte trotz unüberbrückbarer ideologischer Differenzen Ayatollah Khomeini als charisma-

tischen Führer der Revolution und leistete einen wichtigen militärischen Beitrag zum Sturz des Schahregimes. Unter den Besetzern der US-Botschaft befanden sich ebenfalls Aktivisten der MEK.

Die ideologischen Unterschiede zwischen den einen „sozialistischen Islam“ fordernden Volksmodjahedin und den Vertretern der traditionellen schiitischen Geistlichkeit um Khomeini konnten jedoch nicht dauerhaft überbrückt werden. Die Aktivisten „auf der Linie des Imam“ (Khomeini) versuchten seit ihrer Machtübernahme durch den von ihnen kontrollierten Staatsapparat jegliche innenpolitische Opposition auszuschalten. Die MEK als mit Abstand stärkster Kontrahent antwortete mit einer Terrorkampagne, der zahlreiche Regierungsanhänger, aber auch Zivilisten zum Opfer fielen. Den Höhepunkt der Verfolgung markierten der 20. Juni („Tag des Widerstandes“) und der 21. Juni 1981 („Tag der Märtyrer“) als eine Großdemonstration der Volksmodjahedin in Teheran blutig aufgelöst wurde. Im gleichen Jahr musste der Vorsitzende der MEK, Massoud RADJAVI fliehen. Vom französischen Exil aus betrieben die Modjahedin die Gründung des Nationalen Widerstandsrates Iran (NWRI) als Vereinigung linker Organisationen und Einzelpersonen, der jedoch völlig unter der Kontrolle der MEK verblieb. 1993 bestimmte sich der NWRI als „iranisches Exilparlament“ und wählte Maryam RADJAVI, die Ehefrau Massoud RADJAVIs, zur „künftigen Präsidentin Irans“.

In der Organisation des NWRI sind die Vereine an der Basis – hierzu gehören in Niedersachsen der „IRAN Solidaritätsverein Hannover e. V.“ und der „IRAN Solidaritätsverein Göttingen e. V.“ – der Teil, der dafür sorgt, dass

bei Demonstrationen und anderen Aktionen Teilnehmer gestellt, Informationsstände betrieben und bei den alljährlichen Spendenkampagnen Haus- und Straßensammlungen durchgeführt werden. Obwohl von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, finden sich immer genügend Vereinsmitglieder bzw. Sympathisanten, die in den Fußgängerbereichen der Großstädte Bücherstände betreiben oder sich auch für spontane Demonstrationen bereithalten.

Im Gegensatz zum politischen, durch den NWRI von Europa aus praktizierten Widerstand wurde der militärische Kampf gegen die Islamische Republik von irakischem Boden aus aufgenommen. Dort entstand 1987 die National Liberation Army (NLA), die während des Iranisch-Irakischen Krieges auf Seiten des Irak zum Einsatz kam. Nach Abschluss des Waffenstillstandes 1988 führte sie mit Billigung des Irak weiterhin terroristische Anschläge gegen den Iran durch. Die Komplizenschaft mit Staatschef Saddam Hussein, der nicht nur die Islamische Republik überfallen hatte, sondern sogar Giftgas gegen iranische Truppen einsetzte, ließen das Ansehen der MEK in den Augen der iranischen Bevölkerung erheblich sinken.

Ihren erheblichen Bedarf an finanziellen Mitteln versuchte die Organisation in der Vergangenheit u. a. durch Spendenkampagnen zu decken. Dabei gaben Sammler vor, Geld für humanitäre Zwecke wie Medikamente, Nahrungsmittel oder Bekleidung zu sammeln oder Patenschaften für iranische Kriegswaisen zu vermitteln. Die polizeiliche Durchsuchung von Räumlichkeiten der MEK-Tarnorganisation „Iranische Flüchtlingskinderhilfe e. V.“ am 18. Dezember 2001 im Raum Köln, Berlin und München wurde u. a. auf

einer Großdemonstration mit ungefähr 2.500 Teilnehmern am 15. Februar in Köln thematisiert.

Wie bereits bei früheren Gelegenheiten wurden alle Anschuldigungen zurückgewiesen und als Ergebnis angeblicher politischer Forderungen des Iran gegenüber der Bundesrepublik dargestellt, auf die Modjahedin Druck auszuüben und ihre Handlungsfähigkeit einzuschränken.

Eine weitere Veranstaltung mit – für die Veranstalter enttäuschenden – 2.000 Teilnehmern richtete sich am 13. Mai in Brüssel gegen die Aufnahme der MEK in die EU-Liste terroristischer Organisationen und Personen⁶⁹. Anlässlich dieser Demonstration veröffentlichte der NWRI eine Stellungnahme der MEK-Generalsekretärin Mojgan PARSAI, die das Vorgehen der EU als „beschämend“ und „skandalös“ bezeichnete. An die Adresse der EU gerichtet betonte sie, dass

„...die Volksmodjahedin für ihren Kampf zum Sturz des Schahs Ihre Erlaubnis nicht benötigten, und sie benötigen sie für ihren Kampf gegen die Mullahs jetzt ebenfalls nicht. Dies gilt besonders jetzt, da Sie nun öffentlich auf der Seite der blutdürstigen Mullahs, den Feinden der Freiheit und der Demokratie im Iran stehen.“

Die Aufnahme der MEK in die EU-Liste terroristischer Organisationen und Personen wurde auf einer weiteren De-

⁶⁹ Beschluss des Rates vom 02.05.2002 (Amtsblatt L 116, Seite 33) über spezifische, gegen bestimmte Personen und Organisationen gerichtete restriktive Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus. Benannt werden Personen und Organisationen, deren Gelder, Vermögenswerte und Ressourcen eingefroren werden. Dazu gehört die MEK (außer NWRI), neben weiteren Organisationen auch die PKK sowie DHKP/C.

monstration am 21. Juni in Kopenhagen thematisiert. Über eine Großleinwand sprach die „künftige Präsidentin des Iran“ Maryam RADJAVI zu schätzungsweise 4.000 Sympathisanten.

Dass gleich zwei Großdemonstrationen im Abstand von nur wenig mehr als einem Monat zu einem Thema veranstaltet wurden, erklärt sich durch die Einschätzung der MEK, die sich durch ihre Einstufung als Terrororganisation zunehmend der Gefahr ausgesetzt sieht, die westlichen Länder als Basis für ihren politischen Kampf gegen die iranische Führung zu verlieren. Wie die Schritte gegen die illegale Geldbeschaffung der MEK belegen, werden zusehends Handlungsspielräume zur Finanzierung ihrer aufwändigen Strukturen und Aktivitäten eingeschränkt. Diese Maßnahmen allein stellten noch keine existenzielle Bedrohung dieser Gruppierung dar, doch könnte aus einem anderen Grund 2003 zum Schicksalsjahr der MEK werden. Der eskalierende Konflikt um den Irak bedroht die dort stationierte „Befreiungsarmee“ in ihrer Existenz. Nach Presseberichten sollen Pläne zur Flucht der MEK-Führung nach Europa existieren, welches Schicksal jedoch den mehreren Tausend Kämpfern zuteil werden soll, ist nicht bekannt.

Aufgrund dieser insgesamt für die Organisation bedrohlichen Situation ist spätestens seit der Aufnahme in die Liste der terroristischen Organisationen eine veränderte Vorgehensweise der MEK festzustellen. Zum einen hatte die MEK bereits vor ihrer Aufnahme in die EU-Liste aus einem gesteigerten Sicherheitsbedürfnis heraus Einrichtungen geschlossen und Tarnvereine aufgelöst. Weiterhin wurden militärische Aktionen gegen den Iran merklich zurückgefahren, um sich vom Stigma

einer terroristischen Gruppierung zu befreien. Stattdessen wird der politische Kampf betont, um sich als einzige demokratische Alternative zum derzeit existierenden iranischen Staatsmodell zu präsentieren. In diesen Zusammenhang ist die in jüngster Zeit wieder verstärkt verfolgte Lobbyismuskampagne unter westlichen Parlamentariern einzuordnen. Zentrale Großveranstaltungen dienen darüber hinaus dem Zweck, der verunsicherten Anhängerschaft Handlungsfähigkeit und Zukunftswillen zu demonstrieren.

Islamische Gemeinschaft Milli Görüs

Sitz:	Kerpen	
Vorsitzender:	Mehmet Sabri ERBAKAN, April 2001 bis Oktober 2002 Yavuz Celik KARAHAN, seit dem kommissarisch	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	27.000	26.500
Niedersachsen:	2.600	2.600
Publikationen:	Milli Görüs & Perspektive (Neue Weltsicht und Perspektive)	

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) erhebt den Anspruch die außerhalb der Türkei lebenden Menschen türkischer Abstammung, unbeschadet ihrer Staatsangehörigkeit zu repräsentieren. Um diesen in Deutschland lebenden türkischen Muslimen gleichsam türkisch-nationalistisches wie islamistisches Gedankengut nahe zu bringen, werden von der Organisation vielfältige Anstrengungen politischer, sozialer und ökonomischer Art unternommen.

Die Entstehungsgeschichte der IGMG beginnt im Jahr 1976 mit der Gründung der Vorläuferorganisation Türkische Union Europa e.V., die sich 1982 in Islamische Union Europa e.V. umbenannte. Interne Auseinandersetzungen, in deren Verlauf Cemalettin KAPLAN und seine Anhänger die Organisation verließen, waren 1985 Anlass für die Gründung der Vereinigung der Neuen Weltsicht in Europa (AMGT), der unmittelbaren Vorläuferorganisation. Im Dezember 1994 trat an die Stelle

der AMGT die Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) sowie die kurze Zeit da-



rauf gegründete IGMG. Aufgrund der starken Präsenz der in Westeuropa lebenden türkischen Staatsbürger in Deutschland bildet die Bundesrepublik Deutschland den Organisationsschwerpunkt der IGMG. IGMG-Strukturen sind aber auch in anderen europäischen Ländern sowie in Nordamerika, Australien und Zentralasien nachweisbar.

Die IGMG gilt als der größte nicht vom türkischen Staat beeinflusste türkisch-islamische Verband in Europa. Ihr 2001 gewählter Vorsitzender, Mehmet Sabri ERBAKAN, ein Neffe des türkischen Islamisten und ehemaligen Ministerpräsidenten Necmettin ERBAKAN, wurde im Oktober 2002 nach Kontroversen um seine persönliche Lebensführung abgelöst.

Geschichte und Ideologie

Die Geschichte und Ideologie der IGMG ist untrennbar mit der Entwicklung der türkischen Ausprägung des Islamismus verbunden. Nachdem mit Auflösung des Kalifats 1924 durch die türkische Staatsführung diese über Jahrzehnte hinweg einen islamkritischen, innenpolitischen Kurs verfolgte, konnte seit den fünfziger Jahren der auch politisch auftretende Islamismus allmählich an Kraft gewinnen. 1974 beteiligte sich mit der Nationalen Heilspartei (Milli Selamet Partisi, MSP) erstmals eine islamistische Partei an einer Koalitionsregierung. Ihr Parteichef Necmettin ERBAKAN wurde stellvertretender Ministerpräsident. Der in Aachen im Fach Maschinenbau promovierte ERBAKAN hatte bereits 1970 mit der Partei der Nationalen Ordnung (Milli Nizam Partisi, MNP) dem politischen Islam eine organisatorische Form gegeben. In der 1971

verbotenen MNP und ihrer Nachfolgeorganisation, der MSP, artikulierte sich eine neue systemkritische politische Kraft. Zwar hatte etwa die Zahl der Moscheen seit den fünfziger Jahren unübersehbar im Lande zugenommen, dennoch hatte es bislang keine politische Partei gewagt, das vom Staatsgründer Atatürk eingeführte Prinzip des Laizismus in Frage zu stellen, das in der türkischen Variante nicht ein Nebeneinander von Staat und Religion, sondern eine Kontrolle der islamistischen Religionsausübung durch eine staatliche Religionsbehörde beinhaltete.

Insgesamt ist seit den siebziger Jahren, unterbrochen vom Militärputsch 1980, sich deutlich verstärkende Beeinflussungsversuche der türkischen Politik durch den Islam feststellbar. Die 1983 als Nachfolgerin der zwischenzeitlich auch verbotenen MSP gegründete islamistische Wohlfahrtspartei (Refah Partisi, RP) war dabei nicht die einzige Kraft, die mit islamistischen Vorstellungen sich zu profilieren versuchte. Ihr gelang es mit der Propagierung einer „Gerechten Ordnung“ (adil düzen) neue, auch ehemals links wählende Wählerschichten zu erschließen. Aus den Parlamentswahlen vom 24. Dezember 1995 als stärkste Partei hervorgegangen, konnte ihr Anführer ERBAKAN bis zum Juni 1997 sein Ministerpräsidentenamt nutzen, um Islamisierungstendenzen in der Innen- und Außenpolitik voranzutreiben. Laizismuskritische Äußerungen einzelner RP-Politiker wurden schließlich zum Anlass genommen, im Mai 1997 ein Verfahren gegen die Wohlfahrtspartei einzuleiten, das mit dem Verbot der RP endete. Vor dem Verbot der RP traten ihre im Parlament vertretenen Abgeordneten in die als Nachfolgepartei gegründete

Tugendpartei (Fazilet Partisi, FP) über. Auch diese Partei wurde von Necmettin ERBAKAN dominiert und vertrat die Grundsätze eines „osmanistischen“ Islamismus⁷⁰.

Zwischenzeitlich wurde auch die FP verboten. Dieses Verbot führte erwartungsgemäß zu einer Neuformierung der politischen Verhältnisse. Am 20. Juli 2001 gab der ehemalige FP-Vorsitzende Recai KUTAN die Gründung der Saadet Partisi (Glückseligkeitspartei, SP) bekannt. Etwas mehr als die Hälfte der 100 früheren Abgeordneten der Fazilet-Partei schlossen sich daraufhin der neu gegründeten, dem islamistischen Gedankengut Necmettin ERBAKANs verpflichteten Partei an. Die übrigen ehemals der Fazilet-Partei angehörenden Abgeordneten organisierten sich in der am 14. August 2001 gegründeten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP), der zweiten Nachfolgeorganisation der Fazilet-Partei. Die vom ehemaligen Istanbul Oberbürgermeister Recep Tayyip ERDOGAN⁷¹ dominierte AKP versucht sich von den bisherigen islamistischen Parteien durch eine betont moderne und demokratische Erscheinungsweise abzugrenzen, obgleich ERDOGAN über viele Jahre der

politische Ziehsohn des Islamisten Necmettin ERBAKAN war.

Auswirkungen der türkischen Parlamentswahlen

Der Spaltung des islamistischen Lagers lagen zum Teil persönliche, größtenteils aber programmatische Motive zugrunde. Im Vorfeld der für den 3. November 2002 angesetzten Parlamentswahlen wurde immer deutlicher, dass der politische Führungskreis um ERBAKAN sich für eine klare Unterstützung der Saadet-Partisi entschieden hatte. Diese Vorgaben nachvollziehend, wurde eine Kampagne der IGMG zur Unterstützung der Saadet-Partisi in Deutschland von Mehmet Sabri ERBAKAN geführt. Auf einem Funktionärstreffen der IGMG in Hamburg forderte er die Anwesenden zur Wahl der SP auf. Der AKP dürfe keine Stimme gegeben werden. Deren Vorsitzender ERDOGAN habe sich vom gemeinsamen islamistischen Gedankengut getrennt und sei somit nicht mehr wählbar. Allein Necmettin ERBAKAN repräsentiere die Reinheit des Islam. Die Funktionäre wurden angehalten, diese Sicht der Dinge in den Moscheen zu verbreiten und

⁷⁰ Die in der IGMG vorherrschende Form des Islamismus ist von türkischen Spezifika geprägt und nicht mit arabischen Erscheinungsformen vergleichbar. Hervorstechend ist der Bezug auf das Osmanische Reich, das in IGMG-Publikationen als eine der glorreichsten Epochen der Geschichte verklärt wird. Die Verbindung türkisch-nationalistischer und islamistischer Positionen findet sich ebenfalls in der Ideologie der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) wieder, deren Türkisch-Islamische Synthese (Türk-Islam Sentezi) versucht, „2.500 Jahre Türkentum, 1.000 Jahre Islam und 150 Jahre Orientierung nach Westen“ miteinander zu verbinden. Der Bezug der IGMG zum „osmanistischen“ Gedankengut ERBAKANs wird

allein schon aus der Namensgebung deutlich. Die Bezeichnung Milli Görüs (Nationale Welt-sicht) stammt aus ERBAKANs programmatischen Schriften. Die starke Betonung des Nationalen steht eigentlich zu der universalen Botschaft des Islam in einem Widerspruch.

⁷¹ 1999 musste ERDOGAN eine Haftstrafe antreten, da er öffentlich aus einem religiösen Gedicht vorgetragen hatte: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubige unsere Soldaten.“. Wegen dieser Vorstrafe konnte er bis zu einer Verfassungsänderung im Februar 2003 nicht für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren. Am 11. März 2003 wurde er als Ministerpräsident vereidigt.

Gelder zur Unterstützung der Partei ERBAKANs zu sammeln. In Westeuropa lebende Türken sollten in die Türkei reisen, um am Tag der Wahl ihre Stimme für die Saadet Partisi abzugeben.

Die Parlamentswahlen zeitigten einen völligen Umbruch der bisherigen politischen Verhältnisse. Da aufgrund der vom türkischen Wahlgesetz vorgeschriebenen 10 %-Hürde lediglich zwei Parteien in das Parlament einzogen, konnte die AKP mit nur 34 % der Wählerstimmen beinahe die Zweidrittelmehrheit der Parlamentssitze erlangen. Die von der IGMG-Führung unterstützte Saadet-Partisi blieb mit lediglich 2,5 % deutlich abgeschlagen unter ihren Erwartungen.

Einflussnahme auf die in Deutschland lebenden Türken

Entsprechend ihrer Ideologie der „Nationalen Weltanschauung“ (Milli Görüş) versucht die IGMG die außerhalb der Türkei lebenden Menschen türkischer Abstammung zu einer nach islamistischen Vorgaben geformten Gemeinschaft zusammenzufassen. Dies beinhaltet die Bildung autonomer Strukturen, die auch als „Parallelgesellschaften“ bezeichnet werden. Frauen-, Jugend- und Studentenorganisationen ermöglichen es der IGMG, ihren Einfluss durch ein zielgruppenspezifisches Angebot auszuweiten. Zur gesellschaftlichen Präsenz zählen ebenso Freizeitangebote wie z. B. Korankurse, Hausaufgabenbetreuung, Ferienlager und Sportvereine. Dieser umfassende gesellschaftliche Ansatz wird ergänzt durch wirtschaftliche Aktivitäten. So zählen ein Bestattungsfond, eine Wallfahrtsorganisation, ein Vertrieb für religiöse Litera-

tur, ein muslimisches Sozialwerk sowie Handelsgesellschaften für den Import und Export von Lebensmitteln zu den der IGMG angeschlossenen Betrieben. Für die Verwaltung des Immobilienbesitzes der Organisation im Wert von ca. 50 Millionen € ist die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) zuständig.

Umre bağışlatır!

"Umre, bir önceki umre ile arasında işlenmiş bulunan -kizi ve toplama bakları dışındaki- günahları bağışlatır."
(Tirmizi-Neuâ-Biharî)

Millî Görüş
çok seçenekli
Umre programları
sunuyor

Hac ve Umre Millî Görüş'le yapılır!

MILLÎ GÖRÜŞ Hac ve Umre Organizasyonu
Tel: + 49 (0)2257-636 310/311-313 • Faks: + 49 (0)2257-636 310
• Branch: 05-65 • D-50173 Bergper
E-Mail: hac@umreigmg.de • Internet: www.umreigmg.de

Für einen Vertrauensverlust innerhalb der Anhängerschaft der IGMG sorgte der Skandal um den Yimpas-Konzern. Dieses IGMG-nahe Unternehmen, das Ausländern eine hohe Rendite für deren Einlagen versprochen hatte, musste Anfang August Konkursantrag stellen. Die geschädigten Anleger stellten im nachhinein fest, dass ihre Verträge mit Yimpas auf einem rechtswidrigen Konstrukt beruhten, sodass ihrerseits keine juristischen Schritte

gegen das Unternehmen erfolgen konnten.

Organisatorische Verflechtungen der IGMG

Die IGMG ist mit verschiedenen islamischen Organisationen und Dachverbänden verflochten. So wird der islamische Dachverband Islamrat, dem viele Jahre der frühere IGMG-Funktionär Hassan ÖZDOGAN vorstand, nun durch Ali KIZILKAYA, den Generalsekretär der IGMG, geführt. Über den Vorsitzenden der im islamischen Dachverband Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) vertretenen Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), Ibrahim EL-ZAYAT, wird die Verbindung zum ZMD gehalten. EL-ZAYAT, der Schwager des bisherigen IGMG-Vorsitzenden ERBAKAN, ist zusätzlich Bundesvorsitzender der im ZMD vertretenen Muslim Studentenvereinigung in Deutschland (MSV). Als ihr stellvertretender Vorsitzender fungiert der Islamratsvorsitzende Hassan ÖZDOGAN. EL-ZAYAT fungiert auch als Vorsitzender der EMUG, die den umfangreichen Immobilienbesitz der Milli Görüs-Bewegung verwaltet. Verbindungen personeller Art bestehen ebenfalls zu dem wichtigen türkischen Presseorgan Milli Gazete, die als „Sprachrohr“ der IGMG bezeichnet werden kann.

Ende 1995 sorgte diese Zeitung dafür, dass mit Billigflügen IGMG-Sympathisanten in die Türkei reisen konnten, um bei den Parlamentswahlen ihre Stimme für Necmettin ERBAKAN abzugeben. Über den Bücherkatalog der IGMG werden Publikationen von Milli-Gazete-Kolumnisten vertrieben, selbst Necmettin ERBAKAN persönlich warb noch 2001 auf dem „Tag der Milli Gazete“ in Düsseldorf für diese

Zeitung. Geschäftsführer des Verlages ist Dr. Yusuf ISIK, der von April 1999 bis April 2001 als kommissarischer IGMG - Vorsitzender wirkte. Durch diese personellen Verflechtung mit der IGMG wird die Grundintention der IGMG, die türkische Gemeinschaft in Deutschland gegen den vorgeblich verderblichen Einfluss der westlichen Gesellschaft abzukapseln und eigenen islamistischen Wertvorstellungen zu folgen, auch in der Milli Gazete aufgegriffen.

„Die westliche Welt ist nicht tolerant. Sie akzeptiert keinen außerhalb ihrer eigenen Rasse ... Die Europäer meinen, sie gehörten einer überlegenen Rasse an. Sie setzen sogar diejenigen herab, die ihrem Glauben beigetreten sind, jedoch einer anderen Rasse angehören. Sie grenzen diese Menschen sogar aus. Diese Tatsache habe ich in Deutschland mit eigenen Augen gesehen. Unsere Menschen nehmen daraufhin eine reflexartige Verteidigungsposition ein und bilden eigene Kolonien. Sie gründen Gemeinden, Moscheen, Freizeiteinrichtungen und Versammlungsorte ... Bei all dem handelt es sich um einen Selbstschutzreflex. Meiner Meinung nach ist das sehr erfreulich. Der Westen ist nämlich nichts Besonderes ... Der Westen versucht uns zu degenerieren und uns von unseren eigenen Werten zu distanzieren.“

(Milli Gazete, 23. 08. 2002)

Der Milli-Görüs-Bewegung verbunden sieht sich ebenso der Fernsehsender Kanal 7, der über Satellit auch im Bundesgebiet empfangen werden kann. Die von der IGMG herausgegebene, monatlich erscheinende Zeitschrift „Milli Görüs & Perspektive“ enthält auch deutschsprachige Texte.

Besonders seit den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat die IGMG ihre Öffentlichkeitsarbeit intensiviert. Während der „Tag der offenen Moschee“ bereits zum sechsten Mal stattfand, erlebte das „Islamobil“ seine Premiere. Diese mobile Moschee mit ausfahrbarer Kuppel und Minaretten soll in Deutschland und einigen Nachbarländern die Bevölkerung mit dem Islam, aber auch mit der IGMG bekannt machen. Vom 14. bis 18. Mai kam diese Einrichtung auf dem Klagesmarkt in Hannover zum Einsatz. Mittels moderner Technik wurde dem interessierten Besucher die Möglichkeit geboten, den Islam aus der Sicht der IGMG kennen zu lernen. Auch am „Tag der offenen Moschee“ Anfang November beteiligte sich die IGMG und öffnete eine größere Anzahl ihrer Moscheen für nicht-muslimische Besucher.

Ihren Jahreskongress veranstaltete die IGMG unter dem Motto „Tag der Solidarität und Brüderlichkeit“ am 15. Juni in Arnheim (Niederlande). Hierzu fanden sich rund 20.000 Besucher aus der Bundesrepublik und aus anderen europäischen Ländern ein. Diese Beteiligung lag deutlich unter den Erwartungen der Veranstalter. Der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende IGMG-Vorsitzende Mehmet Sabri ERBAKAN wertete die zurückgegangene Beteiligung als ein Indiz für eine angebliche Verängstigung der Muslime seit dem 11. September. Mehmet Sabri ERBAKAN äußerte in seiner Rede die Ansicht, dass sich die Situation der Muslime in Europa nach den Anschlägen vom 11. September 2001 drastisch verschlechtert habe. Hierfür machte er eine negative Darstellung des Islam in den Medien und den bayerischen Innenminister Günther Beckstein, der ein Verbot der Organisation gefordert

hatte, verantwortlich. Das bereits aus den Publikationen der Milli Gazete bekannte Motiv, den Muslimen eine Bedrohung von außen zu suggerieren und sie damit zu veranlassen, sich in Parallelgemeinschaften einbinden zu lassen, wurde in dieser Rede erneut aufgegriffen. Prof. Necmettin ERBAKAN forderte gleichzeitig in dieser Veranstaltung eine Intensivierung der Kontakte der IGMG zur nichtmuslimischen Öffentlichkeit.

Vom Verwaltungssitz der IGMG in Kerpen wird die von der Orts- über die Regional- bis hin zur Bundesebene hierarchisch aufgebaute Organisation zentralistisch geführt. Der Landesverband „Islamische Föderation Niedersachsen“ mit Sitz in Hannover verfügt über rund 40 Ortsvereine. Schwerpunkt der IGMG in Niedersachsen sind die Regionen Hannover und Braunschweig.

Insgesamt war 2002 für die Organisation ein schwieriges Jahr. Die türkischen Parlamentswahlen offenbarten nicht nur die Spaltung der islamistischen Bewegung in der Türkei, sondern ließen Beobachter eine Zerreißprobe innerhalb der IGMG prognostizieren. Trotz ihrer eindeutigen Stellungnahme zugunsten der unterlegenen islamistischen SP konnte aber bislang weder ein signifikanter Verlust an Mitgliedern noch eine programmatische Neuorientierung der IGMG festgestellt werden. Inwieweit die internen „Skandale“ um den Yimpas-Konzern und um das Privatleben des ehemaligen Vorsitzenden ERBAKAN zu dem leicht rückläufigen Mitgliedertrend beigetragen haben, lässt sich von Außenstehenden noch nicht beurteilen.

Die Organisation „Der Kalifatsstaat“ (Hilafet Devleti)

Das Ziel eines revolutionären Umsturzes in der Türkei und der anschließenden Errichtung eines panislamischen Gottesstaates wurde nach dem Tode Cemaleddin KAPLANs von seinem Sohn und Nachfolger Metin KAPLAN aufrecht erhalten. Unter seiner Führung nahm die Organisation zunehmend sektiererische Züge an. Während auch aufgrund mangelnden Charismas des neuen „Kalifen“ die Anhängerzahl abnahm, wurden interne Auseinandersetzungen zum Teil gewaltsam ausgetragen. 1997 wurde sein organisationsinterner Konkurrent um die Kalifenwürde Dr. SOFU von bislang unbekanntem Tätern in seiner Wohnung erschossen. Am 15. November 2000 wurden Metin KAPLAN sowie zwei mitangeklagte Funktionäre des Kalifatsstaates vom Oberlandesgericht Düsseldorf der Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung und öffentlichen Aufrufen zu Straftaten für schuldig befunden. Die Richter des Oberlandesgerichtes hielten es für erwiesen, dass KAPLAN 1996 seine Anhänger zur vorsätzlichen Tötung seines Widersachers SOFU aufgerufen hatte. Der zu einer Freiheitsstrafe von vier Jahren verurteilte KAPLAN muss mit seiner Abschiebung in die Türkei rechnen. Ein erster Haftprüfungstermin fand am 21. November 2001 statt. Kurz vor Wahrnehmung des Termins wurde KAPLAN eine Ausweisungsverfügung der Stadt Köln zugestellt, woraufhin er die Einwilligung zur Strafaussetzung zurückzog.

Nach Abschaffung der Todesstrafe in der Türkei ist eine Auslieferung

KAPLANs grundsätzlich möglich geworden. Ein entsprechendes Ersuchen der türkischen Regierung an die Bundesrepublik Deutschland wurde mittlerweile gestellt. Eine Entscheidung über eine tatsächliche Auslieferung KAPLANs steht jedoch noch aus.

Durch die nach den islamistischen Anschlägen von New York und Washington vorgenommene Änderung des Vereinsgesetzes wurde die juristische Voraussetzung zum Verbot der Organisation Kalifatsstaat geschaffen. Mit dem Wegfall des so genannten Religionsprivilegs konnte sich diese militante und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Organisation nicht mehr auf den grundgesetzlich garantierten Schutz von Religionsgemeinschaften berufen. Das Bundesministerium des Innern verfügte am 8. Dezember 2001 das Verbot des Kalifatsstaats und der dazugehörigen, in den Niederlanden registrierten Stiftung „Diener des Islam“, soweit sie sich in Deutschland betätigt. 17 Teilorganisationen in den Bundesländern, davon sechs in Niedersachsen, wurden nach §§ 3, 9, 14 und 15 des Vereinsgesetzes in das Verbot einbezogen. Der am 12. Dezember 2001 erfolgte Vollzug der Verbotsmaßnahme beendete vorerst die Aktivitäten der Organisation. Mit Urteil vom 27. November 2002 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig die Verbotsverfügung.

Mit Verfügung vom 17. September 2002 hat das Bundesministerium des Innern das Verbot auf 16 weitere Teilorganisationen in den Ländern Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen ausgeweitet. Im Rahmen des Vollzugs dieser Verfügung wurden am 19. September 2002 rund 100 Durchsuchungen in Vereinsräumen und Privat-

wohnungen in diesen Bundesländern durchgeführt. In Niedersachsen durchsuchte die Polizei die HAKK-Moschee in Osnabrück und drei Privatwohnungen. Diese Ausweitung der Verbotsverfügung vom 8. Dezember 2001 auf die jetzt betroffenen Teilorganisationen beruhte auf den Ergebnissen der Auswertung der in der ersten Verbots- und Durchführungsmaßnahme beschlagnahmten Unterlagen. So ließen sich zahlreiche Verbindungen zwischen den Teilorganisationen und der Kölner Zentrale des Kalifatsstaats belegen.

Durch das Verbot waren die Kalifatsstaatsanhänger zunächst stark verunsichert. Der Wegfall der Vereinsräumlichkeiten erschwerte die Fortführung der Aktivitäten. Die Anhänger gingen aus Furcht vor Maßnahmen der Sicherheitsbehörden zunächst auf Abstand zu der verbotenen Organisation. Inzwischen finden Zusammenkünfte u. a. in Privatwohnungen statt.

Trotz des Vereinsverbots erschien aber das Publikationsorgan des Kalifatsstaats „Ümmet-i Muhammed“ mit einer weiteren Ausgabe (Nr. 409 vom 21.12.2001). Seit dem 2. Januar 2002 erscheint eine neue Veröffentlichung mit dem Namen „Beklenen Asr-i Saadet“ (Das erwartete Jahrhundert der Glückseligkeit). Diese unterscheidet sich in Inhalt und Layout nur unwesentlich von der „Ümmet-i Muhammed“. Auch der Fernsehsender „HAKK-TV“ zeigte weiterhin sporadische Aktivität. Der GBA hat ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen ein Vereinsverbot (§ 20 Vereinsgesetz, § 85 Strafgesetzbuch) eingeleitet.

ASR-I SAADET
 Cümrtübe, 22 Ruzmeñ 1423 Yıl: 1 - Sayı: 409 / Yarı: 1 - No: 48 Woklanca, 2104, Noyabr 2002

(İktidardaki) AKP ve KEMALİST REJİM...

„AKP takiyeye mi yapıyor?“

AKP „İslami“ bir parti mi?

AKP'nin yapacağı tek şey var! Nedir o ?

Particilerin bir vabali daha var!

Bisla geceden hayırlı olan tek gece: Kadir Gecesi!

„Şimark“ başkan Bush...

Bir frenk şapkası için idam edilenler...

Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) / Deutsche Türk-Föderation (ATF)

Sitz:	Frankfurt/Main	
Vorsitzender:	Cemal CETIN	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	8.000	8.000
Niedersachsen:	600	600
Publikationen:	Türk Federasyon (Türk Föderation) Bulletin der Türkischen Föderation CERAG (Die Fackel) ORTADOYU (Der Nahe Osten)	

Im Bereich des extremistischen türkischen Nationalismus gilt die ATF als bedeutendste Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Ähnlich wie in der mitgliederstärkeren IGMG kann das Gedankengut dieser Gruppierung als Vermengung türkisch-nationalistischer und islamistischer Inhalte gewertet werden, jedoch mit einer stärkeren Betonung der türkisch-nationalistischen Komponente.

1978 schlossen sich in Frankfurt/Main zahlreiche türkische Vereine nationalistischer Ausrichtung unter der Bezeichnung Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) zusammen. Auf ihrem 19. Jahreskongress in Essen im Oktober 1996 benannte sich die ADÜTDF in Deutsche Türk-Föderation (ATF) um. Dieser Schritt fand bislang kaum Widerhall; sowohl in schriftlichen Verlautbarungen als auch im Sprachgebrauch der Anhänger ist weiterhin von den „Idealistenvereinen“ die Rede.

Der ebenfalls 1996 neu gegründete europäische Dachverband „Konföderation der idealistischen Türken in Europa“ (Avrupa Ülkücü Türk Dernekleri – AÜTDK) koordiniert die Arbeit der einzelnen nationalen Türk-Föderationen in Europa. Laut ihrer Satzung fühlt sich die ATF der „Förderung der Zusammenarbeit und Solidarität der in Europa lebenden türkischen Staatsangehörigen“ verpflichtet. Im Sinne dieses Programms werden seitens der ATF Korankurse, aber auch Kultur- und Sportveranstaltungen angeboten.

Obwohl aufgrund der türkischen Gesetzeslage, die die Bildung von Auslandsorganisationen politischer Parteien verbietet, keine formalen organisatorischen Verbindungen bestehen, kann die ATF als Auslandsvertretung der türkischen Partei der Nationalen Bewegung (Milliyetçi Hareket Partisi, MHP) angesehen werden. Der 1997 verstorbene Gründer der MHP, Oberst Alparslan Türkeş, trat immer wieder

als Redner auf Veranstaltungen der ADÜTDF in Erscheinung.

Der 1917 geborene Türke galt als die zentrale Figur des extremen türkischen Nationalismus der letzten Jahrzehnte. 1944 wurde er wegen seines Eintretens für ein militärisches Bündnis mit dem Dritten Reich kurzzeitig inhaftiert. Beim Militärputsch von 1960 war er an führender Stelle vertreten. Während der türkischen Staatskrise Ende der siebziger Jahre übten die von ihm kontrollierten paramilitärischen Einheiten, die so genannten Grauen Wölfe (Bozkurtlar) ein derartiges Maß an Terror gegen Andersdenkende aus, dass Türke 1980 vor Gericht gestellt, 1995 aber letztinstanzlich freigesprochen wurde. Zwischen 1975 und 1978 übernahm er in Koalitionsregierungen zweimal das Amt des stellvertretenden Regierungschefs.

Die von Türke gegründete und bis zu seinem Tod von ihm geführte MHP stand ursprünglich für einen extremen türkischen Nationalismus, der dem Islam gegenüber skeptisch, wenn nicht gar ablehnend eingestellt war. Vielmehr wurde auf das Land Turan Bezug genommen, der mystischen Urheimat der Türken in Zentralasien. Damit verbunden war eine Orientierung an den kulturellen Formen der vorislamischen Türken. Die von Nihal Atsız, einem einflussreichen Ideologen und führenden Vertreter der „türkistischen“ oder „schamanistischen“ Weltanschauung erarbeitete „13-Strahlen-Theorie“ war der unmittelbare ideologische Vorläufer für das von Türke 1965 veröffentlichte Werk „Die Neun-Strahlen-Doktrin“. Diese neun Punkte beziehen sich auf Motive wie Nationalismus, Wissenschaftlichkeit und Moralismus, wobei letztlich alles auf eine nationalistische Grundhaltung hinausläuft.

Seit Mitte der sechziger Jahre gewann der Islam als ideologisches Moment an Bedeutung für die MHP. Auf dem dritten MHP-Kongress 1969 setzten sich die Befürworter der „islamischen Linie“ gegen die „Schamanisten“ um Atsız durch, worauf diese die Partei verließen. Die neue programmatische Linie, die so genannte Türkisch-Islamische Synthese, hinterließ Spuren im Schriftgut der Partei. Während 1965 in der Veröffentlichung von Türke zur „Neun-Strahlen-Doktrin“ in Fragen der „Moralität“ statt auf den Islam auf „türkische Traditionen, den Geist und den Glauben der türkischen Nation“ verwiesen wurde, waren in einer Veröffentlichung von 1972 bereits „islamische Prinzipien“ hinzugefügt und das Vorwort betonte den islamischen Beitrag zur Weltkultur. Weiterhin führte Türke aus:

„Nationen können nicht ohne Religion existieren. Jede Nation hat eine Religion ... Die Basis und die Quellen der Neun-Strahlen sind diese: Türkisches Bewusstsein, islamischer Glaube, islamische Moral und islamische Tugend.“

Eine endgültige und ausgewogene Gewichtung zwischen nationalistischen und islamistischen Komponenten der Ideologie ist bis heute nicht erreicht. Bis in die neunziger Jahre, verstärkt nach dem Militärputsch 1980, nahm die Ausrichtung an islamischen Inhalten zu. Der islamistische Flügel der Partei spaltete sich jedoch 1993 unter dem Namen Große Einheitspartei (Büyük Birlik Partisi, BBP) von der MHP ab. Dies erst schuf die Voraussetzung für die Regierungsbeteiligung der MHP in der offiziell laizistischen Türkei nach den Wahlen im April 1999. Auf einer Woge der nationalen Emotion nach der Festnahme des PKK/KADEK-Führers

ÖCALAN konnte die MHP mit 18% der Wählerstimmen als zweitstärkste Partei ins Parlament einziehen. Unter dem als relativ gemäßigt eingeschätzten Parteiführer und von 1999 bis 2002 amtierenden stellvertretenden Ministerpräsidenten Devlet Bahçeli standen Fragen des politischen Machterhalts im Vordergrund. Ideologische Diskurse wurden allenfalls intern erörtert. Mit dem Ausscheiden aus dem Parlament nach den Wahlen vom 3. November könnte eine erneute Grundsatzdiskussion in Gang kommen.

Die grundsätzlichen Entwicklungen innerhalb der MHP werden von ihrem Deutschlandabteiler ATF nachvollzogen. Die ATF appellierte seit 1999 verstärkt an ihre Mitglieder, die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland zu respektieren und Gewalt zu vermeiden. Nationalistische Äußerungen in den Presseorganen der ATF wurden möglichst vermieden. Führende ATF- und MHP-Funktionäre versichern öffentlich immer wieder, dass sie die Integration der in Deutschland lebenden Türken anstreben. Gleichzeitig fordern sie Islamunterricht auch in türkischer Sprache an deutschen Schulen sowie das Recht, sich nach islamischen Vorschriften zu kleiden. Der Bedarf an muslimischer Religionsunterweisung ist durchaus auch von politischer Seite erkannt worden. In mehreren Bundesländern, unter anderem in Niedersachsen, treten muslimische Dachverbände und die zuständigen staatlichen Stellen in Kontakt, um die Erfordernisse der Religionsfreiheit mit der gesellschaftlichen Integration zu verbinden. Bei den Gesprächspartnern herrscht entgegen der Vorstellung der ATF allerdings Einigkeit darüber, dass im Interesse der muslimischen Kinder der Unterricht in deutscher Sprache praktiziert werden muss.

Am 20. Mai verübten unbekannte Täter einen Brandanschlag auf eine katholische Kirche in Kassel; das Portal wurde beschädigt. Den Eingangsbereich besprühten die Täter mit dem Schriftzug „Bozkurt“ (Grauer Wolf). Die ATF distanzierte sich bereits einen Tag später von dem Anschlag. Es handele sich um ein „Komplott“ mit dem Ziel, das friedliche Zusammenleben von Türken und Deutschen zu gefährden. Tatsächlich erscheint es nach Einschätzungen der Sicherheitsbehörden als eher unwahrscheinlich, dass ATF-Aktivisten hinter dem Brandanschlag stehen. Dies stünde im deutlichen Gegensatz zu den Vorgaben zum Gewaltverzicht und zur Einhaltung bestehender Gesetze. Diesen Anweisungen der Führung entgegen stehen mitunter eher ungeplant-spontane Aktionen gegen den ideologischen „Feind Nr. 1 des Türkentums“, den kurdischen KADEK. In Hamburg kam es am 11. Januar 2003 bei einer Demonstration örtlicher KADEK-Anhänger zu Auseinandersetzungen mit Sympathisanten der ATF. Dabei wurde ein Parteigänger dieser Gruppierung durch einen Messerstich verletzt.

Die ATF ist im Bundesgebiet in über 180 Vereinen hierarchisch organisiert. Die niedersächsischen Vereine – u. a. in Hannover, Goslar, Braunschweig und Salzgitter sowie einzelne Vereine aus Hessen und Nordrhein-Westfalen gehören zur Region (Bölge) Niedersachsen. Abgesehen von lokalen Vereinsveranstaltungen entwickelte die ATF-Region Niedersachsen nur geringe Aktivitäten. Lediglich die Kulturveranstaltungen, bei denen regelmäßig MHP-Abgeordnete als Gastredner auftreten, fanden überregionales Interesse.

Inwieweit sich die Niederlage der „Mutterpartei“ MHP bei den tür-

kischen Parlamentswahlen in den Aktivitäten der ATF niederschlägt, muss abgewartet werden. Aber selbst bei einer Fortführung der moderaten Linie wirkt sich die Rolle der ATF im Integrationsprozess der in Deutschland lebenden Türken hemmend aus. Ähnlich wie die gleichfalls betont gewaltablehnend auftretende IGMG bietet die ATF spe-

ziell verunsicherten türkischen Jugendlichen eine Gemeinschaft an, die sich selbst in deutlicher Abgrenzung zu anderen Volks- und Religionsangehörigen definiert. Der Anspruch, als gemäßigte politische Organisation zu gelten, wird dadurch fragwürdig, dass die ATF an ihrer pantürkischen und antikurdischen Ideologie festhält.

DEVRIMCI SOL (Dev Sol) / DHKP-C und THKP-C-Devrimci Sol

Die Organisation ist gespalten in:

**Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front (DHKP-C)
„KARATAS - Flügel“**

**Türkische Volksbefreiungspartei/-front-Revolutionäre Linke
(THKP-C-Devrimci Sol) „YAGAN - Flügel“**

Mitglieder	2001	2002
Bund:	950	800
Niedersachsen:	75	75

Publikationen: VATAN (Vaterland / KARATAS-Flügel)
TAVIR (Haltung / KARATAS-Flügel)
DEVRIMCI CÖZÜM
(Revolutionäre Lösung / YAGAN-Flügel)

Aus der 1978 gegründeten Organisation Devrimci Sol (Revolutionäre Linke) entstand eine der wichtigsten Gruppierungen im Bereich des türkischen Links-extremismus, die Revolutionäre Volksbefreiungspartei - Front (DHKP-C, Devrimci Halk Kurtulus Partisi - Cephesi). Die in Deutschland verbotene DHKP-C zielt auf die gewaltsame Zerschlagung des türkischen Staates und die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft

auf der ideologischen Grundlage des Marxismus - Leninismus.

Die DHKP-C und eine weitere Devrimci Sol-Abspaltung, die Türkische Volksbefreiungspartei-Front-Revolutionäre Linke (THKP-C-Devrimci Sol, Türkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi-Devrimci Sol), gehen auf die in den späten sechziger Jahren gegründete Revolutionäre Jugendbewegung (Devrimci Gendik) sowie auf die ur-

sprüngliche THKP-C zurück. Die ursprüngliche THKP-C wurde als bewaffnete Guerillaorganisation 1972 von der türkischen Armee zerschlagen. In der 1978 gegründeten Devrimci Sol wirkten von Anfang an militante Aktivisten mit, die den bewaffneten Kampf in der Tradition der ursprünglichen THKP-C fortzuführen gedachten. Im Hinblick auf ihr erklärtes Ziel, die Errichtung einer klassenlosen Gesellschaft in der Türkei, wurde der bewaffnete Kampf der „anti-imperialistischen“ und „anti-oligarchischen“ Guerilla in der Türkei als „Zurückdrängung des offenen Faschismus“ gerechtfertigt. Die nach dem Militärputsch von 1980 konstituierte türkische Verfassung wurde als eine „Institutionalisierung des Faschismus“ betrachtet. Nachdem die Devrimci Sol bereits am 12. September 1980 nach mehreren Terroranschlägen in der Türkei verboten worden war, erging am 27. Januar 1983 wegen zahlreicher Brandanschläge, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Verstößen gegen das Vereinsgesetz eine Verbotsverfügung in der Bundesrepublik Deutschland. Das Verbot wurde u. a. damit begründet, dass die Organisation die innere Sicherheit der Bundesrepublik durch die Befürwortung öffentlicher Gewaltanwendung gefährde. Nach dem Verbot setzte die Devrimci Sol ihre Aktivitäten konspirativ fort.

Aufgrund interner Richtungskämpfe spaltete sich die Organisation 1993 in die nach den jeweiligen Führungsfunktionären benannten KARATAS und YAGAN-Flügel. Die stärkere, von Dursum KARATAS dominierte Abspaltung trug die offizielle Bezeichnung Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C). Die sich auf den im März 1993 von türkischen Sicherheitskräften

getöteten Bedri YAGAN beziehende kleinere Gruppe bewahrte mit ihrem Namen Türkische Volksbefreiungspartei-Front-Revolutionäre Linke (THKP-C Devrimci Sol) die historische Kontinuität ihrer Vorgängerorganisationen. Beide Gruppen benutzen dasselbe Emblem, ein Hammer- und Sichel-Zeichen. Ebenso wird das „historische Erbe“ der Devrimci Sol von beiden Organisationen beansprucht. War in den neunziger Jahren eine gewalttätige Rivalität beider Gruppierungen bis hin zu gegenseitigen Mordanschlägen zu verzeichnen, so werden die Auseinandersetzungen mittlerweile verbal fortgesetzt.

Das Bundesministerium des Innern stufte die DHKP-C als Ersatzorganisation der verbotenen Devrimci Sol ein und erließ am 13. August 1998 ein Vereinsverbot. Am gleichen Tag erging gegen die THKP-C Devrimci Sol ein Betätigungsverbot. Das Vereinsverbot der DHKP-C wurde am 1. Februar 2000 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt. Diese restriktiven Maßnahmen führten zu einer Verlagerung von Aktivitäten, wie die Abhaltung von Vollversammlungen und Gedenkfeiern ins europäische Ausland.

Organisationsstruktur und Aktivitäten

Die DHKP-C gliedert sich in der Türkei in einen politischen Arm, die Revolutionäre Volksbefreiungspartei (DHKP), und in einen militärischen, die Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC). Der Befreiungskampf wird nicht national verstanden, sondern als gemeinsames revolutionäres Projekt aller anatolischen Völker. Hierbei sind vor allem türkische Sicherheitsbehörden, insbesondere Vertreter von Polizei

und Justiz, die bevorzugten Ziele für Anschläge der DHKP-C in der Türkei. Im Jahr 2001 verübten Anhänger der Organisation drei folgenschwere Anschläge mit mehreren Toten und zahlreichen Schwerverletzten gegen türkische Polizeistationen. In Europa sind dagegen seit Beginn des Jahres 1998 keine Gewalttaten mehr festgestellt worden. Die in Deutschland weniger bekannte THKP-C weist zu der bisherigen ideologischen Linie der DHKP-C nur geringe Unterschiede auf.

Mittlerweile ist bei der sich auch als „Partei der Unterdrückten“ bezeichnenden DHKP-C ein Zugehen auf potentielle Verbündete im gemeinsamen „anti-imperialistischen“ Kampf zu beobachten. Aus Anlass des ersten Jahrestages der Terrorangriffe auf New York und Washington veröffentlichte die DHKP im Internet einen Aufruf zur Bildung einer breiten Widerstandsfront gegen das „amerikanische Imperium“ unter Zurückstellung ideologischer Unterschiede. Nach dem 11. September 2001 hätten „Terror“ und „Aggressionen“ des „US-Imperialismus“ neue Dimensionen erreicht. Die DHKP stehe im Kampf gegen die USA auf der Seite aller anti-imperialistischen Kräfte, u. a. „auf der Seite der Islamisten, Revolutionäre, Demokraten, Globalisierungsgegner, Umweltschützer“.

Es werden nun politische Themen aufgegriffen, die sonst eher von islamistischen Organisationen behandelt werden, wie z. B. die Tschetschenien-Problematik. So veröffentlichte das Pressebüro der DHKP im Internet im Oktober eine Erklärung, in der massive Kritik am Vorgehen Russlands gegen tschetschenische Geiselnahmer geübt wird. Unter der Überschrift „Für die imperialistische Kultur gibt es den Menschen nicht“ wirft die Organisa-

tion der russischen Regierung vor, ein Verbrechen begangen zu haben, für die die Worte Massaker, Terror oder Brutalität nicht ausreichen. In diesem Zusammenhang solidarisiert sich die Organisation mit dem Irak und behauptet, die USA kümmerten sich nicht darum, dass infolge des gegen den Irak verhängten Embargos hunderttausende Kinder gestorben seien. Es sei offensichtlich, wer massakriere und Gewalt ausübe und damit den Völkern keine andere Wahl lasse, als zu kämpfen.

In einer für marxistische Organisationen ungewöhnliche Vorgehensweise wurden in den letzten Jahren vereinzelt durch Aktivisten der DHKP-C in der Türkei Selbstmordattentate verübt.

Aufgrund dieser menschenverachtenden Handlungsweise hat die EU neben der PKK und der iranischen MEK auch die DHKP-C in ihre Liste terroristischer Personen und Organisationen aufgenommen. Für die DHKP-C haben sich die europäischen Staaten durch diesen Schritt nun auch in die Gruppe internationaler „Folterer“ und „Mordgehilfen“ eingereiht. Nun seien auch die EU-Staaten für Morde und Folterungen in der Türkei mitverantwortlich.

Festhalten am Hungerstreik

Das im Jahr 2000 gebildete, von der DHKP-C dominierte „Komitee gegen Isolationshaft“ (IKM) macht ebenfalls die Europäische Union durch ihre Unterstützung der Türkei für die Toten des politischen Hungerstreiks verantwortlich. Diese als Protest gegen die Verlegung von Häftlingen aus Großraumzellen in neue Haftanstalten mit Einzelzellen gerichtete Aktion forderte bis zum 11. Januar 2003 64 Opfer, 40 weitere Personen kamen bei Aktionen im Zusammenhang mit dem Hunger-

streik ums Leben. Während das von den ebenfalls marxistisch-revolutionär ausgerichteten Organisationen TKP/ML und MLKP geschaffene „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (DETUDAK) im Mai die Aktion für beendet erklärte, bestand die DHKP-C auf der Fortsetzung der Aktion. Die neue türkische Regierung soll mit diesem Problem konfrontiert werden. Daher verbreitet die DHKC seit dem 9. November eine Erklärung im Internet, in der sie den Parteivorsitzenden der bei der türkischen Parlamentswahl siegreichen AKP, ERDOGAN, davor warnt, die Fehler der Vergangenheit

zu wiederholen. Unter Hinweis auf ein weiteres Opfer des „Todesfastens“ fragt die Organisation den Politiker, was er in Bezug auf die „Isolations“-Gefängnisse zu tun beabsichtige. Es sei müßig, auf das Zerschlagen des Widerstandes in den Haftanstalten zu hoffen. „Jeder Sarg, der von nun an aus den Gefängnissen herausgetragen wird, wird euch zugeschrieben werden.“

Schwerpunkt der weiter abnehmenden DHKP-C-Aktivitäten in Niedersachsen ist die Stadt Hannover. Aktionen mit THKP-C-Devrimci Sol-Bezug konnten in Niedersachsen nicht festgestellt werden.

Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten (TKP/ML)

Mitglieder	2001	2002
Bund:	1.700	1.500
Niedersachsen:	160	130
Publikationen:	ÖZGÜR GELECEK (Freie Zukunft) HALKIN GÜNLÜGÜ (Tagebuch des Volkes) PARTIZAN (Partisan) ISCI-KÖYLÜ-KURTULUSU (Arbeiter- und Bauernbefreiung) DEVRIMCI DEMOKRASI (Revolutionäre Demokratie)	

Die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) konnte 2002 den dreißigsten Jahrestag ihrer Gründung begehen. Am 24. April 1972 wurde diese revolutionär-marxistische Organisation von dem ein Jahr später in einem türkischen Gefängnis verstor-

benen Ibrahim KAYPAKKAYA gegründet. In der Folgezeit führten von persönlichen Machtambitionen bestimmte interne Auseinandersetzungen von Funktionären mehrfach zu Abspaltungen und zu veränderten Organisationsbezeichnungen, ohne dass sich dies auf die vertretene Ideologie ausgewirkt

hätte. Die marxistisch-leninistische Ausrichtung der Organisation wird ergänzt durch einen maoistischen Ansatz. Nach der von Mao entwickelten Konzeption des vom Land in die Städte zu tragenden Volkskriegs ist neben dem industriellen Proletariat die Bauernschaft das eigentliche revolutionäre Subjekt. Um das politische Ziel durchzusetzen, mittels einer „demokratischen Volksrevolution“ eine kommunistische Gesellschaftsordnung einzurichten, schuf sich die TKP/ML die Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO).

Die TKP/ML ist derzeit in die Flügel TKP/ML und TKP(ML) gespalten. Beide Flügel unterhalten in Deutschland und anderen europäischen Ländern Basisorganisationen, die ihre Zugehörigkeit und Verbundenheit mit der Partei verschleiern. Mit der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF) und der „Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa“ (ATIK) verfügt der dominierende TKP/ML-Flügel über zwei Basisorganisationen, die die politischen Ziele auf deutscher bzw. europäischer Ebene propagieren. Entsprechende Aufgaben haben auch die beiden TKP(ML)-Basisorganisationen „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland“ (ADHF) und „Konföderation für demokratische Rechte in Europa“ (ADHK).

Weiterhin im Zentrum der politischen Agitation der türkischen Kommunisten stand der Hungerstreik so genannter politischer Gefangener in der Türkei. Am 20. Oktober 2000 traten Angehörige verschiedener linksextremer Gruppen in türkischen Gefängnissen in ein „Todesfasten“. Damit wurde gegen eine geplante Verlegung der Gefangenen aus Großraumzellen in neue Haftanstalten mit Einzelzellen demonstriert. Verschiedene linksextreme türkische

Gruppierungen gründeten daraufhin ein „Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ (Devrimci Tutuklu Dayanisma Komitesi, DETUDAK). Die DETUDAK führte am 23. Februar eine Demonstration in Frankfurt/Main zum Thema Todesfasten mit ca. 600 Teilnehmern durch. Am 28. Mai erklärten die beteiligten Organisationen, mit Ausnahme der DHKP-C, das Todesfasten für beendet.

Die von gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägte Situation im Nahen Osten nahmen beide Parteiflügel zum Anlass, mit diesem Thema einen weiteren propagandistischen Schwerpunkt zu setzen. Damit verbunden kam ein ausgeprägter Antiamerikanismus zum Ausdruck. Die ATIK veröffentlichte in der September/Oktoberausgabe ihrer Schrift „Neue Demokratische Jugend“ ein Interview zum ersten Jahrestag der terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 mit ihrem namentlich nicht genannten Vorsitzenden. Dieser vertrat die Meinung, dass

„ ... diese Angriffe die Ergebnisse der Aktivitäten der USA selbst (sein). Sie haben dieses Unglück selbst herbeigerufen. Die USA mischen fast überall mit und greifen alles an ... Die USA spielt die Weltpolizei. Doch diesmal wurde der Tiger in der eigenen Höhle überrascht.“

Unter der Überschrift „Die palästinensische Erde ist mit Blut getränkt“ verfassten mehrere revolutionär-marxistische Gruppierungen, darunter beide Flügel der TKP/ML gemeinsam eine Flugschrift, in der unterstellt wird, der „US-Imperialismus“ und Israel begingen in Palästina Völkermord. Unter der Schirmherrschaft der USA richte der „Zionismus“ ein Blutbad an. Der

gerechtfertigte Kampf der Palästinenser verdiene Unterstützung auch von türkischer Seite. Abschließend wurde die Forderung erhoben:

„Der US-Imperialismus, der Zionismus und der Schlächter Sharon müssen Palästina sofort verlassen!“

Ebenfalls thematisiert wurde die Situation von in Deutschland lebenden Ausländern und deren rechtliche Situation. In einem von der ATIF verbreiteten Flugblatt werden Forderungen wie die Abschaffung des Ausländergesetzes und die Einführung des Wahlrechts für alle Einwanderer erhoben. Unter der Überschrift „Ohne das Wahlrecht für alle würde an Demokratie in Deutschland etwas fehlen“ wird ausgeführt, dass es zur Spaltung der Gesellschaft und zum Nationalismus führe, wenn man das Wahlrecht an die Staatsbürgerschaft knüpfe.

Zu den Aufgaben der in Deutschland und in Europa ansässigen Anhänger beider Flügel gehört die materielle Unterstützung der Organisationen in der Türkei. Einnahmequellen sind neben Spendensammlungen der Verkauf von Publikationen und die Durchführung von Großveranstaltungen wie von der TKP(ML) am 18. Mai in Frankfurt am Main und am 25. Mai durch die TKP/ML in Wuppertal. Etwa 3.500 Personen nahmen an der Veranstaltung in Frankfurt teil, in Wuppertal haben sich ungefähr 6.000 Personen versammelt.

Die 1994 in der Türkei gegründete Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei mit etwa 600 Anhängern kann ebenfalls als Abspaltung der TKP/ML angesehen werden. Die Aktivitäten der Gruppe zielen auf die gewaltsame Zerschlagung der Türkischen Republik. Über das Internet veröffentlichte die Organisation zu ihrem dritten Parteikongress (3.-18. April)

folgende, ihre Generallinie zusammenfassende Meldung:

„Der 3. Kongress der MLKP ist in erster Linie ein Schlag gegen den amerikanischen Imperialismus, den Hauptfeind der Völker der Welt, und gegen die imperialistische Welt, gegen die kapitalistische Ausbeutungsordnung, gegen den Faschismus und gegen die Barbarei der imperialistischen Globalisierung von der Front der Freiheit und des Sozialismus aus.“

Mit der Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland e. V. (AGIF) verfügt die MLKP im Bundesgebiet über eine Basisorganisation. Weiterhin der MLKP zuzurechnen ist die türkische „Kommunistische Jugendorganisation“, die u. a. jährlich so genannte internationale Jugendcamps durchführt, so vom 27. Juli bis zum 5. August 2002 in Belgien.

Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (KADEK)/ bisher: Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)⁷²

Vorsitzender:	Abdullah ÖCALAN	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	12.000	11.500
Niedersachsen:	1.650	1.650
Publikationen:	SERXWEBUN (Unabhängigkeit), monatlich Kurdistan-Report, zweimonatlich Weitere Publikationen der Teil- und Nebenorganisationen des KADEK, bisher PKK , wie z. B.: Jina Serbilind (Die stolze Frau) Roja Kurdistane (Sonne Kurdistans) Sterka Ciwan (Stern der Jugend) Ronahi (Licht)	

Der Ursprung der Arbeiterpartei Kurdistans liegt in den siebziger Jahren, als ausgehend von den Hochschulen der Linksextremismus in der Türkei eine Hochphase erlebte. Die 1973 gegründete Gruppierung Kurdistan-Revolutionäre (Kürdistan Devrimçeleri) ist die Keimzelle der späteren PKK. Diese 1973 vom ehemaligen Politologiestudenten Abdullah ÖCALAN mit sechs Gesinnungsgenossen gegründete Gruppe wurde als eine ausschließlich auf die Belange türkischer Kurden ausgerichtete linksextremistische Kaderorganisation verstanden. Am 27. August 1978 erfolgte die Ersetzung des türkischen

Namens Kürdistan Devrimçeleri durch die kurdische Bezeichnung Partiya Karkeren Kurdistan (PKK). ÖCALAN setzte sich in den Folgejahren zum Teil mit brutaler Gewalt als maßgeblicher Führer der Organisation durch. Aus seiner Sicht heraus war nicht allein der türkische Staat Hindernis auf dem Wege zur kurdischen Eigenstaatlichkeit, sondern ebenso die Zersplitterung des kurdischen Volkes in Clans und Sippen unter der Herrschaft reaktionärer Führer.

Am 15. August 1984 gründete die PKK/KADEK die Teilorganisation Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK). Die zuvor in libanesischen Palästinenserlagern ausgebildete PKK-Guerilla führte nun einen bewaffneten Kampf, der sich zunächst auf Angriffe auf türkische Gendarmerie- und Militärstütz-

⁷² Das Bundesministerium des Innern hat mit Schreiben vom 16.08.2002 festgestellt, dass die „Gründung des KADEK“ eine bloße Umbenennung im vereinsrechtlichen Sinne ist.

punkte konzentrierte, sich in den Folgejahren aber auch gegen kurdische Bevölkerungsteile richtete, soweit diese dem Alleinvertretungsanspruch der PKK Widerstand entgensetzten. Die Türkei reagierte mit der Verhängung des Kriegsrechts. Im Zuge der Kämpfe, bei denen die PKK zunehmend in die Defensive geriet, dürften nach Schätzungen von Menschenrechtsorganisationen ca. 40.000 Menschen, mehr als die Hälfte davon PKK-Guerillakämpfer, getötet worden sein.

Politischer Druck der Türkei gegenüber der syrischen Regierung führte Ende 1998 zur Ausweisung Abdullah ÖCALANs aus seinem selbstgewählten Exil in Damaskus. Vier Monate später, am 15. Februar 1999 wurde Abdullah ÖCALAN durch türkische Sicherheitskräfte in Nairobi/Kenia festgenommen und gewaltsam in die Türkei verbracht. Im Juni 1999 verurteilte ihn das türkische Staatssicherheitsgericht wegen Hochverrats zum Tode. Die Türkei setzte die Entscheidung über die Vollstreckung des Todesurteils bis zum Abschluss eines von ÖCALAN beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg angestrebten Verfahrens aus. ÖCALAN macht in seiner Klage u. a. geltend, dass seine Verbringung aus Kenia in die Türkei, das dortige Gerichtsverfahren und die gegen ihn verhängte Todesstrafe gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstießen.

Am 3. Oktober 2002 wandelte das türkische Staatssicherheitsgericht die gegen Abdullah ÖCALAN verhängte Todesstrafe in eine lebenslange Freiheitsstrafe um. Das Gericht entsprach damit einer Gesetzesänderung vom August 2002, mit der die Todesstrafe in der Türkei in Friedenszeiten abgeschafft worden war.

Am 12. März 2003 verkündete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg sein Urteil. In der Urteilsbegründung wurde u. a. eine mangelnde Unabhängigkeit des Gerichts sowie eine Behinderung des ÖCALANs in der Vorbereitung seiner Verteidigung festgestellt. Dagegen sah der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte keine Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Festnahme und Verbringung ÖCALANs von Kenia in die Türkei sowie in den Bedingungen der Einzelhaft ÖCALANs auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali. Den Anwälten ÖCALANs wurde eine Prozesskosten-Erschädigung von 100.000 Euro gewährt.

Umbenennung der PKK in KADEK infolge eines vollzogenen Strategiewechsels

Kurze Zeit nach der Festnahme von ÖCALAN gab sich die Organisation eine neue Programmatik. Angestrebt wurde kein selbstständiger Staat mehr, sondern man befürwortete nun eine Autonomielösung für den kurdischen Bevölkerungsanteil innerhalb der Türkischen Republik. Entsprechend zogen sich die Guerillaeinheiten der ARGK ab August 1999 unter Mitnahme der Waffen aus der Türkei zurück.

ÖCALAN selbst wurde trotz seiner durch die Inhaftierung und andauernder Isolierung beschnittenen Agitationsmöglichkeiten uneingeschränkt als führender Kopf der PKK anerkannt. Seine Weisungen und programmatischen Vorstellungen werden durch seine Bücher und Verteidigungsschriften sowie durch die Besuchskontakte seiner Anwälte der Öffentlichkeit bekannt. Der Präsidialrat der Organisation, ein nach ÖCALANs Verhaftung

gebildetes Führungsgremium, hat ÖCALANs Führungsanspruch bis heute nicht in Frage gestellt.

Höhepunkt und vorläufiger Abschluss der Phase organisationsinterner Diskussionen sowie von der Führung verordneter „Wandlungen“ war der 8. Parteikongress der PKK, der vom 4. bis 10. April im Grenzgebiet Iran/Irak durchgeführt wurde. Der Abschluss-erklärung zufolge hat der Kongress „historische Beschlüsse“ gefasst, die PKK habe ihre „historische Mission“ erfüllt und alle Aktivitäten unter diesem Namen mit dem 4. April eingestellt. Der 8. Parteikongress sei gleichzeitig „Gründungskongress einer neuen Organisation“ gewesen, für die er ein neues Programm, eine neue Satzung und eine neue Organisationsform beschlossen habe. „Legitimer und einziger Nachfolger der PKK“ sei der Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans (Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan, KADEK), mit der Aufgabe, bei einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage eine koordinierende Funktion auszuüben, insbesondere durch die „Gründung von Organisationen für alle Teile Kurdistans“. Der neue Verband werde sich zur Erreichung seiner Ziele aktiv am Kurdischen Nationalkongress (KNK)⁷³ beteiligen. Gültige Staatsgrenzen sollten nicht in Frage gestellt werden. Jede Form des Terrorismus werde verurteilt. Der KADEK halte es für richtig, im Zuge einer demokratischen Lösung jegliche Art von militärischer Auseinandersetzung zu beenden. Um den Erfolg dieser Lösung zu gewährleisten, sei jedoch der Ausbau der Guerilla als „legitime Selbstverteidigungsposition“ notwendig.

Mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 16. August 2002

wurde die „Gründung des KADEK“ als bloße Umbenennung im vereinsrechtlichen Sinne bewertet, da organisatorische und personelle Zusammenhänge der Organisation identisch sind sowie ein kontinuierlicher Fortgang der bisherigen PKK-Aktivitäten wie Rekrutierung und Ausbildung Jugendlicher, Großveranstaltungen und die alljährliche Spendenkampagne festgestellt werden konnten. Auch unter neuem Namen zeige sich, dass der eingeschlagene „gemäßigte“ Kurs der Organisation in Deutschland jederzeit umkehrbar bleibe, da wichtige strukturelle Gegebenheiten, z. B. die Kaderhierarchie und die Guerilla, weiter bestehen. Das PKK-Betätigungsverbot in Deutschland gelte somit für den KADEK fort. Während die Basis weiterhin hauptsächlich den Namen PKK benutzt, verwenden die Funktionäre der Organisation und ihre Medien den neuen Namen.

Organisatorische Situation

Die Europäische Frontzentrale (Avrupa Cephe Merkezi, ACM), Anfang 2000

⁷³ Der KNK (Kongra Netewiya Kurdistan), als „parlamentarische Exilvertretung der Kurden in Europa“ seit Mai 1999 Nachfolger der 1995 gegründeten, von der PKK/KADEK gesteuerten Vorläuferorganisation „Kurdisches Exilparlament“, soll im Einigungsprozess der Kurden das oberste Beschlussorgan bilden. Vom 15. bis 17. Dezember 2001 veranstaltete der KNK in Belgien seine 3. Nationale Konferenz mit mehr als 120 Vertretern kurdischer Organisationen und Parteien. Schwerpunkt war die Frage der nationalen Einheit der Kurden. Murat KARAYILAN, Mitglied des Präsidialrats der PKK, formulierte in seiner Grußbotschaft die Forderung, den KNK „langsam in die Türkei zu verlagern“, was als Vorstoß der PKK gesehen werden kann, mittelbar, durch die bestehende Dominanz im KNK, politisch in der Türkei Fuß zu fassen.

umbenannt in Volksvertretung/ Einheitsparlament (Birlik Medisi), repräsentiert die oberste Funktionärschicht in Europa, während die YDK⁷⁴ die Handlungsebene bildet.

Die obersten Leitungsebenen blieben von den Umbenennungs- und Umstrukturierungsbeschlüssen des 8. PKK-Partei kongresses organisatorisch und personell offensichtlich weitgehend unberührt. Innerhalb der YDK erfolgte hingegen eine gewisse Straffung der Hierarchieebenen, die bisherigen PKK-Regionen (Eyalat) sind als Organisationseinheiten aufgelöst worden, die ehemals den Regionen nachgeordneten PKK-Gebiete (Bölge) sind zu (Groß-) Gebieten zusammengefasst worden, die sich wie zuvor jeweils aus mehrere Teilgebieten, so genannten Räumen (Alan), zusammensetzen. Die konspirativ agierenden Führungsebenen werden nicht gewählt, sondern autoritär von der jeweils nächsthöheren Funktionärschicht eingesetzt und unterstehen ihr nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam.

Ungeachtet des bestehenden Betätigungsverbot für die bisherige PKK und für den KADEK versucht die Organisation ihre Gliederung in Deutschland in ca. 20 KADEK (Groß-) Gebieten aufrecht zu erhalten. Niedersachsen umfasst nach der erfolgten Umstrukturierung Teile der (Groß-)gebiete Hannover (inkl. Celle und Salzgitter), Bre-

men (inkl. Oldenburg), Hamburg (inkl. Umland und Schleswig-Holstein) und Bielefeld (inkl. Osnabrück).

Neben dem KADEK sichern noch zahlreiche Teil- und Nebenorganisationen den Einfluss des KADEK auf das Leben der Kurden in Europa. Ein Teil ihrer Anhänger sind nach Interessengruppen in „Massenverbänden“ organisiert den so genannten Y-Gruppen⁷⁵. Die Y-Gruppen werden genutzt um neue Mitglieder und Kader für den KADEK zu gewinnen.

Es handelt sich dabei um folgende Organisationen:

Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK),

Partei der freien Frauen (PJA),

Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK),

Union der kurdischen Lehrer (YMK),

Union der Journalisten Kurdistans (YRK),

Union der Juristen Kurdistans (YHK),

Union der Schriftsteller Kurdistans (YNK),

Islamische Bewegung Kurdistans (KIH),

Union der Yeziden aus Kurdistan (YEK),

Union der Aleviten aus Kurdistan (KAB).

Auf lokaler Ebene arbeiten unter der KADEK nahestehenden Dachorganisation Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM)⁷⁶ Ortsvereine. In Niedersachsen gibt es zur Zeit YEK-KOM-Mitgliedsvereine u. a. in Hannover, Celle, Oldenburg, Peine

⁷⁴ Als Ausdruck des verkündeten Demokratisierungsprozesses erhielt nicht nur die PKK einen neuen Namen, auch weitere Neubenennungen von PKK-Teilorganisationen sollten eine Abkehr von der Militanz belegen. So wurde z.B. die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) in Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK), die Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK) in Volksverteidigungskräfte (HPG) umbenannt.

⁷⁵ Der Begriff Y-Gruppen ist ein von den Sicherheitsbehörden verwendeter Arbeitsbegriff, der auf den Anfangsbuchstaben der Gruppierungen Bezug nimmt; das Y steht für Yekitia und bedeutet Union oder Vereinigung.

⁷⁶ Die YEK-KOM war im Anschluss an das 1993 erfolgte Verbot des Dachverbandes FEYKA-Kurdistans und seiner Mitgliedsvereine als „neue Föderation“ neuer örtlicher „Kulturvereine“ gegründet worden.

und Salzgitter. Gerade die YEK-KOM-Ortsvereine, die nicht vom bestehenden PKK-Betätigungsverbot erfasst werden, treten immer wieder als Anmelder von Aktionen in Erscheinung, die Zielsetzungen der bisherigen PKK bzw. des KADEK auf der unteren Ebene realisieren helfen.

Finanzierung und wirtschaftliche Betätigung

Der hohe Geldbedarf zur Finanzierung der Guerilla in Kurdistan, der politischen Funktionsstruktur und auch der sonstigen Aktivitäten und Einrichtungen der Organisation wird in erheblichem Maße durch ihre Einnahmequellen in Deutschland und Europa gedeckt. Neben monatlichen Mitgliedsbeiträgen der Anhänger, Erlösen aus dem Verkauf von Publikationen und Eintrittskarten für Großveranstaltungen stammt der überwiegende Anteil der Einnahmen aus so bezeichneten Spendenkampagnen. Die alljährlich im Spätsommer beginnenden Spendenaktionen mit Gesamterlösen in zweistelliger Millionenhöhe legen den PKK/KADEK-Anhängern, aber auch kurdischen Geschäftsleute auf, „freiwillige“ Beiträge von nicht unerheblicher Höhe für die Organisation zu leisten. Für die jeweiligen regionalen YDK-Strukturen (Gebiete und Räume) gibt es entsprechend der Gesamtvorgabe für Europa hoch veranschlagte Vorgaben, die bei der Sammlung erreicht werden sollen. Entsprechend wird den „Spendern“ oft die von ihnen erwartete Summe offen mitgeteilt, die ihrer – meist überbewerteten – Leistungsfähigkeit entspricht. Nach der neuen Linie soll der KADEK grundsätzlich moderater auf die potenziellen Spender zugehen und keine Straftaten begehen.

Ein stärkeres Engagement im Wirtschaftsbereich zum Zwecke der Gewinnerzielung wurde von der PKK schon im Rahmen des 7. Außerordentlichen Parteikongresses Anfang 2000 beschlossen. Im Rahmen des „1. Kurdischen Wirtschaftskongresses“ im Januar 2001 in Rotterdam gründeten die 130 anwesenden Delegierten – kurdische Geschäftsleute und Unternehmer aus Europa und Übersee – einen Internationalen Kurdischen Arbeitgeberverband (KARSAZ), der die Interessen aller kurdischen Geschäftsleute zusammenfassen soll. Der Satzung des Verbandes zufolge will der KARSAZ u. a. in den Bereichen Lebensmittelproduktion, Telekommunikation, Immobilien sowie Versicherungs-, Bank- und Kreditwesen aktiv werden. Ziel sei dabei u. a. die Aktivierung des „kurdischen Kapitals“ sowie die Schaffung eines kurdischen Wirtschaftspotenzials und dessen Anbindung an den Weltmarkt. Der 2. KARSAZ-Kongress wurde vom 11. bis 13. Januar 2002 mit 139 Delegierten in Paris durchgeführt. In einer Grußbotschaft an den Kongress betonte der Präsidialrat der PKK, dass er KARSAZ großen Wert beimesse.

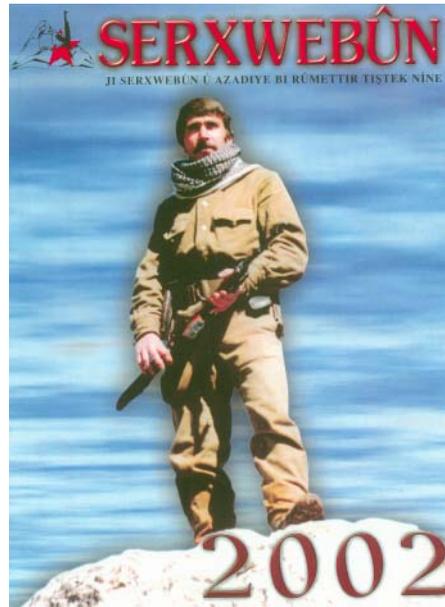
Sitz der Zentrale ist in Frankfurt a. M.. Ein im November 2001 vom Bundesministerium des Innern gegen KARSAZ eingeleitetes Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts, die mit einem Betätigungsverbot belegte PKK maßgeblich finanziell zu unterstützen, dauert an.

Propaganda der PKK bzw. des KADEK

Größte Bedeutung für die Propagandarbeit hat noch immer der Fernsehsender MEDYA-TV. Nachdem im März

1999 dem seit 1995 betriebenen Fernsehsender MED-TV die Sendelizenz durch die zuständige britische Fernsehbehörde unter Hinweis auf Gewaltaufrufe im Zusammenhang mit der Festnahme ÖCALANs entzogen wurde, war vorübergehend ein Kultur- und Bildungsprogramm für Kurden zunächst über den Sender CTV ausgestrahlt worden. Seit Juli 1999 besteht als Nachfolge für MED-TV der Sender MEDYA-TV, der neben kulturellen Beiträgen auch Nachrichten und politische Magazine sendet. Ein weiterer kurdischer Fernsehsender Mezopotamya Broadcasting A/S (METV) arbeitet seit dem Jahr 2000. MEDYA-TV und METV nutzen zeitversetzt die selbe Satellitenfrequenz für kulturelle Beiträge und politische Informationen, bei denen Themen mit PKK/KADEK-Bezug einen breiten Raum einnehmen. Auch wurde regelmäßig führenden Funktionären der PKK/KADEK in Interviews die Möglichkeit gegeben, das Parteiprogramm, Kommentare und Einschätzungen vor einem großen Publikum zu verbreiten.

Ein weiteres wichtiges Propagandamittel der Organisation ist die seit 1995 in Deutschland erhältliche türkischsprachige Tageszeitung ÖZGÜR POLITIKA (Freie Politik). Die Zeitung verbreitet neben Verlautbarungen der PKK/KADEK-Führungsebene regelmäßig Interviews mit Funktionären und ruft auf zur Teilnahme an regionalen und überregionalen Veranstaltungen. Als „offizielles Sprachrohr“ wird monatlich die Zeitschrift SERXWEBUN herausgegeben und an die kurdische Anhängerschaft vertrieben. Nebenorganisationen der PKK/KADEK geben zusätzlich noch monatlich bis vierteljährlich eigene Publikationen heraus.



Veröffentlichungen von PKK/KADEK-Inhalten im Internet haben in den letzten Jahren zugenommen. Neben einer ÖCALAN-Website zu „Leben, Werk und Schicksal“ des Inhaftierten sind vielfach Kontaktadressen verschiedener PKK/KADEK-Organisationen und aktuelle Verlautbarungen der Führungsebene abrufbar. Das seit 1995 in Köln bestehende und seit Mai 1999 in Berlin ansässige Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) verantwortet eine eigene Homepage und informiert die Öffentlichkeit im Stile einer Nachrichtenagentur über die Kurdenproblematik aus PKK/KADEK-Sicht.

Politische Aktivitäten

War die PKK in Deutschland bis in die zweite Hälfte der neunziger Jahre mit militanten Aktionen in Erscheinung getreten, so versucht sie seit dem, in

der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck einer friedlichen, um die kulturelle Identität der Kurden bemühten Organisation zu erwecken. Entsprechend wurde die seit Mai 2001 sowohl in der Türkei als auch in Europa laufende „Identitätskampagne“ durch eine weitere Aktion unter dem Motto „Unsere Muttersprache ist unsere Existenzgrundlage!“ zur Zulassung der kurdischen Sprache als Unterrichtsfach in der Türkei ergänzt.

Als Rückschlag für die Agitation zur Anerkennung als rein politisch handelnde Organisation wurde die Aufnahme der PKK in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgefasst.

Die Organisation protestierte mit scharfen Äußerungen. In einem Internet-Aufruf vom 26. April forderte das KIZ dazu auf, in Briefen an die Bundesministerin der Justiz und den Bundesaußenminister deutlich zu machen, „dass eine Aufnahme der PKK/KADEK in die EU-Liste möglicherweise Auswirkungen auf die friedliche Suche nach einer Lösung“ der Kurdenfrage haben könnte. Das Mitglied des Präsidialrates und Bruder des inhaftierten Abdullah ÖCALAN, Osman ÖCALAN, mahnte am 29. April in MEDYA-TV, mit der Aufnahme der kurdischen Freiheitsbewegung in die Terror-Liste würde die EU eine neue Kriegsphase einleiten, die „das Blut von Hunderttausenden kosten wird“. Dieser Schritt sei vergleichbar mit dem Abkommen von Lausanne⁷⁷, das zu dem bewaffneten Konflikt zwischen der Türkei und dem kurdischen Volk geführt habe. Die Maßnahme komme einer „Zustimmung zu einem Angriff auf die kurdische Freiheitsbewegung gleich“. Dahinter stünde die Absicht, die Bemühungen von PKK/KADEK, die Kurdenfrage auf demokratische Weise und friedlichem Wege zu lösen, „zunichte zu machen“.

Erste Tendenzen sinkender Mobilisierbarkeit und einer leichten Abnahme regionaler Aktionen zeigten sich im Jahr 2002 bei den regelmäßig begangenen Jahrestagen etwa zur Erinnerung an die Gründung der Organisation oder den Beginn des bewaffneten Kampfes. Auch die Situation der YEK-KOM-Mitgliedsvereine in Niedersachsen, wenn man die Besucherzahlen der Ortsvereine als Indikator des niedersächsischen Mobilisierungspotenzials der Organisation nimmt, entwickelte sich im Jahr 2002 für die Führungsebene unbefriedigend.

Der dritte Jahrestag der Festnahme ÖCALANs am 15. Februar 1999 wurde in Niedersachsen mit nächtlichen Mahnwachen in Hannover, Oldenburg und Salzgitter begangen. In Hannover versammelten sich außerdem ca. 500 Teilnehmer zu einer Kundgebung in der Innenstadt. Bei der entsprechenden Veranstaltung im Vorjahr erschienen mehr als doppelt so viele Anhänger. An einer Demonstration in Straßburg nahmen ca. 6.000 Teilnehmer aus Deutschland und Westeuropa teil.

Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes NEWROZ⁷⁸ kamen die Anhänger

⁷⁷ Auf der Friedenkonferenz von Lausanne (21. November 1922–24. Juli 1923) wurde der Friedensvertrag von Sèvres zugunsten der Türkei revidiert. Der Türkei wurde die politische Hoheit über die von ihr als nationales Territorium deklarierten Gebiete zugestanden, also einschließlich der armenischen und kurdischen Siedlungsgebiete.

⁷⁸ Das NEWROZ-Fest geht auf einen angeblich 2.500 Jahre alten Mythos zurück. Seinerzeit habe sich das kurdische Volk mit einem Fackelmarsch gegen die Tyrannei eines Despoten erhoben. Tatsächlich entstammt das Newrozfest dem iranischen Kulturkreis. Traditionell ist der Tanz in der Landestracht um ein offenes Feuer. Die PKK/KADEK instrumentalisiert diesen Festtag zu Propagandazwecken.

der PKK/KADEK zu einer friedlichen Veranstaltung in Düsseldorf zusammen. Unter dem Motto „NEWROZ-Fest des Friedens, der Freiheit und der Völkerverständigung“ folgten rund 38.000 Teilnehmer aus mehreren europäischen Ländern der Einladung der YEK-KOM. Vereinzelt wurden verbotene PKK-Embleme sowie ÖCALAN-Bilder gezeigt, sowie Parolen wie „Hoch lebe APO⁷⁹, hoch lebe Kurdistan“ skandiert.

Mit Demonstrationen in mehreren deutschen Städten machten Anhänger der Organisation auf den Beginn des „Komplots“⁸⁰ gegen die PKK/KADEK am 9. Oktober 1998 aufmerksam. Das Mitglied des Generalpräsidialrats, Mustafa KARASU, äußerte in der ÖZGÜR POLITIKA vom 9. Oktober 2002, es sei nicht möglich, diese Verschwörung zu vergessen. Er beschuldigte vor allem Großbritannien, die USA und Israel der Beteiligung an dem Komplott; jedoch hätten auch die Türkei, Europa, Griechenland und Russland ihren Anteil daran. In Niedersachsen fand lediglich eine Kundgebung in Hannover mit ca. 35 Teilnehmern statt. Der Jahrestage der PKK-Gründung (27. November 1978) und des Betätigungsverbot in Deutschland (26. November 1993), denen bisher der höch-

ste Stellenwert beigemessen worden war, wurde in diesem Jahr nur mit kleinen, internen Versammlungen gedacht.



Der schwindenden Bereitschaft der in Deutschland lebenden Kurden, sich für PKK/KADEK-Aktionen instrumentalisieren zu lassen, versuchte die Organisation mit einer Kampagne gegen die Haftbedingungen ÖCALANs zu begegnen. Dabei wurde insbesondere kritisiert, dass die Besuchsrechte des Vorsitzenden der PKK/KADEK stark eingeschränkt seien, was einer „Isolation“ gleichkomme. Die maßgeblich über PKK/KADEK-nahe Medien verbreitete Kritik wurde mit der Aufforderung an das „kurdische Volk“ verbunden, gegen die Haftbedingungen zu protestieren. In einer Sendung des Fernsehsenders MEDYA-TV erklärte Osman ÖCALAN, im Hinblick auf die Haftbedingungen seines Bruders spielten die

⁷⁹ Übersetzt „Onkel“, bei den Kurden eine Kurzbezeichnung für Abdullah ÖCALAN.

⁸⁰ Am 9. Oktober 1998 hatte Abdullah ÖCALAN nach Intervention der Türkei sein langjähriges Exil in Syrien räumen müssen. Nachdem er in mehreren europäischen Staaten und auch in der Russischen Föderation vergeblich um Aufnahme nachgesucht hatte, kam es in Kenia zu seiner Festnahme. Die PKK wertet diese Ereignisse seither als Ausdruck eines internationalen „Komplots“, das ÖCALAN jedoch mit einer neuen Strategie – Aufgabe des bewaffneten Kampfes und Umwandlung der PKK/KADEK in eine nur noch politische Organisation – erfolgreich vereitelt habe.

Verantwortlichen des türkischen Staates „mit dem Feuer“ und ihr Verhalten gegenüber dem kurdischen Führer sei ein „Kriegsgrund“. Er forderte die jugendlichen Anhänger dazu auf, sich „bereit zu halten“, „in einer Atmosphäre, in der es keinen Frieden gebe, sei der Kampf gerechtfertigt“. Im direkten Zusammenhang mit dieser Thematik veranstalteten Anhänger der PKK/KADEK in der Türkei sowie in zahlreichen europäischen Städten Protestaktionen. In Niedersachsen erfolgten Kundgebungen in Hannover, Salzgitter und Oldenburg.

Im Gegensatz zu dem nachlassenden Interesse an politischen Fragen stand die rege Teilnahme am 10. Internationalen Kurdistan- Kulturfestival am 7. September 2002 in Gelsenkirchen. Von der YEK-KOM organisiert trafen sich unter dem Motto „Frieden braucht Gerechtigkeit“ ebenso wie im Vorjahr rund 45.000 Teilnehmer aus Deutschland und dem benachbarten Ausland. Der Ablauf der alljährlich stattfindenden und durch einen familiären und volkstümlichen Charakter geprägten Veranstaltung wurde in gewohnter Weise maßgeblich durch KADEK-Funktionäre organisiert.

Den türkischen Parlamentswahlen vom 3. November wurde ein hoher Stellenwert beigemessen. Unter Schirmherrschaft der KADEK-nahen Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa (KON-KURD) wurden alle Kurden dazu aufgerufen, die prokurdische Demokratische Partei des Volkes (HADEP)⁸¹ zu unterstützen. Im September bildete sich ein aus der Demokratischen Volkspartei (DEHAP), HADEP, Arbeiterpartei (EMEP) und Sozialistischer Revolutionärer Partei (SDP) bestehender „Arbeits-, Friedens- und Demokratieblock“, um unter dem Dach der

DEHAP gemeinsam an den Parlamentswahlen teilzunehmen. Das DEHAP-Wahlbündnis konnte mit nur 6,2 % der Stimmen die hohe Hürde der Sperrklausel von mindestens 10% der Wählerstimmen nicht nehmen. Sie zog deshalb nicht in das türkische Parlament ein.

Ausblick

Der neue Name der Organisation hat sich bislang als bloße Umbenennung ohne substanziellen neuen Inhalt erwiesen. Der demokratische Wandel der Organisation findet bisher auf der propagandistischen Ebene, nicht jedoch im politischen Raum statt.

Bislang zeichnen sich auch keine Erfolge der neuen Linie ab. Die Kurdenfrage ist ein Randproblem der internationalen Politik geblieben und die Türkei akzeptiert weder die PKK noch den KADEK als politischen Gesprächspartner. Andere Kurdenorganisationen wie die Patriotische Union Kurdistans (PUK) und die Demokratische Partei Kurdistans (DPK-I) werden im aktuellen Irak-Konflikt als Ansprechpartner akzeptiert.

Gerade bei der Anhängerschaft, aber auch in den Reihen der Funktionäre, ist

⁸¹ Die HADEP wurde 1994 als Partei in der Türkei gegründet, nachdem ihre beiden Vorläuferparteien Partei der Arbeit des Volkes (HEP) und Partei der Demokratie (DEP) verboten worden waren. Ein 1999 beantragtes Verbot der HADEP erfolgte am 13.03.2003 durch das türkische Staatssicherheitsgericht.

Mit ihrer politischen Zielsetzung steht die HADEP der PKK bzw. den KADEK nahe, die türkische Regierung betrachtet die HADEP als Unterstützungspartei der PKK/KADEK. Die PKK/KADEK sieht die HADEP als eine von ihr kontrollierte Partei an. Dies belegt eine Äußerung Osman ÖCALANS, in der es heißt: „Ohne Zustimmung der PKK/KADEK kann die HADEP überhaupt nichts tun.“ (Özgür Politika vom 10.11.2002).

wegen des fehlenden Anklangs der neuen Programmatik eine Zunahme der innerorganisatorischen Probleme absehbar. Zwar ist davon auszugehen, dass die im Jahr 2002 festgestellte „Aktionsmüdigkeit“ mit der bestehenden Organisation- und Befehlsstruktur zur Zeit noch kompensiert werden

kann. Wie aber zukünftig die Organisation auf eine fortgesetzte Abnahme innerorganisatorischer Disziplin – z. B. Spendenunwilligkeit, Auftreten von Abtrünnigen oder Entstehen von Dissidentengruppierungen – reagieren wird, ist nicht vorherzusehen.

Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)

Sitz in Deutschland:	Oberhausen	
Vorsitzender:	Rasaih SWANESWARAN	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	750	750
Niedersachsen:	80	80
Publikationen:	Tamil – Land An der Front Das Land ist der Nabel Vulkan	

Dem Bürgerkrieg in Sri Lanka liegen ethnische Auseinandersetzungen zugrunde, die bis in die britische Kolonialzeit zurückreichen. Bis 1815 existierten unter portugiesischer und holländischer Oberherrschaft teilautonome singhalesische und tamilische Königreiche. Erst die Briten brachten aus machtpolitischen und ökonomischen Gründen das diffizile Verhältnis der Ethnien durcheinander, etwa durch die Bevorzugung der Tamilen für den kolonialen Verwaltungsdienst.

Wurde die Insel Ceylon ursprünglich von einer überwiegenden Mehrheit von Singhalesen und einer Minderheit

so genannter „Ceylon-Tamilen“ besiedelt, holten die britischen Kolonialbehörden zur Bewirtschaftung ihrer Teeplantagen eine größere Anzahl von Tamilen aus Südindien ins Land. Obwohl viele dieser Arbeiter nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 nach Indien zurückkehrten, schürten nationalistische singhalesische Politiker die Furcht vor der „Überschwemmung“ durch die Millionen Tamilen Südindiens. Auf dieser Welle nationalistischer Agitation setzte der Klerus der buddhistisch geprägten singhalesischen Bevölkerungsmehrheit im Verein mit seinen politischen Verbündeten die Erklärung

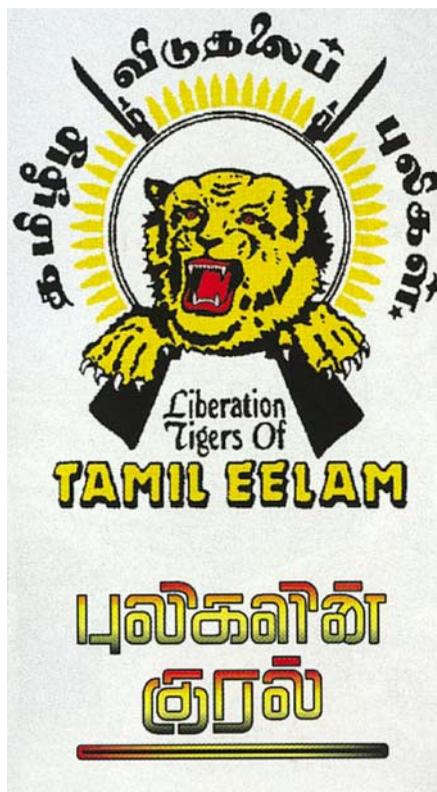
des Buddhismus zur Staatsreligion durch. Bereits seit den fünfziger Jahren kulminierten diese politischen Auseinandersetzungen immer wieder in pogromähnlichen Ausschreitungen gegen die Minderheit der hinduistischen Tamilen. Derartige Gewalttätigkeiten, die 1983 über 2.000 Todesopfer forderten, waren der Auslöser für den in diesem Jahr beginnenden Bürgerkrieg.

Die zunehmend kritische Lage der Tamilen begünstigte seit den siebziger Jahren das Entstehen extremistischer Organisationen. Dem Zeitgeist entsprechend, fanden besonders links-extremistische Parteien Anklang. Die 1972 von Velupillai PRABHAKARAN begründete Gruppierung Tamil New Tigers schaltete in einem erbarmungslosen Konzentrationsprozess politische Konkurrenten in der eigenen tamilischen Volksgruppe aus. Die einer revolutionär-marxistischen Ideologie verpflichtete Organisation, die 1976 in Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) umbenannt wurde, forderte den Rückzug der srilankischen Armee aus den tamilischen Siedlungsgebieten sowie die Gründung eines tamilischen Staates Eelam im Norden und Osten der Insel Ceylon.

Die Kämpfer der wegen ihrer Brutalität gefürchteten LTTE zeichneten sich durch bedingungslosen Gehorsam bis zur Selbstaufopferung aus.

Seit 2001 hat sich das nationale wie internationale Umfeld für die LTTE grundsätzlich verändert. Diese Organisation, die ihren Kampf ohne die finanzielle Unterstützung der tamilischen Diaspora nicht führen könnte, wurde im Frühjahr 2001 sowohl in den USA als auch in Australien verboten. Als besonders schmerzvoll erwies sich die veränderte britische Haltung gegenüber der

LTTE. Sie verlor ihr in London gelegenes europäisches Hauptquartier, als das britische Parlament am 28. Februar 2001 im Rahmen der Anti-Terror-Gesetzgebung (Terrorism Act) ein Betätigungsverbot gegen 21 als terroristisch eingestufte Organisationen aussprach, darunter auch gegen die LTTE.



Nach dem Wahlsieg der bisherigen srilankischen oppositionellen „United National Party“ (UNP) unter ihrem Spitzenkandidaten Ranil Wickremesinghe am 6. Dezember 2001 entspannte sich das Verhältnis zwischen LTTE und srilankischer Regierung zusehends. Wickremesinghe hatte im Wahlkampf Friedensgespräche mit der LTTE zur Lösung der verfahrenen innenpoliti-

schen Situation angekündigt. Bei den nun einsetzenden Gesprächen erbrachten sowohl die LTTE als auch die srilankische Regierung bislang für unmöglich gehaltene Vorleistungen. Die „Befreiungstiger“ nahmen von ihrer Forderung nach Gründung eines unabhängigen tamilischen Staates Abstand. Die srilankische Regierung wiederum hob das gegen die LTTE ausgesprochene Betätigungsverbot auf. Damit erst wurde das unter Vermittlung der norwegischen Regierung zustande gekommene Waffenstillstandsabkommen vom 23. Februar 2002 ermöglicht, welches von beiden Seiten weitgehend eingehalten wurde. Nach weiteren Verhandlungsrunden akzeptierten Vertreter der LTTE Anfang Dezember 2002 in Oslo die föderale Neugliederung Sri Lankas nach dem Vorbild des Kantonalmodells der Schweiz. In dieses föderale Strukturmodell soll ebenfalls die nach Singhalesen und Tamilen drittgrößte Bevölkerungsgruppe, die zumeist tamilisch sprechenden Muslime, eingebunden werden. Als weiteres Zeichen der Entspannung kann gewertet werden, dass sich die LTTE bereiterklärt hat, zumindest einige ihrer minderjährigen Rekruten wieder zurück zu ihren Familien zu schicken.

Der LTTE dient die auf mehrere Kontinente verstreute tamilische Diaspora hauptsächlich der Finanzierung des militärischen und politischen Kampfes. Auch in Deutschland werden die der LTTE zufließenden Einnahmen vor allem mittels Spendenaufrufen unter den ungefähr 61.000 hier lebenden Tamilen, davon 5.000 in Niedersachsen, erzielt. Im Rahmen einer am 31. August 2002 bundesweit eingeleiteten Spendenkampagne wurden in Deutschland lebende tamilische Familien angehalten, 500 bis 1.500 Euro als Jahresspen-

de abzugeben. Darüber hinaus werden weitere Spendensammlungen anlässlich von Kultur- und Heldengedenkveranstaltungen unter organisatorischer Betreuung der LTTE-Tarnorganisation World Tamil Movement (WTM) durchgeführt. Für den Ablauf der Spendensammlungen zeichnen die jeweiligen Repräsentanten, die in Niedersachsens größeren Städten ansässig sind, verantwortlich. Um Strafverfolgungsmaßnahmen zu vermeiden, wird bei den Spendenkampagnen vorsorglich auf Gewaltanwendung verzichtet. Darüber hinaus ist die LTTE bemüht, die Tamilen zur Überweisung größerer Geldbeträge auf die Bank of Tamil Eelam zu bewegen.

Unter Federführung der LTTE-Tarnorganisation Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) fanden auch im Jahre 2002 zahlreiche Demonstrationen statt, in deren Verlauf auf Menschenrechtsverletzungen auf Sri Lanka und Abschiebungen von Tamilen nach Sri Lanka hingewiesen wurde. In diesem Zusammenhang wurden Veranstaltungen wie etwa zum Heldengedenktag der LTTE (30. November 2002) mit 8.000 Teilnehmern in Dortmund durchgeführt. Schwerpunkte der LTTE-Aktivitäten in Niedersachsen waren die Städte Hannover, Salzgitter und Göttingen sowie der Harz mit seinem Umland dar. Dort wurden Publikationen verteilt sowie Spenden für die LTTE gesammelt.

SCIENTOLOGY-ORGANISATION (SO)

Sitz:	Los Angeles, Kalifornien/USA	
Präsident:	Heber JENTZSCH David MISCAVIGE (Leiter der obersten Scientology-Verwaltung/„RTC“)	
Mitglieder	2001	2002
Bund:	5.000-6.000	5.000-6.000
Niedersachsen:	600	600*)
Publikationen:	Freiheit (für die Öffentlichkeit bestimmt), interne Publikationen z. B. Dimensionen, Impact, Auditor	
„Kirchen/Gemeinden“:	Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, München, Stuttgart	

*) Der Anteil der in Niedersachsen aktiv engagierten Scientologen liegt deutlich unter dieser Schätzung.

Einführung

Im Jahre 1950 legte der amerikanische Science-Fiction-Autor Lafayette Ron HUBBARD (1911–1986) mit der Veröffentlichung seines Buches „Dianetik – Die moderne Wissenschaft der geistigen Gesundheit“ den Grundstein für die Scientology-Organisation. Zur Umsetzung der von ihm zur Freisetzung „ungenutzten geistigen Potentials“ und zur Verwirklichung „wahrer Fähigkeiten“ entwickelten Selbsthilfemethode wurden zunächst in den Vereinigten Staaten von Amerika „Dianetik-Zentren“ eingerichtet. Erst vier Jahre später, nachdem Probleme mit der amerikanischen Steuerbehörde aufgetreten waren, gründete HUB-

BARD die erste offizielle „Scientology-Kirche“ in Los Angeles. Sein Ziel war es aber weiterhin, die Alleinherrschaft in einer neuen, ausschließlich nach scientologischen Richtlinien funktionierenden Welt zu erlangen, da die Gesellschaft in ihrer derzeitigen Erscheinungsform zum Untergang verurteilt sei. Demzufolge definiert sich Scientology auch heute noch als eine „Erlösungsreligion“⁸², deren Anliegen „die Errettung aller Menschen auf dem einzig wahren Weg zur persönlichen Unsterblichkeit sei.

⁸² § 3 der Satzung der „Scientology Kirche Niedersachsen e.V.“.

Grundlage für die Beobachtung der SO durch Verfassungsschutzbehörden

Im Zuge der Ausbreitung der SO stellen die deutschen Verfassungsschutzbehörden fest, dass das kollektive Verhalten der Organisation eine politische Zielsetzung erkennen lässt, die letztlich darauf ausgerichtet ist, die verfassungsmäßige Ordnung auszuhöhlen bzw. zu beseitigen. Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder hat daher auf ihrer Sitzung am 5./6. Juni 1997 einstimmig tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen bei der SO festgestellt und infolgedessen das Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz bejaht. Auf der Grundlage dieses Beschlusses hat auch das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz nach Genehmigung durch den Innenminister im Juli 1997 mit der Beobachtung der Scientology-Organisation (SO) begonnen.

Das Verwaltungsgericht Saarland hat mit Urteil vom 29. März 2001 die fort-dauernde Beobachtung der SO mit nachrichtendienstlichen Mitteln durch den Verfassungsschutz des Landes Saarland für rechtmäßig erklärt. Nach den Feststellungen des Verwaltungsgerichts liegen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht von Bestrebungen zur Abschaffung und Einschränkung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und weiterer der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zuzurechnenden Verfassungsprinzipien vor. Demgegenüber hat das Verwaltungsgericht Berlin mit Urteil vom 13. Dezember 2001 die weitere Be-

obachtung durch den Berliner Verfassungsschutz mit dem nachrichtendienstlichen Mittel des VM untersagt. Das Land Berlin sei seiner Obliegenheit zur plausiblen Erklärung des weiterhin bestehenden Gebotenseins der Beobachtung unter Einsatz von V-Leuten nicht nachgekommen, so dass die Verhältnismäßigkeit der fort-dauernden Beobachtung nicht festgestellt werden könne.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin ist rechtskräftig. Gegen das Urteil des Verwaltungsgerichts Saarland ist vor dem Oberverwaltungsgericht des Landes Saarland ein Berufungsverfahren anhängig. Das Oberverwaltungsgericht hat auf Antrag von SO mit Beschluss vom 15. April 2001 die Berufung wegen der besonderen tatsächlichen bzw. rechtlichen Schwierigkeit der Rechtssache zugelassen.

Verfassungsfeindliche Bestrebungen

Die Verhaltensweisen und Aktivitäten der SO basieren ausschließlich auf den programmatischen Äußerungen HUBBARDS, die den Mitgliedern und Mitarbeitern mittels „policy letters“ (Richtlinienbriefen) als verbindliche Orientierung vorgegeben werden. Sich hieraus ergebende Handlungen der SO haben letztendlich zum Ziel, unsere Staats- und Gesellschaftsordnung durch ein nach scientologischen Grundsätzen funktionierendes totalitäres System zu ersetzen. In diesem würden wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie der Schutz der Menschenwürde, der Gleichheitsgrundsatz, die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Gerichte außer Kraft gesetzt. „Bürger-

rechte“ sollen nur Scientologen zustehen. Der unverhüllte Absolutheitsanspruch der SO ist von Gleichschaltung und Unterdrückung geprägt. Kritiker, Gegner und Aussteiger werden verächtlich gemacht und rechtlos gestellt.

Die SO legt die während der Anfangsphase der Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden gezeigte Zurückhaltung zunehmend ab. Sie bekennt sich auch in aktuellen Veröffentlichungen ausdrücklich zur Person und der unveränderbaren politischen Programmatik ihres Gründers, wobei zahlreiche Schriften in Verbindung mit der SO-eigenen Propaganda auf eine kämpferisch-aggressive Grundhaltung hindeuten. Von Mitgliedern wird beispielsweise entsprechend einer Werbebroschüre (verteilt im Jahr 1996) der International Association of Scientologists (IAS) erwartet, dass sie „die Zerschlagung von Gruppen unterstützen, die den Zweck verfolgen, die Anwendung der Scientology-Technologie zu verhindern“.

Die taktisch begründeten Versuche der SO etwa bei rechtlichen Auseinandersetzungen, die Bedeutung von HUBBARDS Schriften zu relativieren oder mit der fortwährenden Behauptung angeblicher Fehlinterpretationen in Abrede zu stellen, widersprechen nicht nur den eigenen, verbindlichen Bekundungen und Richtlinien, sondern auch dem keine Gegenposition duldenen Selbstverständnis der SO, das von ideologischem Rigorismus gekennzeichnet ist.

Zwar treten die einfachen Mitglieder nicht aus politischen Motiven der SO bei und bewerten Schriften mit gesellschaftsverändernden Absichten der SO ebenfalls wohl nicht als Äußerungen mit politischem Gehalt. Sie werden

jedoch zu völligem Gehorsam gegenüber dem System trainiert und auf das Ziel eingeschworen, durch Verbreitung von Scientology die „Welt zu retten“. Damit werden auch zunächst unpolitische Mitglieder in den Dienst der verfassungsfeindlichen Ideologie gestellt.

Mit Hilfe mehrerer u. a. an niedersächsische Ministerien gerichteten Schreiben wies die Organisation auf eine neue Vereinssatzung der Scientology Kirche Deutschland e. V. (SKD) hin, die das klare Bekenntnis der SO zur rechtsstaatlichen und demokratischen Grundordnung unterstreichen würde. Gleichzeitig betonte die SO, für eine nachrichtendienstliche Beobachtung bestehe nun kein Anlass mehr.

Das formale Bekenntnis der SO zum Grundgesetz und den Verfassungen der Länder ist jedoch taktisch begründet und entspricht ihrer hergebrachten Propagandapraxis. Die Organisation hat sich seit Beginn der nachrichtendienstlichen Beobachtung in einer Vielzahl ihrer Publikationen und Eingaben an staatliche Stellen sowie in ihren Schriftsätzen in den von ihr angestregten Verwaltungsgerichtsverfahren formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekannt. Der sonstige Inhalt ihrer Schriften, Kursunterlagen und Veröffentlichungen im Internet enthält jedoch im Gegensatz zum Bekenntnis in der neuen Satzung weiterhin ohne inhaltliche Einschränkungen Aussagen des Organisationsgründers HUBBARD, nach denen in der von der SO angestrebten „neuen“ oder „geretteten Zivilisation“ Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – wie zum Beispiel die uneingeschränkte Geltung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte

oder die Gewaltenteilung – abgeschafft werden müssen.

Organisation

Die Einrichtungen der SO in Deutschland erscheinen zwar nach außen rechtlich selbstständig, sie sind jedoch der strikten Befehls- und Disziplinargewalt des Internationalen Managements in den USA unterworfen und daher als unselbständige Teile anzusehen.

Das Religious Technology Center (RTC), das „geistige“ Hauptquartier mit Sitz in Clearwater (Florida), steht unter der Leitung von David MISCAVIGE und hat die oberste Befehlsgewalt in der SO. Unterhalb des RTC ist das Internationale Management der SO angesiedelt. Dieses stellt nach dem RTC die höchste Führungsebene der SO dar und ist dafür verantwortlich, für jeden Sektor der SO Strategien und taktische Pläne zu entwickeln. Hier wird auch die Führung der verschiedenen Sektoren koordiniert. Derartige Sektoren sind unter anderem die Bereiche „Church“, WISE⁸³, ABLE⁸⁴ und OSA⁸⁵. Das Internationale Management besteht aus mehreren Gruppen, von denen jede eine ganz bestimmte Verantwortung trägt. Die oberste Stufe dieser Führungsebene ist das Watch Dog Committee (WTC). Hierbei handelt es sich um eine

„Inspektions- und Überwachungsorganisation“, welche die eigentlichen Management-Gruppen inspiziert und für deren Funktionieren sorgen soll.

Der „Church“-Sektor in Deutschland

Derzeit existieren im Bundesgebiet 8 „Kirchen“ (Orgs⁸⁶), zwei Celebrity-Centren⁸⁷, ferner 11 „Missionen“⁸⁸, denen nach Feststellung der Verfassungsschutzämter insgesamt ca. 5.000 bis 6.000 Mitglieder zuzuordnen sind.

Die genannten Einrichtungen der SO sind in Deutschland überwiegend als eingetragene Vereine organisiert. Als Dachverband fungiert die „Scientology Kirche Deutschland e.V.“ (SKD) mit Sitz in München. Diese Vereine sind jedoch nur formal selbstständig; sie haben im weltweiten, aus den USA gesteuerten System kaum eigenständige Funktionen. Faktisch erfolgt die Leitung der SO-Einrichtungen nicht durch die jeweiligen Vereinsvorstände, sondern durch die Executive Directors und die sonstigen Funktionsinhaber nach detaillierten schriftlichen Anweisungen und Vorgaben des Internationalen Managements in den USA über die jeweiligen Verbindungsstellen. Dies zeigt sich unter anderem daran, dass Mitglieder der Eliteorganisation Sea-Org⁸⁹ aus den USA und dem Kontinentalen Verbindungsbüro in Kopenhagen

⁸³ World Institute of Scientology Enterprises, mit dessen Unternehmen Geld für die SO beschafft wird, und die Hubbardsche Technologie in der Wirtschaft Einfluss auf die Gesellschaft nehmen soll.

⁸⁴ Association for better Living and Education = versucht für die SO den sozialen Bereich der Gesellschaft zu durchdringen und scientologische Lösungsansätze zu realisieren.

⁸⁵ Office of Special Affairs = Geheimdienst der SO, in Deutschland zuständige OSA-Einheit ist das Department of Special Affairs (DSA).

⁸⁶ Org = interne SO-Abkürzung für Organisation.

⁸⁷ SO-„Betreuungsstelle“ für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (Schauspieler, Musiker, etc.).

⁸⁸ „Mission“ ist eine von der SO in ihrer Größe nicht näher definierte Anlaufstelle.

⁸⁹ Vom SO-Management zur Überprüfung von scientologischen Einrichtungen weltweit eingesetzt und ermächtigt, bei ungenügenden Produktionsleistungen Strafen zu verhängen.

in deutsche Einrichtungen der SO abgeordnet wurden, um dort Befehle zu erteilen und für die richtige „Handhabung“ der „scientologischen Technologie“ zu sorgen.

Neben den als SO-Einrichtungen zu erkennenden Orgs gibt es eine Vielzahl von Einzelorganisationen, die in ihrem Namen den Begriff „Scientology“ nicht führen, aber dennoch scientologische Einrichtungen sind:

- Narconon,
- Kommission für Verstöße der Psychiatrie gegen Menschenrechte (KVPM),
- ZIEL – Zentrum für Individuelles und Effektives Lernen,
- Applied Scholastics International (Dachorganisation im Bereich Bildung/Erziehung),
- ABLE (Association for Better Living and Education),
- Criminon (Vereinigung, die sich um die Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft bemühen soll),
- WISE (World Institute of Scientology Enterprises),
- New Era,
- Golden Era,
- Theta Books (Verlagswesen),
- MUT (Mitbürger unterstützen Toleranz),
- ATV (Aktion Transparente Verwaltung).

Es empfiehlt sich deshalb immer, Kursangebote – gerade im Bereich der Weiterbildung – hinsichtlich ihrer Inhalte kritisch zu prüfen und zu hinterfragen.

Scientology in Niedersachsen

In Niedersachsen ist die Organisation mit einer „Kirche“ in Hannover („Gemeinde Hannover der Scientology Kirche Hamburg e.V.“) vertreten. Dane-

ben hat sich in Seevetal-Maschen die Firma „New Era Publications Deutschland GmbH“ etabliert, die mit dem bundesweiten Vertrieb von scientologischen Druckschriften, Video- und Tonmaterial befasst ist. Bestrebungen, weitere Zentren in Niedersachsen zu gründen, konnten bisher nicht beobachtet werden. Der Anteil der in Niedersachsen aktiv engagierten Scientologen liegt deutlich unter der Mitgliederzahl 600.

Die hiesigen SO-Einrichtungen bilden keine regionalen Schwerpunkte im Gesamtgefüge der Organisation. Eine Vielzahl der Niedersächsischen Scientologen nutzt daher die scientologischen Angebote der in benachbarten Bundesländern ansässigen SO-Vertretungen; insbesondere die der etablierteren Org Hamburg.

„Gemeinde“ Hannover

Weiterhin besuchen ca. 200 Niedersachsen mehr oder weniger regelmäßig die Org Hannover. Rund 20 Scientologen arbeiten als feste Mitarbeiter, die zum Teil als Vollzeitkräfte den reibungslosen Ablauf innerhalb der Einrichtung gewährleisten sollen. Obgleich der Mitgliederstamm der SO bundesweit von einer hohen Fluktuationsrate gekennzeichnet ist, gelang es der Org Hannover erneut, ihre personelle sowie finanzielle Situation zumindest stabil zu gestalten, so dass weiterhin Aktivitäten hiesiger Scientologen festgestellt werden konnten.

Wie im Vorjahr setzte die SO ihre Bemühungen fort, sich in der Öffentlichkeit darzustellen. Die zumeist in der Innenstadt Hannovers durchgeführten Werbemaßnahmen (Ansprache von Passanten, Informationsstände, Ange-

bot eines „Stress-Tests“ am E-Meter⁹⁰ standen zumeist unter dem Motto „Sag NEIN zu Drogen“. Die Veranstaltungen verliefen störungsfrei und fanden in der Öffentlichkeit kaum Resonanz. Zum gleichen Thema wurden durch die Post Werbezetteln an Hannoverische Haushalte verteilt und ohne Erlaubnis Broschüren im Wartebereich des Landesarbeitsamtes ausgelegt.

Im Rahmen einer landesweiten Werbekampagne versandte die SO ferner eine Broschüre „Die Fakten über den Joint“ an verschiedene Polizeidienststellen.

Auch die SO nutzt das Internet zur Selbstdarstellung und Werbung. Sie

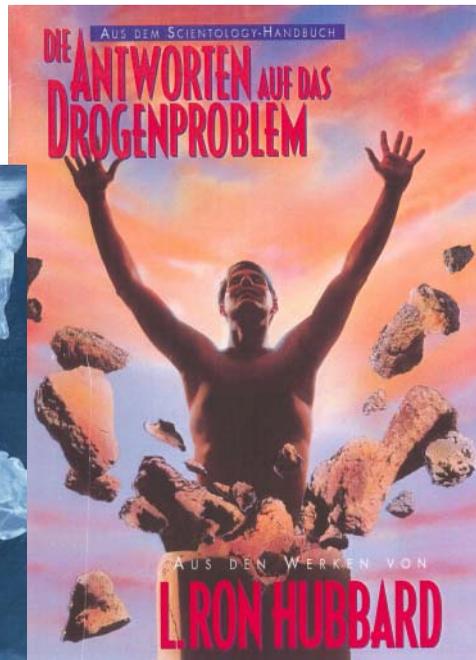
bietet umfangreiche und technisch aufwändig gestaltete mehrsprachige Seiten im world wide web (www) an, mit denen Interessenten für ihre spezifischen Inhalte geworben werden sollen. Auch die Org Hannover ist mit einer Homepage im Netz vertreten.

Hinweistelefon

Für Hinweise steht im Niedersächsischen Landesamt für Verfassungsschutz auch weiterhin der Telefonanschluss mit der Nummer

0511/6709-393

zur Verfügung.



⁹⁰ Einfaches technisches Hilfsmittel der Scientologen, das zum „Sichtbarmachen von Gedanken“ eingesetzt wird.

SPIONAGEABWEHR

Einführung

Spionage ist ein Begriff, um den sich viele Mythen ranken. Wer Romane von John le Carré gelesen oder James-Bond-Filme gesehen hat und annimmt, das entspreche den heutigen Erscheinungsformen von Spionage wird sich fragen, ob diese überhaupt noch in die politische Landschaft passen. Die Aufmerksamkeit gegenüber nachrichtendienstlichen Aktivitäten fremder Spionagedienste nimmt ab angesichts der Tatsache, dass sich ehemals verfeindete Staaten unter dem großen Schirm der gemeinsamen Terrorismusbekämpfung nicht nur annähern, sondern teilweise auch bereits intensive Zusammenarbeit praktizieren.

Zwar arbeiten staatliche Nachrichtendienste bei der Terrorismusbekämpfung zusammen, doch darf nicht übersehen werden, dass die politisch maßgeblichen Staaten der Erde nach wie vor Auslandsnachrichtendienste unterhalten, um ihre Aufklärungsziele zu erreichen. Diese Ziele reichen von der „klassischen“ Spionage – d. h. der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft und Militär – bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zum Regime im jeweiligen Heimatland stehen. Derartige strafbare Aktivitäten werden insbesondere von den Nachrichtendiensten der Länder Iran, Irak, Libyen, Syrien und der Türkei betrieben.

Der gesetzliche Auftrag des Verfassungsschutzes, Informationen über sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Staaten auf dem Hoheitsgebiet der Bundes-

republik Deutschland zu sammeln und auszuwerten, bleibt also zeitgemäß. Deutschland muss sich vor Angriffen auf seine Sicherheit schützen. Die den Sicherheitsbehörden gegenüber geheimgehaltenen Tätigkeiten ausländischer Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik sind nicht hinnehmbare Verletzungen unserer Souveränität.

Neben der „klassischen“ Spionage und der Oppositionellenausspähung muss sich eine größer werdende Aufmerksamkeit auf die Aktivitäten der Nachrichtendienste obiger Staaten sowie Nordkoreas, Pakistans und Indiens im Hinblick auf deren Proliferationsbemühungen richten. Die Nachrichtendienste dieser so genannten Krisenländer betreiben unverändert die Beschaffung und Weiterverbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen (ABC-Waffen) bzw. der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dafür erforderlichen Know-how sowie entsprechender Waffenträgersysteme (= Proliferation).

Weiter zunehmendes Konkurrenzdenken und Kosten-Nutzen-Überlegungen im Hinblick auf Wettbewerbsvorteile für die eigene Volkswirtschaft in einem immer globaler werdenden Wettbewerb führen dazu, dass vermehrt Nachrichtendienste fremder Staaten Spionage betreiben. Diese Spionageaktivitäten gehen nach wie vor in erster Linie von osteuropäischen Staaten und denen des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas aus. Daneben richtet sich der Blick der Spionageabwehr auch auf die unzulässigen Aktivitäten der Nachrichtendienste befreundeter Staaten.

Die Arbeitsweise ausländischer Nachrichtendienste erfolgt nach wie vor in verdeckter Form wie auch in offener

Aufklärung. Dabei kommt den diplomatischen und konsularischen Vertretungen (Legalresidenturen) ein besonderer Stellenwert zu. Die Vertretungen bestimmter Länder (darunter die Russische Föderation, Iran, Syrien) werden von deren Nachrichtendiensten als Stützpunkte für den getarnten Einsatz ihrer Mitarbeiter genutzt. Status und Tarnpositionen bieten vielfältige Möglichkeiten, mit interessanten Zielpersonen Kontakte zu knüpfen.

Bei diesen Aufklärungsbemühungen geht es der Spionageabwehr nicht ausschließlich darum, möglichst viele Spione fremder Nachrichtendienste der Verurteilung zuführen zu lassen, sondern auch darum, zukünftige Ziele, Strukturen und Arbeitsmethoden fremder Nachrichtendienste aufzudecken und so Spionagetätigkeit zu verhindern. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, arbeitet der Niedersächsische Verfassungsschutz eng mit den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder sowie mit den anderen Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland zusammen.

Telekommunikations- und elektronische Informationssysteme im Griff der russischen Geheimdienste FSB und FAPSI

Die nach Wegfall des „Eisernen Vorhangs“ erforderlich gewordene politisch-militärische Neuorientierung, eine mittlerweile länderübergreifende „Organisierte Kriminalität“ (OK) und nicht zuletzt die nach dem 11. September 2001 gebildete internationale „Antiterrorkoalition“ haben grundlegende Veränderungen in der russischen Außen-

und Sicherheitspolitik bewirkt. Das hat zu einer nicht nur einseitigen Annäherung Russlands an den Westen sondern mittlerweile auch zu einer beiderseitig themen- und aufgabenbezogenen Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane und Nachrichtendienste geführt.

Trotz aller Annäherungen wäre es unzutreffend anzunehmen, dass die russischen Nachrichtendienste damit ihre gegen den Westen und insbesondere auch gegen Deutschland gerichteten Aufklärungs- und Beschaffungsmaßnahmen eingestellt hätten. Eine ständig wachsende Bedeutung gewinnt hierbei die Sicherung, Überwachung und nachrichtendienstliche Nutzung aller Telekommunikations- und elektronischen Informationssysteme.

Die mit Auflösung des KGB ab Oktober 1991 entstandenen russischen Nachrichtendienste erfreuen sich nicht nur hohen Ansehens bei der Staatsführung, sondern werden traditionell auch von der russischen Bevölkerung akzeptiert. Als tragende Elemente des staatlichen Sicherheitsapparates sowie der russischen Spionage sind sie wichtige Instrumente für die politische und militärische Führung des Landes. Der russische Präsident Putin war selbst langjähriger Mitarbeiter des KGB, u. a. in Deutschland.

Nachrichtendienst FSB⁹¹

Der russische Nachrichtendienst FSB (Federalnoje Sluscha Bezopasnosti), Präsident Putin war ab Juli 1998 der

⁹¹ Als weitere aktive russische Nachrichtendienste sind der zivile Auslandsnachrichtendienst SWR und der militärische Auslandsnachrichtendienst GRU zu nennen. Der SWR verfügt unter der Leitung von Generaloberst LEBEDEV über ca. 13.000 Mitarbeiter, der GRU unter der Leitung von Generaloberst KORABELNIKOW über ca. 17.000 Mitarbeiter.

Leiter, ist ein Inlandsnachrichtendienst, dessen Hauptaufgaben in der zivilen und militärischen Spionageabwehr sowie in der Bekämpfung von Terrorismus und Organisierter Kriminalität liegen. Darüber hinaus obliegt ihm die Beobachtung des politischen Extremismus sowie der Schutz der russischen Wirtschaft und ausländischer Investoren vor Wirtschaftsverbrechen. Nach dem „Gesetz über die Organe des FSB“ vom 12. April 1995 sind diese Behörden verpflichtet, im Interesse der Sicherheit der Russischen Föderation sowie zur Erhöhung ihres wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen und ihres Verteidigungspotenzials Spionage zu betreiben. In seine Aktivitäten hat der FSB auch die Internet-Überwachung einbezogen.

Beginnend mit seiner Beteiligung an Einreise- und Anmeldekontrollen ist der FSB aufgrund der Befugnisse zur Telefonüberwachung und zur Durchsuchung von (Geschäfts-) Räumen, schon aufgrund bloßer Verdachtsmomente und ohne richterliche Genehmigung, in der Lage, ausländische Staatsangehörige – u. a. Diplomaten, Journalisten, Geschäftsleute und Privatreisende – während ihres gesamten Aufenthalts auf russischem Territorium lückenlos zu überwachen. Dabei bleibt – in Abstimmung mit den Auslandsnachrichtendiensten – seine Zuständigkeit auch erhalten, wenn sich der Zielbereich einer Operation zu einem späteren Zeitpunkt ins Ausland verlagern sollte.

Nachrichtendienst FAPSI⁹²

In der Verfügung 334 vom 3. April 1995 hatte Russlands damaliger Präsident Jelzin dem für Aufklärung und Abwehr im fernmeldetechnischen/elektronischen Bereich zuständigen Nachrichtendienst Federalnoje Agenstwo Prawi-

telstvennoj Swjasi i Informazij (FAPSI) eine außergewöhnliche Machtfülle zugestanden. Für juristische und natürliche Personen war es verboten, ohne Lizenz der FAPSI Informationsmedien zu entwerfen, zu produzieren, zu verkaufen oder zu verwenden. Gleiches galt für sichere Methoden zur Speicherung, Handhabung und Übertragung von Informationen und das Erweisen von Diensten im Bereich der Informationsverschlüsselung. Ohne Zustimmung der FAPSI durfte kein russischer Bürger Software entwickeln oder verkaufen. Diesem Nachrichtendienst kam eine der amerikanischen „National Security Agency“ (NSA) ähnliche Bedeutung zu in seinem Vorgehen gegen einheimische Kriminelle und Hacker wie auch gegen ausländische Spezialdienste und „Informationswaffen“ (z.B. Viren „trojanische Pferde“), die dazu dienen könnten, unerlaubten Zugriff auf Informationen zu bekommen oder elektronische Verwaltungssysteme außer Betrieb zu setzen. Ungeachtet dieser restriktiven „Kanalisierung“ und staatlichen Kontrolle des Informationsaustausches in Russland steigen die nationalen „Zugriffe“ auf das Internet wie auch die internationale Nutzung russischer Netzbereiche mit der Länderkennung „.ru“.

Projekt SORM

Ausgangsgrundlage für die nachrichtendienstlich gesteuerte Internet-Überwachung ist das Projekt „SORM“

⁹² Im März 2003 wurde bekannt, dass FAPSI als eigenständiger russischer Nachrichtendienst aufgelöst und die Aufgaben auf die anderen russischen Dienste verteilt werden sollen. Diese als grundlegend zu bezeichnende Umstrukturierungsmaßnahme soll im Laufe des Jahres 2003 vollzogen werden.

(Systema Operativno-Rozysnykh Meropriyatii, System operativer Recherche-Maßnahmen), mit dem bereits ab 1990 der KGB die Telefongespräche der Sowjetbürger so effektiv überwacht hat, dass selbst Putin als Vizebürgermeister von St. Petersburg wirklich wichtige Gespräche vom benachbarten Helsinki aus geführt haben soll (Bericht der Berliner Zeitung vom 29.03.2001). Von der späteren Einrichtung, Entwicklung und Überwachung des Internets in der „Zone .ru“ wurden die russischen Nachrichtendienste überrascht. Ohne ausreichende gesetzliche Grundlage versuchte ab Sommer 1998 der für die Internetüberwachung zuständige FSB die Aktivitäten von ca. 350 russischen Internet Providern und insbesondere deren Datenströme unter Kontrolle zu bekommen, indem diese nach „pflichtgemäßer“ Installation der vom FSB für ca. 30.000 US-Dollar (mit)verkauften „SORM-Software“ zur Auswertung an die jeweils nächstgelegene „FSB-Filiale“ weitergeleitet werden sollten. Scheiterte diese zunächst am Protest der Provider, so erließ Jelzin kurz vor seinem Rücktritt im Dezember 1999 noch ein Dekret⁹³ zum Projekt „SORM 2“, das die SORM-Installation bei Androhung des Lizenzentzugs für alle Provider zur Pflicht machte. Wenn auch Informationen darüber vorliegen, dass einige Provider trotz drohenden Lizenzentzugs Widerstand leisteten und insbesondere auch aus z. T. existenzgefährdenden Kostengründen die Einrichtung einer eigenfinanzierten Echtzeitschnittstelle für den russischen Geheimdienst verweigert

hatten, ist zwischenzeitlich von einer umfassenden Internet-Überwachung innerhalb der „Zone .ru“ auszugehen. Hinweise hierauf haben sich u. a. bereits im Sommer 2000 ergeben, als auf Moskauer Straßenmärkten CDs angeboten wurden mit Personen- und Überwachungsdaten aus FSB-Datenbanken.

Bei der Erarbeitung, Planung und Durchführung entsprechender Operationen lassen die über „SORM 2“ geschaffenen Möglichkeiten der Internetüberwachung keine Informationslücken entstehen. Die bei Ausländern übliche „Computermobilität“ bietet zusätzliche Informationen aus den über Laptop und Hotelanschluss fließenden Datenströmen.

Zu anderer als besondere Zielgruppe der Nachrichtendienste

Da jüdische Emigranten aus der ehemaligen Sowjetunion häufig eine qualifizierte Ausbildung erhalten haben und in Deutschland sofort ein gesichertes Aufenthaltsrecht in analoger Anwendung des Kontingentflüchtlingsgesetzes bekommen, stellen sie für die Nachfolgedienste der GUS-Staaten ein nutzbares Potenzial dar. Es besteht der Verdacht, dass aus dem Personenkreis der Kontingentflüchtlinge einzelne nachrichtendienstlich genutzt werden und dass in Einzelfällen die Zuwanderungsberechtigung für eine gezielte Einschleusung in die Bundesrepublik dient.

Ein solcher Verdacht besteht auch bei Spätaussiedlern, die teilweise schon vor ihrer Einreise nach Deutschland von Geheimdienstmitarbeitern der Ausreiseländer mit dem Ziel einer Anwerbung kontaktiert werden.

⁹³ Präsidentendekrete haben in Russland Gesetzeskraft, bis diese durch von der Duma verabschiedete Gesetze abgelöst oder ggf. aufgehoben werden.

Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas am Beispiel der Staaten Syrien, Irak und Türkei

Für die Nachrichtendienste des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas sind nicht nur die Bereiche Wissenschaft, Militär, Wirtschaft sowie die bilaterale politische Entwicklung Spionageziele, sondern auch die sog. Oppositionellen-Ausforschung. Davon betroffen sind die in der Bundesrepublik Deutschland im Exil lebenden Oppositionellen und auch jene Personen, von denen die Regimes vermuten, dass sie ihrem Herkunftsland „nicht loyal genug“ gegenüber stehen. Die Ausforschung wird vorrangig in Glaubenszentren und Universitäten betrieben, da der relevante Personenkreis dort leicht erreichbar ist, bei Diskussionen beobachtet und somit ausgespäht werden kann. Die Ausforschung von Oppositionellen stellt einen wesentlichen Aspekt der Machterhaltung des eigenen Regimes dar.

Da Länder aus der Region des Nahen und Mittleren Ostens sowie Nordafrikas Spionageergebnisse aus der Hochtechnologie technisch oftmals nicht umsetzen können, steht bei diesen Ländern zunächst eine Umgehung der Proliferationsbestimmungen im Vordergrund. Es wird versucht, bestimmte Güter unter Umgehung eines Embargos über Zwischenhändler, Verschleierung der tatsächlichen Adressaten oder Umweglieferungen über Drittländer zu bekommen.

Syrien

Nachdem Baschar AL-ASSAD im Juni 2000 die Nachfolge seines verstorbenen Vaters als Staatsoberhaupt übernom-

men hatte, stellten sich vor allem die Intellektuellen hinter ihn. Dies geschah in der Hoffnung, die starren, nur auf Machterhalt angelegte Staatsführung zu öffnen. Bis zum heutigen Tag hat sich diese Hoffnung nicht erfüllt. Unverändert werden Regimegegner verfolgt und oft ohne rechtliches Gehör inhaftiert.

Die von Baschar AL-ASSAD u. a. nach Deutschland geknüpften Kontakte sollen wirtschaftlichen Aufschwung ermöglichen und Annäherungsabsichten an den Westen dokumentieren. Dies äußert sich auch in der Befürwortung der Ziele der internationalen Antiterrorallianz. Im Verlauf dieser Annäherungsbemühungen sicherte die syrische Regierung zu, ihre Spionageaktivitäten auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einzustellen. Um die guten zwischenstaatlichen Beziehungen zu festigen, wurden die eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen zwei mutmaßliche syrische Spione eingestellt. Nach Erkenntnissen der Spionageabwehr wurden die Aktivitäten der syrischen Nachrichtendienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland jedoch bis heute nicht eingestellt. Die Nachrichtendienste weiten dabei zunehmend ihre Informationsgewinnung auf die neuen Medien und Informationstechnologien aus. Das Internet gewinnt an Bedeutung für die Informationsbeschaffung. So werden Informationen über potenzielle Geschäftspartner gewonnen und herausgefilterte Firmen kontaktiert, um Embargos und sonstige Exportbestimmungen zu umgehen.

Irak

Der prekären wirtschaftliche Lage im Irak, die durch das lang anhaltende UN-Embargo verschärft wurde, soll durch Gründung eines gemeinsamen arabi-

schen Marktes mit Syrien, Ägypten und Libyen begegnet werden.

Die Perspektivlosigkeit in ihrer Heimat führt Iraker vermehrt zur Migration. Die zumeist über professionelle Schlepperbanden nach Deutschland gelangten Menschen organisieren sich in der Bundesrepublik Deutschland auch in Gruppierungen, die vom Irak als oppositionell eingestuft werden.

Das Hauptaugenmerk der Irakischen Nachrichtendienste gilt neben der Identifikation und Überwachung oppositioneller Gruppierungen insbesondere der Infiltration mit Einflussagenten, um irakfreundliche Gegenpropaganda zu betreiben. Ein zweiter Aufklärungspunkt ist die Suche nach Möglichkeiten zur Umgehung der bestehenden Exportbestimmungen zur Einfuhr sog. Dual-Use-Güter in den Irak. Dabei handelt es sich um Güter, die sowohl militärisch als auch zivil nutzbar sind.

Die Ende 2002 wieder eingeführten Kontrollen der UN-Inspekture zur Überwachung des Verbots der Herstellung von ABC-Waffen dürften herausragende Aufklärungsziele der Irakischen Nachrichtendienste sein.

Türkei

Die Ausforschung und Überwachung in der Bundesrepublik Deutschland lebender Regimegegner und Oppositioneller wird auch vom türkischen Nachrichtendienst MILLI İSTİHBARAT TESHİLTİ (MIT) unverändert fortgesetzt. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK/KADEK) und andere türkische Vereinigungen, die von Regimegegnern organisiert werden. Seine ungesetzlichen Aktivitäten betreibt der MIT dabei von den diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland aus.

Nachrichtendienste des fernen Ostens

Auch die Nachrichtendienste einzelner fernöstlicher Staaten entwickeln unzulässige Aktivitäten, die mit deutschen Sicherheitsinteressen kollidieren. Zu nennen sind vor allem die Dienste der Volksrepublik China und Nordkoreas.

Volksrepublik China

In der Volksrepublik China gibt es eine Reihe von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, die entweder der kommunistischen Partei direkt oder der Staatsführung unterstellt sind.

Die in Deutschland tätigen chinesischen Nachrichtendienste, das Ministerium für Staatssicherheit (MSS) und der militärische Nachrichtendienst (MID), versuchen weiterhin, sich Informationen aus der Wissenschaft, der Wirtschaft und dem Rüstungsbereich zu beschaffen, um den Standard der westlichen Welt erreichen zu können. Ihre in Deutschland eingesetzten Mitarbeiter, die teilweise in amtlichen chinesischen Vertretungen getarnt tätig sind, betreiben auf breiter Basis Gesprächsabklärung. Zu diesem Zweck werden langfristige Beziehungen auf freundschaftlicher Basis zu interessanten und kompetenten Gesprächspartnern aufgebaut, die dann „abgeschöpft“ werden.

Des Weiteren gehören die Kontrolle und Beeinflussung der Auslandschinesen, insbesondere der Auslandsstudenten, Praktikanten und Dissidenten zu den bevorzugten Zielen der chinesischen Nachrichtendienste. Besondere Aufmerksamkeit wird derzeit den Aktivitäten der in China verbotenen Falungong-Bewegung gewidmet, die auch in Deutschland Anhänger hat.

Volksrepublik Korea

Die Demokratische Volksrepublik Korea (KDVR) stellt weltweit eine der letzten Bastionen des orthodoxen Kommunismus dar. Die wichtigste Stütze des herrschenden Regimes in Nordkorea ist eine Vielzahl von Nachrichten- und Sicherheitsdiensten, die alle dem Staats- und Parteichef KIM JONG II direkt oder zumindest mittelbar unterstellt sind.

Die KDVR finanziert sich zum Großteil durch den Verkauf von Waffen- und Militärtechnologien an Dritte-Welt- und Krisenländer des Nahen und Mittleren Ostens (z. B. Syrien, Irak, Iran, Libyen und Jemen). Darüber hinaus wird Nordkorea der Herstellung sowie des Vertriebes von Massenvernichtungswaffen verdächtigt.

Da die finanziellen Mittel Nordkoreas für die eigenständige Weiterentwicklung dieser Massenvernichtungswaffen einschließlich der entsprechenden Trägertechnologie immer knapper werden, setzt die KVDR sowohl ihre zivilen als auch militärischen Nachrichtendienste im westlichen Ausland ein, um dafür modernes Know-how samt der erforderlichen technischen Komponenten zu beschaffen.

Aufklärung von nachrichtendienstlicher Proliferation⁹⁴

Die Proliferation gehört heute zu den größten Sicherheitsrisiken. War die Aufklärung der Proliferation bis zum 11. September 2001 schon ein Schwer-

punkt der Aufgabenstellung der Verfassungsschutzbehörden, so hat dieses Thema nach diesen Anschlägen insbesondere im Hinblick auf die Frage, ob bereits auch Terrororganisationen im Besitz atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen sind, ganz wesentlich an Brisanz gewonnen.

Zwar liegen den Nachrichtendiensten bisher keine Erkenntnisse vor, die diese Frage bejahen könnten, gleichwohl konnte aber festgestellt werden, dass sich die Terrororganisation al-Qaida bemüht hat, in den Besitz entsprechender Materialien sowie des notwendigen Know-how zu gelangen. Unterlagen, die in Kabul aufgefunden wurden, weisen darauf hin.

Die Krisenländer, insbesondere Irak, Iran, Libyen, Syrien und auch Nordkorea, unternehmen Anstrengungen, ein eigenes ABC-Waffen-Programm voran zu bringen. Da sie technisch und wissenschaftlich aber nicht in der Lage sind, derartige Waffen einschließlich der dazugehörigen Trägertechnologie vollständig selbst zu entwickeln und herzustellen, sind sie auf den Import von Materialien und Know-how angewiesen (Proliferation).

Bei diesen Ländern steht die Umgehung der Proliferationsbestimmungen im Vordergrund der Bemühungen. Das angestrebte Ziel der Beschaffung bestimmter Güter – trotz Embargo – versuchen diese Länder mit Hilfe der Geheimdienste z. B. unter Nutzung von Zwischenhändlern, Verschleierung der tatsächlichen Adressaten, Umweglieferungen über Drittländer, zu erreichen. Die Bestellungen werden dabei häufig über klein- und mittelständische Unternehmen auch in der Bundesrepublik Deutschland angebahnt. Dies geschieht in der Annahme, die (noch) mit relativ

⁹⁴ Proliferation: Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bzw. der zu ihrer Herstellung verwendbaren Produkte einschließlich des dafür erforderlichen Know-how sowie entsprechender Waffenträgersysteme.

geringen Außenhandelskenntnissen versehenen Unternehmen unter Anbietung lukrativer weiterer Handelsbeziehungen bzw. Folgegeschäften zu Lieferungen zu bewegen.

Die Exportkontrolle und -genehmigung von proliferationsrelevanten Gütern obliegt dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhr (BAFA) und dem Zollkriminalamt (ZKA).

So genannte Dual-Use-Technologien und -Produkte stellen dabei ein besonderes Problem dar, da oft erst durch das Wissen über den tatsächlichen Einsatzzweck oder den Endverbraucher die Exportgüter als proliferationsrelevant eingestuft werden können. Einzelteile werden für den Einsatz in zivilen Anlagen exportiert. Sie sind jedoch auch zur Herstellung von Waffen geeignet.

Mitarbeiter des Verfassungsschutzes sprechen Firmen, Institute und wissenschaftliche Einrichtungen an und informieren diese über die Proliferationsprogramme der einzelnen Staaten sowie deren nachrichtendienstliche Beschaffungsaktivitäten auch in der Bundesrepublik Deutschland. Solche Gespräche dienen dazu, die Problematik des proliferationsrelevanten Produkt- und Know-how-Transfers zu verdeutlichen sowie die Angesprochenen zu sensibilisieren, falls diese Kontakte zu Firmen, Einrichtungen, Wissenschaftlern oder Studenten aus Staaten haben, die um Proliferation bemüht sind.

Geheim- und Wirtschaftsschutz

Der Geheimschutz hat durch vorbeugende Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass alle Informationen und Materialien, deren bekannt werden den Bestand oder lebenswichtige Interessen, die Sicherheit oder die Interessen des Bundes oder eines Landes gefährden können, geheim gehalten und vor unbefugter Kenntnisnahme geschützt werden. Neben dem behördlichen Geheimschutz soll auch der sensible Bereich der Wirtschaft vor Ausspähungsversuchen fremder Nachrichtendienste geschützt werden, um irreparable Schäden für die deutsche Volkswirtschaft abzuwenden (Wirtschaftsschutz).

Geheimschutz

Nicht nur in den Entscheidungszentren der Politik, den Ministerien und den Nachrichtendiensten, sondern auch in vielen anderen öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen werden eine Fülle von Informationen produziert, die für fremde Nachrichtendienste von größtem Interesse sind und daher in besonderer Weise geschützt werden müssen. Der Schutz dieser geheimhaltungsbedürftigen Informationen (sog. Verschlussachen) wird durch Maßnahmen des personellen und materiellen Geheimschutzes verwirklicht.

Zentrales Instrument des personellen Geheimschutzes ist die Sicherheitsüberprüfung von Personen, die Zugang zu Verschlussachen bekommen sollen oder sich ihn verschaffen können. Das Sicherheitsüberprüfungsverfahren ist im Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 3. März 1998 geregelt. Zuständig für die Einleitung

einer Sicherheitsüberprüfung und als „Herr des Verfahrens“ verantwortlich für diese ist die jeweilige Beschäftigungsstelle. Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz führt als mitwirkende Behörde die Sicherheitsüberprüfung durch. Je höher der Geheimhaltungsgrad ist, mit dem eine Person umgehen soll (VS-VERTRAULICH, VS-GEHEIM oder VS-STRENG GEHEIM), um so intensiver sind die Überprüfungsmaßnahmen nach dem Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Werden im Rahmen der Überprüfung Umstände bekannt, die Zweifel an der Zuverlässigkeit der zu überprüfenden Person aufkommen lassen, empfiehlt das NLFV der Beschäftigungsstelle, diese Person von Verschlussachen fernzuhalten. Zweifel an der notwendigen Zuverlässigkeit können sich insbesondere aus charakterlichen Mängeln, sicherheitsgefährdenden Kontakten zu fremden Nachrichtendiensten oder Aktivitäten für verfassungsfeindliche bzw. extremistische Bestrebungen ergeben. Im Jahr 2002 hat das NLFV ca. 450 Sicherheitsüberprüfungen nach dem Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz durchgeführt.

Neben dem personellen Geheimschutz, der gewährleisten soll, dass Verschlussachen nur sicherheitsüberprüften Personen zugänglich gemacht werden dürfen, müssen diese geheimhaltungsbedürftigen Informationen zusätzlich an allen Stellen wo sie eingehen, bearbeitet und aufbewahrt werden, durch organisatorische und technische Sicherheitsmaßnahmen geschützt werden (materieller Geheimschutz). Einzelheiten zur VS-Einstufung, Kennzeichnung, Aufbewahrung, Vervielfältigung und Versendung von Verschlussachen sind in der Verschlussachenanweisung (VSA) für das Land Niedersachsen und

den sie ergänzenden Richtlinien geregelt. Das NLFV wirkt bei der Durchführung der VSA und der sie ergänzenden Vorschriften mit und berät in diesem Rahmen die VS-verwaltenden Dienststellen.

Verschlussachen gibt es in Behörden, aber auch in privatwirtschaftlichen Unternehmen, die im Auftrag des Staates z. B. in der Rüstungsindustrie tätig werden und wo ebenfalls die Regelungen des Geheimtutes greifen (Geheimtut in der Wirtschaft). Diese privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Aufträge bearbeiten, die der Geheimhaltung unterliegen bzw. die Zugangsberechtigung zu sicherheitsempfindlichen Bereichen erhalten, werden vom Bundesministerium für Wirtschaft in einem sogenannten Geheimtutverfahren betreut, in dem das NLFV als Ansprechpartner für niedersächsische Firmen mitwirkt. Es handelt sich dabei in Niedersachsen um ca. 120 Unternehmen. Das Geheimtutverfahren umfasst insbesondere Beratung und Sensibilisierung im Bereich des Geheimtutes. Im Rahmen von Sicherheitstagungen, die letzte fand im September 2002 statt, informiert der Niedersächsische Verfassungsschutz diese Firmen über aktuelle Erkenntnisse.

Neben der Mitwirkung bei den Sicherheitsüberprüfungen nach dem Niedersächsischen Sicherheitsüberprüfungs-gesetz obliegt dem NLFV auch eine Mitwirkungsaufgabe bei bereichsspezifisch geregelten Zuverlässigkeitsüberprüfungen. Im Wesentlichen handelt es sich um Überprüfungen nach dem Atomgesetz (4.373 Überprüfungen 2002) und dem Luftverkehrsgesetz (8.170 Überprüfungen 2002). Durch die Anti-Terror-Gesetzgebung des Bundes nach den Anschlägen vom 11. September 2001 hat es besonders viele Veränderungen im Bereich der Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftverkehrsgesetz gegeben, die sich auch auf den Umfang der Mitwirkungsaufgabe des NLFV auswirken. So werden für die Bediensteten der Flughäfen nunmehr einjährige Wiederholungsüberprüfungen durchgeführt.

Wirtschaftsschutz

Eine geschützte und sichere Wirtschaft ist heute mehr denn je eine wichtige Säule für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und für ihre ökonomische Stabilität. Jahr für Jahr entstehen der Wirtschaft Milliardenverluste durch Spionage. Oft erkennen



Unternehmen nicht, dass sie ausspioniert werden oder sie verschweigen durch Sicherheitsmängel entstandene Verluste, um ihrem Ansehen nicht zu schaden. Manche Unternehmen sind angesichts der personellen und materiellen Möglichkeiten fremder Nachrichtendienste oder konkurrierender Konzerne häufig überfordert, sich zu schützen. Vor diesem Hintergrund hat das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz ein Sachgebiet „Wirtschaftsschutz“ eingerichtet und die Arbeit in diesem Bereich seit dem Jahr 2000 kontinuierlich intensiviert.

„Kernbereich“ des Wirtschaftsschutzes ist die Beratung und Sensibilisierung innovativer und technologieorientierter Unternehmen in Niedersachsen im Hinblick auf die Gefährdungen durch Wirtschaftsspionage und Proliferation. Um eine sinnvolle Betreuung dieser Unternehmen leisten zu können, muss die Anzahl der betreuten Unternehmen begrenzt sein. Im Jahr 2002 wurden ca. 75 niedersächsische Unternehmen, die nicht in das Geheimenschutzverfahren eingebunden sind, durch den Wirtschaftsschutz des NLFV intensiv betreut. Über diesen Kreis der intensiv betreuten Unternehmen hinaus ergibt sich eine Vielzahl von Firmenkontakten allein schon durch die erhöhte Außenwirkung des Wirtschaftsschutzes. Auch diese Kontakte haben individuelle Beratungen zur Folge. Insgesamt sind die Reaktionen auf dieses „Dienstleistungsangebot“ des Verfassungsschutzes positiv. Bei der Beratungstätigkeit lässt sich feststellen, dass das Phänomen „Know-how-Abfluss“ in der Wirtschaft tatsächlich existent ist. Insbesondere bei einigen asiatische Geschäftspartnern ist nach Aussage der betreuten Unternehmen eine aggressive Informationsbeschaffung zu beobachten.

Die Beratungsinhalte des NLFV erstrecken sich auf das gesamte Gefährdungsszenario von Wirtschaftsspionage und Proliferation. Einen Schwerpunkt in der Beratung bilden dabei die Möglichkeiten der Informationsbeschaffung durch fremde Nachrichtendienste. Insbesondere der „Innentäterproblematik“ gilt dabei ein besonderes Augenmerk. Innentäter sind konspirativ auftretende Agenten im Zielobjekt. Sie stellen die größte Gefahr für die Sicherheitsinteressen eines Unternehmens dar. Die eigenen Mitarbeiter sind in Anbetracht ihrer legalen Zugangsmöglichkeiten und ihres Insider-Wissens über innerbetriebliche Schwachstellen in der Lage, mehr Vertrauliches zu verraten, als extern operierende Agenten fremder Nachrichtendienste je herausfinden könnten. Diese Dienste werden daher auch in Zukunft große Anstrengungen unternehmen, hochqualifizierte Fachleute für nachrichtendienstliche Zwecke anzuwerben. Der zunehmende Wertewandel in der Gesellschaft verleitet Unternehmensangehörige in weitaus stärkerem Maße als früher, sich von einem fremden Nachrichtendienst als Wirtschaftsspion anwerben zu lassen.

Die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsbehörden und Verbänden der Wirtschaft hat dazu geführt, dass in Niedersachsen eine Vereinbarung zwischen dem Niedersächsischen Industrie- und Handelskammertag (NIHK), dem Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Niedersachsen e. V. (VSW) und dem Land Niedersachsen (vertreten durch das Niedersächsische Innenministerium) über eine Sicherheitspartnerschaft gegen Wirtschaftskriminalität abgeschlossen wurde. Der Abschluss dieser Vereinbarung jährte sich mit Ablauf des Jahres 2002 das zweite Mal.

Rückblickend hat die Vereinbarung positive Impulse für die niedersächsischen Wirtschaftsunternehmen gesetzt. Für das NLFV wirkte das Sachgebiet Wirtschaftsschutz in dieser Sicherheitspartnerschaft mit und arbeitet mit den Vertragspartnern gut und konstruktiv zusammen. Im Rahmen dieser Partnerschaft wurden bislang drei Sicherheitsforen veranstaltet, im Jahr 2002 ein Seminar für „Notfall- und Krisenmanagement“ durchgeführt sowie der Arbeitskreis „IT-Sicherheit“ fortgesetzt.



Stellvertretend für die Zusammenarbeit des NLFV mit anderen Behörden und Einrichtungen auf dem Gebiet des Wirtschaftsschutzes sei hier das Zusammenwirken mit dem Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung (ZWW) der Universität Lüneburg erwähnt, das sich auf einen Informationsaustausch und Beratungen zum dortigen Aus- und Fortbildungsangebot des „Security Managements“ erstreckt.

Einen hohen Multiplikatoreneffekt und Publizität hat der Wirtschaftsschutz mit Vorträgen zum Thema Wirtschaftsspionage in Unternehmen bzw. bei Verbänden in Niedersachsen erzielt. Herausragende Ereignisse waren Veranstaltungen im Rahmen der „b-online“-Initiative bei den Industrie- u. Handelskammern Stade und Oldenburg, Vorträge bei den

Wirtschaftsjunioren der Industrie- u. Handelskammer Osnabrück-Emsland, den Arbeitskreisen der Sicherheitsbevollmächtigten in Bremen und der Norddeutschen Werften und Zulieferer, den Unternehmerverbänden Niedersachsen e. V., dem Arbeitskreis der Bewachungsunternehmen Nord-West sowie dem Informatikzentrum Niedersachsen. Darüber hinaus präsentierte sich der Wirtschaftsschutz des NLFV mit dem BfV und anderen Landesbehörden für Verfassungsschutz zum Thema „Wirtschaftsspionage“ auf einem Stand der Fachmesse für Sicherheitstechnik „Security“, die vom 8.-11. 10. 2002 in Essen stattfand.

Auf der CeBIT 2003 in Hannover war der Wirtschaftsschutz auf einem gemeinsamen Stand mit dem Landeskriminalamt Niedersachsen und der Polizeidirektion Hannover vertreten.

Neben diesen Aktivitäten trat das Sachgebiet des Wirtschaftsschutzes des NLFV im Mai 2002 in Hannover erstmals als Veranstalter für Unternehmen auf, die sich nicht in der Geheimenschutzbetreuung befinden.

Interessierte Unternehmen wurden über die Arbeitsfelder des Verfassungsschutzes unterrichtet und Vorträge zu sicherheitsrelevanten Themen gehalten. Diese Tagungsform soll jährlich fortgeführt werden.

Eine Kontaktaufnahme mit dem Sachgebiet Wirtschaftsschutz, um weitere Informationen zu bekommen oder einen Gesprächstermin zu vereinbaren, ist wie folgt möglich:

Telefon: 0511-6709-247/-245/-246

Fax: 0511-6709-393

E-mail: wirtschaftsschutz@nlfv.niedersachsen.de

Homepage des NLFV:

www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

DER VERFASSUNGSSCHUTZ IN NIEDERSACHSEN

Bedienstete

Im Haushaltsplan 2002 waren für den Verfassungsschutz 227 Stellen ausgewiesen. In dieser Gesamtzahl sind auch die Beschäftigten enthalten, die keine verfassungsschutzspezifischen Aufgaben haben, wie z. B. Schreibkräfte, Verwaltungspersonal, Hausmeister etc. (so genanntes Intendanturpersonal). Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der mit originären Verfassungsschutzaufgaben befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei 175.

Die Beschäftigten des Niedersächsischen Verfassungsschutzes kommen zum größten Teil aus der allgemeinen Landesverwaltung und der Polizei. Die Polizeibeamtinnen und -beamten behalten im Verfassungsschutz ihren beamtenrechtlichen Status, verlieren aber ihre exekutiven Befugnisse, weil die Tätigkei-

ten von Verfassungsschutz und Polizei strikt getrennt sind. Daneben sind auch Angestellte wie z.B. wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes hatte 2002 ein Ausgabevolumen von 12.758.000 €. Davon waren 10.006.000 € für Personalausgaben und 2.752.000 € für Sachausgaben veranschlagt.

Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)

Das Niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz ist – wie die übrigen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder auch – gesetzlich beauftragt, die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen personenbezogenen Daten zu erheben und in Akten und Dateien zu speichern, wobei das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz und die Dienstvorschriften restriktive Speichervoraussetzungen sowie Regelungen zur Sperrung und Löschung der Daten vorsehen. Deren Beachtung wird insbesondere durch den Landesbeauftragten für den Datenschutz (LfD), das Innenministerium und den im NLFV bestellten behördlichen Datenschutzbeauftragten kontrolliert.

Aufgrund der in Art. 73 Nr. 10 des Grundgesetzes und im Bundesverfassungsschutzgesetz (BVerfSchG) normierten Verpflichtung zur Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterrichtung unterhalten alle Verfassungsschutzbehörden gem. § 6 BVerfSchG eine gemeinsame, beim BfV eingerichtete Datenbank, das sog. „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS).

Auszug aus § 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes

Gegenseitige Unterrichtung der Verfassungsschutzbehörden

Die Verfassungsschutzbehörden sind verpflichtet, beim Bundesamt für Verfassungsschutz zur Erfüllung der Unterrichtungspflichten nach § 5 gemeinsame Dateien zu führen, die sie im automatisierten Verfahren nutzen. Diese Dateien enthalten nur die Daten, die zum Auffinden von Akten und der dazu notwendigen Identifizierung von Personen erforderlich sind. ...

Alle Teilnehmer dürfen dort nach Maßgabe der jeweiligen eigenen landesrechtlichen Befugnisse sach- und personenbezogene Daten einstellen und auf den gesamten NADIS-Datenbestand zugreifen und Daten abrufen.

Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit und des Datenschutzes sind aus NADIS jedoch nur der Name der Person, die zu ihrer Identifizierung erforderlichen Merkmale wie z. B. Wohnanschrift, Staatsangehörigkeit, Kfz, sowie die speichernde Behörde und deren Aktenzeichen ersichtlich, das nach einem einheitlichen Aktenplan vergeben wird. Nicht gespeichert und deshalb nicht abrufbar ist der Akteninhalt der jeweiligen Information.

Benötigt eine Verfassungsschutzbehörde zur eigenen Aufgabenerfüllung die durch das NADIS kenntlich gemachten Informationsinhalte, die von einer anderen Verfassungsschutzbehörde gespeichert sind, so fragt sie in der Regel auf elektronischem Wege bei ihr direkt an. Dieser Informationsübermittlung ist eine Relevanzprüfung durch die speichernde Stelle vorgeschaltet.

Bedeutsam ist, dass es sich bei den in NADIS gespeicherten Daten nur teilweise um Personen handelt, die wegen verfassungsfeindlicher, sicherheitsgefährdender oder geheimdienstlicher Aktivitäten (vgl. § 3 Abs. 1 NVerfSchG) gespeichert worden sind.

Im NADIS werden vielmehr auch Aktenzeichen zu Personen gespeichert, bei denen eine Sicherheitsüberprüfung mit dem Ergebnis einer Ermächtigung zum Umgang mit Verschlussachen durchgeführt wurde oder die als Zielpersonen terroristischer oder geheimdienstlicher Aktivitäten gelten.

Vom NLFV waren am 31. Dezember 2002 folgende personenbezogene NADIS-Speicherungen veranlasst (Vorjahreszahlen in Klammern):

- im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen 10.122 (10.035),
- im Zusammenhang mit originären Aufgaben im Bereich Extremismus, Terrorismus, Spionageabwehr 7.411⁹⁵ (6.644).

Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel

Nach § 6 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes setzt das NLFV zur Beschaffung der für seine originären Aufgabenbereiche (Extremismusbeobachtung, Spionageabwehr, ausländere extremistische Bestrebungen, Bestrebungen gegen die Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker) erforderlichen Informationen auch die hier abschließend aufgeführten nachrichtendienstlichen Mittel ein, soweit dies für die Erkenntnisgewinnung unverzichtbar ist.

Vor dem Einsatz von nachrichtendienstlichen Mitteln wird geprüft, ob die von den jeweiligen Aktivitäten ausgehenden Gefahren, die Konspiration oder Gewaltbereitschaft einer Organisation den Einsatz dieser Mittel erfordern und durch welche Mittel die hiervon Betroffenen in ihren vom Grundgesetz geschützten Rechtspositionen am wenigsten belastet werden (Prinzip des geringstmöglichen Eingriffs).

Bisher wurde auf den Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbe-

⁹⁵ Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich insbesondere aus der Zunahme von Erfassungen beim Rechtsextremismus (344) und beim Ausländerextremismus (228).

Auszug aus § 6 des Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes

(1) Das Landesamt für Verfassungsschutz darf zur heimlichen Informationsbeschaffung, insbesondere zur heimlichen Erhebung personenbezogener Daten, nur folgende nachrichtendienstliche Mittel anwenden:

1. Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen, vorbehaltlich Satz 2;
2. Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten;
3. Observationen;
4. Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen und Videografieren) außerhalb des Schutzbereiches des Artikels 13 des Grundgesetzes;
5. verdeckte Ermittlungen und Befragungen;
6. heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel;
7. heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereiches des Artikels 13 des Grundgesetzes;
8. Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen;
9. Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden) mit Ausnahme solcher beruflicher Angaben, die sich auf die in Satz 2 genannten Personen beziehen;
10. Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen;
11. Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz.

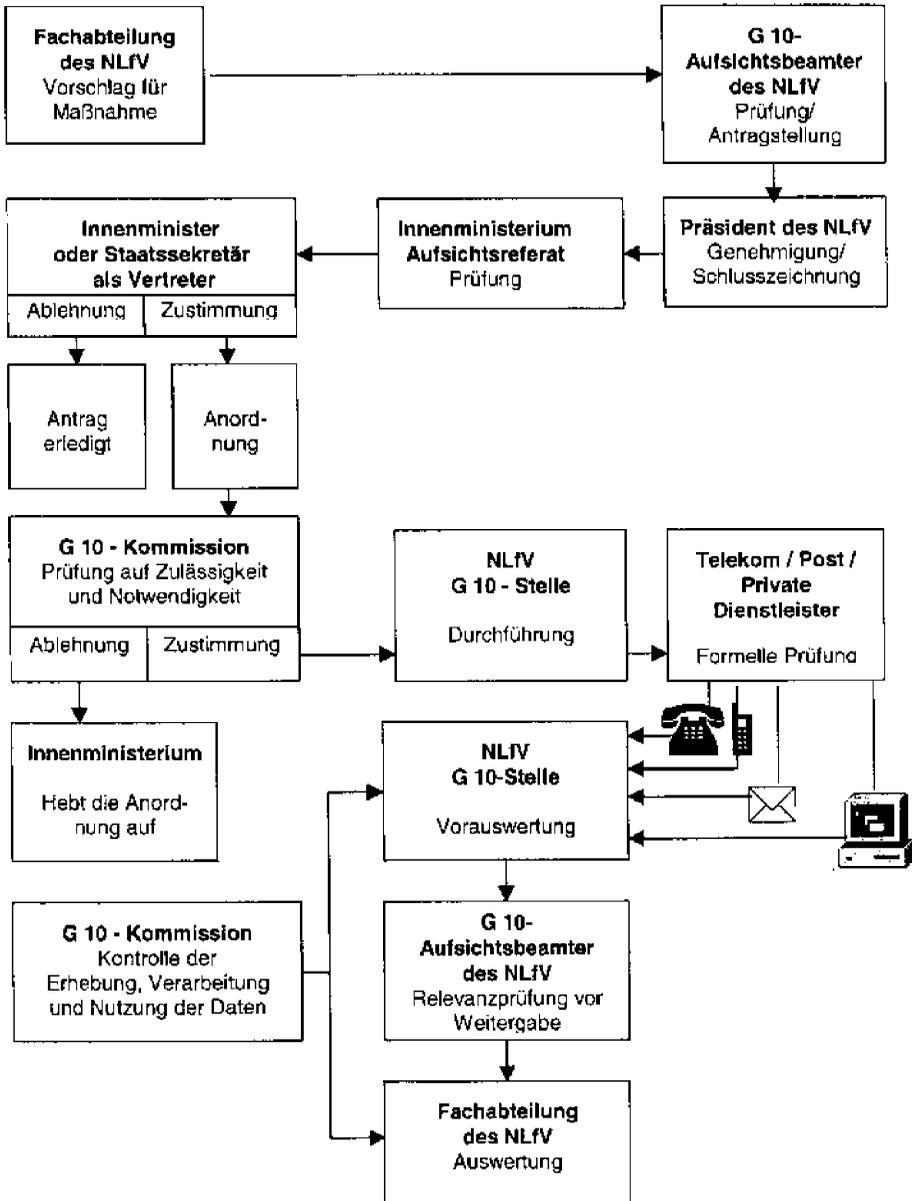
reiches des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen verzichtet. Diese Mittel sollen für besondere Situationen vorbehalten bleiben.

Die Anwendung nachrichtendienstlicher Mittel beinhaltet im Wesentlichen die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten und sonstigen Informanten, verdeckte Ermittlungen und Befragungen sowie zeitlich befristete Observationen.

Von dem nachrichtendienstlichen Mittel der Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes (G10) wurde während des Berichtszeitraumes vom NLFV wiederum nur in dem der Schwere des jeweiligen Verdachts angemessenen Maße Gebrauch gemacht, die Anzahl der G 10-Maßnahmen bewegt sich jährlich im einstelligen Bereich.

Die Grafik auf der folgenden Seite verdeutlicht das aufwändige Verfahren der Anordnung und Durchführung sowie der Überprüfung der Zulässigkeit und Notwendigkeit von G 10-Maßnahmen.

Das G 10 - Verfahren



Auskunftersuchen von Bürgerinnen und Bürgern

2002 wurden 31 Auskunftersuchen gemäß § 13 NVerfSchG gestellt. In 20 Fällen hatte das NLFV keine Erkenntnisse gespeichert. Zwei Anfragenden wurde der ihrer Erfassung zu Grunde liegende Sachverhalt mitgeteilt. In neun Fällen wurde gemäß § 13 Abs. 2 NVerfSchG (z.B. aus zwingenden Geheimhaltungsgründen) an den Landesbeauftragten für den Datenschutz verwiesen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes hat zwei zentrale Aufgabenstellungen: 1. Informationen für Bürgerinnen und Bürger über gesetzliche Grundlagen, Arbeitsweise und Kontrolle des Verfassungsschutzes; 2. Darstellung der Erscheinungsformen und ideologischen Grundlagen verfassungsfeindlicher Bestrebungen sowie Informationen über sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Aktivitäten. Ziel dieser Öffentlichkeitsarbeit sind informierte Bürgerinnen und Bürger, die selbst in der Lage sind, wirksam unsere Verfassung zu schützen. Der Gesetzgeber hat im Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetz ausdrücklich die Notwendigkeit der Öffentlichkeitsarbeit festgeschrieben. Nach § 3 Abs. 2 NVerfSchG soll das Innenministerium die Öffentlichkeit durch zusammenfassende Berichte über verfassungsfeindliche Bestrebungen und sicherheitsgefährdende bzw. geheimdienstliche Tätigkeiten aufklären. Grundlage hierfür sind die Auswertungsberichte des NLFV. Das Landesamt für Verfassungs-

schutz wirkt ergänzend zur Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums durch eigene Maßnahmen mit.

Bereits 1975 hatte das Bundesverfassungsgericht nach einer Verfassungsbeschwerde der NPD die Verpflichtung des Staates zur Öffentlichkeitsarbeit über verfassungsfeindliche Bestrebungen bekräftigt.

Mit der Umwandlung der Verfassungsschutzabteilung des Niedersächsischen Innenministeriums in ein Landesamt im November 1992 wurde der Aufgabenbereich Öffentlichkeitsarbeit, in dessen Mittelpunkt Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen sowie Veröffentlichungen stehen, um die Pressearbeit erweitert.

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen

Die große Zahl von Einladungen zu Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen über den Rechtsextremismus und den Islamismus hielt auch 2002 an. Der militante Rechtsextremismus wird von vielen Bürgerinnen und Bürgern – quer durch alle politischen Richtungen und gesellschaftliche Gruppierungen – nicht nur als Herausforderung, sondern vielfach auch als konkrete Bedrohung empfunden. Seit den Terroranschlägen durch islamistische Extremisten am 11. September 2001 in den USA wurde ein großes Bedürfnis nach Informationen über die Ziele und Aktivitäten islamistischer Organisationen festgestellt. Die Nachfrage nach Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen stieg sprunghaft in die Höhe. Erscheinungsformen verfassungsfeindlicher Bestrebungen darzustellen, Hintergründe zu analysieren und auch auf Möglichkeiten des Zurückdrängens extremistischer Positionen einzugehen, steht bei den

Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen des Verfassungsschutzes im Mittelpunkt. Wie in den Vorjahren wurden dazu wieder Besuchergruppen wie Polizeibeamte, Rechtsferendare oder Oberstufenschüler in das Dienstgebäude des Verfassungsschutzes eingeladen.



Pressearbeit

Im Rahmen der Pressearbeit gaben der Präsident und der Dezernent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit rund 200 Auskünfte an lokale, regionale und überregionale Medien. Zahlreiche Hörfunk- und Fernsehinterviews wurden gesendet. Im Mittelpunkt stand dabei die Information über islamistische Organisationen in Deutschland und ihre Gefahr für unsere Demokratie. Auch der Rechtsextremismus spielte eine große Rolle.

Wanderausstellung

Die Wanderausstellung des niedersächsischen Verfassungsschutzes „Demokratie gegen Rechtsextremismus“ ist im September 2002 beendet worden. Auf über 30 Schautafeln wurden Informationen zum nationalen und internationalen Rechtsextremismus dargestellt. Insbesondere rechtsextremistische Musiktexte wurden thematisiert ebenso wie einschlägige Internetseiten, die sich inzwischen zu einem zentralen Propagandainstrument in der rechtsextremistischen Szene entwickelt haben.

Die Ausstellungsbilanz ist zufriedenstellend. In 24 niedersächsischen Städten wurden ca. 15.000 Besucher registriert. Vor allem Schulklassen der Altersgruppe 15 bis 18 Jahre haben den Weg in die Ausstellung gefunden und die gezeigten Informationen auf anonymisierten Fragebögen durchgängig positiv bewertet. Die Reaktionen machen gerade junger Besucher haben gezeigt, dass es noch vieler Informationen bzw. großer Anstrengungen im Bereich der politischen Bildung bedarf, um fremdenfeindlichem Denken – nicht nur in den Köpfen bekennender Nazis – entgegenzuwirken.

**2000**

September	19.09. bis 28.09.	Hannover, Nds. Landtag
Oktober	09.10. bis 20.10.	Celle
November	07.11. bis 16.11.	Duderstadt
Dezember	11.12. bis 20.12.	Georgsmarienhütte

2001

Januar / Februar	22.01. bis 09.02.	Lüneburg, Bezirksregierung
Februar	15.02. bis 26.02.	Gifhorn
	28.02.	Göttingen
März	01.03.	Lüneburg, Universität
	13.03. bis 29.03.	Melle
April / Mai	17.04. bis 03.05.	Wunstorf
Mai	05.05.	Hannover, Polizeidirektion
	07.05. bis 18.05.	Hannover, Universität
Mai / Juni	21.05. bis 15.06.	Nienburg
Juni	18.06. bis 29.06.	Stadthagen
August	08.08. bis 26.08.	Salzgitter
August / September	27.08. bis 19.09.	Braunschweig
September / Oktober	20.09. bis 10.10.	Goslar
Oktober	15.10. bis 31.10.	Hameln
November	01.11. bis 13.11.	Buxtehude
November / Dezember	19.11. bis 03.12.	Hildesheim

2002

Januar	03.01. bis 21.01.	Leer
Februar	10.02. bis 28.02.	Osterholz
März	01.03. bis 20.03.	Oldenburg
April/Mai	15.04. bis 03.05.	Uelzen
Juni	03.06. bis 20.06.	Lingen
August	05.08. bis 16.08.	Helmstedt
September	03.09. bis 20.09.	Barsinghausen

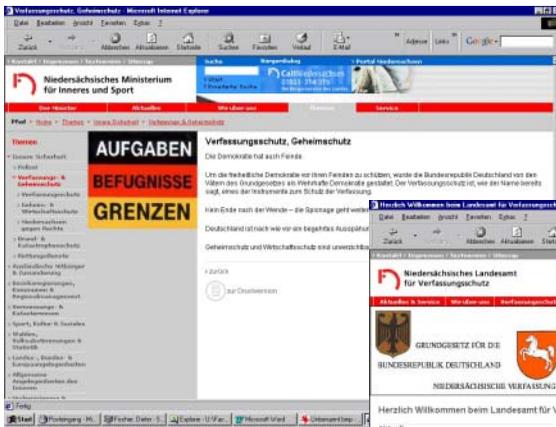
Internet

Die seit Dezember 2000 in das „world wide web“ (www) eingestellte Internetpräsentation „Für Demokratie und Toleranz – Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ der norddeutschen Verfassungsschutzbehörden wird von der Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Verfassungsschutzes verantwortlich betreut. Beteiligt sind neben Niedersachsen die Länder Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Diese Präsentation findet national und international weiterhin eine sehr positive Resonanz.

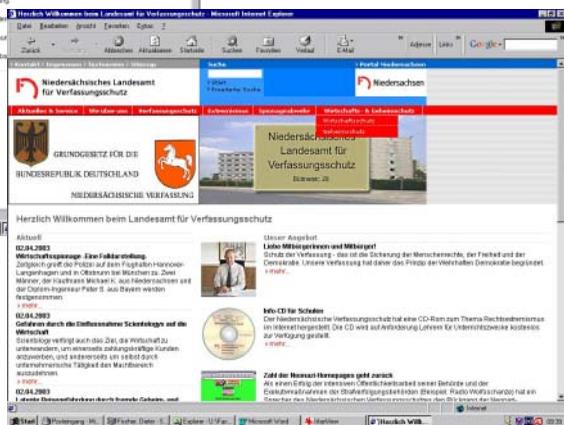
Auch die Internetseite der Niedersächsischen Landesregierung, Niedersachsen gegen Rechts, die ebenfalls im September 2000 ins Netz gestellt worden ist, findet weiterhin große Aufmerksamkeit

unter den Internet-Surfern. Sie informiert schnell und umfassend ausschließlich zum Thema Rechtsextremismus.

Die über die Internetadresse des Niedersächsischen Innenministeriums erreichbare Seite zum Verfassungsschutz in Niedersachsen ist ebenso Bestandteil der gemeinsamen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten gestalteten Öffentlichkeitsarbeit des Niedersächsischen Landesamtes für Verfassungsschutz und des Innenministeriums zu Themen des Verfassungsschutzes und des Geheimschutzes wie die seit Herbst 2001 im Internet erreichbare Präsentation des NLFV. Die Seiten des Innenministeriums umfassen insbesondere politische Stellungnahmen, Grundsätzliches zum Verfassungsschutz und Geheimschutz. Auch die Verfassungsschutzberichte ab 1996 werden angeboten.



www.mi.niedersachsen.de



www.verfassungsschutz.niedersachsen.de

DEFINITION DER ARBEITSBEGRIFFE⁹⁶

Ausländerextremismus

Unter diesem Arbeitsbegriff werden von den Verfassungsschutzbehörden alle politisch bestimmten Bestrebungen von Ausländern zusammengefasst, wenn und soweit diese

- sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (fdGO) richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 1. Alternative NVerfSchG), indem sie darauf ausgehen, z. B. eine Parallelordnung zu errichten;
- sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten (§ 3 Abs. 1 Ziffer 1, 2. Alternative), indem sie politische Auseinandersetzungen ihres Heimatlandes gewaltsam in Deutschland austragen und damit die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gefährden;
- in der Bundesrepublik Deutschland durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange gefährden (§ 3 Abs. 1, Ziffer 3) oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Der Sammelbegriff Ausländerextremismus schließt inhaltlich rechtsextremistisch-nationalistische, linksextremistische und sonstige extremistische Bestrebungen von ausländischen Personenzusammenschlüssen mit ein. Er stellt immer das zusammenfassende Ergebnis einer Bewertung anhand der dargestellten Tatbestandsmerkmale dar. Der Arbeitsbegriff vermag deshalb begrifflich die Aufgabenstellung des Verfassungsschutzes für dieses Beobachtungsfeld selbst nicht zu begründen.

Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder bezeichnen seit 1974 verfassungsfeindliche Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung einheitlich als extremistisch (extremus lat.: äußerst). Verfassungsfeindlich oder extremistisch sind alle von Personenzusammenschlüssen ausgehenden, politisch bestimmten Bestrebungen (Aktivitäten), die insbesondere gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder einzelne ihrer tragenden Grundsätze gerichtet sind. Organisationen, die erkennbar solche extremistische Bestrebungen verfolgen, werden von den Verfassungsschutzbehörden als verfassungsfeindlich bewertet.

⁹⁶ Unter Verwendung des Internet-Lexikons des Bundesministeriums des Innern.

Islamistischer Extremismus

Die Verfassungsschutzbehörden beobachten entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag weder den „Islam“ als Religion noch den Islamismus als religiös-politische Bewegung zur „Rückbesinnung“ und Politisierung „ursprünglicher“ islamischer Werte und Glaubensinhalte (islamischer Fundamentalismus). Ihr Arbeitsfeld sind islamistische Organisationen, die das islamische „Religionsgesetz“ (Scharia) verabsolutiert und als politische Ideologie instrumentalisiert haben und dafür in der Bundesrepublik Deutschland entweder

- politisch bestimmte Aktivitäten gegen die fdGO richten,
- durch Anwendung von Gewalt bzw. darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange Deutschlands gefährden oder
- Bestrebungen verfolgen, die gegen den Gedanken der Völker Verständigung bzw. gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind.

Die Träger dieser Bestrebungen in Deutschland werden zur Abgrenzung von den in islamisch geprägten Ländern lebenden Islamisten als islamistische Extremisten bezeichnet. Durch diese Begriffsbildung wird der Islam als Religion von seiner islamistischen Übersteigerung getrennt und gleichzeitig der politisch inaktive Anhänger des „mystischen“ Islam von dem Extremisten. Die Zuordnung zum Extremismusbegriff dient auch der Ausräumung einer weiteren begrifflicher Unschärfe der Bezeichnung „Islamist. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Islam wurde bisher auch als Islamistik bezeichnet und entsprechend tätige Wissenschaftler als Islamisten – vergleichbar der Begriffsbildung Romanistik und Romanist –.

Linksextremismus

Mit dem Arbeitsbegriff werden die linksextremistischen verfassungsfeindlichen Bestrebungen von deutschen Personenzusammenschlüssen bezeichnet, die sich auf der Grundlage einer marxistisch-leninistischen, revolutionär marxistischen oder anarchistischen Ideologie in Deutschland gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und ihre tragenden Grundsätze richten. Für Linksextremisten vielfach kennzeichnend ist ein grundsätzliches Bekenntnis zur „revolutionären Gewalt“, obgleich sie tagespolitisch auf „legale“ Kampfformen setzen.

Rechtsextremismus

Als rechtsextremistisch werden von den Verfassungsschutzbehörden alle verfassungsfeindlichen oder extremistischen Bestrebungen bezeichnet, die auf der ideologischen Grundlage einer nationalistischen oder rassistischen Weltanschauung in Deutschland von deutschen Personenzusammenschlüssen ausgehen und sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten.

Rechtsextremistischem Denken liegt vielfach die Vorstellung menschlicher Ungleichwertigkeit (Ideologie der Ungleichheit) zugrunde.

Rechts- bzw. Linksradikalismus

Bis 1974 wurden die Begriffe Extremismus sowie „Radikalismus“ bzw. „Rechts- oder Linksradikalismus“ von den Verfassungsschutzbehörden nebeneinander als Synonyme zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen verwendet. Der Radikalismusbegriff wird seitdem von den Verfassungsschutzbehörden nicht mehr für verfassungsfeindliche Bestrebungen benutzt, da er in der politischen Tradition der Aufklärung positiv besetzt ist und im Rechtssinne nur der Extremismusbegriff „der Tatsache Rechnung (trägt), dass politische Aktivitäten oder Organisationen nicht schon deshalb verfassungsfeindlich sind, weil sie eine ... 'radikale', das heißt eine bis an die Wurzel einer Fragestellung gehende Zielsetzung haben.“ (BMI Prof. Maihofer) Wenn die Verfassungsschutzbehörden überhaupt noch den Terminus „rechts- bzw. linksradikal“ verwenden, werden damit in Abgrenzung zu dem verfassungsfeindlichen Rechts- bzw. Links-extremismus politische Aktivitäten und Zielsetzungen bezeichnet, die sich grundsätzlich (noch) nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Ziel einer revolutionären Systemüberwindung richten.

Spionage

Staatlich gesteuerte Ausspähungsaktivitäten durch einen staatlich gelenkten Nachrichtendienst erfüllen den Straftatbestand der Spionage nach §§ 94 ff. Strafgesetzbuch. Die Beobachtung und Abwehr dieser Spionage ist eine gesetzliche Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Dazu gehört grundsätzlich nicht der Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen zwischen konkurrierenden Unternehmen, der nach §§ 17 ff. des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb strafbar ist.

Terrorismus

Terrorismus ist in der Bundesrepublik Deutschland eine Form des politischen Extremismus, der die Beseitigung des demokratischen Verfassungsstaates mittels systematischer, massiver Gewaltanwendung zum Ziel hatte. Kennzeichen des Terrorismus ist eine nachhaltige Anschlagstaktik durch arbeitsteilig organisierte, grundsätzlich verdeckt operierende Gruppen.

**Verfassungsfeindliche/
extremistische
Bestrebungen**

Als verfassungsfeindlich oder extremistisch werden politische Bestrebungen (Aktivitäten) bezeichnet, die den demokratischen Verfassungsstaat und seine fundamentalen Werte ablehnen und darauf abzielen, die freiheitliche demokratische Grundordnung durch eine andere Ordnung zu ersetzen. Verfassungsfeinde oder Extremisten wenden sich mittelbar oder unmittelbar gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, d.h. gegen die im Grundgesetz konkretisierten Grund- bzw. Menschenrechte (wie insbesondere die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit, die Meinungs- und Pressefreiheit und die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sowie weitere grundlegende Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie das Rechtsstaatsprinzip, beruhend auf der Gewaltenteilung, die Bindung der Verwaltung an Recht und Gesetz, die Unabhängigkeit der Gerichte, die Volkssouveränität, ausgeübt durch die parlamentarische Demokratie, die Verantwortlichkeit der Regierung, das Mehrparteienprinzip und das Recht auf die Bildung und Ausübung einer Opposition (vgl. zur Definition der fdGO BVerfGE Bd. 2 S. 12 sowie zur Definition verfassungsfeindlicher Bestrebungen § 4 NVerfSchG).

**Verbot
verfassungs-
feindlicher
Organisationen/
Verfassungswidrigkeit**

Die Innenminister des Bundes und der Länder dürfen nach dem Vereinsrecht das Verbot einer Vereinigung aussprechen, die keine politische Partei ist, wenn sich diese nachweislich „gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet“ (§ 3 Vereinsgesetz).

Mit dem rechtskräftigen Vereinsverbot ist festgestellt, dass die verfassungsfeindliche bzw. extremistische Organisation verfassungswidrig ist.

Auf Antrag der Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundestag oder Bundesrat kann bei einer politischen Partei allein das Bundesverfassungsgericht deren Verfassungswidrigkeit feststellen (Art. 21 Abs. 2 Grundgesetz; § 13 Nr. 2, § 43 ff. Bundesverfassungsgerichtsgesetz). Mit der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei wird deren Auflösung insgesamt (oder eines selbständigen Teils der Partei) sowie das Verbot, Ersatzorganisationen zu schaffen, vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Solange verfassungsfeindliche Parteien und sonstigen Organisationen nicht verboten sind, dürfen sie sich im Rahmen der für alle geltenden Gesetze frei betätigen.

STICHWORTVERZEICHNIS

A

- ABLE (Association for Better Living and Education) • 158, 159
 AKP (Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei) • 106, 113, 128, 129, 140
 Aktion Transparente Verwaltung (ATV) • 159
 Aktionsbüro Norddeutschland • 27, 46
 Alhambra • 67, 76
 Al-Qaida • **112**, 117, 167
 Amal • 120
 Anarchismus • **65 f**, 89, 182
 anti atom aktuell • 88
 Anti-Atom-Plenum Berlin • 88, 90
 Antifa Wennigsen • 79
 Antifaschismus • **66**, 68, 69, 71, 73, 75, 76, **77-80**
 Antifaschistische Aktion / Bundesweite Organisation (AA/BO) • **69, 70, 72, 74**
 Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) • 69, 70
 Antifaschistische Aktion Hannover • 77
 Antifaschistische Aktion Lüneburg/Uelzen • 85, 96
 Antifaschistische Aktion Oldenburg • 76
 Antifaschistische Jugend Göttingen (AJG) • 79
 Antisemitismus • **14**, 15, 17, 21, 22, 26, 30, 31, 40, **41**, 44, 46, 47, 56, 73
 APFEL, Holger • 35, 50
 Arabische Mudjahedin • 111 f
 Arbeiterkommunistische Partei (API) • 107
 Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) • 96, 106 f, 135, 139, **143-152**, 166
 Arbeitsgemeinschaft Ostpreußen (AG Ostpreußen) • 62
 Arbeitskreis für Menschenrechte und Politik Lüchow-Dannenberg • 55
 Arndt-Verlag • 18
 Artgemeinschaft • 14
 ASSEM, Shaker • 111
 Assoziation Marxistischer StudentInnen (AMS) • 99
 Atsiz, Nihal • 135
 Autonome • 66, **67-91**
 Autonome Antifa (M) (AA(M)) • 69, 70, 72, 77-80, 85-87
 Azadi • 96
 AZZAM, Abdallah • 111 f

B

- Bahçeli, Devlet • 136
 BANNA (Hasan al-Banna) • 115
 Beklenen Asr-i Saadet • 133
 BENOIST, Alain de • 63
 Bewaffnete Islamische Gruppe (GIA) • 117, 118

BIN LADIN, Usama • 111, 112
Blood & Honour-Skinheads • 19, **20**, 21, 32
BOLOURCHI, Masoumeh • 122
BÖRM, Manfred • 35, 36
Bundesweites Antifa Treffen (BAT) • 72
Bündnis gegen Rechts Leipzig (BgR) • 70
BUSSE, Friedhelm • 45

C

CARLS, Richard • 53, 54
CASTOR-Transport (Aktionen gegen den -) • 74, 87, 88 f, **90 f**
CETIN, Cemal • 134
CHURS, Achim • 101, 102
CLEMENS, Björn • 58
Criminon • 159

D

DECKERT, Günther • 34, 35, 55
DEHAP (Demokratische Volkspartei) • 151
DEHOUST, Peter • 62
Demokratische Partei Kurdistans (DPK-I) • 151
Deutsche Kommunistische Partei (DKP) • 65, 76, 83, 84, 90, 94, **97-99**
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH) • 62
Deutsche Stimme • 33, 37, 39, 42, 44, 45
Deutsche Volksunion (DVU) • 15, 16, **53-57**, 61
Deutsches Kolleg • **39-41**, 48
Devrimci Sol (Dev Sol) • **137-140**
DHKP-C (Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-front) ("KARATAS-Flügel") • 107,
108, **137-140**
Dianetik • 155
DSZ-Druckschriften und Zeitungsverlag GmbH (DSZ-Verlag) • 54

E

EIGENFELD, Ulrich • 33, 35, 36
EinSatz! Zeitung für autonome Politik • 67, 75, 78, 79, 80, 86
EISENECKER, Hans Günter • 35
EL-ATTAR, Issam • 118
EL-ZAYAT, Ibrahim • 130
ENGEL, Stefan • 100
ERBAKAN, Mehmet Sabri • 126, 127, 128, 130, 131
ERBAKAN, Necmettin • 113, 127, 128, 129, 130, 131
ERDOGAN, Recep Tayyip • 128, 140
Ethnopluralismus • 15, 64
Europäische Frontzentrale-ACM (neu: Volksvertretung / Einheitsparlament) • 145 f
Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG) • 126, 129, 130
Explizit • 111

F

- Fanzines • 19, **24**
 FAPSI • 162, **163**
 FAURISSON, Robert • 17, 18
 Fight Back! Antifaschistisches (Jugend) Info Braunschweig • 67, 76
 FLEGEL, Frank • 92, 93
 Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. (ATIF) • 141, 142
 Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland (AGIF) • 142
 Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e. V. (ADÜTDF) / Deutsche Türk-Föderation (ATF) • 106, 113, **134-137**
 Föderation für demokratische Rechte in Deutschland (ADHF) • 141
 Freie Nationalisten • 15, 25, 27, 28, 34, 44, 46
 Freies Infotelefon Norddeutschland (FIT) • 27
 Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) • 19, 32
 Fremdenfeindlichkeit • **14**, 15, 21 f, **41-44**, 47, 52, 55, 57 ff
 FREY, Gerhard • 53, 54, 55, 56, 57
 FRICKE, Detlef • 97, 98
 FRITSCH, Uwe • 98
 Front National • 56
 FSB • **162 f**
 FZ-Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ-Verlag) • 54

G

- GÄRTNER, Johann • 58
 Geheimchutz • **169 f**, 180
 Gerechte Ordnung (adil düzen) • 127
 Geschichtsrevisionismus • **16-18**, 43, 55, 56, 57
 GFP (Gesellschaft für Freie Publizistik) • 62
 Globalisierung (Proteste gegen die -) • 44, 45, 66, 68, 73, 81, **83-87**, 90, 91, 95, 98
 göttinger Drucksache • 67, 74
 Grabert-Verlag • 18
 GRAF, Jürgen • 17
 Graswurzelbewegung • 66, 89
 Graswurzelrevolution • 89
 Graue Wölfe (Bozkurtlar) • 106, 135, 136
 Große Einheitspartei (BBP) • 135
 GSPC (Salafistische Gruppe für Predigt und Kampf) • 112, 117

H

- HADEP (Demokratische Partei des Volkes) • 151
 HÄHNEL, Jörg • 45
 HAKK-Moschee • 133
 HAKK-TV • 133
 HAMAS (Islamische Widerstandsbewegung) • 116 f, 118
 Hamburger Sturm • 32

Hammerskins • **20**, 23
Harakat al-Mahrumin (Bewegung der Benachteiligten) • 120
Heide-Heim e.V. und Heideheim e.V. • 32
HEINRICH, Anna C. • 92
HEISE, Thorsten • 23, 28
HELKE, Rainer • 55
HELLMICH, Lars • 45
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) • **29-30**
Hizb Allah • 107, 118, **119-121**
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei, HuT) • 110
HOCH, Haymo • 58
Hohenrain-Verlag • 39
HUBBARD, Lafayette Ron • 155, 156, 157
HUBER, Ahmed • 17
Hudaibi (Mamun al-Hudaibi) • 115
HUPKA, Steffen • 34, 35, 45, 46

I

Identitätskampagne • 149
Indymedia • **73**, 89
Initiative Libertad • 95
Institute for Historical Review (IHR) • 18
INTERIM • 67, **73**, 74, 88
International Association of Scientologists (IAS) • 157
International Socialists (IS) • 103
Internationaler Kurdischer Arbeitgeberverband (KARSAZ) • 147
Internet (Nutzung durch Extremisten) • 18, **24-26**, 27, 28, 31, 72, 73, 148, 160, 164
Iran Solidaritätsverein Göttingen e.V. • 123
Iran Solidaritätsverein Hannover e.V. • 123
Iranische Flüchtlingskinderhilfe e.V. (IFKH) • 124
IRVING, David • 17, 18, 57
ISK, Yusuf • 130
Islamische Charta • 114
Islamische Föderation Niedersachsen • 131
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) • 118, 130
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG) • 106, 112, 113, 119, **126-131**
Islamische Heilsfront (FIS) • 117
Islamisches Zentrum München (IZM) • 118
Islamisches Zentrum Aachen (IZA) • 118
Islamischer Bund Palästina (IBP) • 118
Islamismus • 106, 107, **108-114**, 114-121, 126-131
Islamobil • 131
Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) • 130

J

- J AESCHKE, Frank • 91
- J ENTZSCH, Heber • 155
- J omsburg Verlag • 18
- J UCHEM, Wolfgang • 62
- Jugend Antifa Aktion Braunschweig (JAA) • 82
- J unge Nationaldemokraten (JN) • 27, 34, 47, **50-52**

K

- KADEK (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) • 106, 107, 135, 136, **143-152**, 166
- Kalifatsstaat (vormals ICCB) • 110, 112, **132-133**
- Kameradschaft Northeim • 28
- Kameradschaft Weserbergland • 28, 51
- Kameradschaften (s. neonazistische Kameradschaften)
- KAPLAN, Cemaleddin • 126, 132
- KAPLAN, Metin • 132
- KARAHAN, Yavuz Celik • 126
- KARATAS, Dursun • 138
- KARATAS-Flügel • 137, 138
- KARAYILAN, Murat • 145
- KAYPAKKAYA, Ibrahim • 140
- KIZILKAYA, Ali • 130
- Komitee gegen Isolationshaft (IKM) • 139
- Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) • 94, 97, **101-102**
- Kommunistische Plattform der PDS (KPF) • 65, **91-93**
- Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD) • 101
- Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa e.V. (ATIK) • 141
- Konföderation der idealistischen Türken in Europa (ADÜTDF) • 134
- Konföderation für demokratische Rechte in Europa (ADHK) • 141
- Konföderation Kurdischer Vereine in Europa (KON-KURD) • 151
- KOSIEK, Rolf • 55, 62
- KREBS, Pierre • 63
- Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK), vormals Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) • 146, 147
- Kurdischer Nationalkongress (KNK) • 145
- Kurdistan-Informationszentrum (KIZ) • 148 f
- Kurdistan Solidarität Uelzen • 96
- KUTAN, Recai • 128

L

- Landser (Skinhead-Band) • 23, 24
- LAUCK, Gary Rex • 30, 31
- LAUER, Peter • 57, 58, 59
- LE PEN, Jean-Marie • 56
- Leuchter-Report • 16

Leugnung des Holocaust • **16**, 17, 43, 56
Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE) • 107, **152-154**
Linksextremismus (Begriff) • **65-66**, 182
Linksruck • 66, 83, 90, **102-105**

M

MAHLER, Horst • 15, 39, 40, 41, 45, 48, 49, 111
MAIER, Waldemar • 42
Marxismus-Leninismus • 65, 97, 99, 100, 101, 102, 141, 142
Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei (MLKP) • 140, 142
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) • 65, **100-101**
Mashhur, Mustafa • 115
MEDYA-TV • 147, 148, 149, 150
MEENEN, Uwe • 40, 41
METV (Mezopotamya Broadcasting) • 148
MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) • 106, 112, 113, 128, 134 ff
militante gruppe (mg) • 73
Milli Gazete • 130, 131
Milli Istihbarat Teshilati (MIT) • 166
MISCAVIGE, David • 155, 158
Mitteilungen der KPF • 91, 92
MOCK, Heinrich • 62
Moin Moin Records, Versandhandel • 24
MÜLLER, Ursula • 29
Muslimbruderschaft (MB) • 110, **114-119**, 121

N

Nabhani (Scheich Taqi ad-Din an-Nabhani) • 110, 111
Nachrichten der HNG • 29
Nahda (an-Nahda) • 117, 118
Napster (Musiktauschbörse) • 25
Narconon • 159
NASRALLAH • 121
Nation & Europa • 62, **64**
National Liberation Army (NLA) • 122, 124
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) • 15, 27, 29, **33-49**, 50, 51, 52, 56, 61, 77, 79, 108, 111, 177
Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK), jetzt Kurdisch-Demokratische Volksunion (YDK) • 146, 147
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • **122-125**
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland (NSAN) • 27
Nationalismus • 14, 15, 34, 41, 43, 52, 55, 63, 134, 135 f
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) • 16, **30-31**
National-Zeitung / Deutsche-Wochen-Zeitung • 53, 54, 55
NAUMANN, Peter • 45

Neonazismus • 15, 18–29, 29 f, 30–32, 34, 44–46, 50
 Neonazistische Kameradschaften • 15, **26–29**, 35, 50, 51
 Neue Rechte • **63–64**
 New Era Publications Deutschland GmbH • 159
 Newroz • 149, 150
 Niedersachsen-Spiegel • 33
 Non-aligned mudjahedin • 112
 NPD-Verbotsverfahren • 15, 44, **46–49**
 NS-KAMPFRUF • 30

O

OBERLERCHER, Reinhold • 40, 41
 ÖCALAN, Abdullah • 106, 136, 143, 144 f, 148, 149, 150
 ÖCALAN, Osman • 149, 150
 OCHENSBERGER, Walter • 17
 offen-siv • 92, 93
 Oi!-Skins • 21
 OSA (Office of Special Affairs) • 158
 ÖZDOGAN, Hassan • 130
 Özgür Politika • 148, 150

P

Palästinensischer Islamischer Jihad (PIJ) • 118
 PARSAI, Mojgan • 124
 Partei der Freien Frauen (PJA), vormals YAJK • 146
 Patriotische Union Kurdistans (PUK) • 151
 Phase 2-Zeitschrift gegen die Realität • 67, 70, 71, 72, 74
 POLECK, Benjamin • 51
 Politisch motivierte Kriminalität • 6–13
 PRABHAKARAN, Velupillai • 153
 Präsidialrat der PKK • 144, 145, 147, 149
 PREUß, Friedrich • 35, 36
 Proliferation • 161, 165, **167 f**, 171

Q

Qutb, Sayyid • 109, 110, 115

R

RADJAVI, Maryam • 123, 125
 RADJAVI, Massoud • 122, 123
 Rassismus • **14 f**, 20, 22, 26, 30, 40
 RAZZ-Zeitung für ein radikales Hannover • 75
 Rechtsextremismus (Begriff) • **14–16**, 183
 Religious Technology Center (RTC) • 155, 158
 RENNICKE, Frank • 45

Republikaner, Die (REP) • 15, 16, 56, **57-61**
Revolutionäre Plattform-Aufbruch 2000 (RPF) • 34, 35
RIEGER, Jürgen • 14
ROCHOW, Stefan • 50, 51
ROEDER, Manfred • 55
ROßMÜLLER, Sascha • 50, 51, 52
Rote Hilfe e.V. • 66, **94-96**
RotFuchs • 93, 98
ROUHS, Manfred • 64
RUDOLF, Germar • 16
Rudolf-Gutachten • 16
Ruhsdorfer Beschluss der REP • 58

S

Sadr (Sayyid Musa as-Sadr) • 120, 122
Scharia • 110, 111, 182
Schariati, Ali • 122
SCHLIERER, Rolf • 56, 57, 58, 61
SCHÖN, Jürgen • 35
Schöner Leben-Initiative zur Überwindung des Kapitalismus • 85
SCHÖNHUBER, Franz • 57, 58
SCHÜTZINGER, Jürgen • 62
SCHWAB, Jürgen • 37, 38, 39
Schwarze Strolche (Hannoversche Jugendantifa) • 79
SCHWERDT, Frank • 35
Scientology Organisation (SO) • **155-160**
Serxwebun • 143, 148
Signal-Das patriotische Magazin • 64
SIWANESWARAN, Rasaih • 152
Skinhead-Konzerte • 16, 20, 21, **22-24**, 26, 27
Skinhead-Musik • 20, **22-24**, 25
Skinheads • 15, 16, **18-24**, 25-30, 32, 34, 44-47, 51, 56
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) • 32
Sleipnir • 23, 45, 64
SOFU, Yusuf Ibrahim • 132
Solidaritätskomitee mit den politischen Gefangenen in der Türkei
(DETUDAK) • 140, 141
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) • 76, 99
Sozialistische Zeitung (SoZ) • 98
Sozialistische Reichspartei (SRP) • 33
SP (Glückseligkeitspartei) • 113, 128, 133
Spionageabwehr • **161-168**
STAWITZ, Ingo • 62
STEHR, Heinz • 84, 97, 98, 99
STEINIGER, Peter • 93
STOLPMANN, Marianne • 62

T

- Tamil Rehabilitation Organisation (TRO) • 154
 TEUBER, Wolfgang • 98
 THKP-C-Devrimci Sol (Türkische Volksbefreiungspartei/-front – Revolutionäre Linke)
 • **137-140**
 Thule-Seminar • 63
 Trotzismus • 66, 83, 102-105
 Türke, Alparslan • 134, 135
 Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee (TIKKO) • 141
 Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML) • **140-142**
 Türkisch-Islamische Synthese • 113, 128, 135

U

- Ümmet-i Muhammed • 133
 Union der Jugendlichen aus Kurdistan (YCK) • 146
 Union der StudentInnen aus Kurdistan (YXK) • 146
 Union für die in den europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM) • 118
 Union Muslimischer Studentenorganisationen in Europa e.V. (UMSO) • 118
 Unsere Zeit (UZ) • 84, 97

V

- Verbote neonazistischer Vereinigungen • 32
 Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur e.V. • 70
 Verlag der Freunde (VdF) • 64
 Verlagsgesellschaft Berg • 18
 vers beaux temps • 67, 75, 76, 79
 Vlaams Blok • 57, 61
 VOIGT, Udo • 33, 34, 35, 37, 111
 Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), neu: Volksverteidigungskräfte (HPG)
 • 143, 144, 146
 Volksgemeinschaft • 14, 15, 39, 40, **41-44**
 Volksmodjahedin Iran-Organisation / Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI) • 107,
122-125
 Vrij Historisch Onderzoek (VHO) • 18

W

- WALENDY, Udo • 55
 Wehrmachtsausstellung (Aktionen gegen die -) • 17, 28, 43-46, 56
 Wiking-Forum • 25, 26
 WINDHORN, Monika • 91
 WINKELSETT, Uschi • 58
 Wirtschaftsschutz • 169, **170-172**
 WISE (World Institute of Scientology Enterprises) • 158, 159
 WORCH, Christian • 45, 46
 World Tamil Movement (WTM) • 154
 WULFF, Thomas • 27

X

x-tausendmal quer • 89, 90

Y

YAGAN, Bedri • 138

YAGAN-Flügel • 137, 138

YEK-KOM (Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland) • 96, 146, 147, 149, 150, 151

Y-Gruppen (der PKK) • 146

Yimpas-Konzern • 129, 131

Z

Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) • 113, 114, 118, 130

ZÜNDEL, Ernst • 17

ORTSVERZEICHNIS

(Niedersachsen)

Algermissen • 81, 82

Aurich • 24

Barsinghausen • 29, 36, 77, 79, 179

Braunschweig • 11, 21, 24, 67, 69, 76, 82, 91, 94, 97, 98, 131, 136, 179

Buchholz • 94

Celle • 35, 36, 146, 179

Dannenberg • 55, 90

Delmenhorst • 13, 22

Diepholz • 51

Dörverden • 90

Emden • 24

Gehrden • 52

Gifhorn • 21, 179

Gorleben • 87, 89, 90

Goslar • 136, 179

Göttingen • 36, 45, 66, 67, 69, 70, 72, 74, 75, 77, 79, 80, 85, 86, 88, 90, 94, 95, 99,
123, 154, 179

Hameln • 94, 179

Hannover • 19, 21, 22, 24, 27, 33, 34, 36, 51, 52, 57, 62, 66, 67, 75, 77, 79, 80, 90, 91,
92, 93, 94, 97, 98, 99, 103, 121, 123, 131, 136, 140, 146, 149, 150, 151, 154, 155,
159, 160, 172, 179

Helmstedt • 35, 179

Hildesheim • 20, 52, 121, 179

Hude • 23

Kirchseelte • 23, 26

Königslutter • 35, 45

Langwedel • 50

Leer • 24, 179

Leitstade • 90

Lilienthal • 22

Loccum • 107

Lüchow • 55

Lüneburg • 20, 27, 28, 33, 35, 55, 80, 85, 88, 90, 96, 172, 179

Meppen • 22

Northeim • 23, 28

Oldenburg • 23, 67, 76, 80, 121, 146, 149, 151, 172, 179

Osnabrück • 67, 79, 80, 85, 94, 97, 121, 133, 146, 172

Osterholz-Scharmbeck • 96, 179

Peine • 146

Rinteln • 23, 29

Salzgitter • 136, 146, 147, 149, 151, 154, 179

-
- Sarstedt • 52
 - Schaumburg • 23, 36, 51
 - Schwanewede • 23
 - Seevetal-Maschen • 159
 - Soltau • 35
 - Springe • 21
 - Stadthagen • 36, 179
 - Toppenstedt • 18
 - Uelzen • 35, 36, 85, 96, 179
 - Verden • 8, 50, 51
 - Wennigsen • 79
 - Wischhafen • 22
 - Wolfenbüttel • 11, 21
 - Wolfsburg • 22

NOTIZEN

Absender:



Niedersächsisches Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20

30044 Hannover

Absender:



Niedersächsisches Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20

30044 Hannover

Senden Sie mir bitte

_____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2002
an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen,
Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)

Extremismus (Links-, Rechts- oder
Ausländerextremismus)

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.:

Senden Sie mir bitte

_____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 2002
an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen,
Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)

Extremismus (Links-, Rechts- oder
Ausländerextremismus)

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.:

Herausgeber:

Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Lavesallee 6, 30169 Hannover

Telefon: (05 11) 1 20-62 55

Telefax: (05 11) 1 20-65 55

E-Mail: pressestelle@mi.niedersachsen.de

Internet: www.mi.niedersachsen.de

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: Schlütersche Druck GmbH & Co. KG
Langenhagen

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier